

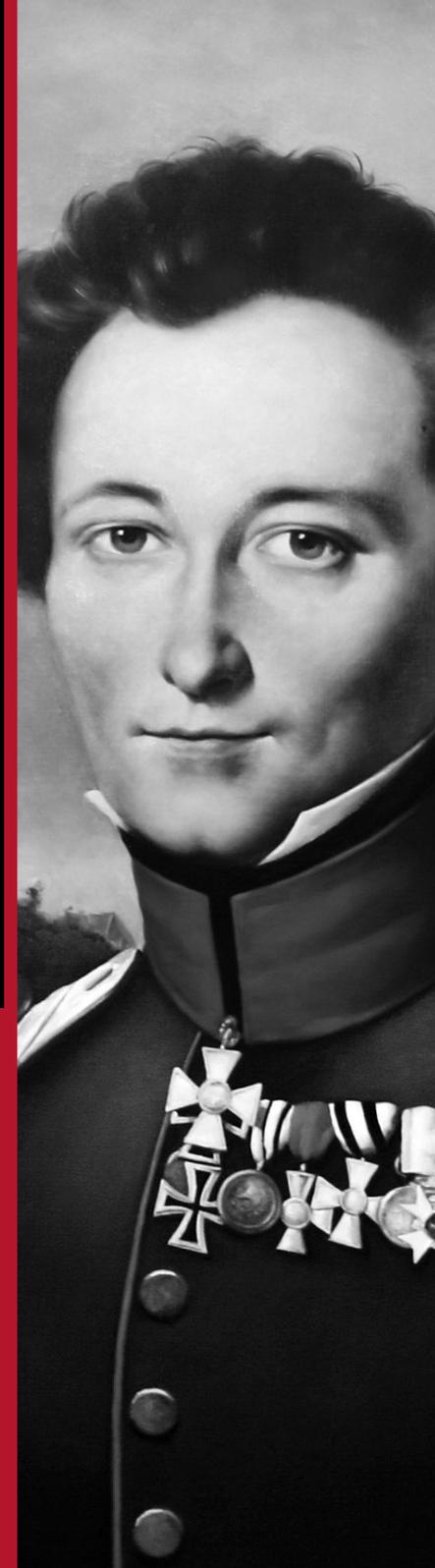
Clausewitz-Gesellschaft • Jahrbuch 2018

Clausewitz-Gesellschaft

Jahrbuch 2018

Eine Publikation der
Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-4-0



Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2018

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2018

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 14
Jahrbuch 2018

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2018 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat: Werner Baach, Wolfgang Fett, Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Layout, Satz und Druck: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz
Umschlaggestaltung: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz
Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-4-0

Inhalt	Seite
Editorial	6
Kapitel I	
Clausewitz' Werk im Spiegel aktueller Entwicklungen	
Laudatio aus Anlass der Verleihung des Carl-von-Clausewitz-Preises an das Logistik-Bataillon 171 Sachsen-Anhalt am 15. November in Burg	
Christian Hartmann	14
Strategisches Denken in agilen Unternehmen und die Lehre von Clausewitz	
Alois Camenzind	23
Kapitel II	
Clausewitz' Werk vor historischer Kulisse	
Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Werke von Clausewitz und Jomini	
Matthias Kuster	40
Antoine-Henri Jomini – militärstrategischer Vordenker	
Walter Steiner	48
Die historische Entwicklung militärischen strategischen Denkens	
Ulrich C. Kleyser	55
Der Schlieffenplan	
Daniel Friesen	81
Kapitel III	
Militärgeschichte und Tradition	
Der Volkssturm – ein gescheiterter Versuch, die Niederlage des Deutschen Reiches abzuwenden	
Michael P. Vollert	112

Der Offizier als Träger von Tradition und Traditionspflege Christian E.O. Millotat Manuela R. Krueger	129
---	-----

Kapitel IV

Aktuelle sicherheits- und verteidigungspolitische Themen

Das dynamische Mobile Wolfgang Bock	148
Chinas Seidenstraßeninitiative: Anatomie einer Leitstrategie Oliver Corff	164
Trendwende Gesamtverteidigung? – Zu den Erfordernissen von nationaler Verteidigungsbereitschaft und Resilienz Philipp Lange	177
Abschreckung im Cyber- und Informationsraum? Kurt Herrmann	194

Kapitel V

Mit der Ehrenmedaille und der Ehrenurkunde Carl von Clausewitz ausgezeichnete Lehrgangsarbeiten

Analyse der Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise auf die Streitkräfte in Europa Jan Dinand	210
Die Stellvertreterkriege Quentin Watrin	238

Kapitel VI

Berichte von den zentralen Veranstaltungen

Berliner Colloquium 2018 der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Werner Baach	288
52. Sicherheitspolitische Informationstagung Hamburg 2018 Werner Baach Wolfgang Fett	296

Gemeinsames Forum 2018 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und des Freundeskreises der BAKS e.V. Kurt Herrmann	303
Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2019	308
Bildnachweis	313

EDITORIAL

Unser Jahrbuch 2018, das vierzehnte in Folge, enthält erneut eine vielfältige Zusammenstellung von Beiträgen zu historischen und aktuellen sicherheitspolitischen sowie militärstrategischen Themen.

Angesichts fortgesetzter, tiefgreifender globaler Umbrüche befinden wir uns in Europa, 100 Jahre nach Beendigung des 1. Weltkrieges, erneut in einer wenig friedfertigen Lage: Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, nach der völkerrechtswidrigen russischen Annexion der Krim und den andauernden Kämpfen in der Ostukraine, schwelt weiter. Der in Minsk vereinbarte Stabilisierungsprozess erscheint weitgehend eingefroren. Die fortgesetzte politische und militärische Einflussnahme Russlands in der Ukraine hat durch die russische Blockade der Meerenge von Kertsch vor der Halbinsel Krim eine weitere Verschärfung erfahren. Russland zeigt inzwischen eine offen anti-westliche Haltung. Seine militärischen Provokationen, seine gewaltbetonte Rolle im syrischen Bürgerkrieg und seine eher destruktive Haltung in den Vereinten Nationen lassen wenig Raum für Optimismus. Mit seiner nuklearen Rhetorik und dem mutmaßlichen Bruch des Intermediate-Nuclear Forces (INF) Abkommens hat Russland ein weiteres kontroverses Themenfeld eröffnet. Die immer wieder Verunsicherung auslösenden Äußerungen des US-Präsidenten nähren zudem die Befürchtung, dass Europa und Deutschland vom erweiterten nuklearen Schutzschirm der USA und damit von einem tragenden Pfeiler der über viele Jahrzehnte bewährten Abschreckung abgekoppelt werden könnten. Erschwerend kommt hinzu, dass inzwischen weitere Staaten über nukleares Waffenpotenzial und Trägersysteme verfügen, die ebenfalls Mittel- und Westeuropa erreichen können.

Die Lage im Nahen- und Mittleren-Osten ist weiterhin vor allem durch die Bürgerkriege in Syrien und im Jemen sowie in besonderer Weise durch die Rivalitäten und Spannungen zwischen den Regionalmächten Saudi Arabien und Iran geprägt. Die Absicht des US-Präsidenten, das Engagement seines Landes auch in dieser Region zu verringern und das schwierige Verhältnis der USA zu den Palästinensern sowie zum Iran haben die Brisanz der Situation in diesem explosiven, Europa nahen Raum nicht verringert. Mit der Aufkündigung des Iran-Atomabkommens durch die USA und den verschärften Sanktionen ist nicht nur ein zusätzlicher Druck auf den Iran, sondern auch auf Europa und das Verhältnis der Europäischen Union (EU) zu den USA entstanden.

In der Türkei zeigt sich eine andauernd beunruhigende Lage. Präsident Erdogans autoritäre Politik und sein ambivalentes Agieren im Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Terroristen erweckt den Anschein einer zunehmenden Entfremdung vom westlichen Bündnis und destabilisiert auch immer wieder die Entwicklung in der kritischen Nah-Mittelost-Region.

Die zahlreichen Konflikte in Afrika, der nicht nachlassende Migrationsdruck aus dem afrikanischen, nah-östlichen und asiatischen Krisenbogen, die omnipräsente Hydra des international agierenden Terrorismus und die brisante Entwicklung durch weiter aufkeimenden Nationalismus und Populismus – auch in europäischen Staaten – kennzeichnen ebenfalls eine zunehmend instabile und konfliktträchtige internationale Lage.

Im globalen Machtspiel scheint China seine Chance konsequent und mit strategischem Weitblick zu nutzen. Es ist vor allem bemüht, das durch die US-Administration verursachte Machtvakuum zum eigenen Vorteil auszufüllen. Der Ausbau interkontinentaler Handels- und Infrastruktur-Netze mit insgesamt über 60 Ländern Afrikas, Asiens und Europas wird höchst nachdrücklich mit einem gewaltigen Investitionsprogramm vorangetrieben, das zunehmend auch eine geopolitische sowie militärstrategische Dimension entfaltet. Die mit ungebremstem Selbst- und Machtbewusstsein vorangetriebenen politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten Chinas sind auch für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU von wachsender Bedeutung.

Die Lageentwicklung auf der koreanischen Halbinsel ist seit Beginn des Jahres 2018 durch ein Wechselbad positiver Entspannungs- und Abrüstungssignale einerseits und wiederholte Drohgebärden andererseits gekennzeichnet. Nicht nur die undurchsichtigen Machtspiele des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-un, sondern auch die unberechenbare Politik des US-Präsidenten Trump und die daraus resultierenden Verwerfungen im Verhältnis der USA zu China und Russland sowie zu den Verbündeten Japan und Südkorea geben nach wie vor Anlass zu Besorgnis.

Besonders brisant sind die Gleichzeitigkeit und teilweise höchst komplexen wechselseitigen Abhängigkeiten der die internationale Lage bestimmenden Faktoren. Überlagert werden die vielfältigen Risiken und Bedrohungen durch technologische Entwicklungen, die heute alle Lebensbereiche durchdringen und jeden von uns ohne Vorwarnung und sehr unmittelbar treffen können. Die Digitalisierung mit ihrem enorm breiten Spektrum an Fähigkeiten zählt

zweifelloso zu den Technologien, die immer wieder mit disruptiven Entwicklungen überraschen, also das Potential besitzen, etwas Bestehendes durch völlig Neues zu verdrängen. Dabei zerfließen u.a. zunehmend die klassischen Unterscheidungen zwischen Frieden und Krieg sowie zwischen äußerer und innerer Sicherheit.

Die Erosion des westlichen Wertekonsenses und die massiven Verschiebungen der globalen Kräfteverhältnisse haben die Forderungen und Erwartungen an die EU und ihre Mitgliedsnationen zur Übernahme erweiterter Verantwortung für Sicherheit und Stabilität vergrößert. Das für die Sicherheit Europas vitale transatlantische Verhältnis wird, trotz fortgesetzter praktischer US-Unterstützung der NATO im militärischen Bereich, vermutlich auch weiterhin durch die eher EU-kritische Politik des US-amerikanischen Präsidenten erheblichen Belastungen ausgesetzt bleiben. Die praktische Aufkündigung des Multilateralismus durch Präsident Trump, der ohne Abstimmung mit den Verbündeten angekündigte Rückzug von US-Truppen aus Syrien sowie vermutlich auch teilweise aus Afghanistan und die dramatische Verhärtung der politischen Landschaft in Washington haben jegliche Illusion über einen erhofften Wandel der US-Außen-, Handels- und Sicherheitspolitik zerstört. Die starke Abhängigkeit der EU-Staaten von Rohstoff- und Energielieferungen aus dem Nicht-EU-Raum, vor allem aus Russland, insbesondere vor dem Hintergrund der gegen dieses Land verhängten Sanktionen, erweist sich ebenfalls zunehmend als Zündstoff im transatlantischen Verhältnis. Nicht zuletzt wirken die anhaltende Migration, die noch nicht wirklich überwundene Finanzkrise und die Gefährdungen durch Terroristen sowie „Organisierte Kriminalität“ vielfach als zusätzliche „Krisenbeschleuniger“.

Gerade in dieser Situation, die eigentlich ein Zusammenrücken und entschlossenes gemeinsames Auftreten des Westens erfordert, zeigen sich kontraproduktive Entwicklungen. Zum einen sind das die bereits erwähnte destabilisierende Verunsicherung und abnehmende Kohäsion im Nordatlantischen Bündnis. Zum anderen ist eine beunruhigende Zunahme der Zentrifugalkräfte in der EU zu beobachten, insbesondere durch den anstehenden BREXIT, durch regionale Autonomiebestrebungen und durch anwachsenden EU-kritischen bis EU-feindlichen Populismus und Nationalismus.

Bedauerlicher Weise hat die Außen- und Sicherheitspolitik der EU immer noch nicht die Anerkennung und Beachtung gewinnen können, die eine wirtschaftlich starke Gemeinschaft mit bisher mehr als 500 Millionen Einwohnern eigent-

lich verdient. Die Wirtschaftsmacht EU wird kaum als strategischer Akteur in einer multipolaren Welt wahrgenommen. Es mangelt ihr nach Auffassung von Kritikern an außen- und sicherheitspolitischer Effizienz sowie an ausreichenden militärischen Fähigkeiten zur eigenständigen Wahrung ihrer Sicherheit. Es stellt sich die Frage, ob die EU den seit 2014 eingetretenen grundlegenden Wandel der Sicherheitslage als „Weckruf“ verstanden hat und ob die EU auch tatsächlich den Willen und die Fähigkeiten besitzt, die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen und praktisch umzusetzen. Das betrifft vor allem die konkrete Bereitstellung hinreichender Ressourcen für die Gewährleistung von Sicherheit und Verteidigung auf der Grundlage ganzheitlich vernetzter, kooperativer nationaler und internationaler Strategien. Eine wirksame Stärkung der Resilienz staatlicher sowie multilateraler Strukturen, Prozesse und vor allem auch kritischer Infrastrukturen rückt dabei in den Mittelpunkt.

Will die EU international eine weitere Marginalisierung vermeiden, dann muss sie ein glaubwürdiger außen- und sicherheitspolitischer Akteur werden. Um sich in diesem Sinne deutlich verstärkt mit Gestaltungswillen und Fähigkeiten zur wirksamen Einflussnahme einbringen zu können, gilt es zunächst mit Priorität interne Probleme zu überwinden. Die EU wird letztlich nur dann entsprechende dauerhafte Anerkennung finden, wenn sie zu einer kohärenten, auch unter zeitkritischen Bedingungen entscheidungsfähigen „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) findet und eine überzeugende gemeinsame Verteidigungsfähigkeit realisiert. Hierbei besteht die Forderung an die Mitgliedsstaaten, im Rahmen der politischen Union Souveränitätsrechte im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in hinreichendem Maße auf die Union zu übertragen. Die Zielvorstellung einer „Armee der EU“ könnte dabei ggf. Orientierung bieten für konkrete, sukzessive Schritte im Rahmen eines gesteuerten phasenweisen Aufbaus erforderlicher Fähigkeiten. Die Ausweitung von bereits bestehenden und bewährten Kooperationen zwischen nationalen Streitkräften und somit eine eher organisch wachsende Integration in multinationale Strukturen, unter Wahrung souveräner Rechte der Teilnehmerstaaten, scheint unter den vorhandenen Rahmenbedingungen realistisch und erfolgversprechend zu sein.

Eine glaubwürdige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit der EU wird auf absehbare Zeit sehr wahrscheinlich nur in Kooperation mit den USA gewährleistet werden können. Deshalb gilt es die nur einmal verfügbaren Kräfte und Mittel in effizient abgestimmter Planung von sich komplementär ergänzenden Fähigkeiten zwischen NATO und EU zu stärken und weiter zu entwickeln.

Mit Blick auf Deutschland und die bei der Bundeswehr eingeleiteten Trendwenden bei Personal, Ausrüstung und Finanzierung erscheint es insbesondere angeraten, die künftig erforderlichen Fähigkeiten im vernetzten Ansatz für die Landes- und Bündnisverteidigung auch mittel- und langfristig nachhaltig mit angemessener Priorität in den Fokus der Entwicklung unserer Streitkräfte zu stellen.

Im Jahr 2018 haben wir uns in der Clausewitz-Gesellschaft mit einigen der o.a. Themen- und Problembereiche auseinandergesetzt, sowohl bei zentralen Veranstaltungen, als auch in den Regionalkreisen und in der Sektion Schweiz. Dabei haben wir in der Regel vor allem auch einen ratsuchenden Blick auf die Methoden, Erkenntnisse und Prinzipien geworfen, die unser Namensgeber, Carl von Clausewitz, vor zweihundert Jahren gesammelt, analysiert und postuliert hat. Die zeitgemäße Interpretation und zukunftsweisende Transformation war und ist uns dabei ein Hauptanliegen. Dazu finden sich entsprechende Beiträge in dem vorliegenden Jahrbuch.

Christian Hartmann und Alois Carmenzind zeigen im Kapitel I die aktuelle Relevanz von Clausewitz' Werk für die heutigen Einsätzen unserer Streitkräfte und für das strategische Denken in agilen Unternehmen auf.

Einen Vergleich zwischen den Werken der Zeitgenossen Clausewitz und Jomini wagen dann im Kapitel II Walter Steiner und Matthias Kuster. Ulrich Kleysler betrachtet die sich über viele Jahrhunderte erstreckende historische Entwicklung militärischen strategischen Gedankenguts aus grundsätzlicher Sicht. Daniel Friesen analysiert den Schlieffenplan, der für den Beginn der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts eine herausragende Bedeutung hatte, und seine Folgen unter speziellem Bezug auf die Erkenntnisse von Clausewitz.

Michael Vollert behandelt im Kapitel III den sogenannten „Volkssturm“, ein besonders düsteres Kapitel der Militärgeschichte. Christian E.O. Millotat und Manuela R. Krüger untersuchen anschließend die Rolle der Offiziere als Träger von Tradition und Traditionspflege. Sie beleuchten dabei u.a. auch Anspruch und Wirklichkeit der diversen Traditionserlasse der Bundeswehr.

Mit Kapitel IV sollen insbesondere weiterführende Diskussionen zu aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen angeregt werden. Wolfgang Bock untersucht zunächst die komplizierte Gemengelage von politischer Kultur, Konflikten und Staatlichkeit im Nahen und Mittleren Osten und postu-

liert Prinzipien für die künftige Politik des Westens. Oliver Corff stellt seine Sicht zu dem internationalen Investitionsprogramm „Neue Seidenstraße“ der Volksrepublik China vor. In seinem Aufsatz geht er der Frage nach, wie sich das strategische Denkgebäude der VR China hinter der Seidenstraßeninitiative darstellt und welche Herausforderungen es in sich birgt. Philipp Lange geht in seinem Beitrag auf die aktuellen Herausforderungen der Gesamtverteidigung ein und formuliert Erfordernisse an die nationale Verteidigungsbereitschaft und Resilienz. Kurt Herrmann gibt einige Gedankenanstöße zur künftigen Sicherheit und Verteidigung im „Cyber-Zeitalter“.

Im Kapitel V kommen traditionsgemäß die Preisträger der „Ehrenmedaille General Carl von Clausewitz“ und der „Ehrenurkunde“ zu Wort. Jan Dinand analysiert die Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise auf die Streitkräfte in Europa. Quentin Watrin untersucht die strategische und militärische Stichhaltigkeit eines Konzepts der „Stellvertreterkriege“.

Die Berichte zu den zentralen Veranstaltungen unserer Gesellschaft finden sich im Kapitel VI. Beim Berliner Colloquium 2018, das erneut gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) durchgeführt wurde, befassten wir uns mit dem Thema „Die koreanische Halbinsel im Kräftefeld regionaler und globaler Machtinteressen“. Die gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg durchgeführte 52. Sicherheitspolitische Informationstagung stand unter dem Thema „Strategie im 21. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung moderner technologischer Entwicklungen: Welche Herausforderungen stellen künstliche Intelligenz und autonome Systeme an Politik, Gesellschaft und Streitkräfte?“ Untersucht wurden die sich abzeichnenden technologischen Entwicklungen in ihren potentiellen sicherheitspolitischen und militärstrategischen Auswirkungen. Eine spezifische Zusammenstellung von Beiträgen zu der Veranstaltung findet sich auf der Website unserer Gesellschaft unter dem Link <https://www.clausewitz-gesellschaft.de/informationen/sammelbaende-jahrestagung/>. Anfang November veranstaltete unsere Gesellschaft gemeinsam mit der Rhein-Main-Runde des Freundeskreises der BAKS e.V. ein FORUM zum Thema „Strategie fördern und ausbauen – Akteure im vernetzten Ansatz in Deutschland“ beim Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Hierbei kamen Vertreter des BKA, der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, der Sanitätsakademie der Bundeswehr, des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport, des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz und der regionalen Beratungsstelle des „Violence Prevention Networks“ zu Wort.

Auch in diesem Jahr haben Wolfgang Fett und Werner Baach wiederum mit feinem Gespür, großem Einsatz und bewundernswerter Akribie diesem Jahrbuch Form und Inhalt verliehen. Mein Dank und der Dank aller Mitglieder der Clausewitz-Gesellschaft e.V. geht an beide und an alle Autoren für Ihre wertvollen und interessanten Beiträge, die sie uns kostenlos zur Verfügung gestellt haben, und an den Layout- und Satz-Gestalter, Marcel Baganz.

Ihnen, sehr geehrte Leser, wünsche ich, dass Sie die in unserem vierzehnten Jahrbuch vorgenommene Zusammenstellung ansprechend finden und bei der Durchsicht des Kompendiums auf zahlreiche Beiträge stoßen, die Ihr Interesse wecken und den sicherheitspolitischen Diskurs fördern können. Kritische Begleitung, insbesondere sachliche Nachfragen, weiterführende Hinweise und konstruktive Anregungen sind uns stets willkommen.

Viel Freude und Genuss beim Lesen!

Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. Kurt Herrmann,
Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Kapitel I

Clausewitz' Werk im Spiegel aktueller Entwicklungen

Laudatio aus Anlass der Verleihung des Carl-von-Clausewitz-Preises an das Logistik-Bataillon 171 Sachsen-Anhalt am 15. November in Burg¹

Christian Hartmann

Soldatinnen und Soldaten,
meine Damen und Herren,

die Entscheidung, einen Preis wie diesen gleich einem ganzen Bataillon zu verleihen, ist ungewöhnlich.

Aber – sie ist sehr gut.

Denn Sie, die Angehörigen des Logistikbataillons 171, sind eine Ausnahme. Sie sind bereit, sich dem zu stellen, was Clausewitz für wahr und richtig erkannt hat – den, nennen wir es, den Gesetzen des Krieges. In unserer Gesellschaft gibt es nicht viele, die das tun. Sie aber schon.

Zur Vorbereitung auf diese Ansprache hatte ich mir eine Liste zusammenstellen lassen über die Auslandseinsätze Ihres Bataillons während der vergangenen Jahre. Es ist eine lange Liste: 14 Einsätze seit 2003, 14 Einsätze in 15 Jahren; dazwischen weitere Einsätze hier in Deutschland. Das ist sehr viel. Und: Es ist ein hoher Anspruch – gerade im Blick auf die Zukunft. Denn diese rasche Abfolge lässt erwarten, dass dieser besondere Status für Sie nicht so schnell enden wird.

Addiert man die Stärke aller Bundeswehr-Kontingente, die seit 1991/92 in einem Auslandseinsatz waren, so kommt man auf eine Personalstärke von ca. 380.000 Menschen. Doch ist das nur eine sehr ungefähre Berechnung mit vielen Ungenauigkeiten.

Derzeit befinden sich rund 3.400 deutsche Soldaten in einem Auslandseinsatz. Das heißt: Jene, die einmal „draußen“ waren oder „draußen“ sind, bilden auch innerhalb der Bundeswehr eine Minderheit. Sie sind also auch unter ihresglei-

chen etwas Besonderes. Seien Sie stolz darauf. Und seien Sie, als Bataillon, auch stolz auf diese Auszeichnung. Sie haben sie verdient.

Nun ist das mit den Preisen so eine Sache. Eine Anerkennung, ein kurzer feierlicher Moment, eine Auszeit vom Alltag, in dem es meist weniger festlich zugeht. Die Wirkung einer solchen Zeremonie ist daher oft rasch verflogen. Zurück bleibt am Ende eine Trophäe, unbeachtet in irgendeiner Vitrine.

Das liegt auch daran, dass die Namensgeber solcher Preise uns oft fremd sind: historische Persönlichkeiten aus anderen Zeiten, nur nicht aus jenen, in denen wir leben. In Ihrem speziellen Fall kommt noch ein weiteres Problem hinzu: Spätestens im Auslandseinsatz sind Sie nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich weit weg von Burg und auch von Clausewitz.

Ich spreche aus Erfahrung: Im Winter 2016/17 war ich als Reservist ein halbes Jahr in Mali. Es gab dort viel zu tun. Aber am Ende war man doch oft allein und zurückgeworfen auch sich selbst. Auch das war eine Chance – die Zeit, die mitunter zu lange Zeit zum Lesen, Schreiben und Nachdenken.

Aber ausgerechnet Clausewitz? Diese nicht enden wollenden theoretischen Ausführungen – vertrackt, abstrakt und verfasst in einer Sprache einer längst vergangenen Epoche. Auch mir war er damals – ich muss das gestehen – doch eher fern. Klug, formulieren wir es einmal so, klug war das nicht von mir. Denn wo wird die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, wo wird diese Fortsetzung, dieser Übergang so klar erkennbar wie beispielsweise beim Thema CIMIC, der Civil-Military Cooperation? Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Vielleicht ist das ja der Sinn dieser Veranstaltung und auch der Sinn meiner Rede: den Abstand verringern – zu einer Persönlichkeit wie Carl von Clausewitz, der hier in Burg am 1. Juli 1780 zur Welt kam.

Vielleicht ist das ja der Sinn dieser Veranstaltung und auch der Sinn meiner Rede: den Abstand verringern – zu einer Persönlichkeit wie Carl von Clausewitz, der hier in Burg am 1. Juli 1780 zur Welt kam.

Clausewitz, für die meisten ist das bestenfalls ein Label, eine Sammlung von Zitaten, aus der man sich gerne bedient. Clausewitz, das passt immer (ganz besonders bei einem Lehrgang. Oder eben – Sie erleben das hier – bei einem Vortrag). Dass Clausewitz gerne zitiert, aber kaum gelesen wird, hat man schon oft registriert. Hans von Seeckt etwa schrieb 1917, in seinem Umfeld würden

sich so viele permanent auf Clausewitz berufen, dass einem schon bei der bloßen Nennung des Namens schlecht würde.

Unser seltsam fremdes Verhältnis zu so einem wie Carl von Clausewitz hat einen ganz einfachen Grund: Er war (und ist es in seinen Schriften) anders als wir – eine Hochbegabung, eine komplexe, mitunter schwierige Persönlichkeit, gepanzert durch seine sehr frühe militärische Sozialisation und durch seine vielfältigen Erfahrungen des Krieges. Einmal schreibt er vom „herzzerreißende[n] Anblick der blutigen Opfer, den der Führer in sich selbst zu bekämpfen hat“. Solche Gefühlsregungen sind zumindest in seinem Werk selten. Dieses Werk ist spröde, unvollendet und alles andere als gewinnend. Denn es richtet sich in erster Linie an unseren Verstand und weniger an unser Gefühl.

Doch sind es bekanntlich zwei Faktoren, die eine Biographie prägen: zum einen die Persönlichkeit selbst, zum anderen deren Zeit, die Verhältnisse, in denen diese Persönlichkeit dann leben darf oder leben muss. Und wenn uns Clausewitz in seiner ungewöhnlichen Begabung oft fremd ist, seine Verhältnisse, die Bedingungen seines Seins, die sind es nicht. Ein Zeitgenosse von Clausewitz, ein gewisser Johann Wolfgang Goethe, hat einmal im Blick auf seine eigene Situation – ich zitiere

Was an Theorie fehlte, das ersetzte schon bald die Praxis. 1792, in seinem 12. Lebensjahr, wurde Clausewitz Soldat. Er blieb es, 39 lange Jahre, bis zu seinem Tod. Und der Krieg wurde zum steten Begleiter seiner Laufbahn.

– „vom durchaus Scheißigen der Verhältnisse“ gesprochen. Dabei hatte er, Goethe, es gut getroffen, sehr gut sogar: Dichterpfürst, Minister, ein Mann mit großem Glück und einem am Ende gelungenen Leben.

– „vom durchaus Scheißigen der Verhältnisse“ gesprochen. Dabei hatte er, Goethe, es gut getroffen, sehr gut sogar: Dichterpfürst, Minister, ein Mann mit großem Glück und einem am Ende gelungenen Leben.

Das war bei Clausewitz ein bisschen anders. All die Schwierigkeiten und auch Ungerechtigkeiten, die sein Leben prägten, machen ihn jedenfalls vertrauter und auch menschlicher. Manches davon kennen wir nur zu gut. Problematisch war für Clausewitz bereits seine Herkunft, sein umstrittener Adelstitel. Der aber war damals für einen Offizier der preußischen Armee unabdingbar. Seine Schulbildung? Bestenfalls mittelmäßig. Was an Theorie fehlte, das ersetzte schon bald die Praxis. 1792, in seinem 12. Lebensjahr, wurde Clausewitz Soldat. Er blieb es, 39 lange Jahre, bis zu seinem Tod. Und der Krieg wurde zum steten Begleiter seiner Laufbahn:

- 1793-1795: die Feldzüge gegen das revolutionäre Frankreich
- 1806/07: die katastrophale Niederlage Preußens im Kampf gegen die napoleonischen Armeen und damit im Fall von Clausewitz auch die Erfahrung einer einjährigen Kriegsgefangenschaft
- 1812: die Vernichtung von Napoleons Armeen im Russlandfeldzug
- 1813-1815 die Befreiungskriege; Europas Kampf gegen die französische Herrschaft
- und schließlich 1830/31 der polnische Aufstand.

Man sollte also nie vergessen: Wenn hier einer „Vom Kriege“ schrieb, dann beruhte das nicht allein auf der Kenntnis der einschlägigen Literatur. Dennoch erscheint all das als Erfolgsgeschichte: eine militärische Karriere vor dem bewegten, bunten Hintergrund der napoleonischen Kriege. An deren Ende dann Reform, Erneuerung und Sieg. Und Clausewitz selbst: Augenzeuge und Kriegsteilnehmer mit vielen Eindrücken von dieser Welt, zudem Teil der preußischen Reformbewegung und schließlich der Intellektuelle in Uniform, der überragende Analytiker, der aus seinen vielen Erfahrungen das Substrat herausholt und eine neue Lehre entwickelt – die „Vom Kriege“.

Doch ist das nur das äußere Bild. Dahinter steht noch ein anderes, ein zweites. Das des Zu kurz Gekommenen, das des Unvollendeten. Etwas zugespitzt könnte man sagen: Das Werk von Clausewitz war eine Notlösung. Entstehen konnte es eigentlich nur, weil man ihn nach 1815 kaltgestellt hatte. 1818, mit 38 Jahren wurde Clausewitz jüngster General der preußischen Armee. Aber die damit verbundene Ernennung zum Direktor der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin war – sinnige Idee – verbunden mit einem Verbot, dem dort zu lehren.

Der Dank des Vaterlands zeigte sich hier in einer sehr speziellen Form. Das war kein Zufall: Nach der Zäsur von 1806/07 – Preußen wurde von Napoleon damals mit Land und Leuten etwa auf die Hälfte reduziert – hatte sich Clausewitz entschieden auf die Seite der preußischen Reformer gestellt, der General Gerhard von Scharnhorst wurde zu seinem Mentor, und als für Napoleons Russlandfeldzug auch ein preußisches Kontingent formiert wurde, verließ Clausewitz die preußische Armee. Den Feldzug von 1812 erlebte er in russischen Diensten, als russischer Offizier.

Der preußische König hat ihm das nie verziehen. Trotz seiner unübersehbaren Begabung, trotz seiner Karriere blieb Clausewitz wie viele preußische Reformer ausgeschlossen von den eigentlichen Schlüsselstellungen – zumindest nach

1815, als man glaubte, auf die verzichten zu können, die den preußischen Staat wieder auf die Füße gestellt, die ihn doch eigentlich gerettet hatten.

An dieser Stelle kommt wieder Goethe ins Spiel, mit einem Satz, der nichts an Aktualität eingebüßt hat – nicht zuletzt mit Blick auf den militärischen Dienst-

Nun aber kam – Soldatinnen aufgepasst – nun kam sie: die Stunde der Frauen, oder genauer gesagt, die Stunde der Frau: Marie von Clausewitz. Sie hatte – wie das damals so hieß – Anteil genommen am Werk ihres Mannes, erkannte auch sehr genau dessen Wert und sorgte bis 1834 dafür, dass die Arbeit ihres Mannes, sein Werk für immer erhalten blieb.

betrieb; er lautet: Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, lässt sich Schönes bauen. Im Falle von Clausewitz schien aber selbst das am Ende gefährdet. Denn sein Tod am 16. November 1831 kam früh und unerwartet. Zurück blieb kein Werk, sondern ein wildes Konvolut an Papieren und Schriften. Clausewitz selbst sprach in diesem Zusammenhang von einer noch – Zitat – „ziemlich unförmliche[n]

Gedankenmasse“. Mit einer gründlichen Überarbeitung, einer wirklichen Neufassung hatte er erst in seinen letzten Lebensjahren begonnen.

Nun aber kam – Soldatinnen aufgepasst – nun kam sie: die Stunde der Frauen, oder genauer gesagt, die Stunde der Frau: Marie von Clausewitz. Sie hatte – wie das damals so hieß – Anteil genommen am Werk ihres Mannes, erkannte auch sehr genau dessen Wert und sorgte bis 1834 dafür, dass die Arbeit ihres Mannes, sein Werk für immer erhalten blieb.

An dieser Stelle wäre nun eigentlich etwas über dieses Werk zu sagen. Es ist aber so umfangreich, so komplex und Gegenstand so vieler Interpretationen, dass ich erst gar nicht anfangen mit einem Überblick, einer gelehrten Einordnung oder gar noch einer weiteren Interpretation. Ein einziger Satz aus diesem Werk soll hier genügen – ja genau, eben jener, Sie ahnen es schon, dieser so oft Zitierte, dieser Satz, auf den sich nicht selten die gesamte Kenntnis eines doch großen Werks reduziert:

„Der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, daß dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört, nicht in etwas anderes verwandelt wird, sondern daß er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch die Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient.“

Alles klar? Ich zitiere deshalb die verkürzte Variante, so wie sie uns geläufig ist: „Der Krieg ist nichts anderes als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“

Und jetzt, allerletzte Kürzung, gewissermaßen der Taschen-Clausewitz: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“

Dieser Satz wird oft zitiert – so oft, dass er zur Platitüde zu verkommen droht. Dabei ist er nicht falsch. Oder gar unwichtig. Er ist uns vielmehr so selbstverständlich geworden, so alltäglich, dass es uns allmählich schwerfällt, seine Bedeutung überhaupt noch zu erkennen: das Primat des Politischen, auch im Ausnahmezustand! Gerade in der Bundeswehr kennt man dieses Prinzip sehr gut: Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt fällen die großen außenpolitischen oder gar strategischen Entscheidungen; der Bundestag entscheidet dann darüber; und die militärische Führung berät (bestenfalls) über das Verteidigungsministerium und führt ansonsten – aus.

In zwei Weltkriegen ist in Deutschland dieses Prinzip, das Prinzip des Primats der Politik, gewissermaßen auf den Kopf gestellt worden – mit den entsprechenden Folgen.

Das ist nicht selbstverständlich. Eine solche Arbeitsteilung ist vielmehr das Ergebnis vieler bitterer Erfahrungen, die unser Vaterland – in mancherlei Hinsicht – ruiniert haben. Und dies wiederum beruhte immer auch auf einer Fehlinterpretation oder auch auf der schieren Unkenntnis dessen, wofür Clausewitz steht.

In zwei Weltkriegen ist in Deutschland dieses Prinzip, das Prinzip des Primats der Politik, gewissermaßen auf den Kopf gestellt worden – mit den entsprechenden Folgen. Ein Schicksal wie das von Magdeburg, mit den heutigen Verkehrsmitteln nur wenige Minuten von hier entfernt, ist ja nur ein Beispiel von vielen. Gerade als es darum gegangen wäre, längst verlorene Kriege zu beenden, zeigte es sich, dass die Politik degradiert worden war – zum Hilfsorgan, zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Indes, dieser eine Satz: Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, steht für noch mehr. Hier lässt sich einiges finden – Aktuelles beispielsweise und nicht nur Angenehmes. Hierzu noch drei Anmerkungen:

1. „mit anderen Mitteln“: Wie politikfähig ist eigentlich ein Staat, dem allmählich diese „Mittel“ ausgehen? Wann endet seine Politik? Im Krieg?

Oder schon davor, im Spannungsfall? Oder bereits noch früher, weil ja jeder weiß, dass dieser Staat allein im Frieden existieren kann? Wie ernst wird dieser Staat eigentlich noch genommen? Nicht von uns. Sondern von den anderen.

2. „Krieg als Fortsetzung der Politik“: Für Clausewitz sind das zwei entgegengesetzte Pole: eben Krieg und Politik. Dazwischen existieren viele, sehr viele Möglichkeiten. Für Clausewitz ist daher der Krieg „ein wahres Chamäleon“; dessen Natur, so heißt es an einer anderen Stelle, sich ständig ändere.

War eigentlich vor diesem Hintergrund jene unwürdige politische Debatte, ob das nun in Afghanistan ein Krieg sei oder nicht, war diese Debatte wirklich nötig? Clausewitz hat hierzu alles Nötige gesagt: Krieg ist in vielen Varianten möglich.

3. „Fortsetzung der Politik“: Was ist eigentlich gemeint, mit diesem Begriff „Politik“? Politik im Sinne von politischen Zielen? Oder als Handeln einer höchsten politischen Führung? Clausewitz schreibt an anderer Stelle, dass sich ein Kriegsplan aus dem gesamten „politischen Dasein“ einer Kriegspartei entwickle. „Politisches Dasein“ – das ist ein weiter Begriff von Politik; er umfasst vieles: die soziale wie die politische Ordnung eines Staats, seine geostrategische Lage, sein Recht, seine Vergangenheit, seine Religion, seine wirtschaftlichen Möglichkeiten und nicht zuletzt seine Gesellschaft und deren Mentalität. Gerade den zuletzt genannten Aspekt, Clausewitz verwendet auch das schöne Wort von der „Seelenstärke“, gerade die hielt er für eminent wichtig. Krieg war für ihn immer auch ein Willensakt, eine Auseinandersetzung des Willens: den Kampf durchstehen und gewinnen, um dann am Ende „den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“.

Auch daran lassen sich Fragen anschließen: Besitzen wir, besitzt unsere Welt, die westliche, noch diesen Willen? Um notfalls auch zu kämpfen? Oder gar – man stelle sich das einmal vor – um zu siegen? Ist unser Land dazu bereit und auch fähig? Wie weit ist Europa dazu in der Lage? Und wie ist es in dieser Hinsicht um unsere lead nation bestellt? Keine Frage, die USA spielen derzeit eine recht problematische Rolle in der Weltpolitik. Aber ist diese mitunter bizarre Demonstration von Egoismus, Geltungsdrang und Stärke vielleicht

nur die hässliche Reaktion auf eine tiefsitzende Verunsicherung der amerikanischen Gesellschaft?

Das sind nicht nur akademische Überlegungen über etwas Fernliegendes, irgendwie doch stets Unwahrscheinliches, das man dann am Ende auch irgendwie getrost beiseiteschieben und vergessen kann. Dafür gibt es sehr konkrete Beispiele, sogar bei uns, in der jüngsten deutschen Zeitgeschichte. Natürlich – es gab ein München 1972. Aber es gab eben auch das, ein Mogadischu 1977.

Welche Erfolgsaussichten besitzt eigentlich ein militärisches Engagement, wenn bereits der Wille fehlt – der Wille, um notfalls zu kämpfen und diesen Kampf am Ende dann auch für sich zu entscheiden?

Gehen wir aber nochmals zurück auf die Ebene der Abstraktion: Welche Erfolgsaussichten besitzt eigentlich ein militärisches Engagement, wenn bereits der Wille fehlt – der Wille, um notfalls zu kämpfen und diesen Kampf am Ende dann auch für sich zu entscheiden?

Das waren drei Beispiele für den Gehalt wie auch für die Aktualität dieses einen Satzes. Daraus ergeben sich wiederum einige Botschaften; eine davon lautet: Clausewitz ist viel mehr als nur ein Klassiker, eine Goldschnittausgabe in Leder fürs Bücherregal. Er bleibt aktuell. Und er ist auch das – ein unbequemer Mahner.

Vielleicht kann auch das jenen Abstand verkleinern, von dem ich anfangs sprach. Für die Theorie des Krieges ist das Werk dieses preußischen Generals noch immer ein archimedischer Punkt; seine Kritiker bestätigen im Grunde nichts anders. Nur dass sie sich endlos und am Ende erfolglos abarbeiten an diesem zentralen Bezugspunkt. Vor allem aber: Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, die katastrophalen deutschen Niederlagen in zwei Weltkriegen sowie die Auslöschung Preußens haben an dieser dominierenden Stellung von Clausewitz nichts geändert.

Clausewitz' Name steht auch für das Beispiel eines Soldaten, der kompromisslos und unter Verzicht auf den persönlichen Vorteil für das lebte, was er als gut und richtig erkannte. Dieses Richtige und auch Gute ist nicht irgendetwas Fernes. Es ist noch nicht vergangen. Die von ihm definierten Wahrheiten gelten noch heute.

Doch steht sein Name nicht nur für ein Werk. Sein Name steht auch für das Beispiel eines Soldaten, der kompromisslos und unter Verzicht auf den persönlichen Vorteil für das lebte, was er als gut und richtig erkannte. Dieses Richtige

und auch Gute ist nicht irgendetwas Fernes. Es ist noch nicht vergangen. Die von ihm definierten Wahrheiten gelten noch heute.

Durch beides: durch sein Werk, aber auch durch seine Haltung, seine Konsequenz bleibt Clausewitz ein Vorbild.

Das wäre nun ein schöner Abschluss für diesen Vortrag: Clausewitz? Ein Vorbild!

Aber so zu enden, wäre falsch. Denn dieser Abend ist ja nicht allein Clausewitz gewidmet. Es geht immer auch um Sie, die Angehörigen des Logistikbataillons 171. Für Ihre Einsätze, oder besser: für Ihren Einsatz gibt es in unserer Sprache nicht mehr oder noch nicht die passende Formel, um darauf angemessen zu reagieren.

Haben Sie daher bitte Verständnis, wenn ich hier eine Art Anleihe mache – mit einer Formel aus einer fremden Sprache und einer fremden Kultur:

Thank you for your service!

Zum Autor: Christian Hartmann (geb. 1959) ist Historiker am Institut für Zeitgeschichte (München). Wichtigste Schriften: Halder - Generalstabschef Hitlers 1938-1942 (1991, 2. Aufl.: 2010); Die letzten 100 Tage des Zweiten Weltkriegs (2005); Wehrmacht im Ostkrieg (2009, 2. Aufl.: 2010); Unternehmen Barbarossa (2011, 2. Aufl.: 2012, übersetzt in fünf Sprachen). Hartmann war langjähriger stellvertretender Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, leitete das Forschungsprojekt Wehrmacht in der NS-Diktatur 1933–1945 sowie die kritische Edition von Hitlers Schrift „Mein Kampf“. Als Oberstleutnant der Reserve ist er Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr (Hamburg). 2016/17 war er als Strategic Advisor im Rahmen der European Union Training Mission in Mali im Einsatz.

Anmerkungen:

- 1 Der Preis wurde dem Logistikbataillon 171 aus Burg stellvertretend für alle Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr verliehen

Strategisches Denken in agilen Unternehmen und die Lehre von Clausewitz

Alois Camenzind

1. Einleitung

In der Vergangenheit hat es immer wieder Versuche gegeben, strategisches und taktisches Denken, das in Armeen verwendet wurde, auch der Betriebswirtschaft nutzbar zu machen und dort anzuwenden.¹ Wie dies vor allem in kleineren und mittleren Unternehmungen erfolgen kann, ist eine Frage, die mich nicht nur während meiner Dienstzeit in der Gebirgsdivision 9 der Schweizer Armee, sondern auch als Jurist und in verschiedenen Verwaltungsräten beschäftigt hat.

Unverkennbar ist, dass sich in Militär und Wirtschaft vergleichbare Verhaltensmuster und teilweise auch ähnlicher Sprachegebrauch zeigen:² Sowohl Armeen wie auch Unternehmen müssen oft mit knappen Ressourcen auskommen.

Beide haben sich mit Kontrahenten auseinanderzusetzen. Sie sollten klare Zielvorgaben haben und anhand von Strategien, Taktiken und klugen Schachzügen bestehende Risiken und Probleme überwinden. Zudem müssen Entscheide aufgrund von mehr oder weniger großen Unsicherheiten getroffen werden.

Unverkennbar ist, dass sich in Militär und Wirtschaft vergleichbare Verhaltensmuster und teilweise auch ähnlicher Sprachegebrauch zeigen: Sowohl Armeen wie auch Unternehmen müssen oft mit knappen Ressourcen auskommen. Beide haben sich mit Kontrahenten auseinanderzusetzen. Sie sollten klare Zielvorgaben haben und anhand von Strategien, Taktiken und klugen Schachzügen bestehende Risiken und Probleme überwinden.

Wirtschaft kann jedoch nicht mit Krieg gleichgesetzt werden.³ Wirtschaft und Militär unterscheiden sich auch noch in verschiedenen anderen Punkten, wie z.B. in der Finanzierung oder mit Bezug auf den Gegner. Zudem haben Armeen nicht zwingend einen Ernstfall zu bestehen, Unternehmen jedoch schon.

Der grösste Nenner zwischen Militär und marktwirtschaftlich orientierten Unternehmungen ergibt sich m.E. mit Bezug auf folgende drei zentralen Fragen, mit denen sich beide Institutionen befassen müssen, nämlich:⁴

1. Wie kann ich die Überlebensfähigkeit meiner Institution zum Nutzen der Gesamtheit sicherstellen?

2. Wie kann ich die Entwicklungsfähigkeit meiner Institution unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände und Risiken modellieren bzw. verändern?
3. Wie erreiche ich laufend die Markt- und Konkurrenzfähigkeit meiner Unternehmung bzw. die Schlagkraft meines Verbandes und der Personen, die darin tätig sind?

Clausewitz wurde in einer Zeit geboren, die von großen militärischen Umwälzungen und Veränderungen geprägt war. Mit der französischen Revolution und dem Beginn der napoleonischen Ära am Ausgang des 18. Jahrhunderts und endete der aufgeklärte Absolutismus und führte zu Beginn des 19. Jahrhunderts in die frühe Neuzeit.⁵ Diese Zeit war geprägt von einer Fülle von Umwälzungen und damit verbundenen Unsicherheiten und Krisen, ähnlich, wie dies auch heute der Fall ist.

Um in solchen Zeiten besser Herr der Lage zu werden, kommt man um strategisches Denken kaum herum. Strategien mit einem längeren und breiteren Blickwinkel, eine saubere Analyse der eigenen Stärken und Schwächen und der gegnerischen Möglichkeiten im Vergleich mit den eigenen Mitteln und Möglichkeiten, wie dies im Militär stattfindet, sind dabei mehr als hilfreich. Wer sich dagegen nur auf sein taktisches Geschick, bzw. auf emotionales „Gespür“ verlässt, wird m.E. scheitern oder nur einen Teil von dem erreichen, was tatsächlich möglich ist.

Eine Unternehmung ohne Strategie zu führen heisst m.a.W., sich bewusst oder unbewusst im Blindflug der Willkür der Märkte auszusetzen. Dagegen wäre es ebenso falsch, nur auf strategisches Denken abzustellen. Sinnvoll ist ein guter Mix aus strategischem Denken, intuitivem Gespür und taktischem Geschick.

Als junger Bankrat der Schwyzer Kantonalbank⁶ hat mich der damalige Präsident im Rahmen der Erarbeitung unserer Unternehmensstrategie mit der Aufgabe betraut, das Ergebnis derselben kritisch zu würdigen. Für mich war guter Rat teuer. Wie sollte ich vorgehen, welche Kriterien für eine kritische Würdigung konnte ich verwenden? Ich habe mich schliesslich an den Großmeister des strategischen Denkens, Carl von Clausewitz gehalten und konnte dort feststellen, dass dieser schon vor über 200 Jahren die richtige Antwort bzw. Vorgaben dazu gefunden hat. Dies deshalb, weil er sich intensiv mit der Entwicklung von Strategien und dem strategischen Denken auseinandergesetzt hat.

Das Ergebnis einiger Erkenntnisse für die praktische Umsetzung werde ich gerne in diesem Aufsatz summarisch erläutern und darstellen. Weiterführende Gedanken und Ausführungen finden sich in der Publikation „Strategisches Denken in KMU und die Lehre von Clausewitz“, die ich zusammen mit Prof. Dr. Urs Fueglistaller von der Universität St. Gallen realisieren konnte.

Meinen Überlegungen lege ich folgende Gliederung zu Grunde:

Nach der kurzen Einleitung (1) wird zuerst auf die für Clausewitz zentrale Unterscheidung zwischen Zweck, Ziel und Mittel eingegangen (2). Danach wird die Konkretisierung des Unternehmenszwecks durch das Instrument der Eigenstrategie vorgestellt (3). In Abschnitt (4) werden die strategischen Grundsätze von Clausewitz „Einfachheit“, „Überlegenheit der Zahl“, „Konzentration der Kräfte“, „Überraschung, List und die Anwendung fester Regeln“ sowie der Grundsatz „Ökonomie der Kräfte“ auf die Wirtschaft übertragen und zum Schluss deren Anwendung mit Bezug auf die Unternehmensstrategie der Maschinenfabrik Berthold Hermle AG veranschaulicht (5).⁷

2. Zweck, Ziel und Mittel

Eines der wesentlichen Verdienste, die uns Clausewitz mit seiner Lehre bringt, ist zuerst einmal die *Unterscheidung von Zweck, Ziel und Mittel*.

„Man fängt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel. Durch diesen Hauptgedanken werden alle Richtungen gegeben, der Umfang der Mittel, das Mass der Energie bestimmt, und er äussert seinen Einfluss bis in die kleinsten Glieder der Handlungen hinab.“⁸

„Die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck erreicht werden.“⁹

Alle *strategischen Grundsätze*, auf die ich unter Ziffer 4 zu sprechen komme, basieren auf einem, normativen Fundament. Dabei ist die Unterscheidung von Zweck, Ziel und Mittel von wesentlicher Bedeutung.

Ausgegangen wird von der Erkenntnis, dass eine klare Unterscheidung zwischen dem strategischen Ziel und dem übergeordneten Zweck verlangt wird. Für die Wirtschaft heisst dies, dass sich der Unternehmer mit dem „Warum“

seiner unternehmerischen Tätigkeit im Detail auseinandersetzen sollte.¹⁰ Das tut man am Besten im Rahmen von Eigner-Strategien, auf die ich unter der

Ausgegangen wird von der Erkenntnis, dass eine klare Unterscheidung zwischen dem strategischen Ziel und dem übergeordneten Zweck verlangt wird. Für die Wirtschaft heisst dies, dass sich der Unternehmer mit dem „Warum“ seiner unternehmerischen Tätigkeit im Detail auseinandersetzen sollte.

Ziffer 3 näher eingehen werde. Nur wenn man sich mit den damit zusammenhängenden Fragen gründlich auseinandersetzt, bekommen die daraus abgeleiteten Ziele einen tieferen Sinn.

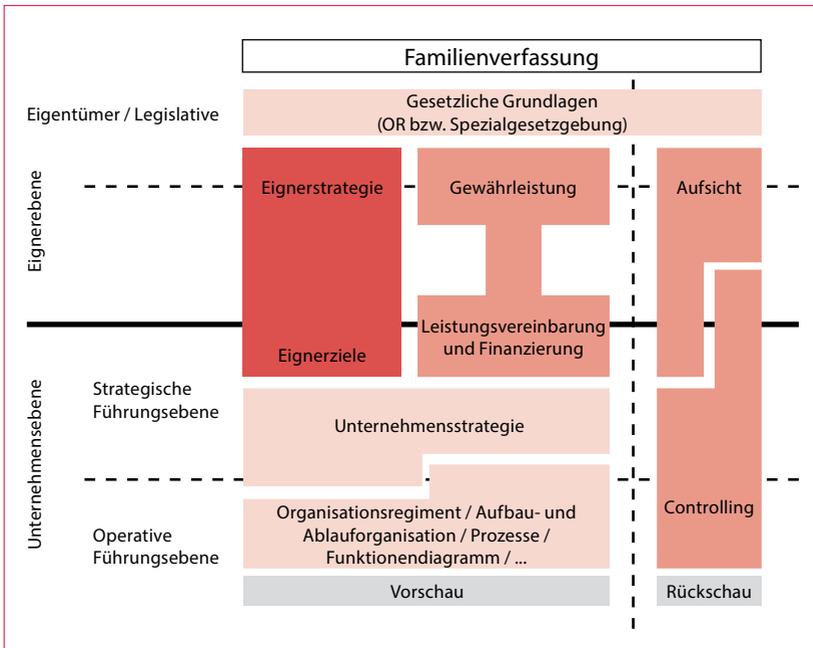
Tatsache ist, dass man sich in der Wirtschaft mit dieser Wesensfrage, vor allem

bei kleineren und mittleren Unternehmungen zu wenig befasst, obwohl viele Familienunternehmungen über Wertvorstellungen verfügen, die teilweise über Generationen gelebt werden.

Mit der Trias von Zweck, Ziel und Mittel werden in der Unternehmenswirklichkeit folgende drei Ebenen tangiert:¹¹

- a) mit dem Zweck die normative Ebene und die Fragen von Sinn und Zweck einer Unternehmung, wie sie z.B. in den Satzungen bzw. Statuten von Gesellschaften an oberster Stelle stehen. Im statutarischen Zweck kann ich als Eigentümer derselben m.a.W. wesentliche Vorgaben für eine Unternehmung formulieren.
- b) mit den Zielen bewegen wir uns auf der strategischen Ebene des Managements, d.h. in dem Bereich, wo Verwaltungsrat und Geschäftsführung ihre Unternehmensstrategie umsetzen und
- c) mit den Mitteln im Bereich der operativen Umsetzung.

Betrachtet man die verschiedenen Ebenen schematisch, so können diese zusammenfassend wie folgt dargestellt werden:¹²



3. Agile Unternehmen und Eigner-Strategien

Spricht man von Eigner-Strategien, so handelt es sich um ein Instrumentarium, das zumindest in der Schweiz in der Privatindustrie eher wenig gebräuchlich ist, weil der Gesetzgeber im Obligationenrecht (OR) den Begriff selber nicht kennt und auch in Art. 716a OR, der sich mit den unübertragbaren Aufgaben des Verwaltungsrates befasst, der Begriff Eigner-Strategie nicht genannt wird. Dies im Gegensatz etwa zur öffentlichen Hand, wo verschiedene Staatsbetriebe klare Vorgaben und Leitplanken für die ihnen gehörenden Unternehmungen im Rahmen von Eigner-Strategien in den entsprechenden Gesetzen verankert haben.

Wo sind Eigner-Strategien sinnvoll? Sie sind es überall dort, wo der Eigentümer (Eigner) einer Unternehmung einen direkten Einfluss auf die Geschicke des Unternehmens nehmen will und kann und die strategischen Vorgaben nicht nur via Verwaltungsrat oder in der operativen Leitung wahrnehmen will. Sinnvoll sind sie auch dort, wo Eigner zwar mit der Leitung der Unterneh-

mung betraut sind, das Eigentum an der Gesellschaft aber mit Gesellschaftern (Aktionären) teilen müssen, die nicht in die Leitung (Verwaltungsrat oder Geschäftsführung) berufen sind“.¹³

Was sind wesentliche Punkte, die zu beachten und zu regeln sind? Aus meiner Sicht möchte ich folgende Punkte hervorheben:¹⁴

1. Man sollte klare Vorstellungen über die Interessenlage bzw. über die Gründe haben, warum man die Gesellschaft betreibt oder, wenn die Eigner-Strategie für eine Beteiligung gemacht wird, warum man diese Beteiligung hält.
2. Ist diese Frage geklärt, hat basierend darauf die Definition von Zweck und Zielsetzung sowie die Formulierung des konkreten Auftrages an die Gesellschaft zu erfolgen.
3. In der Schweiz gibt es zudem auch rechtliche Schranken zu beachten, z.B. die unentziehbaren Rechte und Pflichten des Verwaltungsrates, in die ich als Eigner und Aktionär nicht eingreifen darf.
4. Ein besonderes Augenmerk ist m.E. auf die unternehmerische Flexibilität zu richten, dies vor allem dann, wenn die Unternehmung sich im freien Markt bewegen muss und nicht wie im öffentlichen Bereich in einem regulierten Umfeld.

Die wichtigsten Regelungspunkte, auf welche aus Platzgründen nicht im Detail eingegangen werden kann, fasse ich nachfolgend wie folgt zusammen:¹⁵ Zweck der Eigner-Strategie und der Unternehmung, Stimmen und Kapitalanteile, wirtschaftlich-unternehmerische Vorgaben und Zielsetzungen, soziale und ökologische Zielsetzungen, Vorgaben und Zielsetzungen für die Unternehmensleitung, Vorgaben und Zielsetzungen für die Kontrolle, Vorgaben und Zielsetzungen bezüglich Information und Transparenz sowie evtl. rechtliche Vorgaben.

4. Strategische Grundsätze und Kriegsplan nach Clausewitz

4.1 Grundsätze

Damit komme ich zu einigen zentralen, strategischen Grundsätzen, die Clausewitz erarbeitet und entwickelt hat und die uns aus der militärischen Führungslehre bestens bekannt sind.

In Unternehmungen bilden sie eine wichtige Grundlage bei der Strategieerarbeitung und können auch als Kontrollinstrumente oder als Anforderungsprofil für moderne Unternehmensstrategien verwendet werden.

Wesentlich erscheint mir, und dies kann hier nicht genug unterstrichen werden, dass Clausewitz seine Strategielehre nicht auf einige wenige Grundsätze reduziert wissen will. Er weist denn auch immer wieder darauf hin, dass die Erarbeitung einer Strategie einen aufwändigen Denkprozess voraussetzt, was oft mühsam und beschwerlich ist. Gerade darum entzieht man sich in kleineren Unternehmungen gerne dieser Aufgabe, die aber m.E. für eine erfolgreiche Unternehmensführung wesentlich ist.

4.2. Die Grundsätze im Einzelnen

4.2.1 Einfachheit

*„So ist denn in der Strategie alles sehr einfach, aber darum nicht auch alles sehr leicht“.*¹⁶

Der Grundsatz mag banal erscheinen, ist aber sowohl in der militärischen wie auch in der unternehmerischen Realität nicht leicht zu erreichen. Albert Einstein hat es wie folgt auf den Punkt gebracht: „Man sollte alles so einfach wie möglich sehen – aber nicht einfacher“.

Praktische Kriegsbeispiele, bei denen gegen diesen Grundsatz verstossen wurde, gibt es viele, und auch Clausewitz verweist in seinem Werk auf verschiedene hin.

In der Schweiz könnte man z.B. den Feldzug von Suworow im Jahre 1799 anführen. Sein Angriff in den Rücken von General Masséna, der bei Zürich General Korsakow gegenübergestanden hat, hätte nur durch ein kompliziertes Zusammenwirken von verschiedenen Verbänden gelingen können. Wenn man sich dabei die damaligen Verbindungsmöglichkeiten vorstellt und das Gebirge kennt, in dem man sich zu bewegen hatte, so wird schnell klar, dass das Ganze nur mit viel Glück hätte realisiert werden können.¹⁷

Albert Einstein hat es wie folgt auf den Punkt gebracht: „Man sollte alles so einfach wie möglich sehen – aber nicht einfacher“.

Für den Unternehmer verlangt dieser Grundsatz die Konzentration auf das Einfache und Wesentliche. Die Einfachheit bedingt Klarheit über das, was man will und verlangt schliesslich auch eine konzise Formulierung der Aufträge. Einfachheit in der Strategie ist wohl schnell und leicht gefordert. Sie setzt zuerst klare Vorstellungen vom Zweck der Unternehmung voraus und, daraus abgeleitet, klare Vorstellungen über das, was man mit der Strategie erreichen will. Deshalb verlangt sie eine intensive Auseinandersetzung mit den sich dabei stellenden Fragen.

4.2.2 Überlegenheit der Zahl

Clausewitz geht davon aus, dass die „Überlegenheit der Zahl“ sowohl in der Strategie als auch in der Taktik als allgemeinstes Prinzip des Sieges zu gelten hat¹⁸ und hält dazu folgendes fest:

„Die Überlegenheit der Zahl in einem Gefecht ist nur einer der Faktoren, aus welchem der Sieg gebildet wird“¹⁹

Militärisch erläutert wird dies vor allem aufgrund von verschiedenen Beispielen aus der Zeit Friedrichs des Großen mit Verweisen auf die Schlachten bei Leuthen, bei Rossbach oder bei Kolin.²⁰ Clausewitz hält im Weiteren fest, dass dieser Grundsatz vor allem strategisch von Bedeutung sei.²¹

Die Relativierung dieses Grundsatzes ergibt sich schon aus der obgenannten Formulierung und wird dann weiter noch wie folgt unterstrichen:

„Diese Zahl wird also den Sieg bestimmen. Schon aus der Menge der Abstraktionen, welche wir haben machen müssen, um auf diesen Punkt zu kommen, ergibt sich, dass die Überlegenheit der Zahl in einem Gefecht nur einer der Faktoren ist, aus welchem der Sieg gebildet wird, dass also, weit entfernt, mit der Überlegenheit der Zahl alles oder auch nur die Hauptsache gewonnen zu haben, vielleicht noch sehr wenig damit erreicht ist, je nachdem die mitwirkenden Umstände so oder anders sind“²²

Unternehmerisch mag es auf der Hand liegen, dass ein wesentlich größeres Unternehmen gegenüber einem kleineren strategische Vorteile haben kann. Zu denken ist dabei vor allem an die Kostenvorteile aufgrund der Skaleneffekte. Demgegenüber lässt sich zeigen, dass große Unternehmen oft mit überproportionalen Verwaltungskosten und Schwierigkeiten mit Bezug auf die Flexibilität zu kämpfen haben.

Zusammenfassend kann man wohl sagen, dass dieses Prinzip militärisch gut nachvollziehbar, nicht absolut gilt und insgesamt vor allem auf strategischer Ebene von Bedeutung ist. Für agile kleinere und mittlere Unternehmen dürfte es m.E. nur beschränkt anwendbar sein.

4.2.3 Konzentration der Kräfte

„Die beste Strategie ist, immer recht stark zu sein, zuerst überhaupt und demnächst auf dem entscheidenden Punkt.“²³

Militärisch wird dieser Grundsatz durch dieses Zitat klar zum Ausdruck gebracht. Überlegenheit und Stosskraft am entscheidenden Punkt, d.h. die Konzentration von Kräften in Zeit und Raum können für einen Sieg in einer Schlacht von entscheidender Bedeutung sein. Militärgeschichtliche Ereignisse dazu gibt es viele.

Unternehmerisch stellt der Grundsatz eine Absage an die Diversifikation dar. Oder, wie es Warren Buffet, die große Investoren-Legende sagt: „Diversification is a protection against ignorance. It makes very little sense for those who know, what they're doing.“ Daneben verlangt dieser Grundsatz eine klare Fokussierung auf die Kernleistungen einer Unternehmung und die Vermeidung von unnötigen Komplexitäten in der Wertschöpfungskette und auch im Produktesegment. Überdies sollte der Grundsatz auf die gesamte Unternehmungen angewandt werden: Führungsstruktur, Prozessabläufe, Einkauf und das Outsourcing.²⁴

4.2.4 Überraschung, List und die Anwendung fester Regeln

„Sie (die Überraschung gemeint) liegt mehr oder weniger allen Unternehmungen zu Grunde, denn ohne sie ist die Überlegenheit auf dem entscheidenden Punkte eigentlich nicht denkbar.“²⁵

Militärisch geht Clausewitz davon aus, dass dieser Grundsatz vor allem im taktischen Bereich zum Tragen kommt.²⁶ Militärgeschichtliche Ereignisse dazu gibt es ebenfalls viele.²⁷ Besonders interessant ist die Überraschung, wenn sie mit List verbunden ist. Dieser Thematik haben sich verschiedene Autoren angenommen. Sie spielt vor allem in der chinesischen Historie eine gewisse Rolle.²⁸

Im Zusammenhang mit der Vertiefung dieses Grundsatzes kommt Clausewitz auf die Frage der Anwendung von festen Regeln zu sprechen und rät davon ab. Regeln zu brechen scheint damit eine seiner Maximen, wobei er dies aber ausschliesslich dem „Genie“ vorbehalten will.²⁹

Unternehmerisch spielt das Moment der Überraschung vor allem im Zusammenhang mit der Innovation in der Produktentwicklung eine Rolle und bietet kleineren Unternehmungen Vorteile, wenn es gezielt eingesetzt wird. Diese stehen weniger im Radar der öffentlichen Wahrnehmung, wie z.B. große, börsenkotierte Konzerne.

Unternehmerisch spielt das Moment der Überraschung vor allem im Zusammenhang mit der Innovation in der Produktentwicklung eine Rolle und bietet

kleineren Unternehmungen Vorteile, wenn es gezielt eingesetzt wird. Diese stehen weniger im Radar der öffentlichen Wahrnehmung, wie z.B. große, börsenkotierte Konzerne. Bedingung ist eine strikte Geheimhaltung. Erfolgreiche, agile Unternehmen verstehen es immer wieder, feste Regeln bzw. Logiken in einer Branche zu brechen und damit für sich – zumindest kurzfristig – Vorteile zu verschaffen.

4.2.5 Ökonomie der Kräfte

„Nur wer mit geringen Mitteln großes tut, hat es glücklich getroffen“.³⁰

So lautet dieser Grundsatz von Clausewitz, mit dem er treffend umschrieben wird. Er bekommt vor allem für kleine, agile Unternehmungen besondere Bedeutung. An einem Brunnen in meiner Wohngemeinde scheint ein lokaler Schriftsteller dazu folgende Dialektübersetzung gefunden zu haben: „Eis der öppä dä ringscht Wäg gah und de schwierigscht ga chönna“ (Ins Hochdeutsche übersetzt: den einfachsten Weg gehen, aber den schwierigsten Weg gehen können).

Der Grundsatz verlangt erstens einen klugen Umgang mit den Ressourcen, wozu in den Unternehmungen etwa auch Stichwörter wie „Lean Production“ oder „Lean Management“ verwendet werden. Bei den Japanern wird unter dem Begriff „Muda“ auf die 7 Arten von Verschwendungen hingewiesen, die das Gegenstück zur Ökonomie der Kräfte darstellen. Dazu gehören: Unnötige Materialbewegungen, zu große Bestände, Bewegungen im Allgemeinen, zu große Wartezeiten, schlechte Produktionsverfahren, Überproduktion und Mängel bei der Fehlerkorrektur. Die Ökonomie der Kräfte verlangt im Weiteren klare Vorgaben bereits auf der Stufe der Eignerstrategie. D.h. klare Vorstellungen

über die Eigenmittelausstattung in einer Unternehmung und die Anforderungen an die Eigenkapitalrentabilität.³¹

4.2.6 Weitere Grundsätze

Daneben werden im Militär weitere Grundsätze genannt, wie etwa die Flexibilität der Handlung, die Freiheit des Handelns, die Einheitlichkeit des Handelns und die Sicherheit. Es handelt sich dabei nicht primär um Grundsätze, die auf der strategische Ebene im Vordergrund stehen, sondern eher bei deren Umsetzung zur Anwendung kommen.

Allerdings haben Flexibilität und Sicherheit auch auf der strategischen Ebene eine gewisse Relevanz und dürfen hier m.E. deshalb auch nicht vernachlässigt werden.

4.3 Die Bedeutung des Kriegsplans und seine Erfolgsfaktoren

„Der Kriegsplan fasst den ganzen kriegerischen Akt zusammen, durch ihn wird er zur einzelnen Handlung, die einen letzten endlichen Zweck haben muss, in welchem sich alle besonderen Zwecke ausgeglichen haben.“³²

Clausewitz hat sich in seinem 8. Buch im Dritten Teil seines Werkes sehr ausführlich mit dem Kriegsplan befasst und misst diesem für die Umsetzung von Zweck und Ziel eine große Bedeutung bei.

Er nennt folgende Faktoren, die für die Umsetzung einer erfolgreichen Strategie und für einen erfolgreichen Strategieplan notwendig sind:

„Diejenigen Dinge nun, welche diesen Erfolg vorzüglich herbeiführen oder erleichtern, also die Hauptprinzipie der strategischen Wirksamkeit sind folgende:

1. *Der Vorteil der Gegend.*
2. *Die Überraschung entweder wie im eigentlichen Überfall oder durch die unvermutete Aufstellung grösserer Kräfte auf gewissen Punkten.*
3. *Der Anfall von mehreren Seiten; alle drei wie in der Taktik.*
4. *Der Beistand des Kriegstheaters durch Festungen und alles was dazu gehört.*
5. *Der Beistand des Volkes.*
6. *Die Benutzung großer moralischer Kräfte“³³*

Übersetzten für agile Unternehmen kann man dies in etwa wie folgt:

1. Vorteil der Gegend = Hohe Kernkompetenz und Marktnähe.
2. Überraschung = Umsetzung im richtigen Zeitpunkt.
3. Anfall von mehreren Seiten = Kontrolle des Wettbewerbsumfeldes.
4. Beistand des Kriegstheaters = Ausreichende Finanzmittel.
5. Beistand des Volkes = Gute, geprüfte Marktnachfrage.
6. Moralische Kräfte = Hohe Motivation im ganzen Unternehmen.

5. Das Beispiel der Berthold Hermle AG, Gosheim

Nachfolgend soll die praktische Umsetzung und Beurteilung des strategischen Denkens mit einem Beispiel verdeutlicht werden. Ich tue dies gerne anhand der Maschinenfabrik Berthold Hermle AG in Gosheim (D), die ich aufgrund meiner VR-Tätigkeit in der Schweiz kenne. Sie ist eine der führenden Maschinenfabriken in Deutschland, die überdies rund 1200 Mitarbeitende beschäftigt und weltweit tätig ist.

Wie man dem Geschäftsbericht 2016 entnehmen kann, geht die Gesellschaft von folgender Unternehmens-Strategie aus:³⁴

„Die Maschinenfabrik Berthold Hermle AG verfolgt eine auf profitables organisches Wachstum ausgerichtete Strategie. Ziel ist es, mit einer starken Eigenkapitalbasis und einem hoch motivierten, langfristig im Unternehmen beschäftigten sowie kompetenten Mitarbeiterteam am Standort Deutschland Werkzeugmaschinen der Spitzenklasse zu produzieren, weltweit einen hervorragenden Service zu bieten und dabei auskömmliche Erträge zu erwirtschaften. 2016 wurde diese Strategie erfolgreich fortgeführt.

Die Hermle Unternehmensgruppe wird zentral durch die Hermle AG gesteuert. Als wesentliche Kennzahl setzen wir dafür neben dem Auftragseingang und Umsatz das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) ein, das dem Betriebsergebnis entspricht. Für die Unternehmensleitung ist der Vorstand der Hermle AG verantwortlich, der aus drei Mitgliedern besteht.“

Daneben ist die Firma Hermle in ihrer Strategie hohen Ansprüchen und Werten verpflichtet und folgt einer ausgeprägten Innovations- und Dienstleistungsstrategie.

Beurteilt man die Hermle-Strategie und deren Umsetzung aufgrund der Grundsätze von Clausewitz, so kann man dies wie folgt zusammenfassen.³⁵

Grundsätze aus der Lehre von Clausewitz	Umsetzung in der Hermle-Strategie
Einfachheit	Einfache, klare und verständliche Strategie, die alle wesentlichen Bereiche der Unternehmung mit einbezieht.
Überlegenheit der Zahl	Spielt dank der konzisen Strategie und der Spezialisierung auf hochwertige Produkte sowie einem guten Vertriebsnetz eine geringe Rolle.
Konzentration der Kräfte	Zentrale und sehr effiziente Führung, sowie einheitliche Produktion im Stammhaus in Deutschland: Konzentration auf hochwertige Spitzenprodukte.
Überraschung, List und die Anwendung von festen Regeln	Aufgrund einer hochstehenden Forschungs- und Entwicklungs-Abteilung, die einer absoluten Geheimhaltung verpflichtet ist, gelingen der Hermle AG immer wieder Überraschungen auf dem Markt.
Ökonomie der Kräfte	Dank einer schlanken und effizienten Führungsstruktur und mit der überzeugenden Personalpolitik, die auf hoch motivierte und langfristig engagierte Mitarbeitende abstellt, wird diesem Grundsatz bestens nachgelebt.
Flexibilität	Diese wird mit einer hohen Eigenkapitalquote (per Ende 2016 über 75%), einer ausgewogenen Eigenfertigungstiefe und einem sukzessiven Ausbau des Vertriebs- und Servicenetzes in strategisch wichtigen Regionen erreicht.

Grundsätze aus der Lehre von Clausewitz	Umsetzung in der Hermle-Strategie
Sicherheit	Komponenten in diesem Bereich sind: <ul style="list-style-type: none"> a) Mit einer hohen Innenfinanzierung soll eine große Unabhängigkeit und flexible Reaktionsmöglichkeit auf konjunkturelle Schwankungen erreicht werden. b) Mit langjährigen Partnerschaften will man die Versorgungssicherheit gewährleisten. c) Mit einem ausgewogenen Risiko- und Chancen-Management, ergänzt durch eine professionelles IKS, soll die laufende Beurteilung der wesentlichen Risiken sichergestellt werden.

6. Schlussbemerkungen

Ich hoffe, dass ich mit dieser summarischen Darstellung habe aufzeigen können, dass strategisches Denken für agile Unternehmungen ein unbedingtes Muss ist, um im wirtschaftlichen Nebel von Unsicherheit und Instabilität bestehen zu können.

Wenn man dabei auf das strategische Denken von Clausewitz abstellt, so dürfte dies in verschiedener Hinsicht hilfreich sein. Vorab bildet die klare Unterscheidung von Zweck, Ziel und Mittel Grundlage und Ausgangspunkt für Handlungsstrategien, wie sie in Eigner-Strategien und Familienverfassungen zum Ausdruck kommen. Daneben sind seine strategischen Grundsätze als Verhaltens- und Handlungsempfehlungen bei der Erarbeitung von Unternehmensstrategien hilfreich oder können als Kontrollinstrument oder Anforderungsprofil für Unternehmensstrategien genutzt werden.

Abschliessend ist noch einmal zu unterstreichen, dass strategisches Denken allein ebenso wenig hilft, wie das reine Abstellen nur auf Intuition und das Bauchgefühl. Es braucht beides.

(Dieser Beitrag basiert inhaltlich in weiten Teilen auf dem in Literaturverzeichnis angegebenen und jeweils zitierten Buch von Alois Camenzind und Urs

Fueglistaller „Strategisches Denken in KMU und die Lehre von Clausewitz, erschienen 2014 im Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich).

Zum Autor: Geboren am 1.8.1948. Aufgewachsen in Gersau (Kanton Schwyz, Schweiz). Studienabschlüsse in St. Gallen (lic.oec.HSG) und Zürich (lic.iur.) Beruflich als Jurist und Rechtsanwalt tätig, u.a. als Land- und Gerichtsschreiber, Chef der kantonalen Steuerverwaltung, Partner bei Revisuisse Price Waterhouse und in der Anwaltskanzlei Reichlin & Hess in Zug. Mehrjährige Erfahrung als Bankpräsident der Schwyzer Kantonalbank und in verschiedenen Verwaltungsräten von Industrie- und Familienunternehmungen. Daneben während längerer Zeit nebenamtlicher Bundesrichter in Lausanne. Verfasser verschiedener Publikationen im Steuerrecht sowie über den Feldzug Suworows in der Schweiz und zusammen mit Prof. Fueglistaller, strategischen Denken von Clausewitz und dessen Anwendung bei KMU.

Anmerkungen

- 1 Vergl. z.B. Dietmar Schössler in Jahrbuch 2015 der Clausewitz-Gesellschaft, S. 271 ff.
- 2 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 10 ff.
- 3 Clausewitz, Boston Consulting Group, S. 5 f.
- 4 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 11.
- 5 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 20.
- 6 Die Schwyzer Kantonalbank ist eine mittel große Universalbank im Kanton Schwyz, die lange Zeit als eine der wenigen Banken mit einem AAA geratet wurde. Sie verfügt auch heute noch über eine sehr gutes AA+ Rating.
- 7 Clausewitz, Vom Kriege, S. 952 (8. Buch, 2. Kapitel).
- 8 Clausewitz, Vom Kriege, S. 952 (8. Buch, 2. Kapitel).
- 9 Clausewitz, Vom Kriege, S. 210 (1. Buch, 1. Kapitel, 24.).
- 10 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 37.
- 11 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 37.
- 12 In Anlehnung an die Übersicht von Dr. Roger W. Sonderegger, Bulletin 7/2012 der electrosuisse, S. 14. Vergl. auch Abb. 13 in Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 91
- 13 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 92.
- 14 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 94 ff.
- 15 Vergl. dazu insbesondere Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 95-107.
- 16 Clausewitz, Vom Kriege, S. 347 (3. Buch, 1. Kapitel).
- 17 Maultiere, S.101 ff.

- 18 Clausewitz, Vom Kriege, S. 373 (3. Buch, 8. Kapitel).
- 19 Clausewitz, Vom Kriege, S. 374 (3. Buch, 8. Kapitel).
- 20 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S 54.
- 21 Aron, S. 193.
- 22 Clausewitz, Vom Kriege, S. 374 (3. Buch, 8. Kapitel).
- 23 Clausewitz, Vom Kriege, S. 388 (3. Buch, 11. Kapitel).
- 24 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 59.
- 25 Clausewitz, Vom Kriege, S. 379 (3. Buch, 9. Kapitel).
- 26 Clausewitz, Vom Kriege, S. 380 (3. Buch, 9. Kapitel).
- 27 Vergl. für viele den Nachtmarsch im Zusammenhang mit der Schlacht bei Liegnitz in Clausewitz, Vom Kriege, S. 382 bzw. Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 61 f.
- 28 Vergl. dazu Senger, Harro von: Strategeme, Die berühmten 36 Strategeme der Chinesen. Scherz: Bern 2000.
- 29 Clausewitz, Vom Kriege, S. 283 (2. Buch, 2. Kapitel).
- 30 Clausewitz, Vom Kriege, S. 945 (7. Buch, 21. Kapitel).
- 31 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 65.
- 32 Clausewitz, Vom Kriege, S. 952 (8. Buch, 2. Kapitel).
- 33 Clausewitz, Vom Kriege, S. 622 u. 623 (6. Buch, 3. Kapitel).
- 34 Vergl. Geschäftsbericht 2016, S. 15.
- 35 Vergl. Tabelle 4, in Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 142.

Kapitel II

Clausewitz' Werk vor historischer Kulisse

Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Werke von Clausewitz und Jomini

Matthias Kuster

Einleitung

Die Werke der beiden wohl bekanntesten Kriegstheoretiker, *Vom Kriege* von Carl von Clausewitz (1780 – 1831) und *Précis de l'art de la guerre* (Abriss der Kriegskunst) von Antoine-Henri Jomini (1779 – 1869)¹ unterscheiden sich zwar grundlegend, weisen aber auch Gemeinsamkeiten auf. Obwohl sich die beiden Autoren nie persönlich begegnet sind, haben sie die Werke des anderen sehr wohl gelesen und verarbeitet. Beide standen einander kritisch gegenüber, hegten aber auch Hochachtung füreinander. Der wohl wesentliche Unterschied der beiden Autoren liegt darin, dass Jomini Weisungen und Anleitung für die Führung von Kriegen gibt, während Clausewitz erklärt, was das Wesen des Krieges ist; er bietet damit eine Denkschule erster Güte an.

Jomini publizierte wie Clausewitz bereits in jungen Jahren. 1803 veröffentlichte er als 24-jähriger den *Traité de grande tactique*. Dieses Werk nannte er in *Traité*

Der wohl wesentliche Unterschied der beiden Autoren liegt darin, dass Jomini Weisungen und Anleitung für die Führung von Kriegen gibt, während Clausewitz erklärt, was das Wesen des Krieges ist; er bietet damit eine Denkschule erster Güte an.

des grandes opérations um und veröffentlichte es 1807 – 1809. Es handelt sich dabei um eine kritische Darstellung von 20 Feldzügen. Napoleon meinte, als man ihm das Werk nach der Schlacht bei Austerlitz in Schönbrunn vorlas: „Nun gut! Man möge sagen, dass das Jahrhundert nicht gut läuft!

Hier haben wir einen jungen Bataillons-Chef, einen Schweizer noch dazu, der mir, ausgerechnet mir, sagt, wie ich meine Schlachten gewinne. Nicht unsere ... Professoren von Brienne sind es, die uns diese Dinge gesagt hätten, auch nicht die der Ecole militaire!“ Als Jomini dazu übergeht, die wesentlichen Prinzipien der Strategie zusammenzufassen, explodiert Napoleon. „*Wie lässt die Zensur solche Bücher drucken, die nur dazu dienen, den Feind zu unterrichten. Man muss das Buch beschlagnahmen.*“ Als ihn der Vorleser Maret darauf hinweist, dass es keine Zensur für wissenschaftliche Werke gebe, beruhigt sich der Kaiser. „*Eigent-*

*lich messe ich dem zu viel Bedeutung bei. Die alten Generale, die gegen mich kommandieren, lesen nicht mehr, die jungen Offiziere, die lesen, kommandieren noch nicht.*²

Das Hauptwerk von Jomini, *Précis de l'art de la guerre* (Abriss der Kriegskunst) war an der US-amerikanischen Militärakademie West Point das Standardwerk der operativen Stufe und wurde bereits im Sezessionskrieg von 1861 – 1865 angewandt, während Clausewitz noch kaum bekannt war.

Basierend auf dem Werk Jominis leitete der britische Militärtheoretiker J.F.C. Fuller (1878 – 1966) anfangs des 20. Jahrhunderts Grundsätze für die operative Stufe ab, welche in den USA bis heute weitgehend gültig geblieben sind.³ Es handelt sich um folgende Grundsätze:

- Objective (klares Ziel haben)
- Offensive (Angriff als Prinzip)
- Mass (Massive Gewaltanwendung)
- Maneuver (Bewegliche Kriegführung)
- Economy of Force (Einsatz möglichst aller verfügbaren Kräfte)
- Unity of Command (ein Kommandant ist für sämtliche eingesetzten Kräfte verantwortlich)
- Security (Selbstschutz, Risikoabwägung)
- Surprise (Überraschung)
- Simplicity (Einfachheit)

Zentrale Bedeutung der Kriegsgeschichte bei Clausewitz und Jomini

Sowohl Clausewitz als auch Jomini haben ihre Erkenntnisse, die sie in ihren Werken präsentieren, aufgrund umfassender Studien der Kriegsgeschichte sowie ihrer eigenen Kriegserfahrung gewonnen. Für beide Autoren nimmt das Studium der Kriegsgeschichte eine sehr wichtige Stellung ein, was sie in ihren Schriften stets betonen.

Clausewitz schreibt dazu: „*Historische Beispiele machen alles klar und haben nebenher in Erfahrungswissenschaften die beste Beweiskraft.*“⁴

Jomini schreibt: „*De bonnes théories fondées sur les principes, justifiées par les événements, et jointes à l'histoire militaire raisonnée, seront à mon avis la véritable école des généraux*“⁵ (Gute Theorien, gegründet auf Grundsätzen, durch die

Ereignisse gerechtfertigt und in die kritische Kriegsgeschichte verflochten, sind meiner Meinung nach die wahre Schule für den Feldherrn).

Für das Verständnis der Werke von Clausewitz und Jomini ist die Kenntnis der Kriegsbeispiele aus der damaligen Zeit unerlässlich. Wer nicht mindestens die Grundzüge der napoleonischen und friderizianischen Kriegskunst kennt, wird

Für das Verständnis der Werke von Clausewitz und Jomini ist die Kenntnis der Kriegsbeispiele aus der damaligen Zeit unerlässlich. Wer nicht mindestens die Grundzüge der napoleonischen und friderizianischen Kriegskunst kennt, wird Vom Kriege und Précis de l'art de la Guerre nie ganz erfassen und verstehen.

Vom Kriege und Précis de l'art de la Guerre nie ganz erfassen und verstehen. Kenntnisse nicht nur der älteren, sondern auch der aktuellen Kriegsgeschichte sind ebenfalls von eminenter Bedeutung. Sie erfüllen einen doppelten Zweck: Einerseits dienen sie dazu, die Gültigkeit der Erkenntnisse von Clausewitz und Jomini zu überprüfen, andererseits können sie zur Veranschaulichung der manchmal nicht immer klar verständlichen Ausführungen von Clausewitz und Jomini wertvolle Hilfe leisten.

Das bloss abstrakte Vermitteln des Prinzips der Überlegenheit auf dem entscheidenden Punkt, des Kulminationspunktes des Angriffes, der Faktoren Raum, Zeit und Kräfte, der Operationslinien etc. lässt den Clausewitz- und Jomini-Neuling meist ratlos zurück, wenn die Texte dieser Autoren nicht mit Beispielen aus der Kriegsgeschichte verständlich gemacht werden.

Jomini über Clausewitz

Jomini schreibt über Clausewitz: *Ein Jahr nach der Veröffentlichung des „Analytischen Abrisses“ (Übersetzung des Werkes von Oberstleutnant Wagner) starb der preussische General von Clausewitz, es seiner Witwe überlassend, seine nachgelassenen Werke herauszugeben, welche man als nicht vollendete Entwürfe bezeichnet hat. Dieses Werk machte in Deutschland grosses Aufsehen, und ich für meinen Theil bedauere nur, dass es geschrieben wurde, bevor der Verfasser meinen Abriss der Kriegskunst kennen gelernt hatte, da ich überzeugt bin, dass er demselben Gerechtigkeit hätte widerfahren lassen.*

Man wird General von Clausewitz nicht ein bedeutendes Wissen und eine gewandte Feder bestreiten können; aber diese, zuweilen etwas vagabondirender Statur, ist vor Allem ein wenig anspruchsvoll für ein didaktisches Werk, in welcher Einfachheit und Klarheit das erste Erfordernis sind. Ausserdem zeigt sich der Autor etwas zu skeptisch in Bezug auf die Kriegswissenschaft. Sein erster Band ist nichts als eine Deklamation gegen jede Lehre des Krieges, während die beiden nachfolgenden mit

Hauptlehren angefüllt, beweisen, dass der Verfasser an der Wahrhaftigkeit seiner Lehre glaubt, wenn nicht an die anderer.

Was mich betrifft, so habe ich diesem gelehrten Labyrinth nur eine kleine Zahl erleuchteter Gedanken und hervorragender Aufsätze finden können, und weit entfernt die Zweifelsucht des Verfassers zu theilen, würde mich kein Werk mehr als das seinige die Notwendigkeit einer guten Theorie haben fühlen lassen, wenn ich sie jemals hätte in Zweifel ziehen können. Es handelt sich nur darum, sich genau über die Grenzen zu verständigen, welche man ihr zuweisen muss, nur nicht in eine Pedanterie zu verfallen, die schlimmer als die Unwissenheit wäre. Es ist vor allem notwendig, wohl den Unterschied zu fassen, welcher zwischen einer Theorie der Grundsätze und einer Theorie der Systeme besteht.⁶

Weiter schreibt er: *„Ich beendige diese rasch entworfene Skizze durch ein Glaubensbekenntnis in Betreff der stattgehabten Erörterungen über den Vorläufer dieses Buches und meine erste Abhandlung. Indem ich das Für und Wider abwäge und die gewaltigen Fortschritte, welche die Wissenschaft seit dreissig Jahren gemacht hat, in Vergleich mit der Ungläubigkeit des Herrn von Clausewitz stelle, glaube ich mich berechtigt zu schliessen, dass die Gesamtdarstellung meiner Grundsätze und der Lehren, welche daraus abzuleiten sind, mangelhaft von mehreren Schriftstellern verstanden wurden; dass die einen davon die möglichst unrichtige Anwendung gemacht, andere wieder daraus zu gewagte Folgerungen gezogen haben, welche mir niemals in den Sinn kommen konnten, denn ein General muss, nachdem er zwölf Feldzüge mitgemacht hat, wissen, dass der Krieg ein grosses Drama ist, in welchem tausend Ursachen einen Einfluss von grösserer oder minderer Stärke ausüben, und den man niemals auf mathematische Berechnung zurückführen kann. ... Es besteht eine kleine Anzahl von Fundamentalgrundsätzen für den Krieg, von denen man nicht ohne Gefahr entfernen kann, und deren Anwendung im Gegenteil fast zu allen Zeiten durch den Erfolg gekrönt war“⁷*

Jominis Lektüre *Vom Kriege* brachte ihn also dazu, seine zu absolut formulierten Grundsätze zu relativieren!⁸

Clausewitz über Jomini

Clausewitz erwähnt Jomini im *Vom Kriege* nur ein einziges Mal. Er schreibt: *„Selbst die beiden Hauptgrundsätze der erst in unseren Zeiten entstandenen Theorie der grossen Kriegführung, die Breite der Basis bei Bülow und die Stellung auf der inneren Linie bei Jomini haben, wenn man sie auf die Verteidigung eines*

Kriegstheaters angewendet, sich in der Erfahrung nirgends als durchgreifende, wirkungsvolle Grundsätze gezeigt. Sie sollten aber als bloße Formen gerade hier sich am wirksamsten zeigen, weil Formen immer wirksamer werden, immer mehr das Übergewicht über die anderen Faktoren des Produktes bekommen müssen, je mehr die Handlung sich in Zeit und Raum ausdehnt. Nichtsdestoweniger finden wir daß sie nichts sind als einzelne Seiten des Gegenstandes, besonders aber nichts weniger als durchgreifende Vorteile.⁹

In seinem Frühwerk *Strategie* schreibt er dagegen nach dem Studium des *Traité de grande tactique* von Jomini: „Ganz neuerlich hat Jomini einen neuen Versuch gemacht, die Theorie in allgemeinen Sätzen darzustellen; er steht dem Bülow gerade entgegen, und es ist nicht zu leugnen, dass er unendlich viel solider räsoniert und beweist; aber um den Wert seiner Abstraktionen zu würdigen, frage man sich auf das

Die stets wiederkehrende Frage, ob denn die Werke von Clausewitz und Jomini noch aktuell seien, kann gerade unter Hinweis auf Kriegsbeispiele aus neuerer Zeit klar bejaht werden.

Gewissen: ob man das ganze praktische Leben Friedrichs II als Feldherrn für diese paar allgemeinen Sätze, die so leicht zu fassen sind, hingeben wollte?“¹⁰

Aktualität der Werke von Clausewitz und Jomini

Die stets wiederkehrende Frage, ob denn die Werke von Clausewitz und Jomini noch aktuell seien, kann gerade unter Hinweis auf Kriegsbeispiele aus neuerer Zeit klar bejaht werden.

Die heute noch gültigen klassischen Faktoren der taktischen und operativen Stufe, nämlich Kraft, Raum und Zeit belegen dies eindrücklich. Clausewitz schreibt dazu: „Die Strategie bestimmt den Punkt [Raum; Anmerkung des Autors] auf welchem, die Zeit [Zeit; Anmerkung des Autors], in welcher, und die Streitkräfte [Kraft; Anmerkung des Autors], mit welchen gefochten werden soll; sie hat also durch diese dreifache Bestimmung einen sehr wesentlichen Einfluss auf den Ausgang des Gefechts.“¹¹

Jomini schreibt im gleichen Sinn: „Le principe fondamental de la guerre: ... A porter, par des combinaisons stratégiques, le gros des forces d'une armée, successivement sur les points décisifs d'un théâtre de guerre ...“¹² (Durch strategische Berechnung die Masse der Streitkräfte [Kraft; Anmerkung des Autors] einer Armee nach und nach [Zeit; Anmerkung des Autors] auf die entscheidenden Punkte [Raum; Anmerkung des Autors] eines Kriegstheaters zu bringen ...).

Kurz gesagt geht es im militärischen Einsatz immer darum, die richtigen Kräfte zur richtigen Zeit am richtigen Ort einzusetzen. Das Abstimmen der drei Faktoren stellt die grosse Herausforderung der operativen und taktischen Führung dar.

Die klassischen Faktoren Raum, Zeit und Kräfte gelten aber nicht nur für den konventionellen Krieg, sondern auch im Falle des Terrorismus. Hier stehen die sie allerdings in einem anderen Verhältnis zueinander. Während im konventionellen Krieg die Kriegsdauer durch den Einsatz massiver Kräfte möglichst kurz gehalten werden soll, kommen beim Terrorismus die schwachen Kräfte über eine lange Dauer zum Einsatz. Ziel der Terroristen ist nicht der Raumgewinn, weil ihre Kräfte dafür viel zu schwach wären, sondern die Einschüchterung und Demoralisierung des Gegners durch Anschläge gegen die Zivilbevölkerung während einer langen Zeitperiode (Prinzip der Nadelstiche). Die Zeit kompensiert hier also die Schwäche der Kräfte. Terrorismus ist also eine langanhaltende Bedrohungsform, wie der langdauernde Terror durch die IRA, ETA, RAF, Tamil Tigers, den IS und die Al Kaida belegt.

Bereits Clausewitz hat auf diesen Aspekt bei der Analyse des Volkskrieges der Spanier gegen die Besetzung des Landes durch die Franzosen unter Napoleon hingewiesen. Er schreibt: *„Das ein so verteilter Widerstand nicht zu der in Zeit und Raum konzentrierten Wirkung grosser Schläge geeignet ist, geht aus der Natur der Sache hervor. Seine Wirkung richtet sich, wie in der physischen Natur der Verdampfungsprozess, nach der Oberfläche. Je grösser diese ist und der Kontakt, in welchem sie mit dem feindlichen Heere sich befindet, also je mehr dieses sich ausbreitet, um so grösser ist die Wirkung der Volksbewaffnung. Sie zerstört wie eine still fortschwellende Glut die Grundfesten des feindlichen Heeres. Da sie zu ihren Erfolgen Zeit braucht, so entsteht, während beide Elemente so aufeinander wirken, ein Zustand der Spannung, die sich entweder nach und nach löst, wenn der Volkskrieg an einzelnen Stellen erstickt wird und an anderen langsam erlischt, oder die zu einer Krise führt, wenn die Flammen dieses allgemeinen Brandes über das feindliche Heer zusammenschlagen und es nötigen, das Land vor eigenem gänzlichen Untergange zu räumen.“*¹³

Der Preusse Clausewitz und der Schweizer Jomini liefern in ihren Werken bis heute gültige Antworten auf aktuelle Fragen der operativen und militärstrategische Stufe. Sie verdienen es beide, immer und immer wieder gelesen zu werden.

Auch Jomini liefert dazu äusserst bemerkenswerte Gedanken: *„Les moyens de réussir dans une telle guerre sont assez difficiles: déployer d'abord une masse de*

*forces proportionnée à la résistance et aux obstacle qu'on doit rencontrer; calmer les passions populaires par tous les moyens possibles; les user par le temps; déployer un grand mélange de politique, de douceur et de sévérité, surtout une grande justice; tels sont les premiers éléments de succès.*¹⁴ (Die Mittel, in einem solchen Krieg die Oberhand zu gewinnen, sind schwierig genug: Zuvorderst müssen Kräfte entwickelt werden, welche im Verhältnis zu dem Widerstand stehen, dem man begegnen kann; die Volksleidenschaften beruhigen durch alle möglichen Mittel, sie durch die Zeit abnutzen lassen; endlich in der Politik eine Mischung von Nachsicht und Strenge, vor allem aber einen Gerechtigkeitssinn zeigen – das sind die ersten Elemente des Erfolges).

Der Preuße Clausewitz und der Schweizer Jomini liefern also in ihren Werken bis heute gültige Antworten auf aktuelle Fragen der operativen und militärstrategische Stufe. Sie verdienen es beide, immer und immer wieder gelesen zu werden.

Zum Autor: RA lic. iur. Matthias Kuster, LL.M., CAS Finanzmarktrecht; Oberst i Gst (operative Schulung), selbständiger Rechtsanwalt in Zürich, Mitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London, Vorstandsmitglied der Clausewitz-Gesellschaft, Sektion Schweiz, Verfasser zahlreicher Werke über Kriegsgeschichte und über Clausewitz.

E-Mail: mkuster@anwalthkuster.ch

Anmerkungen

- 1 Herausgegeben 1837.
- 2 Jean-Jacques Langendorf, Krieg führen: Antoine-Henri Jomini, Zürich 2008, S. 19.
- 3 Siehe Field Manual 100-5 von 1994.
- 4 Vom Kriege, 2. Buch, VI. Kapitel.
- 5 Précis de l'art de la guerre, Conclusion.
- 6 V. Boguslawski (Hrsg.), Jomini, Abriss der Kriegskunst, S. 13 f.
- 7 V. Boguslawski (Hrsg.), Jomini, Abriss der Kriegskunst, S. 17.
- 8 Jean-Jacques Langendorf, Krieg führen: Antoine-Henri Jomini, Zürich 2008, S. 381.
- 9 Vom Kriege, 6. Buch, XXX. Kapitel.
- 10 Matthias Kuster (Hrsg.), Carl von Clausewitz, Strategie, Zürich 2011, S. 58.
- 11 Vom Kriege, 3. Buch, VIII. Kapitel.
- 12 Précis de l'art de la guerre, Art. 15).

- 13 Vom Kriege, 6. Buch, XXVI. Kapitel.
- 14 Précis de l'art de la guerre, Art. 8.

Antoine-Henri Jomini – militärstrategischer Vordenker

Walter Steiner

Der Schweizer Antoine-Henri Jomini¹ war ein militärstrategischer Vordenker. Zusammen mit Clausewitz war er der berühmteste und einflussreichste Militärtheoretiker des 19. Jahrhunderts. Die von ihm entwickelten Lehren prägen die Militärdoktrinen bis heute entscheidend.

Grundausbildung in der Schweiz

Jomini absolvierte das Gymnasium von Payerne in der französisch sprechenden Schweiz. Er wollte die Militärschule des Prinzen von Baden besuchen. Doch der Ausbruch der französischen Revolution vereitelte das Unterfangen. Er ging deshalb nach Aarau in der deutsch sprechenden Schweiz und ließ sich im Pensionat Haberstock zum Handelsmann ausbilden. Es folgte 1795 die kaufmännische Ausbildung im Bankhaus Preiswerk in Basel. Während dieser Zeit befasste er sich bereits intensiv im Selbststudium mit den Feldzügen Friedrichs des Großen und ganz allgemein mit Strategie und Taktik.

Wanderjahre

Ein Jahr später wechselte Jomini im Alter von 17 Jahren nach Paris und arbeitete als Angestellter im Bankhaus Mosselmann. 1798 kam es zum Einfall der Franzosen in die Schweiz. Napoleon gestaltete die Schweiz zur Helvetischen Republik um. Noch in diesem Jahr lernte Jomini in Paris den zukünftigen Kriegsminister der Helvetischen Republik kennen und kehrte mit ihm in die Schweiz zurück. Mit 19 Jahren wird Jomini als Leutnant und Adjutant des Kriegsministers in der Helvetischen Republik angestellt. Jomini entwickelte einen ausgeprägten Ehrgeiz und wollte mehr. Am 17. Juni 1799 wurde er mit 20 Jahren zum Hauptmann und Chef des Sekretariates (Generalsekretär) befördert. Er legte als Stellvertreter des Kriegsministers einen Plan für die Reorganisation der helvetischen Miliz vor. Alle Schweizer zwischen 20 und 45 Jahren sollten wehrpflichtig sein. Es ging darum, 21 Bataillone zur Verteidigung der Schweiz aufzustellen. Jomini organisierte dabei seine eigene Beförderung zum Major und wurde am 26. April 1800 mit 21 Jahren Bataillonskommandeur.

Jomini wollte aber in zu kurzer Zeit zu viel. Es fehlte an Ausrüstung, einheitlichen Uniformen, Reglementen und einheitlicher Ausbildung. Zudem stieß er

bei altgedienten und adligen Offizieren auf Widerstand. Kurz bevor Napoleon 1801 seine Truppen aus der Schweiz abzog, verließ Jomini kurzfristig die Helvetische Republik und zog nach Paris. Der Grund dürfte unter anderem auch bei seinen Spielschulden gelegen haben.

Jomini in französischen Diensten

In Paris trat Jomini als ziviler Angestellter in die französische Armee ein und half Marschall Michel Ney mit der Aufstellung von Schweizer Regimentern in französischen Diensten. Im Gegenzug unterstützte Ney die Veröffentlichung seiner ersten Publikation in fünf Bänden: „Traité de grande tactique“ (Die Lehre/Das Lehrwerk der großen Taktik“). Napoleon wurde auf den militärstrategischen Schriftsteller aufmerksam und unterhielt sich mehrere Male mit ihm, unter anderem am 13. Oktober in Kissendorf und am 2. Dezember 1805 in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz. Am 27. Dezember durfte Jomini endlich als persönlicher Adjutant und zugeteilter Stabsoffizier von Marschall Ney offiziell als „Adjutant Commandant“ in die französische Armee eintreten. Sein Ehrgeiz, gepaart mit seinen außerordentlichen Fähigkeiten, ließen ihn schnell Karriere machen. Bereits ein Jahr später wird Jomini auf Antrag von Marschall Ney dessen Stabschef im Range eines Obersten. Die Beförderung zum Oberst erfolgte durch Napoleon persönlich.



Antoine-Henri Jomini
um 1824

Die steile Laufbahn dieses „Ausländers“ war vielen französischen Offizieren ein Dorn im Auge. Eifersucht und Missgunst breiteten sich unter den bei der Beförderung übergangenen Offizieren aus. Selbst der Kriegsminister Berthier versuchte, die Beförderung Jominis zu hintertreiben. Berthier hasste den Schweizer Jomini. Er schrieb die Beförderung durch Napoleon eigenmächtig in „Stabsoffizier im Range eines Obersten“ um.

Marschall Ney hingegen bewunderte Jomini und „seinen hellen Kopf“. Aber er hatte auch zeitweise Mühe mit dessen Charakter und nannte ihn: „Ein schwieriger, halsstarreriger Schweizer mit großem Talent.“ Ende 1805 richtete sich Napoleon im Schloss Schönbrunn bei Wien ein. Er lässt sich von Maret aus dem Buch „Traité“ von Jomini vorlesen, was die Operationslinien betrifft. Der Kaiser rief: *„Nun gut! Hier haben wir einen jungen Bataillonschef, einen Schweizer noch dazu, der mir, ausgerechnet mir, sagt, wie ich meine Schlachten gewinne. Wie lässt die Zensur solche Bücher drucken, die nur dazu dienen, den*

Feind zu unterrichten. Man muss das Buch beschlagnahmen“. Am 28. September 1806 ließ Napoleon Jomini in Mainz zu sich holen und lobte ihn: *„Ich bin entzückt, dass das erste Buch, das die wahren Prinzipien des Krieges zeigt, meiner Regierungszeit angehört. Man hat uns nichts dergleichen in unseren Militärschulen gelehrt“.* Napoleon nimmt Jomini in der Folge in seinen persönlichen Stab auf.

Im Zuge des vierten Koalitionskriegs gegen Napoleon, wie der kurze Kampf Preußens und Sachsens gegen Frankreich 1806 auch genannt wird, traf Napoleon mit seinem Stab am 13. Oktober 1806 in Jena ein. Auf Antrag von Marschall Ney übernahm Jomini dort das Kommando über das 25. Regiment leichter Infanterie und kämpfte am 14. Oktober mit seinem Regiment erfolgreich in der Schlacht nordwestlich von Jena bei Isserstedt.

Wenige Monate später, am 8. Februar 1807, kam es zur Schlacht bei Eylau, die zu den blutigsten der napoleonischen Kriege zählt. Jomini stand neben Napoleon auf dem Friedhof von Eylau. Nach der Schlacht besprach sich Napoleon im Postbüro von Eylau mit Jomini. Als der Stabschef Berthier das sah, war er außer sich vor Missgunst und Neid und schwärzte Jomini bei Napoleon mehrmals an. Jomini wurde krank und ging für vier Monate in die Schweiz zur Kur, nach Bad Schinznach. Anfang 1808 beantragte Marschall Ney die Beförderung von Jomini zum Brigadegeneral, doch die Feindschaft Berthiers gegenüber Jomini verhinderte dies. Jomini befand sich zu dieser Zeit in Berlin zur Verlobung mit der Preußin Dorothea von Zastrow.

Unter Marschall Ney nahm Jomini am Spanienfeldzug teil. Jomini erhielt den Titel eines Baron d’Empire. Dieser Titel wurde aber allen Generalen und Obersten der Grossen Armee verliehen. 1810 beantragte Ney die Beförderung von Jomini zum Generalmajor. Berthier verhinderte die Beförderung zum wiederholten Male und schwärzte Jomini bei Napoleon an. Durch ein kaiserliches Dekret wurde die Heirat von Jomini mit Dorothea von Zastrow unterbunden; die Verlobung musste aufgelöst werden. Das Verhalten von Berthier blieb dem russischen Botschafter in Paris nicht verborgen. Er ließ über den in Paris tätigen Spion Oberst Alexander Tschernitschow Jomini ein Angebot des russischen Zaren zukommen: *„Sofortige Beförderung zum Brigadegeneral und hohes Salär“.* Jomini ging in die Schweiz und schickte nach einer Bedenkzeit seine Demission an Berthier. Als Napoleon von der Sache erfährt, lehnte er die Demission ab und beförderte Jomini umgehend und persönlich am 7. Dezember 1810 zum Brigadegeneral. Fast gleichzeitig traf aus Russland die Ernennungs-urkunde zum Generalmajor ein. Jomini entschied sich für Frankreich.

Napoleon bestimmte 1811 Jomini zu seinem Geschichtsschreiber. Auf Anordnung Berthiers behinderten die französischen Offiziere und die Verwaltung die Arbeit Jominis. Napoleon musste persönlich die Öffnung der Archive anordnen. Als Jomini die ersten beiden Kapitel veröffentlichen wollte, ließ Berthier die Dokumente konfiszieren und unterband den Druck mittels Zensur. Erst 1816 konnten sie erscheinen. Ende 1811 versuchte Tschernitschow zum wiederholten Male, Jomini auf die russische Seite zu ziehen. Jomini lehnte ab. Tschernitschow wurde in der Folge aus Frankreich ausgewiesen.

1812 nahm Jomini im persönlichen Generalstab von Napoleon am Russlandfeldzug teil. Die Intrigen von französischen Offizieren gegenüber Jomini während des Russlandfeldzugs nahmen menschenverachtende Auswüchse an. Während des Rückzugs aus Russland organisierte Jomini als Gouverneur von Wilna und Smolensk am 29. August die gesamte Logistik der französischen Armee und den Rückzug über die Beresina vom 28. November. Der Auftrag in Smolensk lautete: „Mit 7.000 Mann, Sicherstellen der gesamten Versorgung der Grande Armee, Versorgung von 15.000 Kranken und Verwundeten“.

Am 20. Mai 1813 kämpfte Jomini unter Ney in der Schlacht bei Bautzen und hatte großen Anteil am Sieg. Einen Tag später schlug Ney Jomini erneut zum Divisionsgeneral vor. Doch Berthier strich Jomini eigenhändig von der Liste und setzte sogar „noch einen drauf“: Er reduzierte Jomini das Gehalt, indem er ihm die Unkosten der Bearbeitung für die Beförderung in Rechnung stellte. Das blieb den Russen nicht verborgen. Oberst Tschernitschow suchte Jomini erneut auf und unterbreitete ihm ein weiteres Angebot, in russische Dienste zu treten. Am 13. August schrieb Jomini an seinen Freund Monnier: „Das Mass ist voll“.

Jomini in russischen Diensten

Waffenstillstand von Poischwitz. Jomini trat am 14. August bei Prag in die russische Armee und in die Dienste von Zar Alexander I. Fast gleichzeitig beförderte Napoleon Jomini zum Generalmajor, diesmal zu spät. Am 15. August erschien in der Zeitschrift „Neues Deutschland“ in Berlin ein großer Artikel: „Der Französische Divisionsgeneral Jomini, Generalstabschef des Neyschen Korps, hat die Stadt durchquert, um zu den Russen überzulaufen“. Napoleon verurteilte daraufhin Jomini zum Verräter (Todesurteil wegen Desertation). Am 15. August 1813 ernannte Zar Alexander I. Jomini zu seinem Adjutanten im Rang eines Divisionsgenerals. Er war von Jomini überzeugt und nahm seine

Ratschläge an. Das erzürnte die österreichischen Generale im Grossen Generalstab. Die Intrigen gegen Jomini gingen im Gerangel um Macht und Einfluss von Neuem los. Drei Beispiele mögen dies belegen:

24. August: Generalquartiermeister Baron von Langenau, ein Sachse in österreichischen Diensten, stellte fest: „Man muss diesen Jomini begraben, sonst wird ihm alles zugeschrieben, was wir Gutes vollbringen würden“.

29. August: Zar Alexander schickt während des Gefechts bei Geyersberg Jomini zum österreichischen General Colloredo mit der Aufforderung, dieser möge ebenfalls losmarschieren. Doch Colloredo weigert sich mit der Begründung, dass er von Jomini keine Befehle zu erhalten hätte.

02. September: Jomini gießt Öl ins Feuer. Er erklärt Schwarzenberg, wie er bei Dippoldiswalde verteidigen soll. Schwarzenberg zögert. Jomini wendet sich ab und sagt zu den anwesenden Stabsoffizieren: „Wenn man den Krieg auf diese Weise führt, ist es besser, schlafen zu gehen“.

Auch auf dem Feldzug 1814 mit Russland nach Frankreich wurde Jomini wiederholt Opfer von Neidern. Mehrmals wurden die Schlösser zu seinen Schriften aufgebrochen und Sachen durchsucht oder gestohlen. An der Schlacht bei Waterloo vom 18. Juni nahm Jomini nicht teil. Wegen seiner französischen Vergangenheit weigerte er sich, am 8. Juli zusammen mit dem Zaren in Paris einzumarschieren. Doch zwei Tage später kommt er inkognito nach Paris, als Berater des Zaren. König Ludwig XVIII., der inzwischen den französischen Thron bestiegen hat, verleiht Jomini den Saint-Louis-Orden. Damit ist Jomini in Frankreich rehabilitiert. Auch Napoleon widerruft später auf St. Helena sein Todesurteil. Napoleon: „Nur von Verrätern habe ich die Wahrheit erfahren“.

Weitere Stationen im vielfältigen Wirken von Jomini folgten: 1814 – 1815 nahm er als Berater des Zaren am Wiener Kongress teil und nahm dort Einfluss für die Interessen der Schweiz. Anschließend liess sich Jomini mit seiner Frau und den beiden Söhnen in St. Petersburg nieder und wurde Ausbilder der Zarensöhne Nikolaus und Michael. Seine eigenen Söhne wurden russische Offiziere. 1818 nahm er am Kongress zu Aachen teil, wo während dieser Zeit Carl von Clausewitz Stadtkommandant war. Auch besuchte er immer wieder die Schweiz, um sich ein Bild über die Schweizer Armee zu machen, so 1822 beim 2. Eidgenössischen Truppenlager in Bière. 1826 wurde er zum Viersternegene-

ral befördert, als „Général en chef“ und Berater von Zar Nikolaus I. Das löste eine erneute Intrige aus, diesmal vom neuen Kriegsminister Tschernitschow, derselbe Tschernitschow, der als Oberst 1813 Jomini den Franzosen abgeworben hatte. Nach dem Feldzug gegen die Türken zog sich Jomini vom aktiven Dient zurück und baute im Auftrag des Zaren eine Militärakademie auf, die 1832 in St. Petersburg eingeweiht wurde. Jomini war der designierte Direktor der Akademie. Wegen Intrigen am Zarenhof und Verleumdung von Tschernitschow gegen Jomini nahm der Zar diese Entscheidung wieder zurück. Stattdessen wurde Jomini zum Ehrenmitglied ernannt.

Jomini blieb aber in persönlichen Diensten als Berater des Zaren Nikolaus I. In dieser Zeit verfasste er sein bedeutendes Werk „Précis de l'art de guerre“. Er ging auf Reisen und machte Aufenthalte in Paris, Brüssel und Payerne. 1839 verfasste Jomini für den Zaren die „Considerations sur la politique militaire de la Russie“ (Überlegungen zur Militärpolitik Russlands). Als Jomini das Manuskript an den Zaren schickte, fing Tschernitschow das Manuskript ab und verleumdete Jomini erneut beim Zaren. Dieser löste daraufhin Jomini als Lehrer seiner Söhne ab. So erlebte Jomini in Russland mit Tschernitschow dasselbe Muster von Intrigen wie schon zuvor mit Berthier in Frankreich.

1842 fertigte Jomini für Zar Nikolaus I eine Studie über die Festungen Russlands an. Dabei förderte er Korruption in der Bausubstanz zu Tage. Der Zar wollte in der Folge einige Korrekturen angebracht haben, um die russischen Offiziere nicht zu diskreditieren. Jomini weigerte sich, verließ wütend St. Petersburg und ließ sich für vier Jahre in Paris nieder. 1859 trat er aus der russischen Armee aus. Er nahm Wohnsitz in Passy bei Paris, wo er am 22. März 1869 im Alter von 90 Jahren starb.

Meine abschließende Betrachtung

Jomini war ein Genie. Seine hervorragenden Fähigkeiten als Chef eines Stabes, Truppenkommandeur und Militärschriftsteller für Strategie und Taktik sind unbestritten.

Seine Schwäche waren sein übertriebener Ehrgeiz und die fehlende Teamfähigkeit. Er war rechthaberisch und zu keinem Kompromiss bereit. Die unge-



Jomini in russischer Generalsuniform mit der Schärpe des russischen St. Annaordens. Porträt um 1859 von Charles Gleyre.

rechtfertigten Verleumdungen gegen Jomini wirken aber noch bis heute nach. Zu Unrecht.

Zum Autor: Oberst im Generalstab Walter Steiner ist Berufsoffizier der Schweizer Armee. Er nahm von 1998 bis 1999 am LAGI-Lw und EURO-LG an der FüAkBw in Hamburg teil. Von 2000 bis 2005 arbeitete er als Stabschef und Hörsaalleiter in der Generalstabsschule an der Höheren Kaderausbildung der Schweizer Armee und war bis 2015 im Führungsstab der Armee im HQ in Bern tätig, zuerst als Chef Internationale Ausbildung und dann als Chef Bereitschaftsführung. Oberst i Gst Walter Steiner ist seit 2009 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Sektion Schweiz.

Literatur

Schriftenreihe Strategie und Konfliktforschung, Hrsg. Ernst F. König, Dietmar Schössler, Albert A. Stahel: Jean-Jacques Langendorf, Krieg führen: Antoine-Henri Jomini. Hrsg. Michael Arnold & Walter Troxler 2008, vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich (ISBN 978 3 7281 3168 3)

Antoine-Henri Jomini, Abriss der Kriegskunst, Richard Wilhelmi, Berlin, 1881. Übersetzung „Précis de l'art de la guerre“ durch OTL Albrecht von Boguslawski.

Anmerkungen

- 1** Geboren am 6. März 1779 in Payerne, Schweiz, gestorben am 22. März 1869 in Passy bei Paris.

Die historische Entwicklung militärischen strategischen Denkens¹

Ulrich C. Kleysler

Einführung

In diesem Aufsatz über die Geschichte der Strategie – aus abendländischer Sicht bis zum I. Weltkrieg an ausgewählten Beispielen dargestellt – werden zuerst einige wesentliche Prinzipien der Kriegsführung vorgestellt. Diese wurden theoretisch angedacht, haben sich praktisch-historisch entwickelt und die Zeit überdauernd als immerwährende Prinzipien erhalten. Nach einer Strategiedefinition werden einige herausragende Strategen mit ihren Schriften und Gedanken sowie mit deren Auswirkungen bis heute dargestellt, ohne diese Beispiele im Einzelnen oder im Detail den Prinzipien zu zuordnen. Zum Abschluss folgt ein Ausblick auf die mögliche weitere Entwicklung.

Die Geschichte der militärischen Strategie wird beherrscht von der Suche nach übergreifenden „Maximen“, Gesetzen und Prinzipien², „ewigen Wahrheiten“³ oder Grundregeln bis hin zu quasi mathematischen Axiomen oder nach Doktrinen für jede – zumindest bisherige oder aktuelle – Kriegsführung. Manche dieser Prinzipien finden sich als Wesensmerkmale bei Clausewitz wieder – jedoch unter dem entscheidenden Vorbehalt, dass deren Erkennen, Befolgung oder Anwendung immer am Einzelfall zu prüfen ist. Zudem dürfen diese Prinzipien nicht als strikt zu verfolgende Doktrinen gesehen werden und stehen stets unter dem Einfluss der Ungewissheit⁴, des Zufalls oder der Friktion. Die wesentlichen Prinzipien, welche von allen im Folgenden angeführten Strategen angedacht und umgesetzt wurden, sind:

1. Das Prinzip der Wechselbeziehungen aus beiderseitigem Handeln oder zwischen politischen Zielen und militärischen Forderungen.
2. Das Prinzip der „Einheit“ von militärischer Führung und Aktionen, auch bei mehreren Kriegsschauplätzen, also keine Fragmentierung der Operationen.
3. Das Prinzip der Ökonomie der Kräfte, welches die Durchhaltefähigkeit, die Logistik, die Ordnung des Raumes und die Bildung von Reserven einschließt.
4. Die Prinzipien der Überraschung und der Initiative.
5. Das Prinzip der Verfolgung als Voraussetzung zum wirklichen Sieg (Gneisenau bei Waterloo als Idealfall).

6. Die Prinzipien des eigenen und/oder fremden „Schwerpunkts“ und des „Kulminationspunktes“ der Schlacht oder des Feldzuges und schließlich
7. das Prinzip der Relation von Zweck, Ziel und Mitteln auf der Grundlage des „feinen Takts des Urteils“.

Prinzipienübergreifend bestehen das Ziel der Erfüllung des eigenen Willens und das Denken des Krieges vom Frieden her. Doch hier gilt auch die Feststellung von Montesquieu, dass Regierungen gerade durch den Missbrauch ihrer Prinzipien untergegangen sind.

Begriff der Strategie

Der Ursprung des Begriffs „Strategie“ bezieht sich auf den Strategen (strategós), den auf Zeit gewählten oder bestimmten rein militärischen Führer des antiken Athens in der Verbindung von Führungsfähigkeit und Kenntnis der Kriegskunst. Doch erst mit Clausewitz lässt sich ein umfassender gesamtgesellschaftlicher Ansatz strategischen Denkens feststellen – woraus sich wiederum Einzelstrategien für Sicherheit allgemein, Politik, Recht, Wirtschaft, Bildung usw. abgeleitet haben. Diese sind aktuell wieder zu einer Gesamtstrategie von Sicherheit zusammengeführt, oder sollten es zumindest sein. Sicherheit und damit auch der strategische Ansatz für diese muss heute jedoch in einer „ganzheitlichen Mehrebenenbetrachtung“ gesehen werden⁵. Hieraus lässt sich als theoretischer Einstieg folgende allgemeine Definition für Strategie, Clausewitz folgend, finden:

„Strategie ist die auf Erfahrung, Beobachtung und Erkenntnis beruhende gedankliche Entwicklung und praktische Verfolgung eines gesamtgesellschaftlichen Ziels. Sie beruht auf einer Relation des politischen Zwecks, den zu erreichenden Zielen und der benötigten wie vorhandenen Kräften und Mitteln. Wahrscheinlichkeiten und der Zufall sind zu berücksichtigen“.

Aus der folgenden Untersuchung lässt sich schon vorab feststellen, dass militärisch zwischen Strategie und Taktik keine scharfe Trennlinie besteht und die obigen Prinzipien auf beide Begriffe angewandt werden können. Dennoch lässt sich grundsätzlich sagen, dass die Strategie mehr Handlungsspielraum eröffnet, während die Taktik eher Einsatzregeln vorgibt. Mit Kaiser Leo (siehe auch weiter unten) verschwindet der Begriff Strategie weitgehend aus dem militärischen Sprachgebrauch. Er taucht erst wieder zu Ende des 18. Jahrhunderts auf, dann allerdings mit Macht⁶, es sei denn, man nimmt den vorher häufig verwendeten

Begriff „Kriegskunst“ als Analogie zu dem der Strategie. Unabhängig von der obigen Definition scheint sich jedoch eine Sicht bis heute durchgezogen zu haben, wonach Strategie nicht mehr und nicht weniger ist „als die Kunst [des Feldherren oder Generals] Truppen zu führen“⁷, was auch dem Zusammenhang zwischen dem Führer und dem Träger des Kampfes, dem Soldaten entspricht, wobei jedoch hinzuzufügen ist, dass diese strategische Sicht der Führung eng mit dem Prinzip der Einheit der Führung verbunden ist⁸. Die Bedeutung des „Strategen“ zieht sich von Homer über Onasandros⁹ bis hin zu Clausewitz und scheint auch heute noch nicht überholt.

Die Entwicklung des strategischen Denkens

Die Entwicklung des militärischen strategischen Denkens in frühzeitiger Abgrenzung zur Taktik¹⁰ erfolgte auf mehreren, sich vermischenden Ebenen, die nachfolgend chronologisch mit ihren wichtigsten Autoren vorgestellt werden sollen. Praktiker der Strategie, also reine Feldherren, werden trotz ihrer unbestreitbaren Beiträge zur Weiterentwicklung der Strategie in diesem Essay nicht betrachtet. Zu den hier vorzustellenden Autoren gehören zuerst philosophisch-religiöse Denker, sodann politisch-militärische Theoretiker, denen politische Untersuchungen über Krieg und Kriegerrecht zuzuordnen sind. Daran schließen sich historische Darstellungen über Kriegsführung an. Diese lassen sich in allgemeine Kriegslehren bis hin zu Kriegsmatrikeln, Kriegsordnungen, Vorschriften oder Strukturüberlegungen aufteilen. Entscheidend für ihre Bedeutung sind deren über ihre Zeit hinausreichenden Wirkungen. Hierbei darf nicht unterschlagen werden, dass unter der realen wie gedanklichen Allgegenwart des Krieges auch die Militärgeschichte und die militärische Strategie an der „ewigen Weiterentwicklung der allgemeinen Wissenschaften partizipiert haben“. Beispiele hierfür sind die Herausbildung der Phalanx als früher „Staat unter Waffen“ mit dem Wahlvolk des demokratischen griechischen Stadtstaates, die Legion als Ausdruck römischen dynamischen Imperialismus und fester Staatsstrukturen bis hin zu den stehenden Heeren und der späteren Einrichtung der Division als Folge der von den Ideen des Absolutismus beeinflussten staatlichen Finanz- und Verwaltungsstrukturen mit dem Ziel einer „Sozialdisziplinierung“ sowohl der Soldateska, des Soldaten allgemein wie auch der eigenen Bevölkerung¹¹.

Der Ursprung des Krieges und damit der Strategie lässt sich ideengeschichtlich, wenn auch historisch verkürzt, mit dem Zweikampf bei Homer und im Alten Testament der Bibel verorten und existiert und beginnt zunächst im Kopf.

Nicht ohne Grund hat Clausewitz auf den Zweikampf und damit auf den Einsatz von Gewalt und Kampf als grundlegendes Prinzip eines Krieges hingewiesen. Mit Homer und der Bibel beginnen zudem zwei Narrative, die sich bis

Nicht ohne Grund hat Clausewitz auf den Zweikampf und damit auf den Einsatz von Gewalt und Kampf als grundlegendes Prinzip eines Krieges hingewiesen.

heute erhalten haben, sowohl über die „Urgeschichte“ des Odysseus als auch über Helden- und Heroismus. Darüber hinaus können der Einsatz des „Hölzernen Pferdes“ von Troja oder die sich wechselnde Unterstützung der Götter

im Kampf als ein früherer Ansatz von Hybridität angesehen werden. Hieraus lässt sich folgern, dass es in der Grammatik des Krieges immer schon eine gewisse Vielfältigkeit oder ein Zusammenführen von unterschiedlichen Formen in der Kriegsführung gegeben hat. Es macht daher Sinn, mit Johann Schmidt¹² den Krieg als grundsätzlich hybrid zu bezeichnen und für die aktuelle Kriegsführung den Terminus „Hybride Kriegsführung im engeren Sinne“ anzuwenden.

Philosophisch-religiöse Betrachtung

Als erster Philosoph denkt Heraklit (um 500 v.C.) über den naturgegebenen Gegensatz der vorgegebenen Weltordnung des Kosmos und des wandelbaren Seins als dialektischer Weg des Logos über den Streit (polémos) – nicht Krieg – zur Harmonie, mit dem Ziel der Ordnung in Spannung oder dem Frieden.



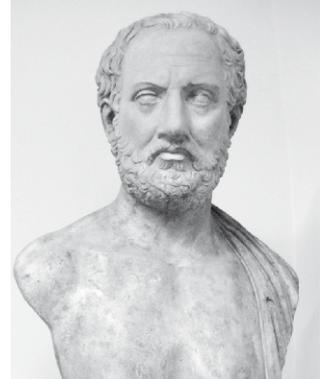
Heraklit

Die Unterscheidung von Freund über den Partner, Wettbewerber, Konkurrenten und Gegner hin zum Feind gilt bis heute. In dieser Deutlichkeit jedoch hat Heraklit als erster eine Freund-Feind-Dialektik vorgegeben, die sich als zentrale Frage nach der Definition des Feindes durch die Strategiegeschichte zieht. Auch hier führt der Weg zu Clausewitz, aber auch zu Carl Schmitt mit seiner Freund-Feind-Definition oder zu seiner „[Ein-] Hegung“ des Krieges als strategisches Ziel. Krieg wird damit als ein gesellschaftlicher Zustand gesehen, mit dem Frieden als letztendlichem Ziel. Weitere philosophisch-religiöse Betrachtungen, unter anderem durch Augustinus, Thomas von Aquin, Luther, Hobbes oder Kant sollen hier nur an-

gezeigt werden. Diese bestimmen nicht nur Denkrichtungen, sondern begründen auch eigene, teilweise gegensätzliche Narrative, was sich besonders mit Luther aufzeigen ließe.

Politisch-militärische Betrachtung

Eines der bedeutendsten politisch-militärischen Werke über Strategie scheint schon mit Thukydides (460 – 395 v. C .) vorzuliegen, einem Clausewitz ähnlichen Betrachter. Allein sein Melier-Dialog aus dem „Peloponnesischen Krieg“ bleibt ein Meisterstück der Darstellung von politisch-militärischer Strategie über die „Macht des Stärkeren“ und wurde deshalb nicht ohne Grund von Jacob Burckhardt und Nietzsche besonders gewürdigt. Athen wollte den – noch neutralen – Meliern deutlich machen, dass Athen sie beherrschen werde, wie immer sie sich entscheiden sollten. Die Nichtaufgabe ihrer vermeintlichen Freiheit führte dann auch zum vernichtenden Untergang (415 v. C.). Bismarcks Handeln gegenüber Hannover 1866 und die aktuellen politischen Verwerfungen innerhalb der NATO und der EU im Umgang mit Russland oder im Welthandel scheinen Thukydides gerade zu bestätigen.



Thukydides

Auf Thukydides folgte der griechisch-römische Historiker und Staatsdenker Polybios (um 200 – 118 v. C.). Neben der Entwicklung eines Kryptogramms zur Verschleierung von Nachrichten und seiner Theorie über den Kreislauf der politischen „Verfassungen“ gelten seine Darstellungen über die Punischen Kriege als äußerst kenntnisreich, sachlich und glaubwürdig. Polybios erfuhr besonders in Frankreich mit der Übersetzung und Kommentierung durch Folard (1669 – 1752) eine Renaissance, wobei Folard zusätzlich mit seiner Hervorhebung des ausgedehnten Übens der militärischen Fertigkeiten schon im Frieden eine ständige, auch gesellschaftspolitisch relevante Herausforderung anspricht.

In diesen Kontext gehört auch Niccolò Machiavelli (1469 – 1527) an der Schwelle des Übergangs vom Feudalismus des Mittelalters zum absoluten Stadt- oder Territorialstaat der Neuzeit. Neben seinem als Dialog gestalteten Werk über die Kriegskunst beschäftigt er sich, vor allem im Werk „Der Fürst“ und seinen „Diskursen“, mit der politischen Dimension des Krieges. Darunter fallen die Kriegsführungsfähigkeit und die Ablehnung des Söldnertums mit der Verpflichtung aller Bürger, für ihren Staat auch militärisch einzustehen. Sein politischer Begriff der „Bürger-Infanterie“ klingt überaus modern. Hieraus zieht er den Schluss, dass die in Übung gehaltene und durch die ihr eigene Kohäsion an Kraft gewinnende Infanterie die wahre Stärke der Armee und der

Nation ausmacht. Gleichzeitig verdanken wir Machiavelli die Wiederbelebung des vergessenen Sinns des Wortes „Strategie“¹³. Seine staatspolitischen Thesen werden bis heute, wenn auch umstritten, diskutiert und hatten über Friedrich den Großen auch auf Clausewitz Einfluss.



Machiavellis staatspolitische Thesen werden bis heute, wenn auch umstritten, diskutiert und hatten auch auf Clausewitz Einfluss.

Neben anderen, wie Justus Lipsius und aufbauend auf Cicero, wie Francisco de Vitória oder Balthasar de Ayala, folgt Hugo Grotius (1583 – 1645), bedeutsam vor allem mit der „Eingliederung“ des Krieges in das weltliche Recht, des „jus ad bellum“ und des „jus in bello“, aber auch mit seiner Definition über die Freiheit der Meere – eine strategisch bedeutsame Rechtsnorm, an die sich beispielsweise Großbritannien nie gehalten hat. In diesen Zusammenhang gehört das aktuell verführerische Narrativ eines „gerechten Friedens“. So wie der Krieg ohne den ihm folgenden Frieden nicht gedacht werden kann,

ist allerdings festzuhalten, dass ein „gerechter Frieden“ nur selten entstanden ist. Oftmals sind gerade Friedensschlüsse die Grundlage für einen neuen Krieg geworden, und nicht ohne historische Berechtigung hat sich das Narrativ des „Karthagofriedens“¹⁴ bis heute erhalten. Nicht nur die Art der Führung eines Krieges, sondern auch die daraus folgende Gestaltung des Friedens erhält somit seine strategische Bedeutung. Mit ihrer Denkschrift über den „gerechten Frieden“ versucht die EKD, dieser alten wie neuen Herausforderung zu begegnen, lässt aber über den ethisch-moralischen Ansatz hinaus die Beachtung der erforderlichen „Realpolitik“ vermissen¹⁵.

Ebenso kritisch ist das unter anderem von Münkler wiederholt herausgearbeitete Narrativ für eine über Jahrhunderte – zumindest bis Wien 1815 – geltende europäische Friedensordnung zu sehen. Dagegen lässt sich argumentieren, dass diese Friedensordnung gerade einmal bis 1667 – dem Beginn der Reunionskriege – hielt und zudem für das Reich zwar nicht das formale, aber das politische Ende bedeutete, wenn man Samuel von Pufendorfs berühmter Feststellung, das Reich „einen irregulären und einem Monstrum ähnlichen Körper zu nennen“, folgt¹⁶, welche er mit ausdrücklichen Hinweis auf den Osnabrücker Frieden formuliert hat.

Historisch-militärische Betrachtung

Historisch-militärisch können wir mit Herodot, Xenophon oder Caesar, dem „Meister der aktiven Verteidigung“¹⁷, aber auch dem ersten Strategen, der in der Schlacht von Pharsalus (48 v. C.) gezielt eine Reserve bildet und einsetzt, beginnen. Allen ist gemeinsam, dass sie dabei auch persönliche Erfahrungen – oft auch nur als Rechtfertigung für ihr Handeln – schildern und damit ganz im Sinne Herodots die „Taten großer Männer“ beschrieben wird, ein Verfahren, das sich bis zum amerikanischen General Schwarzkopf¹⁸ durch die Geschichte zieht. Ihre Werke gehören nicht nur zum Bildungskanon, sondern waren lange Zeit Lehrbücher für politisch-militärisches Handeln.

Xenophon (450 – 354 v. C.) stellt in seiner „Anabasis“ die zu einer besonderen Resilienz führende Verbindung von Kampfgemeinschaft, Sprache und Korpsgeist als „Heimat“ heraus. Hieraus entwickelt sich Kohäsion im Sinne der späteren „Kleinen Kampfgemeinschaft“ wie auch der „esprit de corps“ – umstritten, großartig und magisch zugleich –, der später besonders im preußischen Heer hervortritt. Mit seinem Werk „Der Reiteroberst“¹⁹ schreibt Xenophon darüber hinaus eine noch heute gültige wie lesenswerte Reit- und Führungsvorschrift zugleich. Resilienz geht dabei weit über pure menschliche Leidensfähigkeit hinaus. Weiterhin sieht er die Überraschung, die Raumordnung, verbunden mit der innovativen Form der Phalanx, sowie die Einrichtung einer Reserve als kriegsentscheidend an. Gleichzeitig zeigt sich bei ihm, welche Bedeutung einer zeitgemäßen und fürsorglichen Menschenführung als eine Grundlage für den Erfolg sowohl im

So führte der Weg von Xenophons „Die Disziplin ist das Heil der Armeen; die Undisziplin hat viele zu Grunde gerichtet“ bis hin zu dem auch semantisch so schönen Satz der Vorschrift „Truppenführung“ von 1962: „Die Disziplin ist einer der Grundpfeiler der Streitkräfte, ihre Aufrechterhaltung eine Wohltat für alle“.

Gefecht als auch im strategischen Kontext zuzumessen ist. Dies gilt auch dann, wenn im Gefecht das einzelne Leben nicht unbedingt oder überall zählte. Entgegen des landläufigen Meinung dass erst die Bundeswehr die Menschenführung mit ihrem Konzept der „Inneren Führung“ entdeckt und praktiziert habe, spricht selbst das Handbuch Innere Führung von einem Führungsprinzip, das „es zu allen Zeiten in der Truppe gegeben hat“²⁰. Fast alle der später aufgeführten Autoren haben sich über die Verantwortung des Strategen gegenüber seinen Soldaten ausgelassen – und nicht nur im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der erforderlichen Disziplin. So führte der Weg von Xenophons „Die Disziplin ist das Heil der Armeen; die Undisziplin hat viele zu Grunde gerichtet“ bis hin zu dem auch semantisch so schönen Satz der Vorschrift „Truppenführung“ von

1962: „Die Disziplin ist einer der Grundpfeiler der Streitkräfte, ihre Aufrechterhaltung eine Wohltat für alle“²¹. Überhaupt messen fast durchgängig alle Autoren der Disziplin oder der Moral des Soldaten eine strategische und damit entscheidende Bedeutung zu²².

Didaktisch-militärische Betrachtung

Die folgenden Autoren schrieben Lehrbücher, deren Kenntnis zur Beurteilung des jeweiligen militärischen Zeitgeschehens und der militärstrategischen Weiterentwicklung unerlässlich erscheint. Kriegswissenschaft, Kriegskunst sowie Theorie und Praxis vermischen sich²³. In ihrer Zeit haben diese Autoren Neuerungen in Führungskunst, Menschenführung, operativ-taktischer Kriegsführung, militärischer Organisation und Technik angeregt oder gefördert, auf denen spätere Strategen aufbauen konnten.

Am Anfang meiner Betrachtung stehen der schon angeführte Onasander (um 50 n. C.), der sich den Aufgaben des Strategen widmet²⁴, sodann Frontinus (um 70 n.C.) mit seinen „Strategémata“ – seinen Kriegslisten –, vor allem aber Vegez (um 385 n. C.), dessen Standardwerk „de re militari“ bis in die frühe Neuzeit und selbst noch bis Clausewitz gelesen wurde. Dazu tritt wieder entdeckt Ailianos (um 110 n. C.). Vegez kann als ein früher Vertreter eines ständigen „In-Übung-Halten“ des Soldaten gesehen werden²⁵. Daneben stehen bei ihm Fragen zur Rekrutierung, kaiserliche Verordnungen, die Rolle und die Aufgaben des Feldherrn sowie Befestigung wie Belagerung von Städten und Lagern, vor allem aber 31 allgemeine Kriegsregeln für die Schlacht²⁶. Ein besonders gutes Beispiel für die spätere Adaption bietet der französische Marschall de Puységur (1655 – 1743), der sich in seinem Werk „Art de Guerre, par principes et par règles“ fast ausschließlich auf antike Autoren, mit Schwerpunkt Vegez, bezieht. Ähnlich griffen fast alle bedeutenden Autoren noch des 18. Jahrhunderts Beispiele aus der Antike auf, was nicht nur deren Langlebigkeit, sondern auch deren Praxishöhe beweist. Mehrheitlich waren dies Franzosen²⁷ wie Antoine de Pas, Marquis de Feuquières (1648 – 1711), der in seinen „Mémoires sur la guerre...“ von 1734²⁸ seine für die Operationsführung wichtigsten Maximen hervorhebt und an kriegsgeschichtlichen Beispielen festmacht. An erster Stelle sieht er die Bedeutung des Feldherren und der Führung: Es folgen Logistik, Überraschung und das „Manövrieren“ der Truppe sowie der Angriff und der Kampf um Festungen bis hin zum Winterlager. Es folgen der französische Marschall Moritz von Sachsen (1696 – 1750) mit seinen an der römischen Legion orientierten „Réveries“, der schon angesprochene Folard mit seiner Theorie der

Kolonnenformation, sodann Guibert (1743 – 1790) oder selbst Henry Lloyd (1724 – 1783) mit den “Abhandlungen über die allgemeinen Grundsätze der Kriegskunst“. Feuquières und Folard waren im Übrigen, neben Vegez, militärische Lieblingstheoretiker von Friedrich dem Großen und wurden von diesem häufig zitiert. Daher erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass Friedrich bei Leuthen nicht auf Epaminondas, sondern auf Folard zurückgegriffen hat, der in seinen Werken die erfolgreiche „schiefe Schlachtordnung“ [ordre oblique] besonders herausstellte.

Gleichzeitig ist damit eine Tradierung der unter anderem von Cicero und Frontinus aufgeführten und auch für den Soldaten geltenden „Leitwerte“ Roms²⁹ und der von Plato bis Thomas von Aquin entwickelten vier klassischen oder auch christlichen Kardinaltugenden³⁰ verbunden, die sich später als „moralische Größen“ bei Clausewitz wiederfinden. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass die griechisch-römischen Strategieklassiker, von denen nur eine kleine Auswahl hier angeführt wurde, noch bis Mitte oder Ende des 19. Jahrhunderts im Originaltext, zumindest aber in Übersetzungen in Deutschland gelesen und gelehrt worden sind – auch als Gegenentwurf zu dem Narrativ des bildungsfernen Offiziers³¹.

Wenn auch am Rande stehend muss hier der byzantinische Kaiser Leo VI. (866 – 912) außerhalb der chronologischen Reihenfolge erwähnt werden. Seine Feststellung “Wenn man zu einem guten Frieden gelangen will, so muss man gute Kriegsvorbereitungen treffen“,³² greift das geflügelte, heute sehr umstrittene Wort des Vegez auf: „Si vis pacem para bellum“. Leo ist der erste militärische Autor, der die Bedeutung der Logistik und die Verantwortung des Feldherren für diese hervorhebt und diese nicht auf ein „aus dem Lande leben“ reduziert, u. a. anderem mit seiner der Forderung: “*Sorget dafür, dass es euren Armeen nicht am Nothwendigen mangle; sonst werdet ihr nicht im Stande sein, die Disziplin zu erhalten*“. Diese Feststellung gilt trotz der Tatsache, dass schon Xenophon früher geschrieben hatte: „*Ein thätiger Feldherr muß sich darauf verstehen, sein Heer zu verpflegen und dessen Gesundheit zu erhalten*“, oder Caesar die Funktion der „logista“ bei seinen Legionen eingeführt hatte. Dennoch hat sich lange Zeit das „aus dem Lande leben“ in der Kriegsführung weiter durchgesetzt und ist mit den vielen Städten auferlegten Kontributionen und dem im Dreißigjährigen Krieg dem Kriegsunternehmer Graf Ernst von Mansfeld (1580 – 1626) zugeschriebenen Wort “*Der Krieg ernährt den Krieg*“ nur unzulänglich beschrieben. Gerade hierin lag ein Grund für die Dauer dieses Krieges, der mit der vollständigen Erschöpfung aller Teilnehmer endete. Dies gilt auch dann, wenn

Albrecht von Wallenstein (1583 – 1634) nicht nur als herausragender Militärorganisator, sondern auch als weitsichtiger logistischer Strategie zu betrachten ist. Dieser frühe Ansatz ist aber auch deshalb interessant, weil der ansonsten mit Recht gepriesene spätere deutsche Generalstab trotz seiner Herkunft aus der Quartiermeisterlehre und in Kenntnis der Kriegsgeschichte in der Logistik zu häufig nur eine „quantité négligeable“ sah – was sich strategisch mehrfach rächen sollte. Der Ökonomie der Kräfte, zu der auch die Logistik zählt, kommt eben ein besonderer strategischer Einfluss auf den Kriegserfolg zu.

In diesen Kontext fällt auch Raimondo de Montecuccoli (1609 – 1680), der mit seinen Memoiren, insbesondere über den Dreißigjährigen Krieg, die „Anfangs-Gründe der Kriegskunst“ beschreibt und bis heute modern bleibt mit seiner Frage: Welche Dinge benötigt man zur Kriegführung? Man braucht drei – Geld, Geld und nochmals Geld – „l’argent, l’argent, l’argent“³³. Auch hier kommt nicht nur das Prinzip der Ökonomie der Kräfte zu Tage, es verbindet sich mit dem allerdings nicht immer gelungenen und auch nicht immer verfolgten sparsamen Umgang mit dem Kostspieligsten des Heeres, seinen Soldaten. Auch wenn Montecuccoli der Schlacht den Vorrang vor dem Manöver gibt, äußert sich dessen Vorsicht in dem nun beginnenden methodischen Vorgehen in der Kriegsführung, was sich nach Paret bis zum Ausbruch der Französischen Revolution in einer „Bürokratisierung der Gewalt“ ausdrückt³⁴. So kann Montecuccoli auch als Vater der Manöverstrategie bezeichnet werden. Coutau-Bégarie sieht in ihm sowohl auf Grund der Breite und Tiefe seiner Gedanken als auch hinsichtlich seines Einflusses den Begründer der modernen Wissenschaft der Strategie³⁵. Jähns stellt ihn für das Militär sogar auf eine Ebene mit Jean Bodin für die Politik und Francis Bacon für die Philosophie.

Doch zurück zur Didaktik:

Ein besonderer Hinweis gilt Moritz von Nassau-Oranien (1567 – 1625) als Begründer der sogenannten holländisch-schwedischen Schule mit seinen „Instruktionen“ als herausragendes Beispiel für die Entstehung von Kriegsordnungen oder Ordonnanzen, wie auch der früheren von Albrecht von Brandenburg (1490 – 1568), denen der Krieg folgen soll³⁶ und die damit spezifische militärische Strukturen erfordern. Auch wenn hier noch auf antiken Vorstellungen aufgebaut, wie unter anderem von Kaiser Leo, können diese als Vorläufer der späteren Felddienstordnungen bis hin zu der neueren „Truppenführung“ angesehen werden. Zudem hat Moritz nicht nur als einschneidende Neuheit 1619 eine Offiziersakademie gegründet, sondern er gilt auch mit der Umsetzung des

Kriegsbuches von 1595 seines Veters Graf Johann von Nassau-Siegen (1561 – 1623) als Wegbereiter einer Art von Wehrordnung und Exerzierreglement. Jacob von Wallhausen nannte ihn 1615 den „Aufsucher des Trillens“, also den Vater des Drills³⁷. Seine auf römische Vorbilder, insbesondere auf Ailian zurückgehende Wiederentdeckung des Spatens und damit des Eingrabens, nicht nur für den Lagerbau, sondern auch im Gefecht [„Schanzen spart Blut“ gilt bis heute] erhält später eine über das Taktisch-Operative hinausgehende strategische Dimension. Interessant ist hierbei, wie stark er sich auf römische Quellen stützt³⁸.

Die Lehren des genialen, auch politisch denkenden Festungsbaumeister Vauban (1633 – 1707)³⁹ zum Festungsbau und über den Kampf um Festungen entwickeln sich über Montalembert (1714 – 1800) oder Lazare Carnot (1753 – 1823)⁴⁰ bis hin zum Maginotdenken der 1930er Jahre. Aber auch die Vorstellungen über „verbrannte Erde“ und die nachhaltige Zerstörung des Vorfeldes sind hier einzuordnen⁴¹. Der strategische Gegensatz zur Frage des Vorrangs von Verteidigung oder Angriff bleibt jedoch ungeklärt.

Friedrich der Große (1712 – 1786), der in den „Geheiminstruktionen“ für seine Generale⁴² neben der notwendigen „Fortune“ den sowohl früher von Folard als auch später von Clausewitz apostrophierten „coup d’oeil“ besonders hervorhob, stellte in seinen „Generalprinzipien“ strategische Grundlagen und Lehrsätze auf, die teilweise bis heute gelten. Die wesentlichen Prinzipien lauten, in dieser Reihenfolge: Disziplin, verbunden mit Ehrgefühl; keine Kriege zu weit von den eigenen Grenzen entfernt; Logistik mit dem Schwerpunkt auf Verpflegung; Landeskennntnis verbunden eben mit dem „coup d’oeil“; unendliche Kriegslisten und Spione; die Konzentration der Kräfte in der Entwicklung vom Manöver über die Überraschung hin zur Schlacht und die persönliche Verantwortung sowie das Talent des Feldherren. Auch seine Vorstellung, den Krieg vom Frieden her zu denken, behält seine Aktualität. Außerdem kann Friedrich als ein besonderes Beispiel „persönlicher“ Resilienz⁴³ gelten.



Friedrich der Große stellte in seinen „Generalprinzipien“ strategische Grundlagen und Lehrsätze auf, die teilweise bis heute gelten.

Nicht unerwähnt bleiben soll Graf Wilhelm von Schaumburg-Lippe (1724 – 1777), nicht nur als Lehrer von Scharnhorst, sondern vor allem als – von den Briten eingesetzter – Inspekteur des portugiesischen Heers mit seinen „Direc-

çoens“ von 1767⁴⁴ für die Offiziere. In diesen gibt er der Verteidigung den Vorzug vor dem Angriff – auch wegen der spezifischen geopolitischen Lage Portugals und seinen Möglichkeiten. Seine Hauptprinzipien liegen in der Festlegung von Operationslinien, der Marschregelung, der Logistik, der Formationsregelung (heute Gefechtsgliederung) und in der Bedeutung der Moral der Truppe. Gneisenau hebt später in einer Würdigung dessen Gedanken, die Armee auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen, als eine Voraussetzung für den Sieg über Napoleon hervor. Zudem ist Graf Wilhelm auch ein gutes Beispiel für die damalige bis nach Übersee⁴⁵ reichende europäische Ausstrahlung sowie intellektuelle Gemeinsamkeit (siehe Steubens „Blue Book“ in den jungen USA), als eine besondere auch militärische „geistige Kultur“⁴⁶, zu der wir dringend zurückkehren sollten. Mit der gesellschaftlichen Umgestaltung seiner Zeit finden wir – etwa ab 1730 – die Gründung von Militärakademien, welche auch den Aufstieg des Bürgertums in das bisher vom Adel dominierte Militär ermöglichen. Scharnhorst oder Carnot, ja selbst Napoleon sind hier herausragende Beispiele.

In engem Zusammenhang mit Graf Wilhelm, aber auch als Besonderheit steht der „Versuch über ein allgemeines System aller militärischen Kenntnisse“ des in den Diensten der Generalstaaten stehenden Obersten Friedrich Nockhern von Schorn⁴⁷. In der Nachfolge von Francis Bacon, d'Alembert oder Carnot, eine „systematische Ordnung der menschlichen Wissenschaften“ zu entwickeln, fasst Schorn sein militärisches Wissen in sechs synoptischen oder methodischen Tafeln zusammen mit dem Ziel, „wie man die Wissenschaft des Kriegs nach der philosophischen Methode studirt“. Er fordert ein Studium nach den in seinen Tafeln vorgeschriebenen systematischen Ordnungen und sich dabei der analytischen Methode zu bedienen. „Von der Definition[des Begriffs von der Natur des Gegenstandes] schreitet er zur Einteilung, und von da zu den Grundsätzen und Regeln, welche die besten Schriftsteller festgesetzt haben“⁴⁸. Die Mischung aus Philosophie, Methodismus und Schematismus war seinerzeit sehr angesehen.

Etwa in diesem Zeitraum der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts lässt sich nach Machiavelli und der schon angesprochenen späteren „Bürokratisierung der Gewalt“ eine weitere Zäsur in der Strategieentwicklung feststellen. Während die technische Revolution durch das Schwarzpulver über die Muskete bis zur Kanone mit ihrem Masseneinsatz der Artillerie mehr eine kontinuierliche Weiterführung klassischer Ideen war, tritt mit der Aufklärung, dem „enlightenment“, ein neues Gedankengut auf, welches von Patriotismus und der Idee, dem

öffentlichen Wohl zu dienen, bestimmt wird. Mit aller Vorsicht lässt sich hier mit François Apolline de Guibert (1743 – 1790) beginnen, der ganz im Verständnis der Aufklärung vor der Entfaltung seiner eigenen Prinzipien zwei Gegenprinzipien herausstellt: die Gewohnheit und das Vorurteil als entscheidende Fehler eines Feldherren⁴⁹. Seine eigenen Prinzipien lauten unter dem Gebot der Einfachheit, den Gewinn der Schlacht durch gute Manöver zu suchen oder die Forderung an den Heerführer, ein Gefecht der „verbundenen Waffen“ führen zu können. Voraussetzungen dafür sind übergreifende kriegswissenschaftliche Kenntnisse des Generals in einer Verknüpfung eines theoretischen Systems des Wissens mit der Praxis und die dialektische Koexistenz von stehendem Heer und Miliz. Deren politisch orientierte Kraft weist auf den zukünftigen „citoyen-soldat“ hin.

Ein weiterer der neuen Denker ist der Kantschüler Georg Heinrich von Berenhorst (1733 – 1814), der mit seinen „Betrachtungen über die Kriegskunst...“ von 1797 als ein Vorgänger von Clausewitz betrachtet werden kann. Wie dieser suchte er nach der Differenzierung oder der Wechselbeziehung von Politik und Krieg wie von Strategie und Taktik. Er war, ebenfalls von Kant beeinflusst, ein Gegner des stehenden Heeres. Dafür war er aber einer der wenigen, der eine freiwillige Übung des ganzen Volkes forderte und, zumindest indirekt, den „Volkskrieg“ der französischen Revolutionskriege umsetzte. Auch mit seinen Hinweisen auf die Moral der Kämpfenden und den Zufall geht er Clausewitz voran.

Heinrich Dietrich von Bülow (1757 – 1808) wurde mit seinem geometrisch-mathematischen Konzept der Kriegsführung durch den Gebrauch von Operationslinien von Berenhorst und Clausewitz erbittert bekämpft, auch wenn seine Vorstellungen über den Vorteil der „Inneren Linie“ durchaus Sinn machen. „Seine Lehrsätze des neueren Krieges“ enthalten dagegen eher operativ-taktische Grundsätze als strategische Regeln⁵⁰. Er findet in gewisser Weise seinen Nachfolger in dem Schweizer Baron Henri-Antoine de Jomini (1779 – 1869), wenn dieser auf vermeintliche grundlegende Gesetzmäßigkeiten hinweist, die „dem Befehlshaber jeder Armee allgemein als Kompass dienlich sein können“. Jomini selbst hat darauf hingewiesen, wie sehr ihn in seinen militärgeschichtlichen Studien, anders als bei Clausewitz, Feuquière mit „seinem Instinkt für Strategie“, Guibert, Lloyd und vor allem Bülow angeregt, wenn nicht gar beeinflusst haben⁵¹. Die Idee von Regeln oder hilfreichen Anwendungsvorschriften ziehen sich insbesondere durch das amerikanische Manual-Denken hin. Jominis allgemeines Prinzip des Krieges, welches sich auf alle Kriegsschauplätze anwen-

den lässt, kann in folgende Unterprinzipien aufgeteilt werden: Konzentration der Kräfte, die zentrale Position, sich auf der „Inneren Linie“ gut zu basieren, durch strategische Manöverlinien seine Operationslinienrichtig festzulegen sowie die enge Verbindung von Logistik und Kampfeinsatz⁵².

Der fast vergessene österreichische Erzherzog Karl (1761 – 1847), der letzte Reichsfeldmarschall und Sieger von Aspern 1809, muss in Wien und an diesem Ort erwähnt werden. Seine „Grundsätze der Strategie“ von 1813 beschäftigen sich neben den Möglichkeiten einer „tätigen Defensive“ eines Gebirgslandes mit dem „entscheidenden Punkt der Überlegenheit der Zahl“ am richtigen Ort. Ökonomie der Kräfte und Begrenzung des Zieles zur Verhinderung der Eskalation stehen im Mittelpunkt seiner Betrachtungen – ein moderner Ansatz.

Gestattet sei, dass Carl von Clausewitz (1780 – 1831) in diesen strategischen Betrachtungen nur namentlich erwähnt wird. Seine Bedeutung für strategisches Denken und dessen Weiterentwicklung ist und bleibt unbestritten. Selbst eine Kurzdarstellung seiner Gedanken bedürfte eines eigenen längeren Aufsatzes. Stattdessen soll neben ihm noch Rühle von Lilienstern (1780 – 1847) angesprochen werden, weniger wegen seiner geistigen Nähe zu Clausewitz, sondern weil er neben anderen seiner militärischen Zeitgenossen als der Typus des „kultivierten Offiziers“ hervortritt.

Fast am Schluss ist Helmuth von Moltke (1800 – 1891) anzuführen. Seine Definition der Strategie als „System von Aushilfen“, die Absage an jeden Methodismus, die Umsetzung von Erfahrung und Beobachtung in ein Urteil auf ethischer Grundlage und die Hervorhebung des Charakters der Führung haben an Aktualität nichts eingebüßt. Hinzu kommen die Abkehr von der Planbarkeit der Operation über das erste Zusammentreffen hinaus, die strategische Bedeutung des Aufmarsches (einschließlich der Nutzung moderner Technik – der Eisenbahn) oder die Freiheit der Durchführung im nachgeordneten Bereich. Dennoch hat er mit seiner Auffassung von der Rolle der Politik im Krieg den Weg zur Abkehr von Clausewitz'schem Denken vorbereitet.

In gewisser Hinsicht als gedankliche Vorläufer von Ludendorff können Colmar von der Goltz (1843 – 1916) und Friedrich von Bernhardi (1849 – 1930) für ein neues deutsches strategisches Denken gelten. Von der Goltz sieht in seinem damals wirkmächtigen Werk „Das Volk in Waffen“⁵³ den Krieg nicht nur als „unvermeidliches Völkergeschick“ an, er sieht den Kampf der Völker als einen Kampf auf Leben und Tod mit dem Ziel der Vernichtung des anderen. Als

Prinzipien hebt er die strategische Bedeutung des geplanten und schnellen Aufmarsches hervor, ohne auf dessen Folgebindung näher einzugehen. Als Lösung hierzu bietet er an, von dem Begriff „Kriegsplan“ abzusehen und nur einen flexiblen „Operationsentwurf“ vorzusehen. Des Weiteren setzt er auf das Zusammenwirken der Kräfte, einschließlich der Reserven, sowie den Erhalt des Zusammenhanges der Operationsführung. Bernhardt verstärkt dessen Vorstellungen mit seiner fast selbstverständlichen Feststellung hoher – auch eigener – Verluste in einem Vernichtungskrieg, was sich dann im I. Weltkrieg als bittere Realität bewahrheiten sollte. Allerdings war ein derartiges Denken in dieser Zeit fast Allgemeingut unter den militärischen Führern. Verdun und die anderen Schlachten an der Westfront vorwegnehmend sprach der deutsche Pazifist Wilhelm Lamszus von „Menschenschlachthäusern“⁵⁴. Beiden oben genannten Autoren ist gemeinsam, dass sie den moralischen Faktor über den rein materiellen stellen und als Ziel vorgeben, dass vor der Vernichtung der feindlichen Truppe die Zerstörung der gegnerischen Moral stehen müsse⁵⁵.

Ihnen gegenüber steht der am 31. Juli 1914 ermordete französische Reformsocialist Jean Jaurès (1858 – 1914), der zwar aus Überzeugung gegen den Krieg war und dazu internationale Schiedsgerichtshöfe forderte, der aber gleichzeitig in einem Gesetzentwurf im Rückgriff auf Carnot 1793 nicht nur einen Ausbau der Festungen anregte, sondern auch „alle waffenfähigen Bürger verpflichtet sieht, an der nationalen Verteidigung teilzunehmen“⁵⁶. Daneben setzt er auf konsequente Verteidigung, weil „die geniale Kraft, die siegreiche Eigenart Frankreich woanders, in der gänzlichen Vereinigung der bewaffneten Nation liegt“⁵⁷.

Eine Besonderheit stellt der polnisch-russische Industrielle Johann von Bloch (1836 – 1902) dar, dessen weitgehend unbeachtetes Werk über „Die Zukunft des Krieges in technischer, wirtschaftlicher und politischer Relation“ aus friedentheoretischer Sicht die Entwicklung des modernen Krieges gedanklich vorwegnahm.

Für die französische Strategieentwicklung war der 1870 gefallene französische Oberst Ardant du Picq (1821 – 1870) von besonderer Bedeutung. In seinem Werk „Études sur le combat“⁵⁸ stellt er nicht nur den antiken dem modernen Kampf gegenüber, sondern er hebt, von Preußen inspiriert, das Prinzip des Einsatzes der Masse und die Kampfmoral als entscheidende strategische Prinzipien für einen durch Angriff erfochtenen Sieg heraus. Aber innerhalb dieser Sicht der „Massenseele“⁵⁹ setzt du Picq auf die psychologische Integration

durch den moralischen Wert und den solidarischen Mut des Soldaten, als nach wie vor den Entscheidungsträger im Kampf. Seinen Gedankengängen folgt Marschall Foch (1851 – 1929) mit seinen drei Prinzipien: der Konzentration aller Kräfte auf ein Ziel, der Freiheit des Handelns und der Ökonomie der Kräfte unter der Vorherrschaft des Angriffs und unter der Idee des „absoluten Krieges“⁶⁰. Unter dem Eindruck des I. Weltkrieges erweitert Erich Ludendorff (1865 – 1937) diesen Ansatz mit seiner Schrift über den „totalen Krieg“ aus



Erich Ludendorff: Der totale Krieg fordert das Äußerste“, und dieser wird „ein Kampf um die Lebenserhaltung“, wobei Machtpolitik über „Gesetz und Gebrauch“ entscheidet

dem Jahre 1935⁶¹. Clausewitz war endgültig auf den Kopf gestellt, nicht nur mit dem Satz Ludendorffs: „Alle Thesen von Clausewitz sind über den Haufen geworfen“. Seine tiefgehende Frustration aus einer vermeintlich unberechtigten Niederlage, eigenen Fehlern und letztlich doch nur eingeschränkter Machtfülle ließen ihn zu seinen Theorien kommen. Die wesentliche Aussage liegt in dem Satz „Der totale Krieg fordert das Äußerste“, und dieser werde „ein Kampf um die Lebenserhaltung“, wobei Machtpolitik über „Gesetz und Gebrauch“ entscheidet“. Damit drückt sich der totale Krieg schon in einer permanenten, alle Bereiche des Staates umfassenden Kriegsvorbereitung als „totaler Kriegszustand im Frieden“ aus. Dennoch hat auch Ludendorff, trotz seines letzten Scheiterns, aus seiner Zeit heraus nicht nur strategisch gedacht, sondern auch strategisch gehandelt. Die

weiteren Diskussionen um die sogenannte Schlieffenschule, um die Vernichtungsschlacht, die Bedeutung der Massenheere oder nach dem Vorrang des Durchbruchs vor der Umfassung sollen hier nur erwähnt werden⁶².

Erst Generaloberst Ludwig Beck (1894 – 1944) kehrt mit seinen Denkschriften zu den Vorstellungen der „Einhegung“ des Krieges zum Grundprinzip des Vorrangs der Politik (im Sinne von Clausewitz) zurück.

Die aktuelle Besonderheit von Sun Tzu

Zum Abschluss muss nicht nur auf Grund seiner Aktualität der chinesische Autor Sun Tzu (um 450 v. C.)⁶³ erwähnt werden. 1772 erstmalig in einer französischen Übersetzung in Peking erschienen, in der westlichen Welt allerdings erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts verbreitet, ist dessen Kenntnis bei Clausewitz, Jomimi und anderen zumindest zweifelhaft. Sun Tzu stellt insofern eine Besonderheit dar, weil er im Grunde einen Sieg ohne Krieg postuliert⁶⁴, d. h. dem Gegner seinen Willen ohne Kampf aufzwingen will. Hierzu setzt Sun

Tzu nicht nur auf eine Drohstrategie, die Kriegslist oder die Täuschung und die bewusst verbreitete Falschinformation⁶⁵ im Krieg, sondern vor allem auf eine innere politische wie gesellschaftliche Verunsicherung des Feindes schon vor einem Krieg. Dazu setzt er vor allem auf Einschüchterung, Ermüdung und Einschläferung sowie Entzweiung im Inneren und in einem Bündnis durch manipulierende Eingriffe in das Innere des gegnerischen Staates, und dies alles in Geduld und mit langem Atem. Damit geht er weit über alle Vorstellungen der abendländischen Strategen hinaus, auch wenn schon Polybios, in einem anderen Zusammenhang, festgestellt hatte: „Jede Regierungsform kann auf zweierlei Weise zu Grunde gehen, wovon die eine von außen, die andere von innen kommt, über die erstere hat man kein „sicheres Urtheil“; allein die zweite ist gewiß und bestimmt“. Ergänzend dazu schreibt Keynes 1920: „Vielleicht ist es eine geschichtliche Wahrheit, daß keine Gesellschaftsklasse jemals anders als durch eigene Hand umkommt“⁶⁶ – also durch mangelnde oder fehlende Resilienz. Die von Sun Tzu besonders hervorgehobene Bedeutung des Einsatzes von Spionen und der falschen Nachricht liegt auf der Hand, wie auch Clausewitz der Nachricht⁶⁷ – nicht der Information – skeptisch gegenübersteht. Diese Art des Vorgehens lässt sich, unabhängig von Mao, bis heute ganz allgemein auf chinesisches Politik- und Wirtschaftsverständnis übertragen. Unabhängig von dieser auf China bezogenen Sicht liegt Sun Tzus Aktualität vor allem in einer tatsächlich „neuen“ Kriegsform, auch wenn sich beispielsweise bei André Beaufre mit seinen Überlegungen zum „indirekten“ Krieg hierzu Ansätze finden: eine Vorstellung von einem mit Hybrid und Cyber nur unzulänglich beschriebenen Krieg, in dem zwar Absichten, Verfahren und möglicherweise sogar der Auslöser bekannt sind, aber nicht der tatsächliche Gegner oder Urheber zu fassen ist. Das innovative Verschmelzen unterschiedlicher Formen der Kriegsführung in einer kreativen Kombination von Verfahren, Mitteln (wie von der klassischen Infanterie bis zur Drohne) und Kategorien (wie Recht und Ethik) sind Teil dieser Strategie. Hinzu tritt die Suche nach spezifischen Verwundbarkeiten, verbunden mit einer wissenschaftlich basierten Analyse der Resilienz des Gegners.

Sun Tzu stellt insofern eine Besonderheit dar, weil er im Grunde einen Sieg ohne Krieg postuliert, d. h. dem Gegner seinen Willen ohne Kampf aufzwingen will.

Hiermit kommen wir zum Anfang zurück, zu Heraklit, denn die Frage nach der Definition des Feindes erhält mit dem nicht authentifizierbaren hybriden Cyber-Feind eine neue Brisanz. Das Erkennen des Feindes erfordert damit nach dem Axiom Sun Tsus als Voraussetzung „sich selbst zu kennen“. Und hier sind wir wieder bei der Resilienz. Und zusätzlich haben wir schon vor dem

Krieg wieder den „Nebel“ des Krieges, der sich nur spät oder sogar gar nicht auflöst, mit dem schönen Bild von Clausewitz, wenn er schreibt: „Der Krieg ist das Gebiet der Ungewißheit; drei Vierteile derjenigen Dinge, worauf das Handeln im Kriege gebaut wird, liegen im Nebel einer mehr oder weniger großen Ungewißheit“⁶⁸. Die neuen Herausforderungen für Strategie, nationales und internationales Recht wie Völkerrecht, Sicherheitsvorsorge, Kriegsführung und Ethik sind offensichtlich und bedürfen dringend einer Analyse und anschließender Lösung mit dem Takt des Urteils.

Blick in die Zukunft: Gesamtschau von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsperspektive

Jede historische Betrachtung wäre unzulänglich, wenn sie nicht mit einem Ausblick auf die Gegenwart oder Zukunft verbunden ist, auch dann, wenn der Verfasser Ciceros Feststellung der „*historia magistra nostra*“ skeptisch gegenüber steht. Aus der Geschichte wird eben nur selten gelernt.

Bei den hier behandelten Beispielen handelt es sich ausschließlich um Kriegsführungsstrategien; erst mit der NATO-Strategie der „flexible response“ finden wir eine Kriegsverhinderungsstrategie. Die Betrachtung der Entwicklung der Strategieggeschichte wird damit, um die Formulierung von Claus von Rosen aufzugreifen, „ein forschendes Lernen für die Zukunft“. Der intellektuelle Gewinn aus der historischen Betrachtung der Strategieentwicklung bedeutet dann auch, den zukünftigen Krieg nach den vier Kriterien „anticiper, imaginer, concevoir und innover“⁶⁹ [gedanklich vorwegnehmen, sich vorstellen, als möglich begreifen und Neuerungen einführen] zu denken, um diesen mit einem multidimensionalen Ansatz auch gewinnen zu können. Dennoch dürfen wir nicht in eine „Lernpathologie“ nach Karl W. Deutsch verfallen (1912 – 1992)⁷⁰, die mit dem Verlust des Realitätsbezugs die Lernfähigkeit beeinträchtigt und durch die Nichtbeachtung von Fehlinterpretationen und Warnungen zu autonomen Entwicklungen beiträgt. Der Grat zwischen der Führung des neuen Krieges mit den Waffen und den Theorien des alten und einer Vorbereitung auf Kriegsbilder, die eine „abstruse Phantasie“ entwerfen könnte, ist in der Tat schmal⁷¹. Auch vor einer Obsession für technologische Entwicklungen muss gewarnt werden⁷², wenn diese den auch zukünftigen Träger des Gefechts – den Soldaten – zu verdrängen droht und nicht mehr innovativ wirkt, sondern sich in Extreme versteigt.

Möglicherweise bedürfen wir, zu Homer zurückkehrend, wieder der odysseischen pragmatischen Neugier und personaler Resilienz. Und, wohlgermerkt, auch eine dynamische Innovation bleibt ein geistiger Prozess, und damit bleibt der Soldat auch in einem digitalen oder durch KI geprägten Umfeld weiterhin mit seinem Intellekt, seiner Menschlichkeit und seiner Opferbereitschaft das bestimmende Subjekt vor und in einem Krieg. Daher zieht sich von Homer bis heute durch die militärische Literatur die strategische Bedeutung der Moral des Soldaten, die in dem schönen Satz von Guibert gipfelt: “Ô puissance morale, tu es la reine des armées – O moralische Kraft, du bist die Königin der Waffen⁷³. Und auch hier sind wir wieder bei der Resilienz als strategischem Element.

Diesen Ansatz der oben genannten vier Kriterien hat die Mehrheit der angeführten „Strategiedenker und -autoren“ – wenn auch nicht immer mit Erfolg – versucht, zu erfüllen. Unerheblich hierbei ist, dass das Bibelzitat „Nichts Neues unter der Sonne“⁷⁴ sich oftmals bestätigt. Dies sollte uns dennoch Anregung genug sein, auf diesem Weg weiter fortzuschreiten, so wie es unter anderem Raymond Aron allgemein oder für die Bundeswehr der damalige Inspekteur des Heeres, General von Sandrart 1985 gefordert hat: „Der Leutnant [und nicht nur dieser] muss den Krieg [vor allem den zukünftigen] denken“. Dieses Denken muss dann auch zum Verstehen des Krieges weiterführen. Im Verständnis von Clausewitz soll dieser Essay dazu dienen, dieses Denken und Verstehen unter dem „Takt des Urteils“ in eine Gesamtschau von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsperspektive einzuordnen.

Zum Autor: Ulrich C. Kleyser, Offizier der Panzeraufklärungstruppe, Oberst a.D., ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und Alter Herr des Corps Rhenania zu Tübingen. Er durchlief die Generalstabsausbildung in Hamburg und Rio de Janeiro und war u.a. Leiter Heereshauptverbindungsstab Frankreich sowie im Einsatz bei SFOR und KFOR. 2010 M.A. in Geschichte.

Wesentliche Literatur

Aron, Raymond, Clausewitz, Den Krieg denken, Frankfurt/M u. a., 1980.

Charnay, Jean-Paul, Comte de Guibert, Stratégiques, Paris o.J.

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege (Hrsg. von Werner Hahlweg). Bonn 18 1973.

Coutau-Bégarie, Traité de Strategie, Paris 1999.

- Delbrück, Hans, Geschichte der Kriegskunst, Sonderausgabe Hamburg 2003 (Neuausgabe 2000 des Nachdrucks von 1962 der 1. Ausgabe von 1920).
- Desportes, Vincent, Comprendre la Guerre, Paris 2001.
- Hellbling, Jörg, Tribale Kriege, Konflikte in Gesellschaften ohne Zentralgewalt, Frankfurt/New York 2006.
- Heuser, Beatrice, Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike, Paderborn u. a. 2010.
- Jäger, Thomas; Beckmann, Rasmus (Hrsg.), Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden 2011.
- Jomini, Antoine-Henri, Précis de L'Art de la Guerre, Paris 1838.
- Keegan, John, A History of Warfare, New York 1993.
- Langendorf, Jean-Jacques, Krieg führen: Antoine-Henri Jomini, Zürich 2008.
- Nockhern von Schorn, Friedrich, Versuch über ein allgemeines System aller militärischen Kenntnisse, Nürnberg und Altdorf 1785.
- Marmont, De L'Esprit des Institutions Militaires, Paris 1845.
- McNeill, William H., Krieg und Macht, Militär, Wirtschaft und Gesellschaft vom Altertum bis heute, München 1984.
- Paret, Peter (Ed.), Makers of Modern Strategy from Machiavelli to the Nuclear Age, Princeton 1986.
- Pröve, Ralf; Thoß, Bruno, (Hrsg.), Bernhard R. Kroener, Kriegerische Gewalt und militärische Präsenz in der Neuzeit, Paderborn u.a., 2008.
- Schneider, Fernand, Histoire des Doctrines Militaires, Paris 1957.
- Souchon, Lennart, Carl von Clausewitz. Strategie im 21. Jahrhundert, Hamburg u. a. 2012.

Sun Tzu, Die dreizehn Gebote der Kriegskunst, Einleitung Günter Maschke, München 1972.

Wallach, Jehuda L., Das Dogma der Vernichtungsschlacht, München 1970.

Anmerkungen

- 1 Bei dem nachfolgenden Aufsatz handelt es sich um einen zum Essay überarbeiteten Vortrag, der bei der Strategiekonferenz in Wien am 27. Juni 2018 gehalten wurde und mit Erkenntnissen aus der Konferenz ergänzt worden ist. Der Beitrag ist für das Jahrbuch 2018 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. aus Platzgründen an einigen Stellen leicht gekürzt worden, wofür die Redaktion den Autor und die Leser um Verständnis bittet.
- 2 Folgt man der Entwicklung der Prinzipien bei den verschiedenen Autoren, so lassen sich insgesamt weit über 30 Prinzipien herausfiltern. Interessant hierbei ist, dass der Aufklärung als Prinzip nur selten eine Darstellung gewidmet ist. Siehe auch in ausführlicher Darstellung bei Beatrice Heuser, Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike, Paderborn u. a., 2010, 110 ff.
- 3 Vincent Desportes, Comprendre la guerre, Paris 2001, 377, nach einem Ausspruch von Marschall Foch.
- 4 Für die Aktualität der strategischen Dimension der Ungewissheit kann in erster Linie das Buch des französischen Generals (ret.) Desportes herangezogen werden. Seine auf Clausewitz bezogene Analyse ist beeindruckend. Vincent Desportes, Décider dans l'incertitude, Paris, 2007.
- 5 Vgl. hierzu u. a. Klaus Zapotoczky, Ganzheitliche Mehrebenenbetrachtung von Sicherheit in: ÖMZ 6/2003, 711 – 720; Ulrich C. Kleysler, Denksätze zur Konfliktbewältigung in: Verband der Reservisten der Bundeswehr e. V. (Hrsg.), Osteuropa – Konflikte verstehen, Baden-Baden 2018, 373–410.
- 6 Vor Clausewitz sind hier vor allem zu nennen: Guibert, Nockhern von Schorn, Bülow oder Erzherzog Karl, Autoren, die im Folgenden ausführlicher dargestellt werden.
- 7 Hervé Coutau-Bégarie, Traité de Stratégie, Paris 1999, 65.
- 8 Schon Livius (IV, 31) kritisierte den Oberbefehl vieler im Krieg, was Machiavelli in seinen Discorsi aufgriff: „Es darf immer nur einer an der Spitze des Heeres stehen, nie viele. Mehrere Befehlshaber sind schädlich“. Niccolò Machiavelli, Discorsi, Stuttgart 2007, 345.
- 9 Kai Brodersen, Onasandros. Gute Führung. Strategikos, Wiesbaden 2018.
- 10 Einführung des Begriffs der Taktik spätestens mit Ailianos (um 120 n. C.) Schrift „Taktika“. Siehe hierzu Kai Brodersen, Ailianos, Antike Taktiken. Taktika, Wiesbaden 2017.

- 11 Siehe hierzu Fernand Schneider, *Histoire des Doctrines Militaires*, Paris 1957, 9, 16 f.
- 12 Johann Schmidt, *Hybride Kriegführung in Vietnam – Strategie und das center of gravity der Entscheidung*, in: *ZFAS* 10/2017, 373 ff. Neues ist zumindest „in der Auflösung und dem Verschwimmen lassen fester Ordnungskategorien durch das gezielte Operieren im Grauzonenbereich verschiedener Schnittstellen zu sehen“.
- 13 Hans Delbrück, *Geschichte der Kriegskunst*, Hamburg 2003 (Sonderausgabe des Neudrucks 2000 des Nachdrucks 1962 der ersten Ausgabe von 1920), Band 4, 375.
- 14 John Maynard Keynes, *Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles*, Hrsg. und Einleitung von Dorothea Hauser, Berlin 2006, 63. In Erinnerung an die politische Auslöschung Karthagos durch Rom mit dem 3. Punischen Krieg 148 v. C.
- 15 Siehe hierzu die Denkschrift der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“, Gütersloh 2007.
- 16 Samuel von Pufendorf, *Über die Verfassung des deutschen Reiches*, Berlin 1922, 94.
- 17 Siehe J. von Hardegg, a. a. O., 227.
- 18 Norman Schwarzkopf, *Man muß kein Held sein*, Gütersloh 1992.
- 19 Xenophon, *Der Reiteroberst*, Heidenheim 1962. Xenophon selbst kann als eine frühe wie seltene Verbindung von Philosoph, Stratege und Ökonom angesehen werden. Seine *Anabasis* ist die Schilderung des Rückzugs seiner 10 000 griechischen Söldner von Babylon bis zum Pontischen Meer (401 – 400 v. C.).
- 20 *BMVg, Handbuch Innere Führung*, Bonn 1964, 169. „Innere Führung ist keine Erfindung der Bundeswehr. Sie ist ein neuer Begriff für ein Bündel von Führungsaufgaben, die es zu allen Zeiten in der Truppe gegeben hat, die uns heute aber in neuer Form und ausdrücklicher als früher gestellt sind“.
- 21 *HDv 100/1, Truppenführung*, B. I. 40 aus dem Jahre 1962 (aufgehoben 1973).
- 22 Hervorzuheben sind, beginnend mit Polybios, Caesar, Kaiser Leo, später Clausewitz oder Ardant du Picq.
- 23 Beatrice Heuser, *Den Krieg denken*, Paderborn, 2010, 21.
- 24 Sein Satz „ Man soll keinen Krieg anfangen, ohne gerechte Gründe dazu zu haben, und ohne im Besitz der Mittel zu seiner Unterhaltung zu sein“, nimmt fast Clausewitz' Zweck-Ziel-Mittel-Relation vorweg. (Hardegg, 292).
- 25 Hardegg, 421.
- 26 Nast, *Römische Kriegsalterthümer*, Halle 1782, 360 ff. Vorlesungen der Carls-Universität Stuttgart.
- 27 Dennoch sollen die *Kriegsbücher* eines Leonhard Fronsperger (1573), Wilhelm Dillich (1607), Wallhausen (1625) oder Khevenhüllers „Observationspunkten“

(1739) nicht unterschätzt oder übersehen werden. Insgesamt handelt es sich hier um eine Mischung aus Kriegsartikeln, sogenannten Ordonnanzen, frühem Exerzierreglement und Anweisungen für die Ausbildung und das diesen folgende Handeln in bestimmten Gefechtsarten.

- 28 Marquis de Feuquières, *Mémoires sur la guerre contenant les Maximes les plus necessaires dans les operations de L'Art Militaire*, Amsterdam 1734.
- 29 Auctoritas –Ansehen, Wille; temperantia – Maßhalten; iustitia – Gerechtigkeit; constantia – Beständigkeit; continentia – Selbstbeherrschung; disciplina – Disziplin; moderatio – Bescheidenheit und aequanimitas – Gleichmut, Geduld, wobei auffällt dass die fortitudo – Tapferkeit nicht aufgeführt ist.
- 30 Joseph Pieper, *Das Viergespann - Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit, Mäßigung*. München 1998.
- 31 Interessant hierbei ist, mit welcher Selbstverständlichkeit und damit auch im Vertrauen in Vor- oder Grundwissen der jungen Offiziere die antiken Klassiker in den Vorlesungen zur Kriegsgeschichte vorgestellt werden. J. von Hardeggs Vorlesungen von 1851 dürften keine Ausnahmen gewesen sein.
- 32 Hardegg, a. a. O., 437. Daher gilt auch Senecas Feststellung: „Zu spät wird oft der Geist zum Bestehen der Gefahr erst nach der Gefahr gerüstet“.
- 33 Raimondo de Montecuccoli, *Les mémoires de Montecuccoli ou principes de l'art militaire en général*, Amsterdam 1734, 60.
- 34 Paret, a. a. O., 132. Selbst Cromwell zehrte mit seiner Parlamentsarmee noch von den Lehren dieser Schule.
- 35 Coutau-Bégarie, a. a. O., 172.
- 36 Bernd Hüppauf, *Was ist Krieg?*, Bielefeld 2013, 143 f.
- 37 Delbrück, a. a.O., Band 4, 206. Die Offiziersakademie ist die erste in Europa.
- 38 Hier die ersten Kriegsartikel, Kaiser Augustus 10 n. C. und das „Exerzierreglement“ des Ailian „de instruenda aciebus“ um 110 n. C. Siehe Heuser, a. a. O., 125.
- 39 Vauban, militärisch berühmt nicht nur als der Festungsbaumeister des Hexagons, sondern auch Sieger in über 50 Belagerungen und durch den ersten Einsatz des Bajonetts (1703).
- 40 Siehe hierzu Ulrich C. Kleysler, *Lazare Carnot – ein Charakterbild*, Berlin 2016. Carnot der „Organisator des Sieges“ der Revolutionsarmeen von 1793 bis 1796 war mit der „levée en masse“ nicht nur der Begründer der dann 1798 endgültig eingeführten Wehrpflicht, sondern führte strategisch – von Clausewitz als verwerflich kritisiert (Vom Kriege, 996) – seine Armeen von seinem „topographischen Bureau“ in Paris aus, förderte – zumindest theoretisch – die Ökonomie der Kräfte, entwickelte und nutzte den revolutionären Enthusiasmus der Truppe und sah als weiteres strategisches Ziel, den „heiligen Boden des Vaterlandes“ vom Feind frei zu halten, das heißt: Schlachten auf fremdem Boden zu liefern.

- 41 Als einige Beispiele können gelten: die vollständige Zerstörung Karthagos, die Zerstörung des Glacis der Pfalz („bruler le Palatinat“) nach Weisung des französischen Kriegsministers François Le Tellier de Louvois (1641 – 1691) während der sogenannten Reunionskriege Ludwigs XIV. zwischen 1672 – 1697 – die positiven Bewertungen der europäischen Friedens- und Ordnungsregelungen von Münster und Osnabrück sind hier durchaus zu hinterfragen –, der „Marsch zum Meer“ des Generals William T. Sherman im amerikanischen Bürgerkrieg im November 1864 mit einer Schneise der Zerstörung von 90 x 400 km, der Burenkrieg, die Handlungen der Wehrmacht im Russlandfeldzug 1941 – 1945 bis hin zu den Zerstörungen im aktuellen Syrienkrieg.
- 42 *Instruction militaire du Roi de Prusse pour ses Généraux*, übersetzt durch LtC Fasesch, Leipzig 1764. Nach einem von der österreichischen Armee erbeuteten Exemplar. Siehe auch Gustav Berthold Volz (Hrsg.), *Die Werke Friedrichs des Großen*, Band 6, Militärische Schriften, Berlin 1913, 218 f.
- 43 Weitere Strategen mit besonderer „persönlicher Resilienz“ können in Marcus Aurelius, dem schwedischen König Karl XII. oder Lazare Carnot gesehen werden.
- 44 Joaquim de Noronha (Hrsg.), *Conde Reinante de Schaumburg-Lippe*, Direcçoens, Lisboa 1767. Siehe hierzu auch Hans H. Klein, Wilhelm zu Schaumburg-Lippe, Osnabrück 1982, 227 ff. und Curd Ochwad (Hrsg.) *Wilhelm Graf zu Schaumburg-Lippe*, Schriften und Briefe II, Frankfurt/M. 1977, 184 ff.; über die Widerstandsfähigkeit 353 f.
- 45 Siehe hierzu Friedrich Wilhelm von Steubens (1730 – 1794) „Blue Book“ von 1793 aus dem kontinentalen europäischen Gedankengut als erste Vorschrift für die junge US-Army. Auch die südamerikanischen Unabhängigkeitskriege von 1809 bis 1825 wurden aus europäischem politischem wie operativ-strategischem Gedankengut inspiriert und teilweise von europäischen Offizieren geführt.
- 46 Daniel Hohrath, Klaus Gerteis (Hrsg.), *Die Kriegskunst im Lichte der Vernunft II.*, Hamburg 2000, 28.
- 47 gedruckt Nürnberg 1785. Seine sechs Hauptteile der Kriegswissenschaft sind: die allgemeine Einrichtung des Militäretat [darunter der Generalstab], die Disziplin, die Taktik, die Ingenieurwissenschaft, die Artillerie und die Strategie [als Kunst zu commandiren und Kriegsoperationen zu führen].
- 48 Ebda. 196.
- 49 Comte de Guibert, *Stratégiques*, Introduction de Jean-Paul Charnay, Paris o.J., 157.
- 50 Heinrich Dietrich von Bülow, *Lehrsätze des neueren Krieges oder reine und angewandte Strategie aus dem Geist des neueren Kriegssystems hergeleitet*, Berlin 1805. Interessant zumindest ist seine erste Definition: „Strategisch sind alle kriegerischen Bewegungen außerhalb dem Kanonenschusse, oder der Gesichtweite

eines Feindes“ (2). Siehe auch Raymond Aron, Clausewitz. Den Krieg denken, Frankfurt/M u. a. 1980, 610 ff.

- 51 Langendorf, a. a. O., 308 ff.
- 52 Paret, a. a. O., 456f. Siehe auch Langendorf, a. a. O., 387.
- 53 Colmar von der Goltz, Das Volk in Waffen, Berlin 1883. Von der Goltz und Bernhardi mit seinen Büchern „Vom heutigen Kriege“ 1912, vor allem aber mit „Deutschland und der nächste Krieg“, ebenfalls 1912, wurden aufmerksam in Ausland gelesen und waren insbesondere für Fritz Fischer ein „Beweis“ für die deutsche „Kriegssehnsucht“.
- 54 Siehe Paret, a. a. O., 530 f.
- 55 Desportes, a. a. O., 250 f.
- 56 Jean Jaurès, Die neue Armee, Jena 1913, 485. Jaurès sieht hier die nationale Resilienz durch Verteidigungswillen und -fähigkeit nicht nur gestärkt, sondern moralisch untermauert.
- 57 Ebda., 102.
- 58 Ardant du Picq, `Études sur le combat, Paris 1903
- 59 Siehe Gustave Le Bon, Psychologie der Massen, Stuttgart 1968, Auch wenn erst 1895 erschienen, holte sich le Bon Anregungen aus seinen Erfahrungen als Militärarzt 1870/71.
- 60 LTC Bernede, Vortrag an der École de Guerre, Paris , September 1995, Vortragsmanuskript beim Verfasser.
- 61 Erich Ludendorff, Der Totale Krieg, München 1936. Dennoch muss auch hier festgestellt werden, dass die Praxis des totalen Krieges zeitgemäß schon vor Ludendorff begonnen hat. Als Beispiele seien nur Carnots Volks- und Staatsmobilisierung nach 1793 oder Grants Wirtschaftsmobilisierung im amerikanischen Bürgerkrieg angeführt. Interessant auch seine Doppelbetrachtung des Feldherren, der er von der Funktion her nicht war, die er aber dennoch für sich in Anspruch nimmt.
- 62 Siehe hierzu vor allem Jehuda L. Wallach, Das Dogma der Vernichtungsschlacht, München 1970. Zu dieser Diskussion gehören neben den im obigen Text genannten insbesondere Schlieffen (1833 – 1913) selbst, sodann Seeckt (1866 – 1936) sowie auch Douhet, Fuller oder Liddell Hart.
- 63 Vgl. hierzu u.a Sun Tzu, die dreizehn Gebote der Kriegskunst, Einleitung Günter Maschke, München 1972. Siehe auch Harro von Senger, Meister Suns Kriegskanon, Stuttgart 2011.
- 64 „Am allerbesten ist es, das Heer des Gegners ohne Kampf zu bezwingen“ (III/1) und „ein unversehrtes Land einzunehmen“, ebda. 54.
- 65 Eine Falschinformation, die schon Themistokles vor der Seeschlacht von Salamis (480 v. C) Xerxes gegenüber anwandte, während fast gleichzeitig Leonidas am

- Thermopylenpass ein Narrativ von Heldentum und Opfermut ermöglichte „ Dic hospes Spartaē , nos hic vidisse jacentes, dum sanctis patriae legibus obsequimur - „Wanderer kommst Du nach Sparta, so verkündige dorten, Du habest uns hier liegen gesehen, wie das Gesetz es befahl“.
- 66 Keynes, a. a. O., 115.
- 67 „Ein großer Teil der Nachrichten, die man im Kriege bekommt, ist widersprechend, ein noch größerer ist falsch und bei weitem der größte ist einer ziemlichen Unsicherheit unterworfen ...Mit kurzen Worten: die meisten Nachrichten sind falsch, und die Furchtsamkeit der Menschen wird zur neuen Kraft der Lüge und Unwahrheit“. Clausewitz a. a. O., 258f. Hier nicht betrachtet, aber angeführt werden muss die Lähmung des Entscheidungsprozesses, wenn durch eine ständige Informationsflut (overload) auf eine immer neue Information gewartet wird.
- 68 Clausewitz, a. a. O., S. 233.
- 69 Vicent Desportes, *Comprendre la Guerre*, a. a.O., 386 f. Desportes bezieht sich hier auf Ardant du Picq, Foch, Seeckt oder Liddell Hart.
- 70 Karl W. Deutsch, *Der Nationalismus und seine Alternativen*, München 1972, 240; vgl. auch Hiltrud Naßmacher, *Politikwissenschaft*, München Wien 2004. Dieter Senghaas, Karl W. Deutsch in Steffen Kanitz, *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2007, 90. (Diese Lernpathologie lässt historisch sich u .a mit dem Zerfall des Habsburgerreiches oder dem Zusammenbruch der DDR belegen).
- 71 Sun Tzu/ Maschke, a. a. O., 40.
- 72 Vgl. Philippe Coindreau, *Innover pour gagner*, in *Revue Défense Nationale* No 809 Paris 2019, avril 2018, 5ff.
- 73 Zitiert nach Desportes a. a. O, 251. Moral bedeutet hier eine Zusammenfassung der klassischen „Virtú“ mit physischer und psychischer Stärke, Begeisterungsfähigkeit (Enthusiasmus) und Hingabe wie Energie und Tapferkeit sowie Bürgertugenden.
- 74 Bibel – Altes Testament, Prediger Salomon, I./ 9.

Der Schlieffenplan

Antwort auf einen drohenden Zweifrontenkrieg im Kontext von Offensivgeist, Geografie und Entscheidungsschlacht

Daniel Friesen

Einleitung

„Macht mir den rechten Flügel stark.“¹

Mit diesen letzten Worten des Generalfeldmarschalls Alfred Graf von Schlieffen, die er seinem Adjutanten und Schwiegersohn General von Hahnke auf dem Sterbebett mitteilte, endete das Leben eines Mannes, der auch nach mehr als hundert Jahren noch als eine der faszinierendsten Persönlichkeiten des Kaiserreichs gilt: „Certainly, a few personalities in Wilhelmine Germany have provoked as much ink, and as much acrimony, as Alfred von Schlieffen.“² Als Chef des Großen Generalstabes hat er nicht nur das kaiserliche Heer, sondern auch die Reichswehr und Wehrmacht maßgeblich beeinflusst: „Schlieffens Schatten hing über dem Ersten und auch noch über dem Zweiten Weltkrieg, und sein Einfluss auf das militärische Denken in Deutschland kann nicht überschätzt werden.“³ Obwohl Schlieffen selbst nie ein zusammenhängendes Gesamtwerk seiner Ideen verfasst, sondern seine Gedanken in unzähligen Dokumenten und Artikeln verbreitet hat, gilt der Schlieffenplan als das bekannteste unter seinen Werken.⁴ Im Winter 1905/06 entwickelte Schlieffen den bekannten Feldzugsplan mit dem Titel „Denkschrift für einen Krieg gegen Frankreich“, der bis heute als entscheidendes Dokument gilt, um den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu erklären. Schematisch⁵ lässt sich Schlieffens strategisch-operative Doktrin dabei folgend darstellen:

1. Wechsel von einer defensiven und reagierenden hin zu einer offensiven und die Initiative ergreifenden Art der Kriegsführung.
2. Aufspaltung des Zweifrontenkrieges in zwei einzelne, nacheinander folgende Einfrontenkriege unter Ausnutzung der „inneren Linie“ (kürzere Nachschublinien für Deutschland).
3. Zunächst offensive Schwerpunktbildung im Westen bei gleichzeitiger verzögernder Defensive im Osten.

4. Schnelle Vernichtungsschlachten mit dem rechten Flügel nach Umfassung des französischen Festungssystems mit Durchmarsch durch luxemburgisches, belgisches und niederländisches Gebiet.
5. Nach dem Sieg im Westen schnelle Truppenverschiebung gen Osten, um auch dort die Entscheidung gegen den bisher nur verzögerten Gegner zu suchen.⁶

In eigenen Worten äußerte sich Schlieffen dazu wie folgt: *„Deutschland hat den Vorteil, dass es in der Mitte zwischen Frankreich und Rußland liegt und diese Bundesgenossen voneinander trennt. Es würde sich aber dieses Vorteils begeben, sobald es sein Heer teilen und hierdurch jedem einzelnen seiner Gegner an Zahl unterlegen sein würde. Deutschland muss daher bestrebt sein, zuerst den einen niederzuwerfen, während der andere nur beschäftigt wird; dann aber, wenn der eine Gegner besiegt ist, muss es unter Ausnutzung der Eisenbahn auch auf dem anderen Kriegsschauplatze eine Überlegenheit an Zahl heranzuführen, die auch dem anderen Feinde verderblich wird. Der erste Schlag muss mit voller Kraft geführt werden, und es muss eine wirkliche Entscheidungsschlacht stattfinden [...]“*⁷

Dieser Aufsatz möchte den Entwicklungskontext des Schlieffenplanes darstellen, indem er herausarbeitet, welche Rahmenbedingungen und Argumente für einen offensiven Kriegsplan sprachen. Welchen außenpolitischen und kriegstechnischen Veränderungen unterlag die deutsche Kriegsplanung zwischen Moltke dem Älteren und Schlieffen und wie wirkte sich dies auf die Feldzugsplanung aus? Warum versprach die Offensive eine Beschleunigung und letztlich eine Verkürzung des Krieges? An diesen Überlegungen kommt man nicht vorbei, ohne immer wieder auf Clausewitz und seine Aussagen zum Primat der Politik, der begrenzten Planbarkeit von Kriegen und dem Verhältnis von Defensive zu Offensive zu stoßen und diese im Zeitalter der industriellen Revolution und gravierender Veränderungen in der Kriegstechnik neu einzuordnen .

Außenpolitik 1890 – 1906

Die Entlassung Bismarcks im Jahre 1890 läutete eine neue Ära ein, die auch häufig das „Zeitalter des Imperialismus“ oder das „Wilhelminische Zeitalter“ genannt wird.⁸ Kaum ein Jahr danach folgte Schlieffen Waldersee auf den Posten des Chefs des Generalstabs.⁹ Schlieffen sah sich mit einer völlig veränderten außenpolitischen und somit auch strategischen Gesamtsituation konfrontiert als seine Vorgänger. Nicht nur endete kurz nach seinem Amtsantritt der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag, sondern Frankreich und Russ-

land schlossen sich 1894 auch in einem Defensivbündnis zusammen, welches ab 1899 direkt gegen Deutschland gerichtet war.¹⁰ Somit trat der Fall ein, den

Das Deutsche Reich war politisch isoliert, zahlenmäßig in der Unterzahl und würde in einem künftigen Krieg an zwei Fronten kämpfen müssen. Mit diesem Wissen galt es nun, eine Strategie zu entwickeln, die Deutschland im zukünftigen Waffengang die besten Chancen zum Sieg sichern sollte.

Bismarck immer befürchtet, aber mit seinem ausgeklügelten Bündnissystem stets verhindert hatte.¹¹ Das Deutsche Reich war politisch isoliert, zahlenmäßig in der Unterzahl und würde in einem künftigen Krieg an zwei Fronten kämpfen müssen. Mit diesem Wissen galt es nun, eine Strategie zu entwickeln, die Deutschland im zu-

künftigen Waffengang die besten Chancen zum Sieg sichern sollte.

Entwicklung der Kriegstechnik

Schon vor dem Ersten Weltkrieg zeichnete sich wegen der tiefgreifenden waffentechnischen Veränderungen eine Dominanz der Feuer- gegenüber der Nahkampfwaffe ab, die sich in den Folgejahren noch verstärken sollte.¹² Die Einführung von kleinkalibrigen Mehrladergewehren mit rauchschwachem Pulver und von Maschinengewehren veränderte die Kampfweise der Infanterie nachhaltig von Frontalangriffen hin zum Kampf aus der Deckung heraus. Die Artillerie gewann eine dermaßen hohe Reichweite, Präzision und Feuergeschwindigkeit, dass sie nun weit hinter dem eigentlichen Schlachtfeld platziert werden konnte. Die ehemals schlachtentscheidende Kavallerie wurde dabei in ihrer Bedeutung an den Rand gedrängt. Doch nicht nur Waffenverbesserungen sollten die Kriegsführung radikal verändern. Sowohl Eisenbahnen und Flugzeuge als auch Beobachtungsballone und Fernsprecher wirkten massiv auf die Logistik, Aufklärung und Kommunikation der Kriegsführung ein.¹³ Dies ließ sich für Zeitgenossen an vorangegangenen Konflikten, wie z.B. dem Krimkrieg, dem Amerikanischen Bürgerkrieg, dem Burenkrieg und dem russisch-japanischen Krieg erkennen.¹⁴ Zwar waren nicht alle diese Technologien sofort massenweise verfügbar, doch stellt sich hier die Frage, wie die hohen Militärs auf diese Veränderungen reagiert haben?

Moderne und Traditionsverteidigung

Neuerungen in der Waffentechnik wurden zwar vom Offizierskorps gemeinhin willkommen geheißen, aber nur so lange, wie diese nicht die traditionelle Kampfweise taktisch beeinflussten und bestehende Machtstrukturen somit änderten. Taktischen Neuerungen wurde daher generell mit Skepsis begegnet.¹⁵

Grund dafür war die Doktrin der Offensive und Bewegung, die in allen europäischen Militärs stark vertreten war.¹⁶ Bereits im russisch-japanischen Krieg waren die Opferzahlen der Japaner durch eingegrabene russische Maschinengewehre enorm hoch, was eine Hinterfragung der vorherrschenden Doktrin provozierte. Den Kritikern des Offensivgedankens wurde jedoch entgegengehalten, Japan hätte diesen Krieg, trotz hoher Verluste, in der Offensive gewonnen, und damit habe sich wiederholt bestätigt, dass erfolgreich Krieg führen angreifen hieße.¹⁷ Dies zeigt sehr anschaulich die anfängliche Verachtung für das Ausheben von Befestigungswerken aus folgenden Gründen:

Erstens galt für viele Traditionalisten das Verschanzen als „unmännliche“ Kriegsführung, welche den Offensivgeist und die Moral der Truppe schädigen konnte.¹⁸ Zudem hätte ein Grabenkrieg die, als „bürgerliche Waffe“ verachtete, Artillerie bevorzugt und zugleich die traditionell adelige Kavallerie an den Rand gedrängt.¹⁹ Zu der Verachtung der modernen Kampfweise gesellte sich noch eine dritte, rassistisch motivierte Komponente der Überbewertung der Offensive gegenüber dem Defensivpotential moderner Waffensysteme. Man ging davon aus, in Europa würde solch eine Kriegsführung unter „kultivierten“ Völkern nicht auftreten: „Aber Stellungskämpfe werden derart ausgedehnt bei uns nicht auftreten, da ein Kulturland die Beweglichkeit der Armee so steigert, dass der Angreifer nicht vor den starken Stellungen des Verteidigers festzuliegen braucht.“²⁰

Die Überschätzung des Angriffs als ehrenhafte Kampfweise in Kombination mit den unzähligen und schwer zu fassenden technischen Neuerungen sollte nicht nur unter Schlieffens Zeit im Generalstab den vorherrschenden Zeitgeist bestimmen.

Diese „dogmatische Verherrlichung des offensiven Geistes“²¹ verhinderte bei vielen Offizieren eine objektive Einordnung der unzähligen neuen Waffen-, Logistik- und Kommunikationssysteme. Jedoch war die Offizierskaste sorgfältig ausgebildet und nicht per se technikfeindlich. Solange eine Waffe einfach nur effektiver wurde und nicht durch ihre Wirksamkeit drohte, die bewährte taktische Doktrin ad absurdum zu führen, wurde diese Neuerung oft problemlos akzeptiert.²² Man sollte daher eher von einer Überforderung in Hinblick auf die Anpassungsfähigkeit an neue Kampfweisen sprechen. Die Technik war bekannt, aber nicht ihre Folgen. Die Überschätzung des Angriffs als ehrenhafte Kampfweise in Kombination mit den unzähligen und schwer zu fassenden technischen Neuerungen sollte nicht nur unter Schlieffens Zeit im Generalstab den vorherrschenden Zeitgeist bestimmen.²³

Der moderne Volkskrieg

Eine kleine Minderheit von Offizieren erkannte jedoch das gewaltige Vernichtungspotential der modernen Waffentechnik.²⁴ Moderne Staaten mit Millionenheeren, neue Waffentechnik und wirtschaftliche Verflechtungen ergaben eine besorgniserregende Kombination, die unter anderem Moltke d.Ä. erkannt hatte: „Die Kriege der Gegenwart rufen die ganzen Völker zu den Waffen, kaum eine Familie, welche nicht in Mitleidenschaft gezogen würde. Die volle Finanzkraft des Staates wird in Anspruch genommen, und kein Jahreswechsel

Schlieffen brach folgenschwer mit den Grundsätzen und Traditionen des preußisch-deutschen Generalstabs, indem er versuchte, vom Aufmarsch bis zur Niederwerfung des Feindes die Planbarkeit der Kriegsführung drastisch zu steigern.

setzt dem rastlosen Handeln ein Ziel.“²⁵ Die logische Konsequenz aus dem Aufeinanderprallen zweier Volksheere war, dass ein Millionenheer kaum in einer einzigen Schlacht geschlagen werden konnte. Die besiegte Armee wäre einfach durch die nächste ersetzt worden.²⁶ Ferner äußerte

sich Moltke d.Ä. dazu: „Die Zeit der Kabinettskriege liegt hinter uns, – wir haben jetzt nur noch den Volkskrieg... Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, – und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert.“²⁷

Das Potential eines zukünftigen Krieges war somit in der Theorie bekannt, jedoch nur von wenigen gänzlich erfasst. Der zukünftige Krieg würde ein Krieg von Millionenheeren sein, der hoch technisiert und hoch gerüstet geführt werden würde.

Der Krieg vom Reißbrett

Vergleicht man die Feldherrenkunst Moltkes d.Ä. mit der Schlieffens, so fällt auf, dass beide sich als orthodoxe Schüler des Kriegsphilosophen Carl Clausewitz bezeichneten. Doch schon Moltke d.Ä. begann, von den klassischen Lehren Clausewitz' abzuweichen.²⁸ Statt verschiedener Grade von Kriegszielen priorisierte er und später auch Schlieffen verstärkt das Ziel der Vernichtung der gegnerischen Streitmacht.²⁹ Denn im Gegensatz zu Clausewitz wirkten beide im Zeitalter der Industriellen Revolution und adaptierten ihre Kriegsführung dementsprechend. Zu dieser Zeit wurde sowohl das Straßennetz erheblich ausgebaut als auch der strategische Wert der Eisenbahn von beiden erkannt.³⁰ Feldzüge wurden dadurch erheblich besser planbar und mussten es auch sein, wollte man einen erfolgreichen Krieg führen. Auch in diesem Punkt der Plan-

barkeit waren sich Moltke d.Ä. und sein Nachfolger einig. Jedoch gab es einen entscheidenden Unterschied:

Laut den Gepflogenheiten des preußischen Generalstabs bereitete Moltke d.Ä. Feldzüge aufs gründlichste vor, um Friktionen möglichst zu minimieren und eine maximale Breite an Flexibilität zu garantieren. Er warnte jedoch eindringlich vor der Idee, Feldzüge vom Reißbrett herab bis ins kleinste Detail hinein zu planen: *„Kein Operationsplan reicht mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus.“*³¹ Dies aber sollte später als eine Spezialität der schlieffenschen Feldzugsplanung gelten. Den Krieg bis ins kleinste Detail im Voraus zu planen und diesen dann wie einen Film abzuspielen, widersprach jedoch diametral den bisherigen Vorstellungen im Generalstab.³² *„Bei den Anordnungen und Plänen für einen entstehenden Krieg, muß nur die erste allgemeine Anordnung festgestellt werden mit Hinsicht auf die genaue Kenntnis des Kriegstheaters. Die Vorbereitungen sowohl für die Offensive als die Defensive müssen getroffen sein. Darauf aber muß sich das Ganze beschränken; einen Operationsplan aus der Stube hinaus auf Jahre hinaus zu entwerfen, ist Torheit und gehört zu den militärischen Romanen.“*³³ Schlieffen brach somit folgeschwer mit den Grundsätzen und Traditionen des preußisch-deutschen Generalstabs, indem er versuchte, vom Aufmarsch bis zur Niederwerfung des Feindes die Planbarkeit der Kriegsführung drastisch zu steigern.³⁴ Diese gesteigerte Planbarkeit konnte jedoch nur von Erfolg gekrönt sein, wenn man offensiv vorging und damit die Initiative besaß. Dadurch sollte dem Gegner *„von Anfang an das Gesetz des Handelns diktiert werden, er mochte unternehmen, was er wollte. Schlieffens theoretische Ansichten und seine praktische Operationsplanung waren auf das unerreichbare Ziel gerichtet, den Zufall überhaupt auszuschalten [...] Von Moltkes Einsicht in die Grenzen eines noch so perfektionierten Generalstabssystems war bei Schlieffen nichts mehr zu spüren.“*³⁵



Moltke d.Ä.: Von seiner Einsicht in die Grenzen eines noch so perfektionierten Generalstabssystems war bei Schlieffen nichts mehr zu spüren.

Verhältnis von Offensive zu Defensive in Ost und West

Die Grundüberzeugung, einen Feldzug vom Aufmarsch bis zur Niederwerfung der feindlichen Streitmacht planen zu können, und die Annahme, der Sieg über die feindliche Streitkraft sei nicht nur oberstes Ziel, sondern würde auch in

einen politischen Sieg münden, waren ausschlaggebende Prämissen, aus denen sich die offensiven Feldzugsplanungen Schlieffens ergaben.

Moltkes d.Ä. Grundgedanke war eine strategische Defensive im Westen bei einer gleichzeitigen gemeinsamen Offensive mit den österreichischen Verbündeten im Osten.³⁶ Zunächst sollte Deutschland sich im Westen strategisch gegen Frankreich verteidigen, um dann bei einem gescheiterten französischen Angriff zur Gegenoffensive überzugehen. Dieser Angriff wurde in Lothringen erwartet, und bei gelungener Abwehr bis hinauf zur Saar hin sollte die französische Armee auf dem Rückzug in einer Verfolgungsschlacht zerschlagen werden. Bei einem erfolgreichen Angriff der Franzosen sollte sich die deutsche Armee nach dem Vorbild des clausewitzschen geordneten Rückzugs hinter den Rhein zurückziehen und in einer Linie zwischen Mainz und Frankfurt den Kampf fortsetzen.³⁷ Erst den Feind ins eigene Territorium eindringen lassen, dann mit der taktischen Defensive erfolgreich abwehren und anschließend mit Gegenoffensiven vernichten.

Schlieffen jedoch stand generell jeder Art der Defensive ablehnend gegenüber:³⁸
*„Wenn ich mich über den Gesamteindruck äußern soll, den die Arbeiten auf mich gemacht haben, so muß ich sagen, daß der Defensivgedanke einen breiteren Raum in den Gemütern einnimmt, als wünschenswert erscheint. Auch im Besitz der numerischen Überlegenheit, der günstigen strategischen Lage wollen viele Herren stehenbleiben, abwarten, vielleicht drohen. Die kühnsten Hoffnungen versteigen sich bei manchen dahin, den Angriff des Feindes siegreich abweisen zu können. Das ist überraschend; denn es sind doch erst 22 Jahre seit jener Zeit vergangen, in welcher die Idee der Offensive alle, vom ersten bis zum letzten, durchzitterte. Die Bewaffnung der Armeen hat sich allerdings geändert; die Grundgesetze der Kriegführung bleiben aber bestehen, und eins dieser Gesetze lautet dahin, daß man ohne Angriff den Feind nicht besiegen kann.“*³⁹

Diese Aussage von 1893 zeigt erneut, dass die massive Fehleinschätzung der Waffentechnik vor keinem Rang in der Armee halt machte. Schlieffen vergaß völlig die Vorteile, die schnell feuernde Geschütze mit weitreichender Feuerkraft für den Verteidiger boten. Er sah in den technischen Neuerungen lediglich eine Verbesserung der Angriffskraft, wobei die Technik zu seiner Zeit in Wirklichkeit in erster Linie dem Verteidiger zugute kam.⁴⁰

Somit lässt sich zunächst festhalten, dass Moltke d.Ä. und Schlieffen an der Westfront verschiedene Vorstellungen des Verhältnisses von Offensive zu De-

fensive hatten. Während im Schlieffenplan Deutschland zunächst an der Ostfront defensiv verbleiben sollte, galt bei den Planungen Moltkes das Gegenteil. Moltke erkannte dabei das Potential eines gemeinsamen Vorgehens mit den österreichisch-ungarischen Verbündeten gegen Warschau. In einer Zangenbewegung von Norden her über Oels – Posen – Thorn – Ortelsburg – Lyck und der Habsburger von Süden über Krakau sollte die russische Armee in Warschau eingekreist werden.⁴¹ Während Moltke den Westen durch seine Flüsse und Grenzgebirge für leicht zu verteidigen hielt und daher die eine Hälfte der deutschen Armee dort defensiv stationieren wollte, sah er die deutsche Ostgrenze wegen ihres Verlaufs und ihrer Länge für schwer zu verteidigen und wollte dementsprechend dort in die Offensive gehen. Die gängige Annahme zum damaligen Zeitpunkt war, das Zarenreich hätte keine schlagkräftige Armee, um einem gleichzeitigen Vorgehen von Deutschen und Österreichern standzuhalten, und die Infrastruktur der Russen wäre zu schlecht ausgebaut, um Warschau ausreichend genug zu entlasten. Dazu kam noch die Annahme, die zaristische Armee wäre nicht in der Lage, schnell genug zu mobilisieren, um entsprechend reagieren zu können.⁴² Für Schlieffen war die angenommene Schwäche der zaristischen Armee und der Infrastruktur des Landes zusammen mit seiner Geografie der Grund, sich eben nicht gegen Russland zu wenden. Zum einen führte diese Einschätzung des russischen Kriegsschauplatzes zu einer Verringerung der empfundenen Gefahr von Osten her. Zum anderen sprach die mangelnde Infrastruktur und Geografie gegen ein militärisches Vorgehen im Osten. Der zu Schlieffens Zeiten verstärkte Ausbau der russischen Grenzfestungen tat ein Übriges, um eine (spätere?) offensive Operation im Osten noch für Erfolg versprechend zu halten. Schlieffen verlegte daher den Schwerpunkt seiner Operationsplanungen vom Osten in den Westen.⁴³

Moltkes d.Ä. strategische Ziele sollten ganz im Sinne der bismarckschen Sicherungs- und Erhaltungspolitik stehen, bei denen Deutschland keine Eroberungen im künftigen Kriege anstreben sollte.

Moltkes d.Ä. strategische Ziele sollten ganz im Sinne der bismarckschen Sicherungs- und Erhaltungspolitik stehen, bei denen Deutschland keine Eroberungen im künftigen Kriege anstreben sollte. Dabei suchte Moltke im Westen mit Hilfe der modernen Waffensysteme, die Vorteile der Defensive zu nutzen und die französische Armee spätestens an Rhein und Main aufzuhalten, um anschließend entweder Gegenoffensiven zu führen oder eben weiterhin vorteilhaft zu verteidigen. Selbst bei einer erfolgreichen Gegenoffensive sollte die deutsche Armee nie tief nach Frankreich eindringen und stattdessen die Front im Westen konsolidieren, um eine diplomatische Lösung des Krieges

zu ermöglichen.⁴⁴ *„Ist der Erfolg für uns, so werden wir ihn auszubeuten suchen, können aber die Verfolgung nicht bis Paris ausdehnen. Es muß der Diplomatie überlassen werden, ob sie uns, wenn auch nur auf der Grundlage des Status quo ante, nach dieser einen Seite hin Ruhe verschaffen kann.“*⁴⁵

Im Osten sollte das deutsche Heer gemeinsam mit seinem habsburgischen Bündnispartner die strategisch vorteilhafte Situation nutzen und die russische Armee bei Warschau schlagen, ohne jedoch zu tief nach Russland einzudringen. In Moltkes d.Ä. Sinn wären diese Truppen an der Westfront viel sinnvoller bei der Verteidigung einzusetzen, statt die zaristische Armee in die weiten Russlands hinein zu verfolgen.⁴⁶ Sein Fokus lag vielmehr auf einer defensiven Strategie, bei welcher der Gegner ermattet und zurück an den Verhandlungstisch gezwungen werden sollte. Dies stammte vor allem aus Moltkes d.Ä. Grundüberzeugung, dass ein zukünftiger Krieg lange andauern würde und ein klassischer Vernichtungssieg damit unwahrscheinlich wäre.⁴⁷ Zwar war sich Moltke d.Ä. auch der Problematik seines Denkens bewusst und erkannte

Obwohl Moltke d.Ä. in seiner defensiven Strategie mit den Grundzügen der bismarckschen Sättigungspolitik übereinstimmte, brach dieser, vor allem nach den Siegen in den Einigungskriegen, bewusst mit der clausewitzschen Lehre vom Primat der Politik über den Krieg.

zumindest in der Theorie die fatalen Konsequenzen einer solchen Strategie für Wirtschaft und Gesellschaft. Doch überwog hier die Erfahrung des deutsch-französischen Krieges, wonach schnelle Entscheidungsschlachten nicht zwangsweise auch zu einem politischen Sieg führen

mussten.⁴⁸ Schon in seiner Denkschrift vom 27. April 1871 vermerkte Moltke, Deutschland *„darf nicht hoffen, durch eine rasche glückliche Offensive [...] sich in kurzer Zeit von dem einen Gegner zu befreien, um sich dann gegen den anderen zu wenden. Wir haben eben erst erlebt, wie schwer es ist, selbst den siegreichsten Kampf zu beenden.“*⁴⁹

Schlieffen fand zu Beginn seiner Amtszeit jedoch eine, vor allem außenpolitisch, völlig veränderte Lage vor: „Während Moltke aufgrund der bismarckschen Diplomatie den Vorteil der zahlenmäßigen Überlegenheit hatte, war sich Schlieffen klar der Unterlegenheit Deutschlands bewusst.“⁵⁰ Moltke d.Ä. hatte trotz dieses diplomatischen Vorteils keine Lösung für einen schnellen Sieg in einem Zweifrontenkrieg finden können.⁵¹ Genau dies versuchte Schlieffen aber, indem er nicht fragte, was mit den vorhandenen Kräften alles erreicht werden könne, sondern, was man für den Sieg eben erzwingen müsse.⁵² Sein neuer Denkansatz war, dass sich trotz einer numerischen Unterlegenheit ein Angriff dennoch lohne. Denn der Angreifer besäße die Initiative und das Überra-

schungselement, was zumindest lokal eine dringend benötigte Schwerpunktbildung für den Sieg ermöglichte. So könne man den Gegner an einzelnen Stellen entscheidend schlagen. Ein Frontalangriff auf die französischen Stellungen war wegen des gut ausgebauten Festungsgürtels jedoch keine Option. Ein Flankenangriff über Belgien schien daher als Erfolg versprechender.⁵³ Auch wenn Schlieffen den künftigen Stellungskrieg für den europäischen Kriegsschauplatz als nicht realistisch einschätzte, war er überzeugt, dass Deutschland einen anhaltenden Konflikt aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen nicht gewinnen konnte. Eine sogenannte Ermattungsstrategie, wie sie Moltke beabsichtigte, schien ihm daher als Weg in die sichere Niederlage:⁵⁴ „Solche Kriege sind in einer Zeit unmöglich, wo die Existenz der Nation auf einen ununterbrochenen Fortgang des Handels und der Industrie begründet ist und durch eine rasche Entscheidung das zum Stillstand gekommene Räderwerk wieder in Lauf gebracht werden muß. Eine Ermattungsstrategie läßt sich nicht treiben, wenn der Unterhalt von Millionen den Aufwand von Milliarden erfordert.“⁵⁵ Um einen schnellen Sieg an zwei Fronten herbeizuführen, musste Deutschland folglich in die Offensive gehen. Dafür war Schlieffen auch bereit, Angriffe auf deutsche Gebiete zuzulassen, um mehr feindliche Truppen auf deutschem Boden zu binden. Die Entscheidung sollte über einen Flankenangriff über Belgien in Frankreich gesucht werden. Die französische Armee sollte dabei vollständig umfasst und vernichtet werden.⁵⁶

Primat der Politik über den Krieg?

Obwohl Moltke d.Ä. in seiner defensiven Strategie mit den Grundzügen der bismarckschen Sättigungspolitik übereinstimmte, brach dieser, vor allem nach den Siegen in den Einigungskriegen, bewusst mit der clausewitzschen Lehre vom Primat der Politik über den Krieg.⁵⁷ Ein Zeitgenosse kommentierte den Sinneswandel zur Neuausgabe des clausewitzschen Werkes „Vom Kriege“ mit folgenden Worten: „Die Einmischung der Politik in die Krieg-Führung bleibt immer *ein Verderb!* Die Politik gibt an, *wie* das Haus gebaut werden soll, in den *Bau selbst* aber hat sie sich nicht einzumischen.“⁵⁸ Moltke war ein entschiedener Gegner einer politischen Einmischung in die Tätigkeit des Oberbefehlshabers. Seiner Überzeugung nach konnte ein Befehlshaber ohne Rechtfertigungsdruck am besten handeln.⁵⁹ Auch Schlieffen erkannte das Primat der Politik über den Krieg nicht an, was zusammen mit einer zunehmenden Passivität der politischen Ent-

Moltke d.Ä. war ein entschiedener Gegner einer politischen Einmischung in die Tätigkeit des Oberbefehlshabers. Die Einmischung der Politik in die Krieg-Führung bleibt immer ein Verderb.

scheidungsführer dazu führte, dass man dem Kriegsplan Schlieffens weder direkt zustimmte, noch ihn entschieden verwarf. Damit hatten die Politiker letztlich zugelassen, dass nicht die Politik den Kriegsplan, sondern der Schlieffenplan die Politik bestimmte.⁶⁰ Dementsprechend war der Kriegsausbruch diplomatisch in keiner Weise vorbereitet: „Deutschland hatte nur militärische Machtmittel einzusetzen. Es konnte einen Krieg nur mit den Waffen gewinnen. Über andere Mittel verfügte es nicht.“⁶¹

Krieg führen heißt angreifen

Moltke d.J., Schlieffens Nachfolger, äußerte sich zu Kriegsbeginn gegenüber dem Befehlshaber der Ostarmee folgend: „Wenn die Russen kommen, nur keine Defensive, sondern Offensive, Offensive, Offensive.“⁶² Diese Einstellung fand ihre Anhänger bei allen europäischen Großmächten.⁶³ Am prominentesten dürfte der französische Plan XVII. als ein Äquivalent zum Schlieffenplan mit einem Flankenangriff durch Belgien nach Deutschland hinein gewesen sein. Damit verfolgten die französischen Planer ebenfalls den Gedanken einer Offensive um jeden Preis.⁶⁴ „Maßgebend war die Erkenntnis, dass der Wille zum Angriff und zur Eroberung, nicht der Wille zur Defensive und zum Widerstand, die einzige und grundlegende Bedingung für den militärischen Erfolg und damit den Sieg im Kriege sei.“⁶⁵

Dies führte bei einigen Offizieren dazu, dass sie die Defensive nicht bloß als die schwächere Kampfweise ansahen, sondern eine Änderung hin zu einer defensiven Kriegsführung schlichtweg als Häresie betrachteten.⁶⁶ Man sollte nicht vergessen, dass Krieg für die damalige Offizierselite gewissermaßen auch einen Selbstzweck darstellte.⁶⁷ Das Planen von offensiven Kriegsplänen versprach ein rascheres Ausbrechen eines Konfliktes und war somit eher geeignet, der Offiziersklasse eine sinnvolle Betätigung zu erbringen, nämlich Krieg zu führen. Diese Sichtweise ergänzt sich passend mit der Vorstellung einer Unvermeidbarkeit eines zukünftigen großen europäischen Krieges.

Das Planen von offensiven Kriegsplänen versprach ein rascheres Ausbrechen eines Konfliktes und war somit eher geeignet, der Offiziersklasse eine sinnvolle Betätigung zu erbringen, nämlich Krieg zu führen.

Von pazifistischer Seite gab es zwar vermehrt Stimmen, die einen europäischen Krieg wegen der Abschreckungskraft des Vernichtungspotentials der modernen Waffensysteme für unwahrscheinlich hielten.⁶⁸ Jedoch wurde diese Einschätzung von den Militärs nicht geteilt.⁶⁹ Neben dieser Diskussion herrschte in der Gesellschaft, und vor allem bei Militärs, die Frage vor, ob Moral und Wille der Kämpfenden oder Technik und

Feuerkraft die Zukunft der Kriegsführung bestimmen würden.⁷⁰ Dabei überwogen jedoch die Vorurteile gegenüber den neuen Waffensystemen und man empfand die Defensive als „weibliche“, die Offensive jedoch als „männliche“ und somit einzig wahre Art der Kriegsführung.⁷¹ „Möge man es aus heutiger Sicht Selbstüberschätzung oder Überheblichkeit nennen, die schon im Frieden anerzogene Kraft des Moralischen sollte die Infanterie nach dem Exerzierreglement von 1906 mit einem unbändigen Willen und Offensivgeist befähigen, den Feind auf den entscheidenden 100 Metern eines Sturmangriffs mit der blanken Waffe zu überwinden. Altbewährte hohe Moral und nicht die in ihrer ganzen Bandbreite noch schwer einschätzbare Technik sollte somit den endgültigen Ausschlag für einen siegreichen Angriff und dieses ungelöste Problem geben.“⁷²

Auch vorangegangene militärische Konflikte wie der Burenkrieg oder der russisch-japanische Krieg konnten die Überlegenheit des Offensivgedankens nicht erfolgreich infrage stellen, obwohl sich bereits eine Dominanz der Feuerwaffen und somit auch einer defensiven Kampfweise abzuzeichnen begann. Doch für die europäischen Beobachter zählten nicht die hohen Verlustzahlen der Japaner, sondern die Tatsache, dass diese offensiv gekämpft und letztlich gesiegt hatten. Die Prämisse, dass erfolgreich Krieg führen angreifen hieß schien damit wieder einmal bestätigt worden zu sein.⁷³

Initiative und Diktat der Mobilmachung

Ein weiterer Vorteil einer offensiven Kriegsführung ist die Wahl der Initiative. Als Angreifer bestimmt man Zeit und Ort des Angriffs. Eine Offensive auf gegnerischem Territorium erscheint dabei nicht nur opportun, weil sie die eigene Zivilbevölkerung vor den direkten Folgen des Krieges schützt, sondern sie ermöglicht auch die Besetzung und Ausbeutung von gegnerischen Ressourcen und Ausgangsbasen.⁷⁴ Gleichzeitig schützte man damit das wichtige Ruhrgebiet, welches man bei einem Rückzug hinter Rhein und Main hätte aufgeben müssen, hätte man sich an den Plan Moltkes d.Ä. gehalten. Falls man bereit war Territorien aufzugeben, dann lediglich die agrarischen Gebiete hinter der Weichsel.⁷⁵ Zudem hatte man im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 schlechte Erfahrungen mit der Pariser Kommune gemacht und war der Überzeugung, es sei besser, dem Gegner von Anfang an die Handlung aufzuzwingen und aggressiv vorzugehen.⁷⁶ Daher sollte die deutsche Armee dem Gegner von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze von Anfang an „das Gesetz des Handelns diktieren“⁷⁷. „Um zu siegen, müssen wir versuchen, an der Stelle

des Zusammenstoßes der Stärkere zu sein. Dazu haben wir aber nur Aussicht, wenn wir die Operationen bestimmen, nicht wenn wir in passiver Aufstellung abwarten, was der Feind über uns beschlossen hat.“⁷⁸

Insbesondere in Bezug auf die rechtzeitige Mobilisierung wurde der Erhalt der Initiative als Kriegsentscheidend eingestuft.⁷⁹ Die unflexible Mobilisierungslogistik der modernen Massenheere spielte eine ebenso wichtige Rolle bei der Bevorzugung der Offensive.⁸⁰ Wollte man den Gegner, dank der vermeintlich überlegenen Kraft der Offensive, möglichst effektiv schlagen, so durfte man ihm nicht zugestehen, seine eigenen Kräfte zu mobilisieren. Im Falle Belgiens hieß dies: *„In short, the entire German war plan would be ruined if Germany allowed Belgium to prepare the defense of Liege.“*⁸¹

Entscheidung statt Ermattung

Doch noch weitere politische und ökonomische Gründe sprechen für die Wahl eines offensiven Vorgehens und somit für den Schlieffenplan. Dem Generalstabschef dürfte klar gewesen sein, dass die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie einen lange andauernden Stellungskrieg nur schwerlich mittragen würden und sich bei fortlaufender Dauer eines Krieges die Gefahr einer Revolution nur steigern würde.⁸² Die Furcht vor einer wirtschaftlichen Überbelastung dürfte ein weiteres schlagkräftiges Argument für einen Offensivplan gewesen sein.⁸³ Der Schlieffenplan kann daher als Versuch interpretiert werden, die Gesamtzahl der Opfer über die Schnelligkeit des Feldzugs zu minimieren.⁸⁴ Eine Offensive war ebenso politisch opportun, denn nur sie versprach eine schnelle Entscheidung des Krieges, ohne dass dieser in ein langes Kräftezehren abglitt.⁸⁵ Operativ die Oberhand zu behalten hätte auch bedeutet, die Stärken und Traditionen der deutschen Armee auszuspielen.⁸⁶ Zudem war zu Schlieffens Zeit der Transport von schwerer Artillerie derart schwierig, dass man nicht anneh-

Die Wahl der Offensive und nicht der Defensive erlaubte die Wahl des Gefechtsortes, der Stärke der Truppen und der Zeit des Angriffs.

men konnte, dieses Waffensystem schnell genug gegen den französischen Festungsgürtel einsetzen zu können.⁸⁷ Anstatt die französischen Festungen also direkt mit zu

schwachen Geschützen anzugreifen, sollte man sie umgehen. Dies wiederum bevorzugte eine Umgehung der Festungen und somit eine Art der Kriegsführung, zu der die Offensive am besten passte, nämlich die Bewegung.⁸⁸

Der Faktor Bewegung

Will man den Schlieffenplan verstehen, muss man den Faktor der Bewegung in die Betrachtung mit einbeziehen. Dieser Faktor funktionierte nur in der Offensive und nur dann konnte eine Umfassung des Feindes und somit eine Entscheidungsschlacht erreicht werden: „Ohne den Faktor Bewegung ist Schlieffens operatives Denken nicht verständlich, denn wie Moltke d.Ä. war er davon überzeugt, dass Masseneheere nur durch Bewegung erfolgreich geführt werden können.“⁸⁹ Die Wahl der Offensive und nicht der Defensive erlaubte die Wahl des Gefechtsortes, der Stärke der Truppen und der Zeit des Angriffs. Dadurch erhielt man den Vorteil der Initiative, welche an den entscheidenden Stellen zur Schwerpunktbildung genutzt werden konnte. Eben jene Schwerpunktbildung versprach eine Umfassung und somit die Entscheidungsschlacht. Ein ordinärer Sieg hätte folglich bei der numerischen Unterlegenheit Deutschlands nicht gereicht, um den Krieg schnell zu beenden.⁹⁰ Schlieffen hatte sich dazu explizit geäußert:

*„Durch Stellungnahme gewinnt man keine Schlacht, sondern nur durch Bewegung.“*⁹¹

„Zu einem Sieg gehört die Zusammenziehung überlegener Kräfte an einem Punkt.“

*„Es ist ein Gesetz, daß man zum Schlagen alle verfügbaren Kräfte zusammenziehen muß.“*⁹²

Die Wahl zur Offensive schien somit für Schlieffen das Allheilmittel gewesen zu sein, um Deutschland, trotz numerischer Unterlegenheit und der Bedrohung an zwei Fronten, doch noch zum Sieg zu führen.⁹³ Nur sie bot den Rahmen für eine Art der Kriegsführung, die einen schnellen und entscheidenden Feldzug versprach und somit Hoffnungen auf einen Sieg ermöglichte.

Diktat der Infrastruktur

Möchte man die damaligen Entscheidungen im Großen Generalstab nachvollziehen, muss man sich besonders mit der Bedeutung der Infrastruktur auseinandersetzen. Dabei besaß die Eisenbahn eine besondere Stellung. Nur sie war im Stande, große Mengen an Truppen und Nachschub mit großer Geschwindigkeit zu bewegen. Moltke d.Ä. äußerte sich zu diesem neuen Transportmittel wie folgt: „Bauen Sie keine Festungen, bauen Sie Eisenbahnen.“⁹⁴ Entscheidend war dabei der Zeitgewinn, wenn man die Truppen gleich im Verbund auf den Zügen transportierte.⁹⁵ Die Eisenbahn wurde dabei später so konsequent in die

militärischen Planungen eingepflegt, dass diese in Form der Linienkommission eine eigene militärische Organisationsform bekam.⁹⁶ Schlieffen äußerte sich dazu wie folgt: *„Die Eisenbahnen sind zu einem Kriegsmittel, zu einem Kriegswerkzeug geworden, ohne das diese großen Armeen der Gegenwart weder aufgestellt, noch zusammengebracht, noch vorwärtsgeführt, noch erhalten werden könnten.“*⁹⁷

Tatsächlich war das Potential für offensive Operationen derart gewaltig, dass man zu Recht die These bejahen kann, die vielfältigen Möglichkeiten der Eisenbahnen haben Schlieffen erst zu seinem Plan verleitet.⁹⁸ Die Idee, einen Zweifrontenkrieg mit dem Konzept der inneren Linie in zwei einzelne nacheinander folgende Einfrontenkriege aufzulösen, ergibt nur mit den Transportkapazitäten der Eisenbahn einen Sinn.⁹⁹ Die Infrastruktur der Eisenbahnnetze sollte in der Frage, wo der deutsche Aufmarsch stattfinden sollte, von entscheidender Bedeutung sein. Ohne die Möglichkeiten der Eisenbahnen wäre der Schlieffenplan in seiner Form nicht denkbar gewesen.

Geografie

Eben jene Infrastruktur fehlte im Osten jedoch völlig. Der Ostaufmarsch wurde nicht zuletzt wegen dem mangelnden Eisenbahnnetz in Polen und Russland eingestellt.¹⁰⁰ Seit der russisch-französischen Militärkonvention ab 1892 wurde zwar das Festungs-, Wege- und Straßennetz im Westen Russlands kontinuierlich verstärkt.¹⁰¹ Doch erst ab 1912 bekam die russische Regierung einen ausreichenden Kredit, um das Eisenbahnnetz im Westen ihres Reiches in entscheidender Stärke nach Ostpreußen hin auszubauen.¹⁰² Dieses Netz war aber bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges und vor allem zur Zeit der Entwicklung des Schlieffenplans 1905/06 nicht voll einsatzfähig: „1913 war das Eisenbahnnetz in Osteuropa und Russland jedoch nicht so weit ausgebaut, um eine erfolgreiche Invasion zu ermöglichen.“¹⁰³ Ein weiteres Problem war die Inkompatibilität der Spurbreiten zwischen dem Kaiserreich und dem Zarenreich, was einen entscheidenden Zeitfaktor beim Operieren auf feindlichem Gebiet darstellte.¹⁰⁴

Neben den infrastrukturellen Einschränkungen existierten erhebliche geografische Hindernisse für eine angreifende Armee. Sowohl die territoriale Ausdehnung als auch die Flüsse an der russischen Westgrenze boten eine zu große geografische Hürde für einen Angreifer: „Die Weite des Landes, die großen Entfernungen in Russland können unmöglich bezwungen werden.“¹⁰⁵ Ebenso hatten die Russen ihre Festungslinie am Narew stark ausgebaut, was zusam-

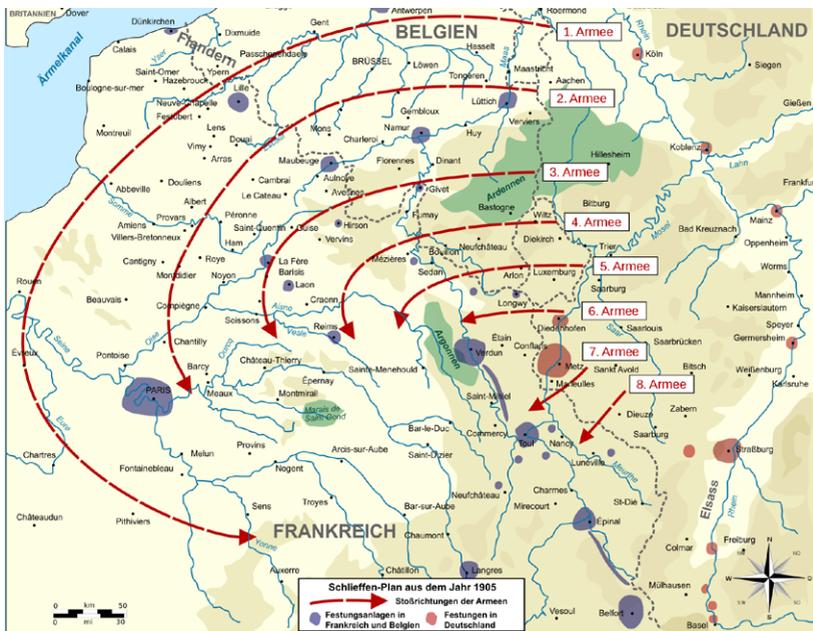
men mit der Größe des Gebietes bei Schlieffen gegen eine schnelle Entscheidungsschlacht sprach: „Auf absehbare Zeit sei daher im Osten keine Entscheidung zu erwarten, zumal sich die Russen jederzeit in die Tiefe des russischen Imperiums zurückziehen konnten.“¹⁰⁶ Letztlich dürfte dies das ausschlaggebende Argument für Schlieffen gewesen sein. Dieser wollte eben keinen Ermattungskrieg betreiben, worauf es bei einem Feldzug in die Weiten Russlands zwangsweise hinausgelaufen wäre.¹⁰⁷ Russland schied wegen seiner Geografie und Infrastruktur als Kriegsschauplatz für eine Entscheidungsschlacht aus. Genau aus denselben Gründen schien Frankreich jedoch geradezu prädestiniert für einen Angriff zu sein. Da der militärische Aufmarsch entlang der Eisenbahnrouden verlaufen musste, war Frankreich das bevorzugte Ziel.¹⁰⁸ Nicht nur war das Eisenbahnnetz dort besser ausgebaut als in Russland, sondern die Entfernung von der Front zur Hauptstadt war auch weit geringer. Insgesamt bot die territoriale Größe Frankreichs für das deutsche Heer die Möglichkeit zur Entscheidungsschlacht. Ebenso konnte ein Sieg gegen den französischen Gegner kriegsentscheidend sein. Im Gegensatz zur russischen war die französische Armee kleiner und überhaupt nur durch die hohen Rekrutierungszahlen so groß. Man traute sich daher im deutschen Generalstab eher zu, die französische Armee entscheidend zu schlagen als die russische.¹⁰⁹ Zudem garantierte die gut entwickelte Landwirtschaft und ebenso das bessere Straßennetz eine zuverlässigere Versorgung der vorrückenden Truppen als in Russland.¹¹⁰ Da damalige Armeen der Logistik noch nicht einen so hohen Stellenwert einräumten, war es weitaus wichtiger in einem, der damaligen Vorstellung, kultivierten Land zu kämpfen, um sich während des Vormarsches vom Land selbst ernähren zu können.¹¹¹ Während Moltke d.Ä. somit plante, im Westen lieber in der Defensive zu verbleiben, da die französischen Festungen für einen Angriff als zu abschreckend galten und der Frontbogen von Belgien bis zur Schweiz wegen seiner relativen Kürze gut zu verteidigen war, fand unter Schlieffen ein Wandel im Denken statt.¹¹² Je größer das französische Heer wurde, desto mehr stieg seine Fähigkeit, deutsche Kräfte im Westen zu binden. Ein Feldzug gen Osten verlor somit weiterhin an Attraktivität.¹¹³ Frankreichs Streitkräfte und Ressourcen waren zudem einfacher zu erreichen als die Russlands. Gleichzeitig fürchtete man, dass die französische Armee nicht nur schneller mobilisieren, sondern Deutschland im entscheidenden Ruhrgebiet auch schneller und härter treffen konnte als Russland.¹¹⁴ Daher ergab es wegen des verkürzten Aufmarsches und besserer Infrastruktur Sinn, die Entscheidung im grenznahen Raum der Westfront zu suchen:¹¹⁵ „Das hatte das deutsche Reich getan und so gab das dichte Verkehrsnetz im Westen auch den einzig

Nur die Westfront ermöglichte eine rasche Konzentration und Bewegung der Kräfte.

*möglichen Raum für eine schnelle Offensive mit anschließender Vernichtung des Gegners vor. Nur die Westfront ermöglichte eine rasche Konzentration und Bewegung der Kräfte.*¹¹⁶

Damit wäre aber immer noch nicht entschieden, wo im Westen der Schlag erfolgen sollte. Denn ein Frontalangriff auf den französischen Festungsgürtel erschien strategisch nicht als ratsam.¹¹⁷ Der Angreifer besitzt die Initiative und somit das Überraschungselement, welches eine Schwerpunktbildung und damit eine Entscheidung herbeiführen kann. Dieses Überraschungselement gelingt am besten durch einen Angriff auf die Flanke des Gegners, was jedoch mit einem direkten Angriff auf die gut befestigten französischen Stellung schwer vereinbar ist: *„Die Überlegenheit auf dem entscheidenden Punkt ist das, worauf es im Krieg ankommt. Diese Überlegenheit aber wird auf dem Wege überraschender operativer Versammlung der Kräfte erreicht.*“¹¹⁸

Bei einem Frontalangriff gegen den französischen Festungsgürtel wäre nicht nur das überraschende Flankenelement entfallen, auch der Blutzoll der deutschen Soldaten wäre an der Festungslinie deutlich höher ausgefallen. Zu dem Zeitpunkt besaß das deutsche Heer noch keine ausreichend starke und mobile schwere Artillerie, um die französischen Festungen erfolgreich im Frontalangriff zu stürmen.¹¹⁹ Die Schweiz mit ihren massiven Bergketten fiel wegen der Topographie als Option aus.¹²⁰ Belgien dagegen besaß ein gut ausgebautes Eisenbahnnetz,¹²¹ und insbesondere der Eisenbahnknotenpunkt Lüttich versprach, sollte er unbeschädigt im Sturm genommen werden, einen großen strategischen Nutzen.¹²² Belgien war mit seinem überraschenden Flankenelement besser geeignet, einen schnellen Sieg zu erringen.¹²³ Der Marsch durch Belgien war für Schlieffen daher strategischer Zwang.¹²⁴ Denn obwohl das strategische Interesse des Kaiserreichs im Osten lag, wurde die Kriegsentscheidung aus operativen Gründen im Westen gesucht.¹²⁵ Russland wurde als die größere Bedrohung eingeschätzt, doch die operativen Entscheidungsmöglichkeiten im Westen schienen vielfältiger.¹²⁶



Schlussbetrachtung

„Der Erste Weltkrieg war die Feuerprobe des im Kaiserreich entwickelten operativen Denkens.“¹²⁷

Kurz nach seinem Amtsantritt begann Schlieffen erste Überlegungen zu Feldzugsplänen anzustellen. Dabei musste er davon ausgehen, dass Deutschland in einem künftigen Krieg an zwei Fronten gleichzeitig zu kämpfen hatte. Das Kaiserreich war von Feinden eingekreist und politisch isoliert. Während Moltke d.Ä. noch den Vorteil der bismarckschen Diplomatie ausnutzen konnte, würde Schlieffen einen Zweifrontenkrieg in starker numerischer Unterlegenheit ausfechten müssen. Zwar ist die Frage, ob ein Zweifrontenkrieg ausbricht, keine geografische, sondern eine politische.¹²⁸ Doch man darf davon ausgehen, dass Schlieffen sich in erster Linie als Militär sah und gedachte, die Gefahr der Einkreisung mit militärischen Mitteln zu lösen. Schließlich galt Krieg damals nicht nur als gängiges Mittel der Politik, sondern war vielen Militärs aus sozialdarwinistischer Sicht unvermeidbar. Man kann daher davon ausgehen, dass die Idee des Krieges als Kulturträger im ewigen Wettstreit der Völker und seine

damit einhergehende Unvermeidbarkeit im Generalstab nicht wenige Anhänger fand.

Neben der Gefahr eines Zweifrontenkrieges und der numerischen Unterlegenheit musste Schlieffen dabei weitere Variablen für seinen Feldzugsplan beachten. Der gewaltige Fortschritt der Technik brachte eine Vielzahl an Neuerungen, die in ihrer vollen Tragweite erst einmal überschaut werden mussten. Der

Schließlich galt Krieg damals nicht nur als gängiges Mittel der Politik, sondern war vielen Militärs aus sozialdarwinistischer Sicht unvermeidbar.

Generalstab unter Schlieffen und dieser selbst waren dabei nicht per se technikfeindlich. Technische Neuerungen in der Waffentechnik, Kommunikation und Infrastruktur wurden dabei in der Regel begrüßt.

Die Eisenbahn als Transportmittel war aus dem militärischen Kontext nicht mehr wegzudenken. Doch die neue Technik stellte nach der Einschätzung der außenpolitischen Lage den nächsten entscheidenden Schritt zur Entwicklung des Schlieffenplans dar. Denn die Offensive wurde aus verschiedenen Gründen in allen Generalstäben in Europa als die stärkere Kampfweise eingeschätzt. Gleichzeitig konnte die Wirksamkeit der neuen Waffensysteme noch nicht in ihrer vollen Breite erkannt und bestenfalls nur erahnt werden. Diese mangelnde Adaptionfähigkeit verhinderte die Erkenntnis, dass die Defensive zur damaligen Zeit dank weitreichender Artillerie, Maschinengewehren etc. die stärkere Kampfform darstellte. Daher beging man den folgenschweren Fehler, nicht die Taktik an die Erfordernisse und die Schlagkraft moderner Waffen anzupassen, sondern bewertete neue Mittel unter dem Aspekt, wie sie am besten in die altbewährte Doktrin der Offensive zu integrieren wären.

Die Eisenbahn ist ein immer wiederkehrendes Motiv bei Schlieffens Planungen. Nur mit diesem Transportmittel ließen sich die gewaltigen Mengen an Nachschub und Truppen im Zeitalter der Massenheere überhaupt erst bewegen. Nur dank der Geschwindigkeit und Transportkapazität der Eisenbahn konnte man rechtfertigen, 7/8 der deutschen Armee an einem Frontabschnitt zu massieren und zu hoffen, nach einem siegreichen Feldzug im Westen rechtzeitig mit den Truppen im Osten zu erscheinen.

Dieser Plan beruhte auf folgendem Gedankengang: Deutschland ist numerisch unterlegen und muss an zwei Fronten kämpfen. Wenn es sich verteidigt, gibt es die Initiative an den Feind ab. Dieser hat nun ausreichend Gelegenheit, seine numerische Überlegenheit an Truppen und Ressourcen voll zur Geltung zu bringen. Das bedeutet einen Ermattungskrieg, den Deutschland nicht gewinnen

nen kann. Sollte es zu einem Abnutzungskrieg mit modernen Massenarmeen kommen, wird dieser Krieg sehr lange dauern und enorme Opferzahlen kosten. Ein solcher Krieg wird Deutschland wirtschaftlich ruinieren und birgt bei zunehmender Kriegsdauer die Gefahr einer Revolution.

Die einzige Möglichkeit, dieser sicheren Katastrophe zu entgehen, schien daher ein kurzer Feldzug zu sein, der möglichst schnell eine Entscheidung brachte. Da Deutschland jedoch strategisch unterlegen war, konnte man nicht in der Defensive abwarten, bis der Feind seinen Vorteil ausspielen konnte. Die Entscheidung konnte daher nur im Angriff gelingen. Deutschland musste schnell und hart angreifen und versuchen, eine Entscheidungsschlacht zu erzwingen oder eine sichere Niederlage in Kauf nehmen. Insofern kann der Schlieffenplan als der kühne Versuch interpretiert werden, die Opferzahlen des Krieges durch die Geschwindigkeit des Feldzugs zu minimieren.¹²⁹

Obwohl das Zarenreich mit der größten Landstreitkraft der Welt als größere Bedrohung empfunden wurde und die russische Schlagkraft kurz nach deren Niederlage im russisch-japanischen Krieg als nicht hoch eingeschätzt wurde, war Russland nicht das primäre Angriffsziel. Denn aufgrund seiner Geografie war eine Entscheidungsschlacht dort nicht möglich. Die schiere Größe des Landes überstieg die offensiven Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte für einen schnellen Sieg. Ebenso abschreckend wirkte das zunehmend wachsende Festungsnetz im Westen des Landes zusammen mit den schwer passierbaren Flüssen zur deutschen Grenze hin. Das russische Eisenbahn- und Wegenetz war zudem nicht ausreichend ausgebaut, um einen schnellen Angriff erfolgreich durchzuführen. Ein Angriff auf Russland hätte einen Ermattungskrieg bedeutet, welchen der Schlieffenplan ausgerechnet verhindern wollte. Deshalb nutzte Schlieffen das günstige Zeitfenster um das Jahr 1905 herum und entschied sich, die vermeintliche Schwäche des Zarenreichs nicht auszunutzen, um es anzugreifen, sondern um sich gegen seinen Verbündeten zu richten. Man muss bedenken, dass der Schlieffenplan drei Monate nach der russischen Niederlage entstanden war.

Alle Gründe, die somit gegen einen Schlag nach Russland standen, sprachen bei Frankreich dafür. Genau jenes Eisenbahn- und Straßennetz, das im Os-



Der Aufmarsch musste, alleine schon aufgrund des Diktats der Initiative und Mobilmachung, entlang der Eisenbahnstrecken verlaufen. Im Bild: Transport von Soldaten 1914 an die Westfront.

ten fehlte, existierte in Westen. Da damalige Armeen der Logistik noch nicht einen so hohen Stellenwert zumaßen, war die als besser empfundene Kultiviertheit Frankreichs ein großer Vorteil, um sich während des Vormarsches direkt aus dem Land heraus ernähren zu können. Für einen schnellen Aufmarsch war das ausgebaute Schienennetz unabdingbar. Der Aufmarsch musste, alleine schon aufgrund des Diktats der Initiative und Mobilmachung, entlang der Eisenbahnstrecken verlaufen. Gleichzeitig besaß der westliche Nachbar die perfekte Größe, um eine Schwerpunktbildung zu ermöglichen und via Entscheidungsschlacht den Krieg zu gewinnen. Gleichzeitig traute



Der Schlieffenplan darf als der kühne Versuch verstanden werden, das Schicksal Deutschlands bei äußerst ungünstigen Verhältnissen dennoch zu meistern. Im Bild: Alfred Graf von Schlieffen.

man sich zu, die französische Armee schnell schlagen zu können, während man die russische im Osten verzögernd in Schach hielt. Ein weiterer entscheidender Punkt war die Möglichkeit eines Flankenangriffs. Zum einen war der französische Festungsgürtel zu massiv für einen Frontalangriff. Die deutsche schwere Artillerie war zudem noch nicht mobil genug, um die Festungen im Sturm nehmen zu können. Zum anderen hätte ein direkter Angriff ein wichtiges Element der Schwerpunktbildung verwehrt. Ohne einen überraschenden Flankenangriff konnte die Umfassung nicht gelingen, von welcher man sich die Entscheidung erhoffte. Die Schweiz galt mit den Alpen für einen schnellen Massenaufmarsch als zu unwegsam. Belgien jedoch besaß den Vorteil eines gut ausgebauten Eisenbahnnetzes. Vor allem Lüttich als Eisenbahnknotenpunkt schien geradezu prädestiniert für einen Durchmarsch, sollte es gelingen, diesen im Sturm zu nehmen. Für Schlieffen war Belgien daher eine operative Notwendigkeit, auch, wenn es in Wirklichkeit eine politisch-strategische Frage war.¹³⁰

Alfred Graf von Schlieffen hat mit dem Schlieffenplan der Nachwelt eine Doktrin hinterlassen, die in der Operationsgeschichte ihresgleichen sucht. Der Plan scheiterte aber an der Lücke zwischen Anspruch und Fähigkeit zur Leistung, denn der Marschschritt der Soldaten und Pferde gezogenen Artilleriegespanne bestimmte das Tempo des Feldzuges. Genauso wenig konnte die Kavallerie die Mobilität bereitstellen, die für eine erfolgreiche Durchführung des Schlieffenplans nötig gewesen wäre.¹³¹ Von dem ursprünglichen Auftrag für einen politischen Eventualfall eine militärische Strategie zu entwickeln,¹³² war Schlieffens Ergebnis ein Schlachtplan, der die Opfer des Krieges minimieren und eine Nie-

derringung Frankreichs ohne die Gefahr eines Zweifrontenkrieges garantieren sollte: „*In dieser Hinsicht darf der Schlieffenplan als der kühne Versuch verstanden werden, das Schicksal Deutschlands bei äußerst ungünstigen Verhältnissen dennoch zu meistern.*“¹³³

Zum Autor: Daniel Friesen absolvierte 2018 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn den Master in Geschichte. Derzeit arbeitet er voll am Aufbau seiner Firma „Bonn City Tours“. Sein besonderes Interesse gilt daneben der Militärgeschichte und Sicherheitspolitischen Themen. Friesen ist seit 2019 Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Literatur

Boetticher, Friedrich von: Der Lehrmeister des neuzeitlichen Krieges, in: Friedrich von Cochenhausen (Hrsg.): Von Scharnhorst zu Schlieffen 1806-1906. Hundert Jahre preußisch-deutscher Generalstab, Berlin 1933.

Brose, Eric: The Kaiser's army. The politics of military technology in Germany during the Machine Age 1870 – 1918, Oxford 2001.

Dienstschriften des Chefs des Generalstabs der Armee Generalfeldmarschalls Graf von Schlieffen, in: vom Generalstab des Heeres (Hrsg.), Band 1, Berling 1937.

Ehlert, Hans/ Epkenhans, Michael/ Groß, Gerhard: Schlieffen und der Schlieffenplan im Wandel der Geschichtsschreibung, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente. Zeitalter der Weltkriege Band 2, Paderborn 2006. S.7-21.

Foley, Robert: German strategy and the path to Verdun. Erich von Falkenhayn and the development of attrition 1870 – 1916, Cambridge 2005.

Förster, Stig: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890 – 1913, Stuttgart 1985.

Ders.: Der Krieg der Willensmenschen. Die deutsche Offizierselite auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg, 1871-1914, in: Brey Meyer, Ursula/ Ulrich, Bernd/ Wieland, Karin (Hrsg.): Willensmenschen: über deutsche Offiziere, Frankfurt 2000. S.23-36.

Groß, Gerhard: Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d. Ä. bis Heusinger, in: Zeitalter der Weltkriege Band 9. Paderborn, Wien 2009.

Ders.: There was a Schlieffenplan, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente. Zeitalter der Weltkriege Band 2, Paderborn 2006. S.117-161.

Hildebrand, Klaus: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871 – 1945, München 2008.

Hoerkens, Alexander: Der Soldat: Preußisches Heer – Reichswehr - Wehrmacht, in: Ernst Piper (Hrsg.): Zeitalter der Weltkriege 1914-1945, Köln 2014. S.36-41.

Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1991.

Meschnig, Alexander: Der Wille zur Bewegung. Militärischer Traum und totalitäres Programm; eine Mentalitätsgeschichte vom Ersten Weltkrieg zum Nationalsozialismus, Bielefeld 2015.

Müller, Helmut/ Münter-Elfner, Mathias: Schlaglichter der deutschen Geschichte, in: Bundeszentrale für politische Bildung Band 402, Bonn 2003.

Neiberg, Michael: Der Erste Weltkrieg: Konflikt ohne Sieger, 1914-16, in: Jeremy Black (Hrsg.): Die Kriege des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 2010. S.33-42.

Otto, Helmut: Schlieffen und der Generalstab. Der preußisch-deutsche Generalstab unter der Leitung des Generals von Schlieffen 1891-1905, Berlin (Ost) 1956.

Salewski, Michael: Moltke, Schlieffen und die Eisenbahn, in: Foerster Roland (Hrsg.): Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung. Beiträge zur Militärgeschichte Band 33, Oldenbourg 1991. S.89-102.

Sautter, Udo: Deutsche Geschichte seit 1815. Daten, Fakten, Dokumente. Band I Daten und Fakten, Tübingen 2004.

Schmidt, Rainer: „Revanche pour Sedan“ – Frankreich und der Schlieffenplan. Militärische und bündnispolitische Vorbereitung des Ersten Weltkriegs, in: Historische Zeitschrift 303, Band 2.

Stachelbeck, Christian: Militärische Effektivität im Ersten Weltkrieg. Die 11. Bayerische Infanteriedivision 1915-1918, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Zeitalter der Weltkriege Band 6, Paderborn 2010.

Strachan, Hew: Die Ostfront. Geopolitik, Geographie und Operationen, in: Die vergessene Front - der Osten 1914-15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, in: Zeitalter der Weltkriege Band 1. Paderborn, Wien 2009. S.11-26.

Van Evera, Stephen: Offense, Defense, and the Causes of War, in: International Security 22. Band 4, MIT Press 1998. S.5-43.

Ders.: The Cult of the Offensive and the Origins of the First World War, in: International Security 9 Band 1, MIT Press 1984. S.58-107.

Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä., in: Foerster Roland (Hrsg.): Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung. Beiträge zur Militärgeschichte Band 33, Oldenbourg 1991. S.47-66.

Ders.: Kriegstheorien. Ihre Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1972.

Anmerkungen

- 1 Wallach, Jehuda: Kriegstheorien. Ihre Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1972. S.89.
- 2 Foley, Robert: German strategy and the path to Verdun. Erich von Falkenhayn and the development of attrition 1870 – 1916, Cambridge 2005. S.56.
- 3 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä., in: Foerster Roland (Hrsg.): Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung. Beiträge zur Militärgeschichte Band 33, Oldenbourg 1991. S.66.
- 4 Siehe ebenda. S.56.
- 5 Ehlert, Hans/ Epkenhans, Michael/ Groß, Gerhard: Schlieffen und der Schlieffenplan im Wandel der Geschichtsschreibung, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente. Zeitalter der Weltkriege Band 2, Paderborn 2006. S.7.

- 6 Groß, Gerhard: Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d. Ä. bis Heusinger, in: Zeitalter der Weltkriege Band 9. Paderborn, Wien 2009. S.102f.
- 7 Groß, Gerhard: There was a Schlieffenplan, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente. Zeitalter der Weltkriege Band 2, Paderborn 2006. S.155.
- 8 Müller, Helmut/ Münter-Elfner, Mathias: Schlaglichter der deutschen Geschichte, in: Bundeszentrale für politische Bildung Band 402, Bonn 2003. S.200.
- 9 Sautter, Udo: Deutsche Geschichte seit 1815. S.202.
- 10 Hildebrand, Klaus: „Staatskunst und Kriegshandwerk“. Akteure und System der europäischen Staatenwelt vor 1914, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente. Zeitalter der Weltkriege Band 2, Paderborn 2006. S.27.
- 11 Müller, Helmut/ Münter-Elfner, Mathias: Schlaglichter der deutschen Geschichte. S.201.
- 12 Stachelbeck, Christian: Militärische Effektivität im Ersten Weltkrieg. Die 11. Bayerische Infanteriedivision 1915-1918, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Zeitalter der Weltkriege Band 6, Paderborn 2010. S.55.
- 13 Siehe ebenda. S.55.
- 14 Hoerkens, Alexander: Der Soldat: Preußisches Heer – Reichswehr - Wehrmacht, in: Ernst Piper (Hrsg.): Zeitalter der Weltkriege 1914-1945, Köln 2014. S.37.
- 15 Siehe ebenda. S.55.
- 16 Meschnig, Alexander: Der Wille zur Bewegung. Militärischer Traum und totalitäres Programm; eine Mentalitätsgeschichte vom Ersten Weltkrieg zum Nationalsozialismus, Bielefeld 2015. S.73.
- 17 Meschnig, Alexander: Der Wille zur Bewegung. S.73.
- 18 Siehe ebenda. S.72.
- 19 Siehe ebenda. S.76.
- 20 Siehe ebenda. S.73.
- 21 Siehe ebenda. S.73.
- 22 Siehe ebenda. S.75.
- 23 Siehe ebenda. S.61.
- 24 Neiberg, Michael: Der Erste Weltkrieg: Konflikt ohne Sieger. S.33.
- 25 Förster, Stig: Der Krieg der Willensmenschen. S.26.
- 26 Siehe ebenda. S.27.
- 27 Förster, Stig: Der Krieg der Willensmenschen. S.27.
- 28 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä. S.47.
- 29 Siehe ebenda. S.54.

- 30 Siehe ebenda. S.50.
- 31 Siehe ebenda. S.53.
- 32 Siehe ebenda. S.54.
- 33 Boetticher, Friedrich von: Der Lehrmeister des neuzeitlichen Krieges, in: Friedrich von Cochenhausen (Hrsg.): Von Scharnhorst zu Schlieffen 1806-1906. Hundert Jahre preußisch-deutscher Generalstab, Berlin 1933. S.118.
- 34 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä. S.53.
- 35 Otto, Helmut: Schlieffen und der Generalstab. Der preußisch-deutsche Generalstab unter der Leitung des Generals von Schlieffen 1891-1905, Berlin (Ost) 1956. S.126.
- 36 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1991. S.54.
- 37 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä. S.55.
- 38 Siehe ebenda. S.56.
- 39 Dienstschriften des Chefs des Generalstabs der Armee Generalfeldmarschalls Graf von Schlieffen, in: vom Generalstab des Heeres (Hrsg.), Band 1, Berlin 1937. S.37.
- 40 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä. S.56.
- 41 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert. S.54f.
- 42 Siehe ebenda. S.55.
- 43 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä. S.58.
- 44 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert. S.59.
- 45 Siehe ebenda. S.59.
- 46 Siehe ebenda. S.59.
- 47 Siehe ebenda. S.59. Auch Kraus bezieht sich hier auf Moltkes Rede vor dem Reichstag vom 14.05.1890.
- 48 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä. S.57.
- 49 Moltke, Helmuth von: Die deutschen Aufmarschpläne 1871-1890, in: Ferdinand von Schmerfeld (Hrsg.), Berlin 1929. S.9.
- 50 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä. S.58.
- 51 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert. S.60.
- 52 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä. S.58.

- 53 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert. S.61.
- 54 Siehe ebenda. S.62.
- 55 Siehe ebenda. S.62.
- 56 Siehe ebenda. S.63.
- 57 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegslehre Moltkes d.Ä. S.59ff.
- 58 Siehe ebenda. S.61. Kommentar von Oberst von Scherff zur Neuauflage von Clauswitzes „Vom Kriege“ aus dem Jahre 1880.
- 59 Siehe ebenda. S.61.
- 60 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert. S.65.
- 61 Siehe ebenda. S.66.
- 62 Groß, Gerhard: Mythos und Wirklichkeit. S.110.
- 63 Van Evera, Stephen: The Cult of the Offensive and the Origins of the First World War. S.60.
- 64 Schmidt, Rainer: „Revanche pour Sedan“ – Frankreich und der Schlieffenplan. Militärische und bündnispolitische Vorbereitung des Ersten Weltkriegs, in: Historische Zeitschrift 303, Band 2. S.394.
- 65 Siehe ebenda. S.395.
- 66 Brose, Eric: The Kaiser's army. S.70.
- 67 Förster, Stig: Der Krieg der Willensmenschen. S.32.
- 68 Meschnig, Alexander: Der Wille zur Bewegung. S.71f.
- 69 Siehe ebenda. S.72.
- 70 Groß, Gerhard: Mythos und Wirklichkeit. S.70.
- 71 Brose, Eric: The Kaiser's army. S.71f.
- 72 Stachelbeck, Christian: Militärische Effektivität im Ersten Weltkrieg. S.61.
- 73 Meschnig, Alexander: Der Wille zur Bewegung. S.73.
- 74 Neiberg, Michael: Der Erste Weltkrieg: Konflikt ohne Sieger. S.33.
- 75 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert. S.62.
- 76 Neiberg, Michael: Der Erste Weltkrieg: Konflikt ohne Sieger. S.33.
- 77 Wallach, Jehuda: Kriegstheorien. S.115.
- 78 Groß, Gerhard: Mythos und Wirklichkeit. S.86.
- 79 Siehe ebenda. S.73.
- 80 Siehe ebenda. S.85.
- 81 Siehe ebenda. S.74.
- 82 Meschnig, Alexander: Der Wille zur Bewegung. S.67.
- 83 Siehe ebenda. S.67.
- 84 Meschnig, Alexander: Der Wille zur Bewegung. S.77.
- 85 Siehe ebenda. S.78.
- 86 Foley, Robert: German strategy and the path to Verdun. S.80.

- 87 Brose, Eric: The Kaiser's army. S.80.
- 88 Neiberg, Michael: Der Erste Weltkrieg: Konflikt ohne Sieger. S.33.
- 89 Groß, Gerhard: Mythos und Wirklichkeit. S.78.
- 90 Wallach, Jehuda: Kriegstheorien. S.111.
- 91 Wallach, Jehuda: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegstheorie Moltkes d.Ä. S.55.
- 92 Wallach, Jehuda: Kriegstheorien. S.113f. Aufzählung von Schlieffens Grundsätzen.
- 93 Ders.: Feldmarschall von Schlieffens Interpretation der Kriegstheorie Moltkes d.Ä. S.58.
- 94 Salewski, Michael: Moltke, Schlieffen und die Eisenbahn, in: Foerster Roland (Hrsg.): Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung. Beiträge zur Militärgeschichte Band 33, Oldenbourg 1991. S.90.
- 95 Siehe ebenda. S.91.
- 96 Siehe ebenda. S.92.
- 97 Siehe ebenda. S.90.
- 98 Siehe ebenda. S.102.
- 99 Siehe ebenda. S.97f.
- 100 Salewski, Michael: Moltke, Schlieffen und die Eisenbahn. S.99.
- 101 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert. S.60.
- 102 Schmidt, Rainer: „Revanche pour Sedan“. S.409.
- 103 Strachan, Hew: Die Ostfront. Geopolitik, Geographie und Operationen. S.19.
- 104 Van Evera, Stephen: Offense, Defense, and the Causes of War. S.17.
- 105 Strachan, Hew: Die Ostfront. Geopolitik, Geographie und Operationen. S.15.
- 106 Groß: Mythos und Wirklichkeit. S.21.
- 107 Wallach, Jehuda: Kriegstheorien. S.123.
- 108 Salewski, Michael: Moltke, Schlieffen und die Eisenbahn. S.95.
- 109 Foley, Robert: German strategy and the path to Verdun. S.61.
- 110 Strachan, Hew: Die Ostfront. Geopolitik, Geographie und Operationen. S.18.
- 111 Siehe ebenda. S.19.
- 112 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert. S.56.
- 113 Siehe ebenda. S.61. Neuer Denkansatz Schlieffens.
- 114 Van Evera, Stephen: The Cult of the Offensive and the Origins of the First World War. S.91.
- 115 Groß: Mythos und Wirklichkeit. S.76.
- 116 Meschnig, Alexander: Der Wille zur Bewegung. S.62.
- 117 Wallach, Jehuda: Kriegstheorien. S.123.
- 118 Groß: Mythos und Wirklichkeit. S.68.
- 119 Brose, Eric: The Kaiser's army. S.80.

- 120 Wallach, Jehuda: Kriegstheorien. S.123.
- 121 Brose, Eric: The Kaiser's army. S.80.
- 122 Van Evera, Stephen: The Cult of the Offensive and the Origins of the First World War. S.74.
- 123 Groß: Mythos und Wirklichkeit. S.78.
- 124 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert. S.64.
- 125 Groß: Mythos und Wirklichkeit. S.75.
- 126 Strachan, Hew: Die Ostfront. Geopolitik, Geographie und Operationen. S.18.
- 127 Groß: Mythos und Wirklichkeit. S.140.
- 128 Groß: Mythos und Wirklichkeit. S.20.
- 129 Meschnig, Alexander: Der Wille zur Bewegung. S.77.
- 130 Wallach, Jehuda: Kriegstheorien. S.123.
- 131 Groß: Mythos und Wirklichkeit. S.142.
- 132 Meschnig, Alexander: Der Wille zur Bewegung. S.66.
- 133 Kraus, Karl: Der preußische Generalstab und das 19. Jahrhundert. S.72.

Kapitel III

Militärgeschichte und Tradition

Der Volkssturm – ein gescheiterter Versuch, die Niederlage des Deutschen Reiches abzuwenden

Michael P. Vollert

I.

Unter dem Eindruck der sich verschlechternden militärischen Lage unternahm das NS-Regime in der zweiten Jahreshälfte 1944, zum Teil schon früher, verzweifelte und letztendlich gescheiterte Versuche, das Kriegsglück noch zu seinen Gunsten zu wenden. Nachdem absehbar war, dass weder der seit 1939 versprochene Sieg, noch später die Verteidigung des Reichsgebietes mit der Wehrmacht und den Verbündeten möglich war, mobilisierte das Regime weitere zusätzliche Kräfte zur Verstärkung und Steigerung der Kampfkraft. Ein Versuch davon war ab September 1944 der Volkssturm. Über die Rolle der Waffen-SS, im Zweiten Weltkrieg rechtlich nicht Teil der Wehrmacht, ihre Angehörigen gleichwohl Kombattanten, ist im Hinblick auf deren politische und historische Bedeutung eine besondere Betrachtung geboten. Aber auch innerhalb der Wehrmacht, besonders im Bereich des Heeres, gab es zahlreiche, zumeist wenig erfolgreiche Maßnahmen zu deren Verstärkung. Die folgende Übersicht zeigt alle Waffenträger des Dritten Reiches.

Das militärische Potential des Dritten Reiches	
Wehrmacht	1935 unter diesem Namen aus der Reichwehr hervorgegangen
	Davon:
Heer	ab 1942 verstärkt um 21 Luftwaffenfelddivisionen, 1943 in das Heer übernommen. Ab August 1944 19 Volksgrenadier-Divisionen
Luftwaffe	seit 1935 selbständiger Wehrmachtsteil 1944 mit 90.000, ab 1945 mit 200.000 Luftwaffenhelfern

Das militärische Potential des Dritten Reiches	
Marine	1935 aus der Reichsmarine hervorgegangen Februar 1945: eine Marine-Division nach dem Vorbild einer Volksgrenadier-Division
Waffen SS	bis 1933 Teil der SA, 1939 mit 250.000 Mann Allgemeine SS, nicht Teil des Heeres, gleichwohl mit Kombattantenstatus. Ab 1943/44 Freiwillige aus verbündeten und besetzten Staaten. 1945: 38 Divisionen
Flakhelfer	1942 Einberufung der Jahrgänge 1926 und 1927, Auftrag: Bedienung der FlakGeschütze, Kommando- und Funkgeräte, in den letzten Kriegswochen auch Erdsätze
Volkssturm	ab September 1944 begonnene Aufstellung von ca. 700 Bataillonen mit je 649 Mann, davon max. 50 Prozent realisiert. (Schätzung)
SA	1944: 1 Division
Polizei	1939: 1 Division, 1945 eine weitere.
Reichsarbeitsdienst	1945: 3 Divisionen aus dem Stamm des RAD
Kosaken	1943: 1 Division, 1945 1 Kosakenkorps
Hitlerjugend	1945: 1 Division
Freikorps „Adolf Hitler“	April 1945 aus Parteikadern gebildet
Wehrmachts-helferinnen	ab 1941, 1945: ca. 500.000 Frauen ¹
Freiwillige aus 24 osteuropäischen Staaten (Krimtataren, Armenier usw.)	

II.

Die erste und bedeutsamste Versuch, nach den schweren Verlusten des Heeres und der fliegenden Verbände der Luftwaffe das Militärpotential zu verstärken,

war die Aufstellung von Luftwaffenfeld-Divisionen. Dazu sollte die Luftwaffe – gegen den Widerstand Hermann Görings – 200.000 Mann an das Heer abgeben, aus denen 21 Divisionen mit je etwa 12.500 Soldaten gebildet wurden. Bereits bei den ersten Fronteinsätzen kam es aufgrund unzulänglicher Ausbildung, fehlender schwerer Waffen und mangelnder Erfahrung der Offiziere und Unteroffiziere zu erheblichen Verlusten. Ab September 1943 wurden diese Verbände dann doch dem Heer unterstellt. Alle Kommandeure wurden gegen solche aus dem Heer ausgetauscht, ein Teil der Truppen nach ihrem Versagen beim Fronteinsatz anschließend in Frankreich als Besatzungstruppe verwendet.

Eine weitere Maßnahme war ab August 1944 die Aufstellung von 19 Volksgrenadier-Divisionen. Von der bisher üblichen Gliederung und Ausrüstung einer Infanterie-Division wurde aufgrund des Mangels an Personal und Material abgewichen. Diese Divisionen unterstanden Heinrich Himmler in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber des Ersatzheeres. Nach dem Umsturzversuch am 20. Juli 1944, an dem bekanntlich zahlreiche Offiziere des Ersatzheeres beteiligt waren (Stauffenberg, Merz von Quirnheim, Olbricht u. a.) wurde Himmler zu dessen Oberbefehlshaber ernannt. Die Ernennung Himmlers entsprach dem Misstrauen des Regimes gegenüber der bisherigen Führung des Ersatzheeres. Das Personal der Volksgrenadier-Divisionen rekrutierte sich gegen Kriegsende zu einem großen Teil aus „Volksdeutschen“. Diese Verbände wurden bei der Ardennenoffensive, am Westwall und an der Ostfront eingesetzt, ihr militärischer Wert aus den genannten Gründen begrenzt.

Zu einer vollständigen Aufzählung gehört auch eine 1939 aufgestellte Polizei-Division. Einzelne Polizei-Regimenter und -Bataillone wurden auf allen Kriegsschauplätzen im rückwärtigen Gebiet eingesetzt. Das Buch „Ganz normale Männer“ von Christoph Browning über das Reserve-Polizei-Bataillon 101 schildert das verbrecherische Handeln dieses Verbandes in Polen. Kurz vor Kriegsende wurde eine weitere Polizei-Division aufgestellt.

Die SA, nach dem Röh-mputsch 1934 weitgehend entmachteter, war seit 1939 für die vormilitärische Ausbildung zuständig. Bis April 1940 haben daran 1,3 Millionen Männer teilgenommen. Die meisten SA-Leute kamen später zur Wehrmacht, die Älteren verblieben im Heimatkriegsgebiet und setzten die vormilitärische Ausbildung fort. Außerdem übernahmen sie Wach- und Sicherungsaufgaben sowie Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen. In den letzten Kriegsmonaten wurde aus SA-Personal noch eine Division aufgestellt.

Einen weiteren, im Bewusstsein der Älteren bis heute lebendigen Beitrag zum militärischen Potential des Dritten Reiches lieferten ab 1943 die Luftwaffen- bzw. Flakhelfer, vor allem, nachdem mit der Landung der Alliierten am 6. Juni 1944 von den französischen Flugplätzen vermehrt Angriffe auf das Reichsgebiet geflogen werden konnten. Ab 1942 wurden Schüler der Jahrgänge 1926 und 1927 klassenweise einberufen. Sie bedienten die Flak-Geschütze, französische und sowjetische Beutewaffen, Scheinwerfer, Entfernungsmesser und Funkgeräte. Die Flakhelfer waren so das Rückgrat der Luftverteidigung. Zahlreiche Persönlichkeiten der Bundesrepublik gehörten zu dieser Flakhelfer-Generation, zum Beispiel der spätere Außenminister und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher.²



Wehrmachtshelferin im Flugmeldedienst

Und noch ein besonderer Personenkreis ist zu nennen: etwa eine halbe Million Frauen, die als Wehrmachtshelferinnen als Küchenpersonal, Schreiberinnen, Telefonistinnen oder im Bürodienst verwendet wurden. Ab 1943 wurden diese Frauen auch in der Luftverteidigung eingesetzt: Luftschutzwarndienst, Horch- und Flugmeldedienst oder zur Bedienung von Scheinwerfern. Nach ihrem rechtlichen Status gehörten sie zum Wehrmachtsgesolge.³

III.

Die Lage des Deutschen Reiches entwickelte sich im Sommer 1944 bedrohlich: Die Armeen der Alliierten näherten sich an allen Fronten den Reichsgrenzen. Als absehbar war, dass diese mit den Kräften der Wehrmacht nicht mehr zu halten waren, entschied das NS-Regime in einem Akt der Verzweiflung die Aufstellung des Volkssturms, eines weiteren Waffenträgers. Wie katastrophal die militärische Lage des Deutschen Reiches im Sommer 1944 war, schilderte der Göttinger Professor für Mittelalterliche Geschichte Percy Ernst Schramm, seit 1943 als Reserveoffizier Kriegstagebuchführer im Wehrmachtsführungsstab.⁴ 1952 wurde er aufgefordert, im sogenannten Remer-Prozess vor dem Landgericht Braunschweig ein Gutachten zur militärischen Lage am 20. Juli 1944, dem Tag des Attentats auf Hitler, vorzulegen. Er war seit 1943 Teilnehmer an den täglichen Lagebesprechungen im Wehrmachtsführungsstab gewesen und hatte damit wie kaum ein anderer einen Gesamtüberblick.

Ernst-Otto Remer war am 20. Juli 1944 während des Umsturzversuches Kommandeur des Wachbataillons in Berlin und nach 1945 Mitbegründer der

rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei. Bei einer Veranstaltung hatte er in einer Rede die Verschwörer des 20. Juli 1944 als „vom Ausland bezahlte Landesverräter“ bezeichnet. Für den Prozess gegen Remer wurden mehrere Gutachten erstellt, u. a. von drei Moralthologen zur sittlichen Bewertung des Attentats und ein Gutachten von Prof. Schramm zur militärischen Lage im Sommer 1944. Leitfrage seines Gutachtens: War der Krieg zu diesem Zeitpunkt oder bereits früher verloren?

Nach Schramm sah die Lage des Deutschen Reiches im Sommer 1944 wie folgt aus:

1. Im Juni durchbrach die Rote Armee in Finnland die Karelische Landenge. Nach dem Zurückweichen der Wehrmacht an der Ostfront stand so eine Lücke zwischen den finnischen Kräften und dem Nordflügel der Wehrmacht in der Sowjetunion, also eine riesige offene Flanke. So blieb der finnischen Regierung am 19. September 1944 nur der Abschluss eines Waffenstillstands. Die in Finnland noch verbliebenen deutschen Heeresverbände mussten auf dem Landweg nach Nordnorwegen zurückgeführt werden. Diese Entwicklung war am 20. Juli 1944 absehbar bzw. bereits eingetreten.
2. Ende 1943 wurde die Krim abgeriegelt. Die dort eingesetzte 17. Armee wurde über See ohne ihre schweren Waffen zurückgeführt und war anschließend nur noch ein zusammengewürfelter Haufen ohne nennenswerte Kampfkraft. Seit Anfang 1944 wurde die weit überdehnte Ostfront durch den Abzug mehrerer Divisionen nach Frankreich zur Abwehr der erwarteten Landung geschwächt. Im Abschnitt der Heeresgruppe Mitte gelang der Roten Armee ab Mitte Juni 1944 ein tiefer Einbruch. Hitler lehnte eine Frontbegradigung oder -verkürzung strikt ab. Als die sowjetische Offensive ab dem 23. Juni gegen die Heeresgruppe begann, gab es an der Ostfront praktisch keine Luftwaffe mehr. Im rückwärtigen Gebiet banden Partisanen starke deutsche Kräfte. Die Rote Armee griff den überdehnten Bogen an zwei Stellen an und riss die Front auf. So konnten die Sowjets die Heeresgruppe Mitte praktisch von hinten aufrollen. In diese Lücke stieß die Rote Armee binnen weniger Tage über Wilna, Minsk, Grodno, Bialystok bis nahe an die ostpreußische Grenze vor. Im Süden der Ostfront hatten die Sowjets bereits im Februar 1944 den Pruth erreicht und drangen an die Moldau vor. Um den Seitenwechsel von Rumänien und Ungarn zu verhindern,

besetzte die Wehrmacht ab April 1944 diese beiden Länder, die rumänische Armee kapitulierte, die deutschen Verbände in Bessarabien wurden von der Roten Armee vernichtet – eine weitere Tragödie im Ausmaß von Stalingrad.

3. Im Südosten wurde ab August 1944 Kreta, dann ganz Griechenland von den Deutschen geräumt, die Rückführung der dort eingesetzten Heeresgruppe E nach dem Seitenwechsel Bulgariens über 1.400 km bei starkem Widerstand durch Partisanen (Tito) war in dieser Lage eine beachtliche militärische Leistung.

Bei der Kapitulation von Tunis im Mai 1943 waren bereits 252.000 deutsche und italienische Soldaten, wenige Monate nach Stalingrad, in Gefangenschaft geraten. Am 10. Juni landeten die Alliierten in Sizilien, am 25. Juli wurde Mussolini gestürzt, im September schloss die italienische Regierung einen Waffenstillstand mit den Alliierten. Damit verlor das Deutsche Reich seinen wichtigsten Verbündeten.

Nach weiteren Landungen der Alliierten zog sich die Wehrmacht nach Norden zurück.

4. Binnen sechs Tagen, vom 6. bis 12. Juni 1944, landeten die Alliierten 326.000 Soldaten in der Normandie an; sie hatten die Luftherrschaft errungen und wichtige Brücken im Hinterland zerstört, die für die Versorgung und das Heranführen von Reserven jetzt fehlten. Es war folglich nur eine Frage der Zeit, wann und wie sich die Überlegenheit der Alliierten an der Invasionsfront, vor allem mit ihrer starken Luftwaffe, auswirken würde. Hitler lehnte dennoch den Aufbau einer Front zum Abriegeln der Landungskräfte wiederholt ab. Generalfeldmarschall Erwin Rommel, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B an der Invasionsfront, ließ durchblicken, dass der Krieg verloren sei, ein in der damaligen Zeit lebensgefährlicher Gedanke.

Bei einer Besprechung mit Hitler am 29. Juni wurde Feldmarschall Gerd von Rundstedt, bisher Oberbefehlshaber West, abgesetzt und durch Feldmarschall Hans von Kluge ersetzt. Dieser erkannte alsbald, dass die Normandie-Front höchstens noch 14 Tage halten würde. Rommel schickte Hitler am 15. Juli ein Fernschreiben und meldete, dass die Wehrmacht an der Westfront seit der Landung fast 100.000 Soldaten

verloren, aber nur 6.000 Mann Ersatz erhalten hätte. Für 225 verlorene Panzer wären nur 17 neue gekommen. Da Rommel am 17. Juli bei einem Tieffliegerangriff verwundet worden war, konnte er diese Sache nicht weiter verfolgen.⁵

Schramms Gesamturteil lautete: Die militärische Lage des Deutschen Reiches war am 20. Juli 1944 aussichts- und ausweglos. Änderungen oder Verbesserungen wären nicht mehr zu erwarten. Die Fronttruppen waren seit Monaten ununterbrochen im Einsatz und überfordert. Ausreichenden Personal- oder Materialersatz gab es weder an der Front noch in der Heimat.

Die militärische Lage des Deutschen Reiches war am 20. Juli 1944 aussichts- und ausweglos.

Durch Einbeziehung der Rüstungsindustrie in den besetzten Ländern, durch die Ausbeutung von Millionen von Fremdarbeitern konnte trotz der immer stärkeren Bombenangriffe die Produktion 1944 noch über die des Vorjahres hinaus gesteigert werden. Ab Juli 1944 sank sie jedoch stark ab. Auch die Bereitstellung wichtiger Rohstoffe war inzwischen völlig unzureichend. Ab Mai 1944 geriet auch die Treibstoff-Versorgung der Wehrmacht in eine hoffnungslose Krise, vor allem durch die Luftangriffe auf die Produktionsanlagen, der Bedarf stieg dagegen weiter an.

Die mehrfach angekündigten sogenannten Wunderwaffen waren nur Propaganda. Beachtliche Ingenieur-Leistungen, z. B. Düsenflugzeuge, U-Boote mit neuartigem Antrieb, konnten sich aufgrund des Mangels an Menschen, Rohstoffen und der Bombenangriffe der Alliierten nicht mehr auswirken.

Es gab auch keine fertigen oder halbfertigen Atomwaffen, wie nach 1945 mehrfach behauptet wurde. Das Deutsche Reich hatte keine Geheim- oder Wunderwaffen oder andere Mittel, mit denen noch ein Erfolg der Wehrmacht möglich gewesen wäre.

Der Krieg war am 20. Juli 1944 endgültig verloren. Und im Januar 1945 stand die Rote Armee an der Weichsel, sie war jetzt den Deutschen bei der Infanterie elffach, bei Panzern siebenfach, bei der Artillerie und der Luftwaffe zwanzigfach überlegen.

IV.

Was sollte bei dieser Gesamtlage die Aufstellung des Volkssturms noch bewirken?

Rechtliche Grundlage dafür war ein Führererlass vom 25. September 1944, dessen Auftrag, „der totale Einsatz aller deutschen Männer gegen den Vernichtungswillen unserer jüdisch-internationalen Feinde“ war.⁶ Dazu sollten alle 16- bis 60-jährigen Männer einberufen werden. Verantwortlich für die Aufstellung, Ausrüstung und Ausbildung⁷ waren die Gauleiter, nicht etwa die Wehrmacht oder Himmler als Reichsführer SS und Oberbefehlshaber des Ersatzheeres. Die Volkssturm-Männer waren Soldaten im Sinne der Wehrgesetze und damit Kombattanten, was von der Sowjetunion zunächst wegen der fehlenden Uniformierung nicht anerkannt wurde.

Aufzustellen waren Bataillone von 649 Mann Stärke, gegliedert in eine Stabs-, 3 Schützen- und eine Geschützkompanie, jedoch ohne Geschütze, mit der Hauptaufgabe: Panzerbekämpfung.⁸ Die Gauleiter ernannten die Kompaniechefs und Bataillonskommandeure. Führungs-, Unterstützungs- oder Versorgungstruppen gab es nicht, Feldküchen fehlten völlig. Den Sanitätsdienst sollte das Rote Kreuz übernehmen. Kleine Stäbe, gebildet aus Parteifunktionären, sollten die Erfassung und Ausrüstung organisieren. Mit bürokratischer Gründlichkeit wurden bereits ab September 1944 die Jahrgänge 1884 bis 1928 in vier Aufgeböten einberufen. Am 18. Oktober 1944, dem Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig 1813, wurde der Volkssturm in Königsberg der Öffentlichkeit präsentiert, dabei war die Rote Armee vier Tage zuvor bereits in Ostpreußen und die Amerikaner bis kurz vor Aachen vorgedrungen.⁹ Im September 1944 begannen bereits Lehrgänge von wenigen Tagen Dauer für Bataillons- und Kompanieführer. Mangels Waffen und Gerät stand die „weltanschauliche Schulung“ im Mittelpunkt. Schwerpunkt der Truppenausbildung war die Handhabung von Gewehren und Panzerfäusten mit nur 30 m Reichweite, von denen es nur wenige Exemplare gab.¹⁰

Bereits im November 1944 war die Aufstellung weitgehend abgeschlossen, einzelne Wehrmachtsoffiziere übernahmen Führungsaufgaben. Generalmajor Hans Kissel wurde als militärischer Berater zugeteilt, in Berlin SS-Oberstgruppenführer Gottlob Berger zum Stabschef des Volkssturms ernannt.¹¹ Zu einer effektiven Koordination von Führung, Einsatz oder Versorgung durch ihn ist es jedoch nicht gekommen.

Die Aufstellung des Volkssturms führte zu einem Kompetenzstreit zwischen der Partei und dem Ersatzheer. Weil wegen des Personalbedarfs der Rüstungsindustrie viele Einberufungen zum Volkssturm nicht durchgesetzt werden konnten, hatten die Kompanien oft nur Stärken von 30 bis 40 Mann. Die Parteikanzlei forderte, auch über 60-Jährige im Dienst zu behalten. Volkssturms-Einheiten, die keine Waffen hatten, wurden zu Schanzarbeiten und zum Bau von Panzersperren eingeteilt, die jedoch an keiner Stelle Panzerangriffe aufgehalten haben. Das 3. Aufgebot waren Hitlerjungen, soweit sie nicht bereits zur Wehrmacht oder Waffen-SS eingezogen waren. Was dabei herauskam, zeigt das Bild auf Seite 123.

Wie realitätsfern das alles war, zeigt ein Befehl von Generaloberst Heinz Guderian, Ende 1944 Generalstabschef des Heeres, für viele bis heute eine Lichtgestalt der deutschen Militärgeschichte, an alle Divisionen: Die Soldaten sollten wegen des Mangels an Ausbildungsvorschriften Karl-May-Bücher lesen, weil dort „indianermäßiges Verhalten im Gelände“ beschrieben würde.¹² Im Berliner Tiergarten sollte ein Volkssturm-Bataillon Waldkampf ohne Waffen üben, das feindliche MG-Feuer wurde durch Schlagen auf Blechbüchsen simuliert.¹³

Abgesehen von der völlig unzureichenden Ausbildung und anderen Mängeln¹⁴ war das Fehl an Waffen, Munition und Gerät wesentliche Ursache für das Versagen im Einsatz. Im November 1944 wurde ein Bedarf von 400.000 Karabinern 98k, etwa. 200.000 MG, 5.500 Artillerie-Geschützen sowie 40.000 Panzerabwehrwaffen „Panzerschreck“ ermittelt.

Allein die Wehrmacht hatte jedoch im Herbst 1944 einen Bedarf von 300.000 Karabinern 98k pro Monat (!), geliefert wurden im November 1944 nur noch 200.000. Daraufhin wurde entschieden, für den Volkssturm ein einfaches, sogenanntes „Volksgewehr“ zu produzieren, weil die Karabiner 98k für den Bedarf der Wehrmacht benötigt würden. Ziel war die Produktion von 150.000 Volksgewehren pro Monat, im Januar 1945 waren es jedoch erst 500 und im Februar 5.000.¹⁵

An folgenden Beispielen sollen die völlig unzureichende Ausstattung mit Waffen und anderem Gerät dargestellt werden:

Der Gau Bayreuth¹⁶ meldete im November 1944 folgenden Bestand für mehrere Volkssturm-Bataillone.

- 21 Weltkrieg-I-Gewehre mit 270 Schuss Munition
- 15 Karabiner 98k ohne Munition
- 42 italienische Beutegewehre mit 1.370 Schuss Munition
- 44 französische Beutegewehre mit 1.105 Schuss Munition
- 81 Schrotflinten ??
- 27 Kleinkalibergewehre mit 170 Schuss Munition

Bei einem anderen Volkssturm-Bataillon in Franken befanden sich zwar 1.200 Handgranaten, jedoch ohne Zünder. Im Kreis Naugard/Pommern hatte nur jeder zehnte Volkssturm-Mann ein Gewehr mit je 5 Patronen, ein Bataillon beim Endkampf um Berlin hatte für 200 Mann 62 Gewehre, 2 MG, 3 Maschinenpistolen.¹⁷

Der ostpreußische Gauleiter Koch ließ durch eine Wehrmachts-Verwaltungsstelle in Italien für den Volkssturm auf dem Schwarzen Markt 25.000 Paar Schuhe und große Mengen Uniformstoff kaufen, die schließlich doch an die Wehrmacht geliefert wurden.¹⁸ Die gelieferten Schuhe waren Tropenstiefel, für die Nutzung im Winter in Ostpreußen völlig ungeeignet. Alle Volkssturm-Männer mussten in ihrer eigenen Zivilkleidung zum Dienst erscheinen, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten. Einziges Erkennungsmerkmal waren Armbinden mit dem Aufdruck „Deutscher Volkssturm“. Es gab keine Erkennungsmarken und Soldbücher, sondern nur einzelne umgefärbte Reichsbahn-Uniformen. Die Bevölkerung sollte Decken, Koppel, Kochgeschirre und Spaten an den Volkssturm abliefern.¹⁹ Wie miserabel die Ausrüstung war, zeigt ein Aufruf des Regimes aus dem Januar 1945, Bekleidung und andere Ausrüstungsstücke zu sammeln. Auf Unterschlagungen stand die Todesstrafe. Im März 1945 sollte der Volksturm seine wenigen Gewehre 98k an die Wehrmacht abliefern, die von Juni 1944 bis dahin 3,5 Millionen davon verloren hatte²⁰.

Bis zum Kriegsende stritten sich die Wehrmacht, die SS, der Volkssturm und andere um die Priorität bei der Lieferung von Waffen, Munition und anderen Ausrüstungsgegenständen, außerdem die Gauleiter als Reichsverteidigungskommissare mit den örtlichen Wehrmachts-Kommandeuren. Das Führungschaos erreichte bis zum Kriegsende immer neue Höhen, auch als es um die Einberufung des Jahrgangs 1929 ging. Hatte die Wehrmacht oder der Volkssturm Priorität? Im Februar 1945 rief die Partei in höchster Not Frauen zum Hilfsdienst für den Volkssturm auf.

Einen Gesamtüberblick über die Einsätze des Volkssturms gibt es nicht, weil es oberhalb der Bataillone keine weiteren Führungsebenen gab. Der Volkssturm war den örtlichen Wehrmachts-Kommandeuren unterstellt und erhielt von diesen seine Befehle. In der Literatur finden sich zahlreiche Einzeldarstellungen über örtliche Einsätze, aber eben kein Überblick über die Gesamtlage.

Einige Beispiele:²¹

Die meisten Volkssturm-Verbände wurden ab Januar 1945 in Ostpreußen eingesetzt, von denen die meisten dort eingeschlossen wurden, ferner in Nieder- und Oberschlesien und am Oberrhein. Ein Volkssturm-Bataillon aus Rostock wurde im Januar 1945 ohne Ausbildung an die Ostfront verlegt und dort sofort von der Roten Armee überrannt. Am 30. Januar waren von ursprünglich ca. 600 Männern noch 29 am Leben. Im Bereich der 198. Infanterie-Division in Baden sollten 20 Volkssturm-Männer auf einem Kilometer Breite verteidigen, also ein Mann auf 50 Metern. Mehrere badische Volkssturm-Bataillone hatten fast keine Waffen und lösten sich beim Herannahen der Amerikaner auf.



Volkssturm-Männer im Endkampf an der Oder/
Seelower Höhen

Wehrmachtsoffiziere versuchten, den ihnen unterstellten Volkssturm zum Kampf zu zwingen. Wer sich weigerte oder floh, sollte sofort erschossen werden. Wegen angeblicher Feigheit wurden zahlreiche Soldaten und Volkssturm-Männer an der Oder und anderen Einsatzorten aufgehängt.²²

Die in Ostpreußen eingesetzten Volkssturm-Verbände erlitten aufgrund ihrer mangelhaften Ausbildung und Ausrüstung sowie der Überlegenheit der Roten Armee besonders schwere Verluste. Die Reste dieser Verbände wurden in das Innere des Reichsgebietes verlegt, einige zu Strafbataillonen für angebliche Drückeberger umgegliedert. Im Januar 1945 wurden 20 Volkssturm-Bataillone nach Posen verlegt, dort stießen die Spitzen der Roten Armee direkt in sie hinein. Sechzehnjährige sollten Oder-Brückenköpfe gegen die Sowjets verteidigen.

Berichte über das Scheitern des Volkssturms unterlagen einer strengen Zensur, über das Versagen im Einsatz oder Mängel bei Ausrüstung und Ausbildung durfte nicht berichtet werden. Zu den Absurditäten in den letzten Kriegswochen gehört auch, dass Hitler die Aufstellung von 45 Volkssturm-Bataillonen „Zur besonderen Verfügung“ befahl, Eliteverbände mit einer besseren

Ausrüstung. Das Stellvertretende Generalkommando Hannover meldete die stark nachlassende Disziplin des Volkssturms: „Es würde nicht einmal mehr gegrüßt“.²³ Goebbels forderte als Gegenmaßnahme die Führung des Volkssturms durch zuverlässige, fanatisierte Nationalsozialisten.

Im April 1945 wurden Volkssturm-Bataillone auch im Endkampf um Berlin eingesetzt, obwohl sie bereits bei der Verteidigung der „Festungen“ Kolberg und Küstrin, in Mecklenburg und Sachsen schwere Verluste, davon 20 Prozent durch Erfrierungen aufgrund fehlender Winterbekleidung, erlitten hatten. In Küstrin haben nach dem Ende der Kämpfe im März 1945 von 900 nur 118 Volkssturm-Männer überlebt. Seit dem 1. April wurde der Volkssturm auch im sogenannten Ruhrkessel als Polizei gegen Plünderer und Fahnenflüchtige eingesetzt.

An der Verteidigung der Reichshauptstadt beteiligten sich mit der Wehrmacht, SS und Polizei etwa 200 Volkssturm-Bataillone bis zum Einsatz durch die Armee Wenck, zu dem es bekanntlich nicht kam. 12- bis 14-jährige Kinder wurden in den Kampf geschickt und angebliche Drückeberger aus ihren Wohnungen geholt. In zahlreichen Berichten von Zeitzeugen werden die grotesken und menschenverachtenden Einsätze, nicht nur des Volkssturms, beim Kampf um Berlin geschildert. Ein Volkssturm-Führer erhielt dabei das Ritterkreuz. Das Durchhalteblatt „Der Panzerbär“ nannte ihn als ein Beispiel „besten deutschen Soldatentums“. Das Reichspropaganda-Ministerium bildete aus seinem Personal ein Volkssturm-Bataillon.



Jugendliche im Volkssturm - selbst 12- bis 14-jährige Kinder wurden in den Kampf geschickt

Über den geringen militärischen Wert, besonders die völlig unzureichende Ausbildung des Volkssturms beschwerte sich die Wehrmacht. Dabei hatte diese ebenfalls erhebliche Ausbildungsmängel, wie der Befehlshaber des Ersatzheeres bereits Anfang 1944 festgestellt hatte. In den letzten Kriegswochen gab es eine weitere, nicht minder absurde Maßnahme des Regimes: Im März 1945 sollte das „Freikorps Adolf Hitler“ unter Führung von Robert Ley, Chef der 1933 gegründete Deutschen Arbeitsfront und der Freizeit-Organisation Kraft durch Freude (KdF), sich am Kampf beteiligen.²⁴ Dieses Freikorps sollte sich aus Parteifunktionären, Freiwilligen aus Volkssturm und Hitlerjugend rekrutieren. Es gehört zu den zahlreichen Rätseln der letzten Kriegstage, was diese Truppe noch bewirken sollte.

Mit dem Tod Hitlers am 30. April 1945 lösten sich fast alle Organisationen des NS-Regimes, auch der Volkssturm, auf. Aber auch nach diesem Tag wurden noch viele wegen Fahnenflucht oder Drückebergerei erschossen oder erhängt. Am 28. April 1945 kam es in Bayern unter Führung eines Reserveoffiziers zu einem örtlichen Aufstand gegen das NS-Regime, um den Münchner Radiosender für den Widerstand zu nutzen.²⁵ An der Niederschlagung dieses Aufstandes beteiligte sich auch der Volkssturm. Er war also nicht nur Opfer, sondern auch Täter, z. B. als Begleitmannschaften bei den Todesmärschen von KZ-Häftlingen.

Zur Stärke des Volkssturms gibt es aufgrund der dezentralen Organisation in den „Gauen“ keine verlässlichen Angaben. Der bereits genannte, als militärischer Berater tätige Generalmajor Kissel nennt nach 1945 in einem Buch 700 Bataillone, was bei einer Vollaufstellung, zu der es mit Sicherheit nicht gekommen ist, etwa 450.000 Volkssturm-Männer bedeutet hätte, bei 649 Mann je

Der Volkssturm war eine Parteiarmee, nicht Teil des Ersatzheeres, er hat den Verlauf des Krieges nicht beeinflussen, die ihm zugedachte Rolle nicht ausfüllen können.

Bataillon. Erfasst wurden in den vier Aufgebotsgruppen etwa 6 Millionen Mann, die meisten davon waren wegen ihres Einsatzes in der Landwirtschaft, in der Rüstungsindustrie oder aus anderen Gründen wie Krank-

heit oder Alter nicht verfügbar. Unter dem Druck der Partei mussten Musterrückstellungen, gestellt von der SA, auch völlig ungeeignete Kranke oder Behinderte für „tauglich“ erklären, was zu Unmut in der Bevölkerung führte.

V.

Der Volkssturm war eine Parteiarmee, nicht Teil des Ersatzheeres, er hat den Verlauf des Krieges nicht beeinflussen, die ihm zugedachte Rolle nicht ausfüllen können. Nur beim Einsatz hatte die Wehrmacht auf der untersten Ebene Einfluss. Die Verantwortung bzw. Zuständigkeit für alle anderen Aufgaben lag ausschließlich bei der Partei. Gründe für das Versagen waren: miserable oder fehlende Ausrüstung, unzulängliche Ausbildung, schlechte oder überhaupt keine Führung, vor allem die große Überlegenheit des Gegners in allen Bereichen und die immer mehr nachlassende Motivation. Zwar gab es im Volkssturm auch fanatische Nazis, die an den Verbrechen des Regimes mitgewirkt haben, aber auch andere, die in Erkenntnis der Sinn- und Hoffnungslosigkeit ihres Einsatzes ihre Einheiten verlassen hatten, auch als die Wehrmachtstruppen, denen sie zugeteilt waren, längst das Weite gesucht hatten. Das allgemeine Chaos in den letzten Kriegswochen hat dies begünstigt. Zahlreiche Volkssturm-Männer

sind dafür in den letzten Kriegswochen, besonders in Berlin, fast immer ohne Gerichtsurteil, erschossen oder aufgehängt worden.

Spätestens nach Goebbels' berühmter Sportpalastrede am 18. Februar 1942, die danach das Handeln des NS-Regimes bestimmt hatte, wenngleich ohne Erfolg, war auch der Volkssturm ein Element des totalen Krieges, für den Goebbels jetzt als Reichsbevollmächtigter zuständig war.

In Zusammenhang, besonders auch mit dem Volkssturm, kann man eine der wichtigsten Fragen an die neuere deutsche Geschichte stellen, auf die es keine eindeutige Antwort gibt: Warum haben das Deutsche Reich, die Politik, die Wehrmacht, die anderen bewaffneten Organisationen trotz der absehbaren Niederlage so lange aus- und durchgehalten? Abgesehen von den fanatisierten Spitzen des Regimes, die so verbohrt waren, dass sie die Durchhalteparolen Hitlers und seiner Paladine (für die es eine Überlebensfrage war) blind gefolgt sind, gab es auch andere: Nicht nur Mitläufer, sondern auch intelligente und weitsichtige Persönlichkeiten, die den Untergang des Dritten Reiches hätten vorhersehen müssen. Dies gilt besonders für die militärischen Führer, die aufgrund ihrer Ausbildung und Erfahrung zu einer objektiven Beurteilung der hoffnungslosen Lage hätten kommen müssen und z. T. auch gekommen sind. Wie verzweifelt die Lage bereits Mitte 1944 war, konnte in den täglichen Lagebesprechungen der Obersten Führung, z.B. im Oberkommando der Wehrmacht oder des Heeres erkannt werden und wurde zumeist auch erkannt, ohne dass die erforderlichen Konsequenzen gezogen wurden. Nicht nur der Kriegstagebuchführer-Führer im Wehrmachts-Führungsstab, Professor Schramm, hat dies nach 1945 in mehreren Veröffentlichungen eindringlich nachgewiesen.

Warum haben das Deutsche Reich, die Politik, die Wehrmacht, die anderen bewaffneten Organisationen trotz der absehbaren Niederlage so lange aus- und durchgehalten?

Die Verantwortlichen in Politik und Militär hätten erkennen müssen, dass der Volkssturm die in ihn gestellten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen oder in der Nachkriegsjustiz war der Volkssturm kein Thema. Den Spitzen des NS-Regimes – nicht allen – war das Verbrecherische ihres Handelns bewusst. So hatte Himmler im November 1944 angeordnet, die Tötung und Verbrennung der Juden in Auschwitz zu beenden und die Anlagen zu zerstören, um den Alliierten keinen Nachweis darüber zu liefern, was dort geschehen war.

Die sich aus der absehbaren Niederlage ergebenden Konsequenzen waren gegen Hitler, der eine Kapitulation oder die Zurücknahme der Front strikt ablehnte, nicht durchzusetzen. Zweifel am Endsieg waren lebensgefährlich, Widerstand war nach dem Scheitern des 20.

Der Volkssturm ist ein dunkler Mosaikstein in der deutschen Militärgeschichte des Zweiten Weltkriegs. Seine Aufstellung und seine Einsätze waren militärisch sinnlos und oft menschenverachtend, die Erfolglosigkeit von den dafür Verantwortlichen vorhersehbar.

Juli 1944 aussichtslos. Dies ist keine Rechtfertigung für die zahlreichen absurden militärischen, zumeist sinnlosen Maßnahmen. Das Verhalten der Spitzenmilitärs im Zweiten Weltkrieg ist in den letzten Jahren Gegenstand intensiver Forschung in der

Historikerzunft gewesen, eine angemessene Darstellung der Ergebnisse an dieser Stelle ist jedoch kaum möglich. Kriegsverbrechen oder Verbrechen im Kriege hat es bis 1945 in großer Zahl gegeben. Schon deshalb ist der „Ehrenschild der Wehrmacht“ nicht sauber geblieben, wie es in den 1950er Jahren immer wieder behauptet wurde. Die Aufarbeitung der NS-Zeit ist noch lange nicht abgeschlossen.

Der Volkssturm ist ein dunkler Mosaikstein in der deutschen Militärgeschichte des Zweiten Weltkriegs. Seine Aufstellung und seine Einsätze waren militärisch sinnlos und oft menschenverachtend, die Erfolglosigkeit von den dafür Verantwortlichen vorhersehbar.

Zum Autor: Oberst a. D. Dr. Michael P. Vollert war 35 Jahre Berufsoffizier der Bundeswehr im Truppen- und Generalstabsdienst, nach Wechsel in die Wirtschaft acht Jahre Abteilungsleiter in einem Kölner Industrieunternehmen. Im Ruhestand Studium der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 2008 Promotion zum Dr. phil.

Literatur (Auswahl)

Klaus Jürgen Bremm: Deutscher Volkssturm. Das letzte Aufgebot., in: Militär und Geschichte, Bonn 2009.

Christoph R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizei-Bataillon 101, Reinbek 1999.

Karen Hagemann: Die vergessenen Soldatinnen, ZEIT-online v. 17. Mai 2015.

Sven Heinrich Keller: Volksgemeinschaft am Ende, München 2013.

Ian Kershaw: Das Ende, München 2011.

Hans Kissel: Der Deutsche Volkssturm 1944/45, Berlin 1962.

Klaus Mammach: Der Volkssturm. Das letzte Aufgebot, Köln 1981.

Percy Ernst Schramm: Historisches Gutachten über die Kriegslage im Sommer 1944, in: Herbert Kraus: Die im Braunschweiger Remer-Prozess erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil, Hamburg 1953.

Kriegstagebuch des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht 1940 – 1945, geführt von Helmuth Greiner und Percy Ernst Schramm, Stuttgart 1963.

Franz W. Seidler: Der Deutsche Volkssturm. Das letzte Aufgebot, München 1991.

Reinhard Stumpf: Die Luftwaffe als drittes Heer und das Problem der Sonderheere 1939 – 1945, in: Industrielle Welt, hrsg. von Ulrich Engelhardt u. a., Stuttgart 1976.

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart, verschiedene Jahrgänge.

Band 8 Die Ostfront

Band 9/1 und 9/2 Die deutsche Kriegsgesellschaft

Band 10/1 und 10/2 Das Kriegsende

Anmerkungen

- 1 Die Angaben wurden aus dem Aufsatz Stumpf, Die Luftwaffe als drittes Heer, übernommen.
- 2 Ausführlich: Wikipedia v. 27. Dez. 2018.
- 3 Hagemann, Die vergessenen Soldatinnen.
- 4 Gutachten Schramm im Remer-Prozeß.
- 5 Ein weiterer Überblick zur militärischen Lage des Deutschen Reiches 1944/45 findet sich in der Reihe *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, besonders Band 7, 8, 10/1 und 10/2.
- 6 Abgedruckt in Mammach, Der Volkssturm S. 33
- 7 Zur Frage der Ausbildung s. Mammach, S. 60ff.
- 8 Mammach, S. 35.
- 9 Ebd. S. 38.f.
- 10 Ebd. S. 58.
- 11 Ebd. S. 55.

- 12 Ebd. S. 64.
- 13 Ebd., S. 100.
- 14 Bremm, Volkssturm, S. 11.
- 15 Mammach, S. 66.
- 16 Ebd., S. 65.
- 17 Ebd., S. 68.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd., S. 98.
- 20 Ebd., S. 97.
- 21 Ebd., S. 108ff.
- 22 Ebd., S. 81.
- 23 Studt, Daten, S. 25.
- 24 Ebd., S. 87.
- 25 Mammach, S. 127.

Der Offizier als Träger von Tradition und Traditionspflege

Christian E.O. Millorat
Manuela R. Krueger

Der frühere Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, Stefan Berg, hat im *Der Spiegel* vom 03.11. 2018 unter der Überschrift „Die Kunst der Selbstanpreisung. Was man sich so vom Westen und seinen Bewohnern abgucken kann“ geäußert:

„Um [ein] bruchloses Verhältnis zur eigenen Geschichte beneide ich manche Westdeutsche. Die DDR hatte unsere Wurzeln gekappt.“¹

Die Kommunisten in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) kappten die deutschen Traditionslinien in allen Bereichen und schufen und oktroyierten ihren Bürgern neue. Im Zuge dieser Entwicklung wurden beispielsweise das Berliner Stadtschloss und die Garnisonskirche in Potsdam gesprengt und vieles Alte demoliert. Unter der Maske einer Uniform, die an die der Wehrmacht angelehnt war, und ihrer Selbstdarstellung durch den Stechschritt früherer deutscher Armeen, sowie Säbeln und Ehrendolchen entstand die Nationale Volksarmee mit ihrem von allem Bisherigen abweichenden „Klassenauftrag“. Er lautete:

„Die Nationale Volksarmee ist das militärische Machtinstrument der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik. An der Seite und in enger Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee und den Armeen der anderen Staaten des Warschauer Vertrages schützt sie zuverlässig den Frieden und die sozialistischen Errungenschaften.“²

Politorgane, in der Truppe Politoffiziere, waren für die Erfüllung der Parteibeschlüsse in der Truppe verantwortlich, nahmen Einfluss auf die Durchsetzung der militärischen Bestimmungen, vermittelten die Traditionsinhalte und leiteten ihre Gestaltung.³ Manipulierte Traditionslinien und -inhalte wurden verordnet, wenn sie für die Ziele der Kommunisten zurechtgebogen werden konnten.

Traditionsverständnis und Traditionspflege in der Bundeswehr und ihre Vermittlung durch die Offiziere

Wie haben sich Traditionsverständnis und Traditionspflege in der Bundeswehr und ihre Vermittlung durch die Offiziere entwickelt? Gab es dabei von der Führung angeordnete Brüche und Vorgaben wie in der NVA? Wenn ja, was waren die Konsequenzen und welche Herausforderungen waren dabei von den verantwortlichen Offizieren zu bewältigen? Diese Fragen sollen im Folgenden beantwortet werden.

Wie die anderen Armeen des NATO- Bündnisses braucht auch die Bundeswehr ein Traditionsverständnis und Traditionspflege. Der Titel des bisherigen Traditionserlasses der Bundeswehr vom 20. September 1982 lautete *Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr*.⁴ Diese beiden Begriffe sind Schlüsselbegriffe in den Traditionsdebatten in Deutschland,

Deutschlands Verbündete gehen bei der Traditionspflege andere Wege. Sie gründen auf ungebrochenen Traditionslinien, die nicht in Erlassen geregelt werden, und sind auf herausragende Offizierspersönlichkeiten ausgerichtet. Dabei werden dunkle Phasen und Ereignisse der eigenen Militärgeschichte bei Einsätzen in den früheren Kolonien und in den beiden Weltkriegen übergangen, ausgeblendet oder geschönt.

die seit der Aufstellung der Bundeswehr immer aufbrandeten, wenn sie durch Erlasse der Bundesminister der Verteidigung geregelt werden sollten. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand immer die Frage nach der Traditionswürdigkeit der Wehrmacht für die Bundeswehr als Ganzes oder einzelner ihrer Soldaten. Diese Debatten werden im Folgenden im Lichte der Traditionserlasse von 1965, 1982 und 2018 behandelt, bevor im Traditionserlass vom März 2018 eingeschlagene neue Wege vorgestellt werden.

Der Offizier von heute als Gestalter der Traditionspflege muss sie kennen und bewerten können.

In Deutschland und in Österreich werden Traditionsverständnis und Traditionspflege der Streitkräfte in Erlassen der VerteidigungsministerInnen verordnet. Deutschlands Verbündete gehen bei der Traditionspflege andere Wege. Sie gründen auf ungebrochenen Traditionslinien, die nicht in Erlassen geregelt werden, und sind auf herausragende Offizierspersönlichkeiten ausgerichtet. Dabei werden dunkle Phasen und Ereignisse der eigenen Militärgeschichte bei Einsätzen in den früheren Kolonien und in den beiden Weltkriegen übergangen, ausgeblendet oder geschönt.

Wie die Traditionserlasse in der Truppe durch die Offiziere umgesetzt werden, erschließt sich nur in Gesprächen mit vielen Soldatinnen und Soldaten sowie durch Recherchen in Stäben und Schulen sowie im Bundesministerium der Verteidigung. Das Verständnis von Tradition und die Traditionspflege scheinen in der Bundeswehr bisher zwischen ihrer offiziell verordneten und reell praktizierten Form ungenügend miteinander verzahnt gewesen zu sein. Haben hierbei die verantwortlichen Offiziere versagt? Wenn ja, aus welchen Gründen?

Im Presseterminhinweis des deutschen Bundesministeriums der Verteidigung vom 14. August 2017 wurde zur Bedeutung von Traditionsverständnis und Traditionspflege in der Bundeswehr ausgeführt:

„Tradition und Traditionspflege sind für die Bundeswehr unverzichtbare Bestandteile ihrer Identität. Tradition ermöglicht die Bewahrung, Pflege und Weitergabe überlieferungswürdiger Werte und soldatischer Vorbilder. Als geistige Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft gibt sie Orientierung für das Führen in der Bundeswehr und ist Teil des Fundaments soldatischen Handelns, das den Wesenskern von Streitkräften ausmacht.“⁵

Debatten über das Traditionsverständnis

Tradition und Traditionspflege werden also in der Bundeswehr als wichtiger Bestandteil ihrer Identität und ihres Selbstverständnisses bewertet. Im Jahre 1965 erließ der deutsche Verteidigungsminister, Kai-Uwe von Hassel, den ersten Traditionserlass für die Bundeswehr, 1982 Verteidigungsminister Dr. Hans Apel den Zweiten, 2018 Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen den Dritten.⁶ Bei den kontroversen Debatten vor und nach deren Herausgabe ist, immer die Rolle der Deutschen Wehrmacht und die Frage, ob und inwieweit sie oder einzelne ihrer Soldaten traditionswürdig für die Bundeswehr sein können, ein Streitpunkt gewesen. Die Literatur weist aus, dass die Ausklammerung der Deutschen Wehrmacht als tradierwürdig auch aus den österreichischen Traditionserlassen von 2001 und 2010 auf Kritik gestoßen⁷ ist, obwohl in den Grundlagen, 2. *Zweck der Tradition*, des Erlasses von 2001 als Leitlinie formuliert worden ist:

„Wohl können aber vorbildhafte und im Einzelfall zu prüfende Verhaltensweisen von Österreichern in der Deutschen Wehrmacht und von Männern und Frauen des pro-österreichischen Widerstands ein Element der Traditionspflege sein.“⁸

Im Erlass vom 1. Juli 1965, *Bundeswehr und Tradition*, wurde angeordnet, dass Traditionen ehemaliger Truppenteile der Wehrmacht an Truppenteile der Bundeswehr nicht verliehen werden dürfen.⁹ In den *Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr* von 1982 wurde verfügt, dass Begegnungen im Rahmen der Traditionspflege nur mit solchen Personen oder Verbänden erfolgen dürfen, die in ihrer politischen Grundeinstellung den Werten und Zielvorstellungen der deutschen verfassungsmäßigen Ordnung verpflichtet sind. In ihm wurde, über den Traditionserlass von 1965 hinausgehend, verboten, Traditionen von Truppenteilen aller ehemaligen deutschen Streitkräfte und nicht nur der Wehrmacht zu verleihen und untersagt, Fahnen und Standarten früherer deutscher Truppenteile in der Bundeswehr mitzuführen oder zu begleiten.¹⁰ Hiernach waren nur die verordneten drei Traditionslinien, die auch Bundesminister der Verteidigung Rudolf Scharping in seiner Rede am 17. Februar 1999 an der Führungsakademie der Bundeswehr aufführte, aus der gesamten deutschen Militärgeschichte für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr traditionswürdig: „[...] Ideen der preußischen Staats- und Heeresreformer von 1806, die verpflichtenden Ideale des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus“ und dass „die Bundeswehr [...] eine eigene Tradition begründet hat.“¹¹ In Deutschland sind die Gebote und Verbote des Erlasses von 1982 bis zum Erlass von 2018 nachinterpretiert, eingengt und erweitert worden, z.B. dass in der Bundeswehr herausragende, einzelne Soldaten der Wehrmacht tradierwürdig sein könnten, aber nur mündlich, z.B. durch den Verteidigungsminister von 1992 bis 1998, Volker Rühle.¹² Dieser Vorgang wird im Folgenden vertieft.

Am Erlass von 1982 ist neben der Problematik der Traditionswürdigkeit der Wehrmacht auch Kritik an seinen Beschränkungen auf die preußischen Militärreformen nach 1806, den 20. Juli 1944 und die in der Bundeswehr entstandene Tradition geübt worden. 2017 ist die Diskussion um Tradition und Traditionsverständnis erneut geführt worden.

In den Jahren 2005 und 2011 versuchten hochrangige deutsche Politiker auf die genannten Auseinandersetzungen um das Traditionsverständnis Einfluss zu nehmen. Bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 10. Oktober 2005 in Bonn anlässlich des 50. Geburtstags der Bundeswehr führte der damalige Bundespräsident Horst Köhler zur Tradition in den Streitkräften aus:

„Die Bundeswehr hat unserem Land 50 Jahre treu gedient. Sie hat damit ihre eigene, gute Tradition begründet, und sie pflegt die Tradition ihrer Vorgängerarmeen, getreu dem Apostelwort: ‚Prüfet alles! Das Gute behaltet‘.“¹³

Bei der Wiedereröffnung des Militärgeschichtlichen Museums in Dresden am 14.10.2011 führte Bundesminister der Verteidigung Thomas de Maizière zur Traditionspflege in der Bundeswehr aus, es könne sich keine ungebrochene, gerade Traditionslinie von der Wehrmacht zur Bundeswehr ziehen lassen. Dem ehrenden Gedenken einzelner unbelasteter Wehrmachtssoldaten oder deren Handlungen stehe jedoch nichts im Wege. Durch die internationalen Einsätze werde die Tradition der Bundeswehr europäischer und internationaler.¹⁴ Die Äußerungen der beiden Politiker regten keine neue Traditionsdebatte in Truppe und Öffentlichkeit an. Sie verhallten ohne Echo.¹⁵

Im Mai 2017 hat der in der deutschen Öffentlichkeit geäußerte Verdacht der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, in der Bundeswehr gäbe es rechtsradikale, auf die Wehrmacht fixierte Umtriebe, und die Bundeswehr müsse daher eine neue Grundlage ihrer Traditionspflege schaffen, in welcher traditionsbildende Ereignisse aus ihrer Geschichte deutlicher als bisher werden müssten, bei vielen Politikern und Meinungsträgern einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Nach diesem Verdacht der Ministerin sowie kurz darauf durch militärische Vorgesetzte veranlasste Aktionen wie das Abhängen eines Bildes des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt in Wehrmachtsuniform in einem Raum der Bundeswehruniversität in Hamburg sowie eine rechtlich bedenkliche Durchsuchung von Kasernenstuben und Traditionsräumen auf der Suche nach Erinnerungsstücken an die Wehrmacht wurden als bilderstürmerische Aktionen moniert. Ministerin von der Leyen erntete Kritik und verlor Vertrauen in der Truppe.¹⁶ Der frühere deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle, wie die Ministerin Politiker der CDU, hat dazu in der Zeitung *Welt am Sonntag* festgestellt:

„Es ist völlig unangemessen und absurd, die ganze Bundeswehr unter einen Wehrmachtsverdacht zu stellen, [...] damit entstehe ‚ein Zerrbild der Bundeswehr‘. Innerhalb der Truppe und für die Bundeswehr insgesamt sei dadurch viel Schaden angerichtet worden.“¹⁷

Der Historiker und Buchautor Dr. Ulrich Schlie, von 2012 bis 2014 Leiter der Abteilung Politik im Bundesministerium der Verteidigung, hat 2010 in seinem Aufsatz *Bundeswehr und Tradition: ein einfaches, aber notwendiges Verhältnis* festgestellt:

„Es kann [...] mit Fug und Recht als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet werden, dass die Zahl unzweifelhafter Verstöße gegen den Geist der Streitkräfte in der

*Demokratie [in der Geschichte der Bundeswehr] sehr überschaubar geblieben ist. Es waren nie mehr als Verirrungen Einzelner, die dann mit großem publizistischen Getöse ein angeblich rückwärtsgerichtetes Selbstverständnis in der Bundeswehr belegen sollten [...].*¹⁸

Er verweist auf Beispiele wie die Einladung des höchstdekorierten Offiziers der Wehrmacht und bekennenden Rechtsradikalen, Oberst Ulrich Rudel, 1976 zum Aufklärungsgeschwader Immelmann und die daraufhin folgende Entlassung von zwei Kommandeuren der Luftflotte durch den Verteidigungsminister Georg Leber, die befehlswidrige Teilnahme von Soldaten in Uniform an der Beerdigung von Großadmiral Karl Dönitz, der von Hitler in den letzten Tagen des Großdeutschen Reiches als Staatsoberhaupt eingesetzt wurde, im Jahre 1980 und die Benennung einer Kaserne nach dem Nazianhänger, Generaloberst Eduard Dietl, die erst 1995 umbenannt wurde. Im Oktoberheft 2017 des Magazins des Deutschen Bundeswehrverbands Die Bundeswehr haben der deutsch-israelische Historiker Michael Wolffsohn, von 1981 bis 2012 Professor an der Bundeswehruniversität in München, und der wissenschaftliche Mitarbeiter an der Professur für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam, Bastian Matteo Scianna, in ihrem gemeinsamen Aufsatz *Die Bundeswehr ist eine Erfolgsgeschichte* die Beurteilung von Schlie stützend, festgestellt:

*„Die Bundeswehr musste und hat sich früh sowie kontinuierlich der Vergangenheit gestellt. Trotz der anfänglichen Grautöne sowie jüngster Rück- und Vorfälle [im Jahre 2017] ist sie eine Erfolgsgeschichte der Vergangenheitsbewältigung und kein terroristisches oder geschichtsrevisionistisches Sammelbecken.“*¹⁹

Dieses positive Urteil bekämpfte fanatisch neben anderen der verstorbene, in der Zeit des Nationalsozialismus als Halbjude verfolgte Autor Ralph Giordano in seinem Buch von 2000, *Die Traditionslüge: Vom Kriegerkult in der Bundeswehr* ebenso wie auch heute noch der langjährige Bundeswehrkritiker Detlev Bald, letztmalig in seinem Buch von 2005, *Die Bundeswehr: Eine kritische Geschichte 1955-2005*.²⁰ Beide gehören zur Gruppe von Wissenschaftlern und Autoren, die Kritik üben, dass sich die Bundeswehr im Rahmen der NATO und mit einem Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, gebilligt durch das Bundesverfassungsgericht, seit 1994 auch an internationalen Krisenreaktionseinsätzen beteiligen darf und zu einem aktiven Instrument der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Friedensmissions- und Kampfeinsätzen geworden ist. Die auf General Ulrich de Maizière, Generalinspekteur von

1966 bis 1972, zurückgehende Formulierung, die in den Jahrzehnten des Kalten Krieges gelten sollte, [...] man [, die Bundeswehr,] solle kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“²¹, hat sein Sohn, Dr. Thomas de Maizière, als Verteidigungsminister bei der Vorstellung der zukünftigen Struktur der Bundeswehr im Jahre 2011 in den Leitsatz umformuliert: „Soldaten müssen kämpfen können, um nicht zu sterben oder um das Leben anderer zu schützen“.²² Sehr spät wurde damit von der Führung der Bundeswehr beschrieben und gefordert, welches Selbstverständnis unsere Soldatinnen und Soldaten in einer einsatzbereiten Bundeswehr haben müssen. Für die Bundeswehr, in internationalen Friedensmissionseinsätzen seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit Gefallenen und Verwundeten, hätte diese Forderung viel früher erfolgen müssen.

Sehr spät wurde damit von der Führung der Bundeswehr beschrieben und gefordert, welches Selbstverständnis unsere Soldatinnen und Soldaten in einer einsatzbereiten Bundeswehr haben müssen. Für die Bundeswehr, in internationalen Friedensmissionseinsätzen seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit Gefallenen und Verwundeten, hätte diese Forderung viel früher erfolgen müssen.

Detlev Bald hält die aus den neuen Verhältnissen von Minister de Maizière abgeleitete Maxime, Gefechtstüchtigkeit in den Mittelpunkt der soldatischen Existenz zu stellen, für falsch. Diesen Paradigmenwechsel zum Kämpfer hält er für Politik gegen die Bildungsreform von 1970/71 und gegen ihr Ziel gerichtet, Militärpolitik als Friedenshandeln zu propagieren, dies durch die politisch-ethischen Bindungen der Bundeswehr stärker zu verdeutlichen und ihr die Aufgabe zu übertragen, vor allem harmonische zivil-militärische Verhältnisse zu sichern.²³

Die Autoren Bald und auch Giordano verdammen in ihren Werken die Wehrmacht und ihre Soldaten, die sie mit der altrömischen Strafe der *damnatio memoriae* belegen wollen. Wolffsohn und Scianna behandeln in ihrem, die Traditionen verschiedener Streitkräfte analysierenden Aufsatz, auch die Offiziere des französischen *Vichy-Regimes* und die Problematik der französischen, nach 1945 verfügbaren ungebrochenen Traditionslinien in ihren Streitkräften trotz vieler Kriegsverbrechen, zuletzt in Algerien bis zu dessen Unabhängigkeit im Jahre 1961. Sie kritisieren den fragwürdigen Mythos der *Resistenza* in Italien.²⁴ Sie verweisen auch auf Entwicklungen in Österreich, wo man die Wehrmacht als traditionsbegründend ausgeklammert und im sogenannten *Oberstenparagrafen* des Staatsvertrags den aktiven Dienst von Offizieren, anders als in Deutschland, ausgeschlossen habe, die in der Wehrmacht den Rang eines Obersten hatten.²⁵ Die Großdeutsche Wehrmacht sei unerwähnt geblieben, obwohl das neue Bundesheer von kriegsgedienten Offizieren aus ihr geprägt worden sei.²⁶

Debatten um das Traditionsverständnis der Bundeswehr werden wahrscheinlich in Diskursen auch in Zukunft immer wieder wie ein *Evergreen* aufbränden und sich an Ereignissen entzünden, die vermutete rechtsradikale, wehrmachtsorientierte Vorfälle in der Truppe zum Inhalt haben. Im Zuge eines transparenten und inklusiven Prozesses hat Ministerin von der Leyen daher die längst fällige Überarbeitung des veralteten Traditionserlasses von 1982 angewiesen. In vier *Workshops* von August bis November 2017 mit breiter Einbindung von Soldatinnen und Soldaten sowie zivilen MitarbeiterInnen der Bundeswehr und internen/ externen Fachleuten ist der Weg zu dem neuen Traditionserlass vom März 2018 beschritten worden. Er sollte stärker im Kontext von europäischer Verteidigungsidentität und transatlantischer Sicherheitspartnerschaft stehen, also die dringend notwendigen Erweiterungen erhalten, die schon lange, besonders von Soldatinnen und Soldaten, vor allem Offizieren, während und nach den internationalen Krisenreaktionseinsätzen der Bundeswehr gefordert wurden.²⁷

Im Folgenden werden weitere Kritikpunkte an den Regelungen der Traditionserlasse der Bundeswehr von 1965 und 1982, ihren Fallstricken und Anweisungen für die Offiziere, die für ihre Vermittlung sowie die Traditionspflege in der Truppe verantwortlich waren, behandelt.

Der Traditionserlass von 1965

Dem ersten Traditionserlass des Bundesministers der Verteidigung Kai-Uwe von Hassel vom 1. Juli 1965 waren heftige Debatten vorausgegangen, die sich vor allem um die Traditionswürdigkeit der Attentäter des 20. Juli 1944 und dem Wollen von hohen Offizieren jener Zeit, eine „saubere Wehrmacht“ für die Bundeswehr darzustellen, rankten.²⁸ Obwohl der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, 1954 in einer Feierstunde die Frauen und Männer des 20. Juli 1944 als Vorbild herausgestellt hatte, bewerteten eine große Zahl der zu Beginn der 60er Jahre etwa 13.000 früheren Wehrmachtsoffiziere, die in der Bundeswehr dienten, das Attentat gegen Hitler noch immer als Landesverrat. Ein Verdienst des Erlasses war, dass er den Widerstand gegen Hitler am 20. Juli 1944 ausdrücklich positiv gewürdigt hat. Abgesehen von der Ehrenerklärung Konrad Adenauers vom 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag für die Soldaten der Wehrmacht, tauchte das Wort „Wehrmacht“ im Erlass nicht auf. Eine Traditionslinie zu ihr wurde vermieden. Für viele Felder, z.B. Kasernenbenennungen, vermied er auch die notwendige Klarheit. Er enthielt Aussagen über: Kasernenbenennungen, welche „[...] nach Persönlich-

keiten benannt werden, die in Haltung und Leistung beispielhaft waren²⁹ oder „in der Geschichte nehmen alle Menschen teil an Glück und Verdienst wie an Verhängnis und Schuld“³⁰.

General Ulrich de Maizière hat in seinem Buch *In der Pflicht* von 1989 ausgeführt, der Traditionserlass von 1965 habe zum Ziel gehabt, einen in der Bundeswehr stattgefundenen „Traditionswildwuchs“³¹ einzuhegen. Er habe sich auf eine breite, wenn auch nicht einhellige Zustimmung von Politik, Wissenschaft, Öffentlichkeit und Soldaten stützen können.³² An dem Weiterführen der Kontaktpflege mit Angehörigen früherer deutscher Streitkräfte, vor allem mit früheren Offizieren und Traditionsvereinen der Wehrmacht, änderte der Erlass in der Praxis der Truppe wenig. Sie wurden einfach bei vielen Truppenteilen wie bisher weitergeführt und mit ehemaligen Soldaten der Wehrmacht geknüpfte Traditionsbeziehungen nicht gekappt. Die Offiziere als Träger der Tradition nahmen sich die Freiheit heraus, gegen die diesbezüglichen Regelungen des Erlasses zu handeln. Sanktionen fanden nur statt, wenn das Tabu Wehrmacht grob verletzt wurde. Das alles erschwerte den Offizieren die Unterrichtung der Truppe über Tradition. Der Erlass von 1965 bot ihnen keinen eindeutigen sowie akzeptablen Kompass für das Verständnis von Tradition, ihrer Vermittlung und eine von der Truppe positiv aufgenommene Traditionspflege.

Der Traditionserlass von 1982

Zwei Wochen vor dem Ende der Regierung von Bundeskanzler Helmut Schmidt, am 20. September 1982, erließ der Bundesminister der Verteidigung, Hans Apel, den zweiten Traditionserlass der Bundeswehr. Die behandelte demokratische „[...] Wertegebundenheit der Streitkräfte“³³ war seine oberste Orientierung und Leitlinie. Seine Formulierung:

*„In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos missbraucht. Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen“*³⁴, wurde heftig kritisiert.

Der neue Bundesminister der Verteidigung nach Hans Apel, Manfred Wörner, sah in diesen Formulierungen eine Beschmutzung des „Ehrenschildes der Wehrmacht“³⁵ und kündigte im Oktober 1982 bei seiner Amtsübernahme an, er werde den Traditionserlass umgehend aufheben. Wegen der Geschehnisse um die Affäre des unzutreffend der Homosexualität verdächtigten Generals Dr. Günter Kießling, dem Stellvertreter des *Supreme Allied Commanders Central*

Europe, die Wörner beinahe das Amt gekostet hätte, auch dessen zunehmende Erkenntnis, dass auch Soldaten der Wehrmacht Kriegsverbrechen begangen hatten, führten offensichtlich dazu, dass der Minister den Erlass nicht aufhob. Er interpretierte ihn in Bezug auf die Tradierwürdigkeit früherer ehrenhaft kämpfender Wehrmachtssoldaten lediglich, wie später die Bundesminister Rühle und de Maizière, mündlich nach, ohne dass seine mündlichen Äußerungen in den Traditionserlass aufgenommen wurden.

Kritik entzündete sich auch an anderen Regelungen des zweiten Traditionserlasses der Bundeswehr: Die in ihm erfolgte Verklärung der preußischen Militärreformer, die entgegen der Forderungen des Erlasses zur Traditionswürdigkeit keine demokratischen politischen Entwicklungen in Deutschland angestrebt haben und Mitschuld an der Entstehung des verhängnisvollen anti-französischen Affekts tragen, der sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts auf die Beziehungen beider Länder verheerend ausgewirkt hat, wurden kritisiert.

Vor allem aber ließ der Erlass Entwicklungen außer Acht, die in früheren deutschen Streitkräften stattfanden, die in der Bundeswehr vielfältig in modernem Gewand weiterwirken und von bedeutenden Soldaten wie, um nur einige Namen zu nennen, neben dem Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke, den Generalen von Schlichting, von Seeckt und von hohen Truppenführern in den beiden Weltkriegen wie den Generalfeldmarschällen von Mackensen, von Hindenburg, von Manstein, Rommel sowie dem Generalobersten Guderian neben vielen anderen entwickelt und erprobt worden sind. Als Kinder ihrer Zeit haben diese Soldaten keine freiheitlichen und demokratischen Traditionen entwickeln wollen oder entwickelt.³⁶ Sie hatten auch nicht „[...] über die militärische Bewährung hinaus an politischen Erneuerungen teil, die zur Entstehung einer mündigen Bürgerschaft beigetragen und den Weg für ein freiheitliches, republikanisches und demokratisches Deutschland gewiesen haben.“³⁷, wie der Traditionserlass als Maßstab für tradierwürdige Soldaten der Vergangenheit forderte, denen in der Bundeswehr dieses Prädikat zuerkannt werden darf. Aber sie alle waren hoch talentierte Soldaten sowie herausragende Menschenführer, die von Deutschlands Verbündeten verehrt, deren militärische Leistungen studiert und in der Lehre ihrer hohen militärischen Ausbildungseinrichtungen behandelt werden. Sie haben die heutige preußisch-deutsche Militärkultur geschaffen.³⁸ Die Beschränkungen des zweiten Traditionserlasses auf die behandelten *Traditionslinien*: „preußische Militärreformer“, „20. Juli 1944“ und „Geschichte der Bundeswehr“, wurden daher als wirklichkeitsfremd und lückenhaft beurteilt. Die historischen Insellösungen von 1982 lassen Parallelen

zu dem angeführten, manipulierten Vorgehen der Führung der DDR bei der Traditionspflege der NVA unter der Maske der Selbstdarstellung und Uniformierung der Wehrmacht erkennen.

Die Restriktionen des Traditionserlasses von 1982 wurden in der Bundeswehr immer wieder umgangen und um die beruflichen Felder preußisch-deutsches Generalstabssystem mit seiner Pflicht, dass Vorgesetzte den Rat ihrer Führergehilfen anhören müssen, Verfahren der Stabsarbeit, Entscheidungsfindung, Befehlsgebung und Führen mittels einer immer weiter entwickelten Auftragsaktik erweitert. Die Bearbeiter der Dienstvorschriftenreihe *HDv 100* von 2000 haben viele von ihnen in sie aufgenommen, obwohl ihre Schöpfer und Ausgestalter nach dem Erlass nicht traditionswürdig sein sollten.³⁹ Das ist niemandem aufgefallen und weist auf ein Defizit an historischer Bildung in der damaligen Bundeswehr hin. Unsere Verbündeten haben diese Beschränkungen, Kinder des damaligen utopischen, ideologischen und pädagogischen Zeitalters, nie verstanden, haben sie ignoriert und die mit Tradition befassten Soldaten der Bundeswehr häufig als Sonderlinge bezeichnet. In ihrer Lehre hatten- es sei wiederholt - die angeführten bedeutenden Soldaten der deutschen Militärgeschichte immer einen festen Platz, mehr als damals in der Bundeswehr. Deutsche Teilnehmer an Lehr- und Studiengängen an ausländischen Akademien und Universitäten wurden häufig beauftragt, Referate über Manstein, Rommel, den älteren Moltke und andere bedeutende Soldaten der deutschen Militärgeschichte zu halten. Sie hätten sich lächerlich gemacht, wenn sie darauf verwiesen hätten, dass diese Soldaten nach dem Erlass von 1982 nicht tradierwürdig seien. Das hätte dem Ruf der Bundeswehr bei unseren Verbündeten geschadet. Die deutschen Lehrgangsteilnehmer haben dies meistens vermieden. Es wäre sicher einer wissenschaftlichen Untersuchung wert, inwieweit die strikten Regelungen des Erlasses von 1982 das Interesse der Offiziere an historischen Vorgängen aus Angst vor Sanktionen reduziert haben könnte.

Unsere Verbündeten haben diese Beschränkungen, Kinder des damaligen utopischen, ideologischen und pädagogischen Zeitalters, nie verstanden, haben sie ignoriert und die mit Tradition befassten Soldaten der Bundeswehr häufig als Sonderlinge bezeichnet. In ihrer Lehre hatten- es sei wiederholt - die angeführten bedeutenden Soldaten der deutschen Militärgeschichte immer einen festen Platz, mehr als damals in der Bundeswehr.

Abschließend sei über den Traditionserlass von 1982 festgestellt: Ein Erlass, der Inhalte befiehlt und Verbote enthält, die in der Praxis der Truppe und im Umgang mit unseren Verbündeten nicht befolgt werden, ist wertlos und

schädlich. Er kann keinen Anspruch auf Gehorsam erheben, verführt zur Illoyalität gegenüber der politischen Führung der Bundeswehr und erschwert die Aufgabe der Offiziere beim Vermitteln von Tradition und bei einer die Truppe begeisternden Traditionspflege.

Der neue Traditionserlass von 2018

Der auf der Grundlage der vier erwähnten *Workshops* der Ministerin von der Leyen in der Abteilung Führung Streitkräfte des Bundesministeriums der Verteidigung entwickelte neue Erlass, *Die Tradition der Bundeswehr: Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege* wurde nach Behandlung im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages am 28. März 2018 erlassen.⁴⁰ Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat ihn in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Februar 2018 unter der Überschrift, *Traditionspflege ermöglicht Modernität*, wie folgt gewürdigt:

„Der Zweck der Traditionspflege ist, Modernität zu ermöglichen. Es geht also nicht um nostalgische Folklore oder eine politisch heikle Erinnerung an vergangene Heldentaten, sondern um das kollektiv-psychologische Gleichgewicht einer Organisation, die sich wie kaum eine andere der Zukunft zu stellen hat. Das jedenfalls ist der politisch-theoretische Blick auf die Arbeit am neuen Traditionserlass der Bundeswehr.“⁴¹

Die nicht Tradierwürdigkeit der Wehrmacht als Ganzes, jedoch die einzelner ihrer Soldaten, wird im neuen Erlass betont, die gesamte deutsche, von Brü-

Neben historischen Beispielen für zeitlos gültige soldatische Tugenden und Beispiele für militärische Exzellenz, zum Beispiel herausragende Truppenführung, werden in früheren deutschen Streitkräften entwickelte, fortschrittliche und richtungsweisende Verfahren, Strukturen und Prinzipien, die noch heute Bedeutung haben, für tradierwürdig erklärt, etwa die moderne Stabsarbeit, das Führen mit Auftrag, das Führen von vorne oder das Generalstabswesen.

chen und Zäsuren geprägte Militärgeschichte nun in den Blick genommen, die Insellösungen des Erlasses von 1982 aufgegeben. Neben historischen Beispielen für zeitlos gültige soldatische Tugenden und Beispiele für militärische Exzellenz, zum Beispiel herausragende Truppenführung, werden in früheren deutschen Streitkräften entwickelte, fortschrittliche und richtungsweisende Verfahren, Strukturen und Prinzipien, die noch heute Bedeutung haben, für tradierwürdig erklärt, etwa die moder-

ne Stabsarbeit, das Führen mit Auftrag, das Führen von vorne oder das Generalstabswesen.⁴²

Damit sind hauptsächlich als Kritikpunkte im Erlass von 1982 dargestellte Mängel endlich beseitigt worden. Einer der zentralen Bezugspunkte der Tradition der Bundeswehr im Traditionserlass 2018 ist ihre eigene, lange Geschichte. Dazu gehören ihre Leistungen im Kalten Krieg, das Schaffen der Armee der Einheit, die Aussöhnung Deutschlands mit ehemaligen Kriegsgegnern, ihre Bewährung in Einsätzen und das Erbe der allgemeinen Wehrpflicht. Der Erlass stellt insgesamt ausgewogene Proportionen zum Traditionsverständnis bzw. der Traditionspflege zwischen Vergangenheit und Gegenwart her. Er bindet keine Truppenteile und Ausbildungseinrichtungen an tradierwürdige Persönlichkeiten der Vergangenheit, Schlachten oder Orte. Diese in der gesamten deutschen Militärgeschichte auszusuchen, wird den Offizieren, die Tradition und Traditionsverständnis in der Truppe vermitteln, nunmehr überlassen. Die Gängelungen, die im utopischen, ideologischen und pädagogischen Zeitalter in Deutschland auch im Bereich von Tradition und Traditionspflege in den Streitkräften üblich waren, sind im neuen Traditionserlass der Bundeswehr vermieden worden. In den Medien und Bildungseinrichtungen Deutschlands sind sie jedoch bis auf den heutigen Tag wirkungsmächtig geblieben, Stichwort Befindlichkeiten der deutschen „postheroischen Gesellschaft“ von heute. Das erschwert die Vermittlung von Wissen über die deutschen Streitkräfte und ihrer Geschichte sowie ihre Traditionspflege in der deutschen Öffentlichkeit. Auf diesem Feld liegt vor den Offizieren eine gigantische Aufgabe. Traditionspflege und historische Bildung sind nach dem Erlass Führungsaufgaben und liegen in der Verantwortung der jeweiligen Vorgesetzten, vor allem der KommandeurInnen und ihrer Offiziere. Die aufgeführten Fallstricke für Offiziere beim Vermitteln von Tradition und Traditionsverständnis in der Truppe, angelegt in den Traditionserlassen von 1965 und 1982, sind endlich beseitigt worden. Das erleichtert den Offizieren als Träger der Tradition ihre loyale Umsetzung erheblich.

Herausforderungen beim Umsetzen des neuen Traditionserlasses

In Deutschland ist offensichtlich bisher die emotionale und physische Seite des Traditionsverständnisses zu kurz gekommen. Doch die fortwährenden Debatten und der neue Traditionserlass beweisen, dass dieser Aspekt nicht mehr ausgespart werden soll und bei seiner in den Teilstreitkräften und Organisationsbereichen begonnenen Umsetzung Berücksichtigung finden wird. Die deutsche Militärgeschichte wird bei diesem Umsetzungsprozess einen gewichtigen Beitrag leisten. Traditionsverständnis der multinational verflochtenen Armeen im Einsatz darf keine Grenzen kennen. Nur wenn Traditionen von Soldatinnen

und Soldaten angenommen und mit Leben erfüllt werden, bleiben die Regelungen des neuen Traditionserlasses keine trockene Theorie. Eine derartig gestaltete Traditionspflege schärft für die

Die deutsche Militärgeschichte wird bei diesem Umsetzungsprozess einen gewichtigen Beitrag leisten. Traditionsverständnis der multinational verflochtenen Armeen im Einsatz darf keine Grenzen kennen. Nur wenn Traditionen von Soldatinnen und Soldaten angenommen und mit Leben erfüllt werden, bleiben die Regelungen des neuen Traditionserlasses keine trockene Theorie.

Truppe die Kontur der Militärkulturen der Bundeswehr und ihrer verbündeten Armeen in den Wechselfällen der Geschichte, also ihr tradierwürdiges Erbe, von dem sie so vielfältig zehren. Wir wissen zurzeit noch nicht, wie die europäische Perspektive, zum Beispiel die mögliche Aufstellung einer Europa-Armee, die Streitkräfte und deren Traditionsverständnis langfristig be-

einflussen wird. Vorschläge hierüber aufgrund ihrer vielfältigen Einsatzerfahrungen einzubringen, ist Aufgabe der Offiziere von heute.

Offizier und historische Bildung

Offiziere können nur wirkungsvolle Trägerinnen und Träger der Tradition und bei ihrer Umsetzung in die Truppe und Öffentlichkeit hinein sein, wenn sie historisch gebildet sind. Historische Bildung sowie die genaue Kenntnis der aufgezeigten negativen Punkte der Traditionserlasse von 1965 und 1982 sind hierfür Voraussetzung. Nur dann sind sie gerüstet, diese in unserer Zeit immer wichtigere Aufgabe zu erfüllen und haben das hierfür nötige persönliche Profil. Im Zweiten Teil, Kapitel 5, seiner *seiner Wahlverwandtschaften* hat Goethe so gerüstete Offiziere wie folgt charakterisiert:

„Die größten Vorteile im Leben überhaupt wie in der Gesellschaft hat ein gebildeter Soldat.“⁴³

Im November 2018 ist die Zentrale Dienstvorschrift A-2620/4, *Historische Bildung in der Bundeswehr*, erlassen worden. In Anlage 7, 7., *Offizierausbildung*, wird als Lernziel zum Erwerb historischer Bildung für die Offiziere der Bundeswehr gefordert:

„Ausgehend von den bereits erworbenen Vorkenntnissen und Fertigkeiten können Offiziere neue Informationen über Persönlichkeiten, Inhalte, Ereignisse, Strukturen und Prozesse der deutschen und europäischen Geschichte, insbesondere der Militärgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, in ihrer zeitgebundenen Prägung verstehen und strukturierend nutzen (Sachkompetenz).

Sie sind befähigt und bereit, eigene Fragen an Vergangenheit und Geschichte zu stellen. Sie verbessern dadurch ihre Fähigkeit, politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Gegenwarts- und Zukunftsfragen zu beurteilen sowie Folgerungen für ihr militärisches Denken und Handeln abzuleiten (Fachkompetenz). [...] Sie kennen das Traditionsverständnis der Bundeswehr und entwickeln daraus Maßstäbe für die zeit- und auftragsgemäße Gestaltung der Traditionspflege in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich (Orientierungskompetenz).⁴⁴ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Zu den Autoren:

Generalmajor a.D. Christian E. O. Millotat war von 1963-2004 Soldat der Bundeswehr; Panzergrenadiertruppe, deutsche und kanadische Generalstabsausbildung, US Army War College. Nationale und internationale Verwendungen, u.a. als Stabsabteilungsleiter FüH III im BMVg, Kommandeur 11.MotSchtzDiv, Brigadekommandeur, Stellvertreter des Kommandierenden Generals des II. (GE/US) Korps sowie Stellvertreter und Kommandeur der Kosovo Force. Befehlshaber im Wehrbereich II. Nach Zurruesetzung 2005/2007 Director of the Department of Security Cooperation der OSZE und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten für Bosnien-Herzegowina. Leiter des Regionalkreises Südwest der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und Leiter des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. Zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland über militärhistorische und Fragen der operativen Führung.

B.Ed. Manuela R. Krueger ist selbstständige Friseurmeisterin und Masterstudentin an der Technischen Universität Darmstadt in den Fachbereichen Geschichte und Körperpflege. Managerin des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V. Veröffentlichungen zu militärhistorischen und Fragen der Führung sowie Buchbesprechungen im In- und Ausland.

Anmerkungen

- 1 Berg, Stefan, in: Der Spiegel Nr. 45/ 3.11.2018, S. 29.
- 2 Handbuch Militärisches Grundwissen: NVA Ausgabe, 28. Auflage. Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik: Berlin 1989, S. 28.
- 3 Vgl. ebenda.
- 4 Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr, Bonn 1982, in: Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 10/1: Innere Führung. Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr, SKN Druck und Verlag: Norden 2008, S. 54-61.

- 5 Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Presseterminhinweis vom 14. August 2017: Ursula von der Leyen eröffnet ersten Workshop zur Überarbeitung des Traditionserlasses, Berlin 2017, URL: <https://www.bmvg.de/resource/blob/16892/45f47a10e4e95637cdfd1469c4b20828/14-08-17->
- 6 Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Bundeswehr und Tradition. Erlass des Bundesministers der Verteidigung, Beilage zu Heft 9/1965: Information für die Truppe, Kölnische Verlagsdruckerei: Köln 1965.
- 7 Vgl. Scianna, Bastian Matteo; Wolffsohn, Michael: Die Bundeswehr ist eine Erfolgsgeschichte, in: Die Bundeswehr. Das Magazin des Deutschen Bundeswehrverbands 10, 2017, S. 26-27.
- 8 Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (Hrsg.): Verlautbarungsblatt I 53. Folge 2001-Nr. 117, Anordnungen für die Traditionspflege im Bundesheer-Neufassung, Wien 2001, 2.Zweck der Tradition, b) Die traditionsbildenden Elemente im Bundesheer.
- 9 Vgl. BMVg: Bundeswehr, 1965, III. Traditionspflege in der Bundeswehr, Ziffer 26, S. 9.
- 10 Vgl. BMVg: Richtlinien, 1982, III. Hinweise, Ziffer 22, S. 59.
- 11 Führungsakademie der Bundeswehr (Hrsg.): Empathie und militärisches Können - zwei Seiten einer Medaille, Rede an der Führungsakademie der Bundeswehr am 17. Februar 1999/ Rudolf Scharping, Führungsakademie der Bundeswehr, Fachinformationsstelle/ Dokumentation: Hamburg 1999 (= Akademie-Information – FüAk-aktuell Nr.4), URL: <http://www.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a381380.pdf> (letzter Zugriff: 02.03.2018), S. 10, S. 12.
- 12 Und: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Stenographischer Bericht: 163. Sitzung; Plenarprotokoll 13/163, Rede von Volker Rühle, Bundesminister BMVg, am 13. März 1997 in Bonn, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/13/13163.pdf> (letzter Zugriff: 02.03.2018), S. 14271.
- 13 Bundespräsidialamt (Hrsg.): Einsatz für Freiheit und Sicherheit: Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 10. Oktober 2005 in Bonn, URL: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/10/20051010_Rede_Anlage.pdf;jsessionid=E2E8089405EAAE2F7AE1521A6076D49E.1_cid362?__blob=publicationFile&v=2 (letzter Zugriff: 02.03.2018), Ziffer XIII., S. 11.
- 14 Vgl. Deutsche Presse-Agentur (dpa): Bundeswehrmuseum in Dresden - viel Lob für Architektur und offenen Diskurs. Dresden. Offensive statt Verteidigung: Die Bundeswehr sucht mit ihrem neuen Militärhistorischen Museum in Dresden den offenen Diskurs über Ursachen von Krieg und Gewalt, in: Dresdner Neueste Nachrichten 14. Oktober 2011, URL: <http://www.dnn.de/Nachrichten/Kultur/Regional/Bundeswehrmuseum-in-Dresden-viel-Lob-fuer-Architektur-und-offe->

- nen-Diskurs (letzter Zugriff: 02.03.2018).
- 15 Vgl. Millotat, Christian: Gedanken zum Buch „Tradition für die Bundeswehr, Neue Aspekte einer alten Debatte“, hrsg. von Eberhard Birk, Winfried Heine-
mann, Sven Lange, in: Clausewitz-Gesellschaft e.V. 20. März 2013, URL: [https://
www.clausewitz-gesellschaft.de/gedanken-zum-buch-tradition-fuer-die-bundes-
wehr-neue-aspekte-einer-alten-debatte-hrsg-von-eberhard-birk-winfried-heine-
mann-sven-lange/](https://www.clausewitz-gesellschaft.de/gedanken-zum-buch-tradition-fuer-die-bundeswehr-neue-aspekte-einer-alten-debatte-hrsg-von-eberhard-birk-winfried-heine-mann-sven-lange/) (letzter Zugriff: 02.03.2018).
 - 16 Vgl. mli/AFP/dpa: Bundeswehr statt Wehrmacht. Von der Leyen fordert neue
Traditionslinien, in: n-tv 16. Mai 2017, URL: [https://www.n-tv.de/politik/Von-
der-Leyen-fordert-neue-Traditionslinie-article19844972.html](https://www.n-tv.de/politik/Von-der-Leyen-fordert-neue-Traditionslinie-article19844972.html) (letzter Zugriff:
02.03.2018); Vgl. ebenso Wüstner, André: Respekt - auch und gerade in schwieriger
Zeit, in: Die Bundeswehr. Das Magazin des Deutschen BundeswehrVerbands
7, 2017, S. 1; Vgl. ebenso Meyer, Jan: Haltung ist das Stichwort! In: Die Bundes-
wehr. Das Magazin des Deutschen BundeswehrVerbands 7, 2017, S. 41.
 - 17 Jungholt, Thorsten; Lutz, Martin mit dpa: „Absurd, Bundeswehr unter Wehr-
machtsverdacht zu stellen“, in: Welt, Axel Springer SE mit dpa 13. Mai 2017,
URL: [https://www.welt.de/politik/deutschland/article164531298/Absurd-Bun-
deswehr-unter-Wehrmachtsverdacht-zu-stellen.html#Comments](https://www.welt.de/politik/deutschland/article164531298/Absurd-Bundeswehr-unter-Wehrmachtsverdacht-zu-stellen.html#Comments) (letzter Zugriff:
02.03.2018).
 - 18 Schlie, Ulrich: Bundeswehr und Tradition: ein nicht immer einfaches, aber not-
wendiges Verhältnis, in: Der Panzer-Spähtrupp 10/ 48, 2010, S. 8.
 - 19 Scianna, Wolffsohn: Die Bundeswehr, 2017, S. 27.
 - 20 Giordano, Ralph: Die Traditionslüge. Vom Kriegerkult in der Bundeswehr, Kie-
penheuer/ Witsch: Köln 2000; Bald, Detlev: Die Bundeswehr. Eine kritische Ge-
schichte 1955-2005, C. H. Beck: München 2005 (= Beck'sche Reihe 1622).
 - 21 Maizière, Ulrich de: Führen – im Frieden. 20 Jahre Dienst für Bundeswehr und
Staat, Bernard u. Graefe, München 1974, S. 18.
 - 22 Maizière, Thomas de: zitiert nach Schwarze, Till: „Es kann ums Sterben und Tö-
ten gehen“. De Maizière zwingt die Truppe zur Reform, in: n-tv 18. Mai 2011,
URL: [https://www.n-tv.de/politik/De-Maiziere-zwingt-die-Truppe-zur-Reform-
article3367526.html](https://www.n-tv.de/politik/De-Maiziere-zwingt-die-Truppe-zur-Reform-article3367526.html) (letzter Zugriff: 02.03.2018).
 - 23 Vgl. Bald: Die Bundeswehr, 2005, S. 189f.
 - 24 Vgl. Scianna, Wolffsohn: Die Bundeswehr, 2017, S. 26-27.
 - 25 Ebenda, S. 27.
 - 26 Ebenda, S. 27.
 - 27 Vgl. Millotat, Christian: Wo steht die Bundeswehr? Plädoyer für ihre gerechte
Behandlung und die Würdigung ihrer Leistungen, in: Europäische Sicherheit 47/
4, 1998, S. 10-15; Vgl. ebenso Binder, Dieter Anton: Nachdenken über Tradition
und Militär, in: Binder, Dieter Anton; Uhl, Heidemarie (i. A. der Militärhisto-

- rischen Denkmalkommission des BMLVS): 20 Jahre Militärhistorische Denkmalkommission 1994 – 2014. Eine Bilanz, BMLVS/ Heeresdruckzentrum: Wien 2014, S. 7-17.
- 28 Vgl. Bald: Die Bundeswehr, 2005, S. 97f
- 29 BMVg: Bundeswehr, 1965, III. Traditionspflege in der Bundeswehr, Ziffer 23, S. 9.
- 30 BMVg: Bundeswehr, 1965, I. Grundsätze, Ziffer 6, S. 4.
- 31 Maizière, Ulrich de: In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, E.S. Mittler u. Sohn: Herford/ Bonn 1989, S. 268.
- 32 Vgl. ebenda, S. 267-269.
- 33 BMVg: Richtlinien, 1982, I. Grundsätze, Ziffer 2, S. 54.
- 34 BMVg: Richtlinien, 1982 zitiert nach Bald: Die Bundeswehr, 2005, S. 97f., zu Kritik vgl. ebenda.
- 35 Manfred Wörner zitiert nach Bald: Die Bundeswehr, 2005, S. 97.
- 36 Vgl. Millotat, Christian: Eliten der Bundeswehr im Einsatz. Offiziere im Generalstabs- und Admiralsstabsdienst – Wurzeln, Erbe, persönliche Erfahrungen –, Druffel u. Vowinkel: Stegen/ Ammersee 2009, S. 253.
- 37 BMVg: Richtlinien, 1982, II. Zielsetzungen, Ziffer 16, S. 57.
- 38 Unter „preußisch-deutsche Militärkultur“ wird verstanden: In der heutigen Bundeswehr in neuem Gewand fortwirkende, in früheren deutschen Armeen entstandene Besonderheiten des deutschen Militärs, das sie von anderen Armeen unterscheidet. Hierzu gehören z.B. die Auftragstaktik, das preußisch-deutsche Generalstabsystem, das Miteinander in Stäben sowie Verfahren zur Entscheidungsfindung und Befehlsgebung, aber auch Formen der Selbstdarstellung der Truppe, ihre Militärmusik und Felder ihres Selbstverständnisses. Siehe Millotat, Christian: Die Erkenntnisse des Generalmajors Carl von Clausewitz als Hilfen für Planung, Führung und Auswertung internationaler Krisenreaktionseinsätze mit deutscher Beteiligung, in: Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Clausewitz-Gesellschaft. Jahrbuch 2013, Bd. 9, Clausewitz-Gesellschaft e.V.: Hamburg 2014, S. 144.
- 39 Beispiele über die Aufnahme von Helmuth von Moltkes Gedanken zur Truppenführung in die Heeresdienstvorschrift (HDv) 100/100: Truppenführung 2000, in: Millotat, Christian: Das preußisch-deutsche Generalstabssystem. Wurzeln – Entwicklung – Fortwirken, Vdf Hochschulverlag ETH: Zürich 2000, (= Strategie und Konfliktforschung), S. 148-153.
- 40 Kommentare zur Präsentation des neuen Traditionserlasses: Lohse, Eckart: Gefallen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. März 2018, Nr. 75, S.1; Vgl. ebenso Bingener, Reinhard: Leyen: Bundeswehr kann auf ihre Geschichte stolz sein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. März 2018, Nr. 75, S.1f.; Zur Entwicklung

des neuen Traditionserlasses im BMVg: Fleischer, Jörg: Der Weg zum neuen Traditionserlass, in: BMVg 22. Februar 2018, URL: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/der-weg-zum-neuen-traditionserlass-22358> (letzter Zugriff: 02.03.2018).

- 41 Münkler, Herfried: Traditionspflege ermöglicht Modernität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Februar 2018, Nr. 44, S. 8.
- 42 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Die Tradition der Bundeswehr. Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege, URL: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/der-neue-traditionserlass-23232> (letzter Zugriff: 02.03.2018).
- 43 Goethe, Johann Wolfgang von: Die Wahlverwandtschaften. Ein Roman. In: Goethes Werke, Band VI, Romane und Novellen, Beck'sche Verlagsbuchhandlung: München 101981, S. 379.
- 44 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: A- 2620/4. Zentrale Dienstvorschrift Historische Bildung in der Bundeswehr, Stand November 2018, 7. Anlage, S. 10.

Kapitel IV

Aktuelle sicherheits- und verteidigungspolitische Themen

Das dynamische Mobile

Politische Kultur, Konflikt und Staatlichkeit im Nahen und Mittleren Osten

Wolfgang Bock

Seit Jahrzehnten versuchen westliche Staaten, Frieden, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten zu fördern – mit wenig Erfolg. Was sind die Ursachen? Werden die bewegenden Kräfte unzutreffend wahrgenommen? Warum werden vom Westen angebotene politische Ideen und Modelle vehement bekämpft?

I. Staaten und Akteure in dynamischen politischen Verhältnissen

Der Nahe und Mittlere Osten wie die ganze MENA-Region lassen sich als ein Mobile darstellen. Dessen Elemente sind Akteure und Staaten. In Regionen wie der EU oder Lateinamerika umkreisen diese Elemente einander in grundsätzlich gleichbleibenden oder sich nur allmählich verändernden Abständen.

Dieses entscheidende Charakteristikum des Mobiles hat größte Folgen: krisenhaftes Zerbrechen von Staatlichkeit und politisch-eruptive Veränderungen. Die Kräfteverhältnisse zwischen Staaten und Akteuren ändern sich manchmal von heute auf morgen. Das gilt für die Verhältnisse von Staaten und Staatengruppen untereinander, aber auch innerhalb der Gruppierungen.

Nahe oder ferne Umlaufbahnen entsprechen den jeweiligen Beziehungen. Ein derartiges Modell ist zunächst recht statisch: Politik verursacht selten andere Abstände oder neue Gruppenbildungen.

Der islamische und besonders der arabisches Kulturraum zeichnen sich aber durch große politische Dynamik aus. Dieses entscheidende Charakteristikum des Mobiles

hat größte Folgen: krisenhaftes Zerbrechen von Staatlichkeit und politisch-eruptive Veränderungen. Die Kräfteverhältnisse zwischen Staaten und Akteuren ändern sich manchmal von heute auf morgen. Das gilt für die Verhältnisse von Staaten und Staatengruppen untereinander, aber auch innerhalb der Gruppierungen. Die Umlaufbahnen können sich so jederzeit ändern. Die Regeln für ein derartiges Verhalten lassen sich nicht aus dem klassischen politikwissenschaftlichen Staatenmodell ableiten. Vielmehr folgen Beziehungen und Grup-

penbildungen der Dynamik der Kräfteverhältnisse. Diese Dynamik ergibt sich aus den politischen, religiösen und kulturellen Energien und ihren Transformationen. Das gilt für Staaten und Akteure, aber auch für die zwischen ihnen gebildeten Gruppierungen. Welche Kräfte und Gesetze prägen dieses dynamische Mobile im Einzelnen?

II. Die staatlichen Akteure und ihre Form

Sieht man von Israel ab, so erfüllt kein Staat der MENA-Region auch nur entfernt die Anforderungen an eine rechtsstaatlich verfasste Demokratie. Einige Länder haben zumindest eine Staatlichkeit hervorgebracht, die trotz Machtwechseln und innerer Krisen Bestand hat. Das sind die von königlichen Familien gelenkten Staaten (5 Golfstaaten, Jordanien und Marokko) sowie nicht-arabische Staaten wie die Türkei und der Iran. Tunesien und Algerien haben eine je eigene, besondere Geschichte.

- Die Königreiche gewinnen eine relative Stabilität aus komplexen Aushandlungsprozessen zwischen Machteliten, Sicherheitsinstitutionen, Stämmen, Großfamilien und gesellschaftlichen Gruppen unter erfolgreicher Aufrechterhaltung eines staatlichen Gewaltmonopols. Fortschritte und gewisse wirtschaftliche Erfolge sind das Ergebnis einer bedachtsamen, die Sicherheit nie außer Acht lassenden Politik.
- Die Türkei, der Iran und Ägypten stützen sich auf mehrere Jahrhunderte alte politische und kulturelle Traditionen. Sogar Umstürze bedrohen in der Regel nicht ihre Staatlichkeit.
- Israel ist seit 1948 die einzige stabile und westlich orientierte rechtsstaatliche Demokratie in der Region; trotz vermeidbarer Fehler geht es mit der gewaltigen Herausforderung ständiger Aggression und Infragestellung robust um und achtet die Menschenrechte, selbst im Rahmen militärischer Auseinandersetzungen.
- Tunesien hat eine Sonderrolle: Auf der einen Seite stehen seine Orientierung an der französischen politischen Kultur, eine weitgehende Gleichberechtigung der Frau unter Relativierung orthodox-konservativer islamischer Positionen und die Herausbildung einer kleinen Mittelschicht. Auf der anderen Seite entfaltet sich seit 2011 eine islamistische Szene recht frei.

- Den vorgenannten stehen Gesellschaften gegenüber, die bislang nur staatliche Hüllen ohne die Möglichkeit einer erfolgreich dauerhaft aus der Gesellschaft heraus getragenen Staatlichkeit hervorgebracht haben. „Tribes with flags“ lautet eine herbe Charakteristik. Dazu zählen Syrien, Irak, Jemen, Libyen und die von zwei einander feindlichen Organisationen regierten Palästinenser.
- Algerien und Libanon sind Staaten, in denen die frische Erfahrung verlustreicher Bürgerkriege bislang neue Ausbrüche von Gewalt zu verhindern scheint, ohne dass eine positive Staatlichkeit sich etablieren konnte.

III. Staatlichkeit zwischen Recht und Gewalt

Staatlichkeit in dieser Region (mit Ausnahme Israels) stützt sich nicht auf die Elemente von Rechtsstaatlichkeit, auf verfassungsrechtlich gewährleistete Freiheiten der Bürger und rechtliche Legitimation der Staatsgewalt. Was sind dann ihre Elemente? Staatlichkeit nach dem westlichen Modell beruht auf Recht als einem rational strukturierten und strukturierenden Bauelement von Staat und Gesellschaft. Hinzu kommt eine sich seit Reformation, 30-jährigem Krieg und Aufklärung allmählich durchsetzende Trennung von Staat und Religion. In

Warum entwickelte sich in der Jahrhunderte alten politischen Kultur des Nahen und Mittleren Ostens nichts, das den rechtlichen, politischen und ökonomischen Einrichtungen und Ordnungen des Westens entspräche?

der MENA-Region formen, als kulturelle Alternative zum Recht, drei Elemente die Staatlichkeit: erstens eine tribal geprägte Kultur, zweitens bestimmte politische und religiöse Ideologien sowie drittens überlegene Macht und Gewalt. Diese drei Elemente sind eng miteinander verbunden.

Lee Smith, ein amerikanischer Nahost-Experte sieht in der aus diesen Elementen bestehenden politischen Kultur das „strong-horse-principle“: Wer nicht untergehen will, muss der stärksten Kraft folgen. In den genannten Staaten stehen in der Regel große Gruppen und Organisationen im Kampf um die Macht gegen einander. Für das Überleben ist es oft entscheidend, auf der stärksten Seite zu stehen und deren Spielregeln zu respektieren.

Warum entwickelte sich in der Jahrhunderte alten politischen Kultur des Nahen und Mittleren Ostens nichts, das den rechtlichen, politischen und ökonomischen Einrichtungen und Ordnungen des Westens entspräche? Die Frage bewegte schon Max Weber. Drei Grundelemente standen und stehen einer solchen Entwicklung entgegen: erstens die durch die Macht von Stämmen und

Großfamilien geprägte politische Kultur, zweitens politische und religiöse Ideologien, die sich gegen Rechtsstaatlichkeit und gleiche Freiheit der Individuen richten, und drittens eine Kultur auf Gewalt gestützter Macht. Weder in der Rechtsgemeinschaft noch im politischen Gemeinwesen kommt es zur Anerkennung eines individuellen Rechtsstatus der Bürger. Die Rechtsordnungen gewährleisten keinen gleichen Bürgerstatus und ermöglichen nicht die rechtliche Begrenzung und Kontrolle staatlicher Gewalt. Staat und Religion sind nicht voneinander getrennt. Ein rechtlich gleicher Status von Individuen im politischen Gemeinwesen ist ein zentraler Faktor geschichtlichen Fortschritts. Entscheidend bleiben stattdessen Zugehörigkeiten zu Gemeinschaften. Der Einzelne erhält politisch, rechtlich, kulturell und religiös Schutz nur als Angehöriger einer Gemeinschaft: durch deren Macht. Das sind Familien, Clane und Stämme sowie religiöse Gemeinschaften oder gleichgeschaltete Organisationen in Diktaturen. In prekärer Weise ergänzen sich tribalistisch geprägte politische Kulturen und dem Islam entstammende politische Ideale. Stammeskulturen beruhen auf einem möglichst gleichgewichtigen Gegeneinander der Einzelnen in der Familie, zwischen Familien und Großfamilien, Sippen, Unterstämmen und Stämmen. Der institutionalisierte orthodoxe Mehrheitsislam sunnitischer wie schiitischer Prägung fordert seine Anhänger auf, sich in Abgrenzung und in Überlegenheit gegenüber anderen religiösen Gemeinschaften zu verstehen und zu organisieren. Erreichen Stammeskulturen im Idealfall zeitweilig eine ausgeglichene politische Balance, so fehlt dem institutionalisierten Mehrheitsislam bislang diese Perspektive. Er propagiert als höchstes politisches Ideal die weltumspannende Einheit und politische Gemeinschaft der Gläubigen, die Ummah. Mit eingeschlossen ist die Unterwerfung aller anderen Religionen. Von den Gläubigen zu verwirklichen, beruht sie auf der Einheit von Staat und Religion und auf einem religiös strukturierten Staats- wie Rechtsbegriff.

Auf der unterstaatlichen Ebene nehmen Gemeinschaften Schutzaufgaben wahr, die nach westlichem Verständnis dem Staat und seiner Rechtsordnung zustehen. Zugleich kämpfen sie um die Macht im staatlichen Sinne: Großfamilien, Clane und Stämme. Einen abstrakten Staat samt Machtwechseln anzuerkennen, bedeutete den Verzicht auf mögliche absolute Gewalt im Gemeinwesen.

Auf der unterstaatlichen Ebene nehmen Gemeinschaften Schutzaufgaben wahr, die nach westlichem Verständnis dem Staat und seiner Rechtsordnung zustehen. Zugleich kämpfen sie um die Macht im staatlichen Sinne: Großfamilien, Clane und Stämme. Einen abstrakten Staat samt Machtwechseln anzuerkennen, bedeutete den Verzicht auf mögliche absolute Gewalt im Gemeinwesen. Zugleich droht die Gefahr, dass eine andere Gruppe sich der Staatsgewalt be-

mächtigt. Auch auf der überstaatlichen Ebene wird die Bildung staatlicher Gemeinschaften in Frage gestellt: Die zu verwirklichende Ummah überschreitet und zerstört staatliche Grenzen und Einrichtungen, um sie durch ein universales Kalifat oder Imamat zu ersetzen. Der Rückgriff auf Stammeskulturen (Irak, Kurden) oder auf politisch-religiöse Nationalideologien (Iran, Türkei) legitimiert die Entstehung neuer, bestehende Grenzen missachtender politischer Einheiten und gewaltsamer Erweiterungen des eigenen Machtbereichs.

In einer Vielzahl von Staaten besteht eine Ellipse der Gewalt. Zwei um die Macht kämpfende politische Gruppen stehen in den zwei Brennpunkten der Ellipse: Dem von Eliten oder politischen Organisationen getragenen staatlichen Gewaltapparat – Regierung, Sicherheitsbehörden samt Militär und Verwaltung – stehen im Kampf um die Macht politisch-religiöse, regelmäßig islamistische Gruppen gegenüber. Zu ihnen zählen die Muslimbruderschaft in Ägypten, ihre in vielen Ländern der MENA-Region und weltweit verbreiteten Ableger sowie eine große Zahl weiterer islamistisch-extremistischer Organisationen. Dieses Phänomen prägt eine Vielzahl von Ländern des kulturell islamischen Raumes zwischen Indonesien und Mauretanien. Komplizierter wird die Lage, wenn sich zugleich mehrere Gruppen untereinander bekämpfen und mit dem staatlichen Gewaltapparat um die Macht kämpfen – so im Irak, in Libyen und in Syrien: Der Effekt sind mehrere Zentren von Gewalt und Macht.

Die Folge von Ellipsen der Gewalt ist nicht nur ein verdeckter oder offener Bürgerkrieg. Regelmäßig werden grundlegende Freiheiten der Kommunikation und

Demokratische Wahlen in einer nicht rechtsstaatlich orientierten Kultur erlauben den Siegern, sich ohne Achtung rechtlicher Grenzen alles anzueignen. Demokratie wird dann zur Einbahnstraße für die Eroberung der Macht.

der politischen Betätigung eingeschränkt. Für Demokratie, Freiheit, liberale Werte und Rechtsstaatlichkeit eintretende Gruppen und Individuen geraten so zwischen zwei Mühlsteinen: Islamistisch-extremistische Organisationen fordern diese Rechte,

um so dauerhaft die Macht zu erobern und ihre Gegner endgültig politisch zu vernichten. Dagegen sehen Vertreter der autoritären Staatsmacht im Eintreten für Freiheitsrechte ein gegen die Existenz des Staates gerichtetes Vorgehen. Liberale Demokraten in Ägypten demonstrierten gegen Außenministerin Clinton, weil sie der Obama-Regierung die Unterstützung der durch Wahlen an die Macht gekommenen Muslimbruderschaft vorwarfen. Ausgehöhlt werden Grund- und Freiheitsrechte, wenn eine autoritäre oder diktatorische Regierung der islamistischen Seite Zugeständnisse im religiös-politischen Raum macht – mit der Tendenz zu einer Machtteilung. Drei sehr unterschiedliche Modelle die-

ses Typus sind Algerien, Ägypten unter Mubarak und seit vielen Jahren auch die Türkei, in der eine islamistische Partei die Macht errungen hat.

Herrscht in einer Gesellschaft das strong-horse-principle und damit eine Kultur der Gewalt, so lässt sich die Einführung von Demokratie sogar mit rationalen Gründen ablehnen: Demokratische Wahlen in einer nicht rechtsstaatlich orientierten Kultur erlauben den Siegern, sich ohne Achtung rechtlicher Grenzen alles anzueignen. Demokratie wird dann zur Einbahnstraße für die Eroberung der Macht. Beispiele dafür sind die Hamas, ein Ableger der Muslimbruderschaft im Gazastreifen, und die Hezbollah, eine islamistisch-schiitische Terrororganisation im Libanon.

In der westlichen Außenpolitik begegnet man immer wieder dem Fehler, dass Staatlichkeit an sich im Sinne von Stabilität positiv bewertet wird. Staatlichkeit allein ist aber nicht in der Lage, eine Ordnung zu rechtfertigen. Vielmehr sind die inneren Strukturen von Staatlichkeit und das jeweilige politische Handeln daran zu messen und zu bewerten, ob sie langfristige gleiche Freiheit und Sicherheit für ihre Bürger fördern oder erzeugen können.

IV. Wer mit wem gegen wen aus welchen Gründen?

Nach der mit dem Untergang des osmanischen Reichs beginnenden Bildung neuer Staaten finden wir seit dem Ende des 2. Weltkriegs einen dauernden Kampf um die Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten. Primäre Akteure sind die Staaten, unabhängig von der Struktur der jeweiligen Staatlichkeit, sekundäre Akteure sind überwiegend islamisch-politische Organisationen. Gibt es Erklärungsmuster der Zusammenarbeit und der Opposition? Politische Analytiker gehen in ihren Erklärungen von unterschiedlichen Modellen aus. Teils stellen sie politisch stammeskulturell geprägte Motive, teils religiöse, teils machtpolitische, nämlich auf Staatsräson, Machterhalt und -erweiterung zielende Beweggründe in den Mittelpunkt. Es geht um die Kräfte, die die Dynamik des Middles ausmachen.

Da alle drei Elemente miteinander zusammenwirken, aber auch zueinander in Spannung treten können, gibt es keine klare Hierarchie. Es ist von einer relativen Selbständigkeit der drei Faktoren auszugehen. Auf dieser Grundlage ist für jeden Einzelfall zu untersuchen, welches Element wann überwiegt, welche Elemente zusammenwirken oder zu einander in Spannung treten. Keines darf außer Acht bleiben.

Insgesamt lassen sich die Staaten und Akteure im Mittleren Osten in vier unterschiedliche politische Gruppen oder Lager einteilen. Drei von ihnen stützen sich auf politisch-religiöse Ideologien, was zunächst nicht viel darüber aussagt, ob die in Anspruch genommene Religion, nämlich der Islam, das hergibt, was die Akteure daraus ableiten. Unverkennbar ist die Nachbarschaft und Verwandtschaft dieser Ideologien zu totalitären Staatsideologien, seien sie kommunistischen oder faschistischen Ursprungs. Auch wenn drei der vier großen Gruppierungen kulturelle und politische Feindschaft gegen den Westen und seine politische Kultur verbindet, führt sie das in der Regel nicht zusammen: Trotz gelegentlicher Kooperation stehen sie untereinander in Machtkämpfen, blutig und opferreich.

1. Der Iran und seine Unterstützer

Die aggressivste Gruppe wird von der Islamischen Republik Iran – einer islamistisch-schiitischen Theokratie – geführt und überwiegend organisiert. Sie umfasst als Tochterorganisationen und Verbündete die inzwischen im Staatsapparat etablierte terroristische Hezbollah im Libanon und in Syrien, eine Vielzahl (oft von den Iranischen Revolutionären Garden organisierter) schiitischer Milizen in Syrien und im Irak, die Houthis im Jemen, das syrische Regime von

Ob die seit etwa 20 Jahren mit sehr hohen Kosten angestrebte nukleare Bewaffnung des Irans nur der endgültigen Absicherung und Stärkung als Regionalmacht dienen soll, wird mit gutem Grund bezweifelt. Offizielles Ziel iranischer Staatspolitik ist die Vernichtung Israels sowie der Sturz der saudischen Regierung.

Bashar al-Assad und wohl auch Teile der Regierung im Irak sowie Teile der kurdischen PKK. In Syrien steht Russland an der Seite des Assad-Regimes und des Irans.

Der Iran verfolgt – gemäß seiner Verfassung und tatsächlich – den Export der islamischen Revolution und damit die weitgehende Zerstörung bestehender, teils

westlich orientierter Staaten. Er strebt zugleich die Hegemonie zwischen dem Mittelmeer und dem indischen Ozean an – unter Auflösung der seit 1945 entstandenen internationalen Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens. Das erklärt die Aussagen iranischer Politiker und hoher Offiziere, man herrsche nun erfolgreich in Beirut, Damaskus, Bagdad und Sanaa. Ob die seit etwa 20 Jahren mit sehr hohen Kosten angestrebte nukleare Bewaffnung des Irans nur der endgültigen Absicherung und Stärkung als Regionalmacht dienen soll, wird mit gutem Grund bezweifelt. Offizielles Ziel iranischer Staatspolitik ist die Vernichtung Israels sowie der Sturz der saudischen Regierung. Das zeigt sich in Syrien, im Libanon, im Gazastreifen und im Jemen.

Seit den 70er Jahren verfolgt die syrische Regierung konsequent ein Hauptziel: Die Fortdauer ihrer Existenz als Diktatur. Dazu stützt sie sich auf den Iran und auf Russland, nachdem der Zusammenbruch des Ostblocks zunächst ein Vakuum erzeugt hatte. Trotz behaupteter Säkularität gibt Assad seit etwa 10 Jahren dem Iran Raum für schiitische Missionierungen und Einrichtungen. Das führt nun zu Massenvertreibungen von Sunniten zugunsten der Um- und Ansiedlung von Schiiten. Seit dem Einmarsch der USA in den Irak förderte die syrische Regierung den Kampf islamistisch-sunnitischer Terrororganisationen gegen die US-Truppen im Irak – aus Furcht, der nächste auf der Liste zu sein. Seit etwa 2009 wurde zwar das spätere Führungspersonal des IS verhaftet, konnte sich aber in den syrischen Gefängnissen selbst – geduldet von der Regierung – ausbilden und wurde ab 2011 freigelassen. Der syrische Geheimdienst besaß genaue Kenntnis über führende Personen des IS. Es kam sehr lange kaum zu Kämpfen zwischen dem IS und dem Assadregime, dagegen bekämpften sowohl der IS als auch das Regime samt seinen Verbündeten die übrigen syrischen Rebellen.

2. Die Muslimbruderschaft und ihre Schwesterorganisationen

Die 1928 in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft ist die erste islamistische und politisch zugleich totalitär orientierte Vereinigung. Aus ihr heraus oder an ihrem Vorbild orientiert haben sich alle anderen islamistischen Organisationen gebildet. In Ägypten teils gewaltsam, teils parlamentarisch orientiert tätig, ist ihre Qualität umstritten: soziale Protestbewegung oder totalitärer Wolf im Schafspelz? Mursis Regierung der Muslimbruderschaft wurde nach ersten Wahlerfolgen aufgrund ihrer diktatorischen Machtausübung von der Bevölkerung abgelehnt und durch einen Militärputsch beseitigt. Die ägyptische Muslimbruderschaft wird seitdem angesichts eines drohenden Bürgerschaftskrieges scharf unterdrückt.

An der Seite der Muslimbruderschaft, die weltweit – auch in den USA und in Europa – verbreitet ist, sowie der Hamas, ihres terroristischen Ablegers im Gazastreifen, stehen Qatar und die Türkei, inzwischen miteinander verbündet. Der türkische Geheimdienst ist in von der Bruderschaft beherrschten Gebieten aktiv. Viele Ableger der Muslimbruderschaft befinden sich in der Krise: als schwächerer Teil an der Regierung beteiligt (En-Nahda in Tunesien), gespalten (Jordanien), parlamentarisch angepasst (Marokko) oder im Untergrund (Ägypten). In Libyen beherrscht die Muslimbruderschaft, finanziell von Qatar sowie von der Türkei gefördert, einen Teil der gespaltenen Regierung, die auch seitens

der EU gestützte „Regierung der Nationalen Rettung“. Ihr steht unter General Haftar eine von Ägypten und nunmehr auch von Russland unterstützte Regierung entgegen. Die Hamas arbeitet mit Gruppen des IS im Sinai zusammen.

Die Türkei verfolgt darüber hinausgehende Interessen: einerseits in Syrien als Schutzmacht der Sunniten sowie im Kampf gegen Gewinne von Kurden und andererseits in Libyen.

Qatar förderte Mursi und die Muslimbruderschaft in Ägypten mit großen Geldsummen, bis die übrigen Staaten des Gulf Cooperation Council heftigen diplomatischen Druck ausübten. In der Folge steckte Qatar nur wenig zurück. Der berühmte sunnitisch-islamistische Religionsgelehrte Jusuf al-Qaradawi verbreitet weiterhin seine der Muslimbruderschaft nahe Propaganda auf dem Sender Al-Jazeera, der selbst Sprachrohr des Islamismus ist. Qatar unterstützt die Muslimbruderschaft auch in Europa.

3. Der sunnitisch-wahabitische Djihadismus

Die sunnitisch-islamistischen Gruppen, die eine terroristische Strategie verfolgen, sind geschwächt, aber dennoch langfristig lebensfähig: IS nunmehr in Libyen und im Irak, Al-Qaida, Jabhat-al-Nusra und IS in Syrien, Boko Haram in Nigeria sowie zahlreiche verwandte Organisationen und Gruppen. Sie unterscheiden sich in ihren totalitären Zielsetzungen wenig von der Muslimbruderschaft, als sie ebenfalls ein weltweites Kalifat unter Zerstörung der westlich orientierten Demokratien, ihrer Rechtskulturen und der gegebenen völkerrechtlichen Ordnung anstreben. Der Unterschied besteht darin, dass diese Or-

ganisationen statt der politisch-parlamentarische Wege mit einschließenden Strategie der Muslimbruderschaft primär auf den gewaltsamen Jihad setzen. Ähnliche Gruppen spalten sich schon in den 70er Jahren von der ägyptischen Muslimbruderschaft ab. Der tödliche Kampf zwi-

Dem 2-jährigen Erfolg des IS folgte eine wohl dauerhafte militärische Niederlage. Die Loyalitätserklärungen von Gruppen aus Somalia, dem Sinai, aus Libyen, Algerien, Mali und Nigeria gegenüber dem IS zeigen die ideologische Attraktivität des Modells.

schen Muslimbruderschaft und Jihadisten wird manchmal zugunsten begrenzter Kooperation eingestellt. Ein Beispiel dafür ist die Hamas, die vom Iran im Kampf gegen Israel neben der rein iranisch orientierten Gruppe „Palestinian Islamic Jihad“ unterstützt wird, die aber auch mit den zum IS gehörenden Gruppen im Sinai gegen die ägyptische Regierung zusammengearbeitet hat.

Der IS gewann seine Stärke aus den Angriffen von Kräften der iranischen Gruppierung auf Sunniten sowohl im Irak als auch später in Syrien. Fördernde Elemente waren ein im Entstehen begriffenes sunnitische Kalifat, Solidarität mit angegriffenen Sunniten, eine moderne islamistische Internet-Propaganda und die aus ihrer hoffnungslosen Lage resultierende Unterstützung irakisch-sunnitischer Soldaten und Offiziere. Dem 2-jährigen Erfolg des IS folgte eine wohl dauerhafte militärische Niederlage. Die Loyalitätserklärungen von Gruppen aus Somalia, dem Sinai, aus Libyen, Algerien, Mali und Nigeria gegenüber dem IS zeigen die ideologische Attraktivität des Modells.

Die Gruppen von Al-Qaida, Jabhat-al-Nusra in Syrien, Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel und Al-Qaida im Maghreb haben teils Fortschritte gemacht oder sind fest etabliert wie AQAP im Jemen und AQIM in Algerien und Marokko. Sie arbeiteten punktuell mit dem IS zusammen und werden ihn gegebenenfalls beerben.

4. Die an Abwehr, Fortentwicklung oder Erhalt von Staatlichkeit interessierten Staaten

Die an Stabilität und teils an positiver Entwicklung von Staat und Gesellschaft interessierten Staaten sind durch gemeinsame, wenn auch unterschiedlich ausgeprägte Interessen geeint. Das ist der (Abwehr-)Kampf gegen die drei radikalen Gruppierungen, die revolutionäre und totalitäre Zielsetzungen verfolgen. Die Größe der gemeinsam wahrgenommenen Bedrohungen erzwingt eine Zusammenarbeit zwischen Israel, Ägypten und Saudi-Arabien als den drei aktivsten Staaten der Gruppe. Zu ihr gehören auch Jordanien, die übrigen Golf-Staaten mit Ausnahme Qatars, die Kurden im Nordirak, Marokko, Tunesien, Algerien und der Sudan. Dieser der Stabilität verpflichteten Gruppe ist cum grano salis auch die Palästinensische Regierung in der Westbank zuzurechnen, obwohl sie nach Hamas und IS den Staat Israel als größten Feind ansieht und mit jedem sympathisiert, der Israel angreift. Die Gruppe ist eher durch gemeinsame Feinde als durch ein politisches Programm für die Zukunft verbunden.

- In Ägypten steht Al-Sissi vor der Aufgabe ökonomischer Stabilisierung. Die bestehende Unterstützung der Bevölkerung ist angesichts der schweren Auseinandersetzung mit islamistisch-terroristischen Kräften im Sinai und der Niederhaltung der sich wohl als Bürgerkriegspartei verstehenden Muslimbruderschaft nicht dauerhaft sicher. Für Ägypten steht die Muslimbruderschaft in der Reihe der Gegner an erster Stelle vor dem IS und dem Iran;

das führt zu einer relativen Unterstützung des syrischen Regimes, da dieses ebenfalls die Muslimbruderschaft bekämpft. Ein gewisses gegenseitiges Einverständnis mit den Saudis zeigt sich bislang an deren Unterstützungszahlungen und an der Rückgabe zweier Inseln in der Straße von Tiran an Saudi-Arabien.

- Angesichts des Rückzugs der USA unter Obama aus dem Mittleren Osten sah sich Saudi-Arabien gezwungen, eine breite Koalition gegen den aggressiven Iran aufzubauen. Deutlich wird das sowohl an den Kämpfen im Jemen als auch an der Einstufung der Hezbollah als Terrororganisation durch die Arabische Liga wie auch an dem wohl bevorstehenden Eingreifen in Syrien zugunsten der Sunniten. Die aggressive Senkung des Ölpreises seit 2012 richtete sich gleichermaßen gegen den Iran wie gegen das Russland Putins als Unterstützer Assads und des Irans. Mohammed bin Salman sieht sich vor der Aufgabe einer grundlegenden ökonomischen und politischen Modernisierung und scheint dabei mit ersten Schritten erfolgreich, ohne dass eine sichere Prognose möglich ist. Die Ermordung des der Muslimbruderschaft und Al-Qaida nahestehenden Journalisten Khashoggi verweist auf bislang fortbestehende Konstanten der politischen Kultur.
- Jordanien ist aufgrund seiner geopolitischen Lage ein Eckstein dieser Gruppe. Das beweist schon die Vielzahl terroristischer Anschläge des IS in diesem Land. Ein verlässlicher Verbündeter der USA, hängt das Königreich (auch angesichts der syrischen Flüchtlinge) von der Hilfe des Westens und Israels ab.
- Israel ist die stärkste Kraft und versucht, die anderen Länder auf vielfältige Weise zu unterstützen, sei das diplomatisch gegenüber dem Westen, ökonomisch durch Kooperation oder militärisch (so im Sinai). Allerdings führt die antiisraelische und antisemitische Grundstimmung in den meisten Ländern der MENA-Region dazu, dass diese sich vertiefenden Beziehungen wenig öffentlich werden.
- Die Palästinensische Autonomiebehörde gehört grundsätzlich zu dieser Gruppe. Das zeigen Abbas klare Stellungnahmen gegen Mursi und die Muslimbruderschaft sowie für Saudi-Arabien gegen den Iran. Die Sicherheitszusammenarbeit mit Israel wird fortgesetzt. Zugleich wird aber der Kampf gegen den Staat Israel propagiert und gefördert, verbunden mit brennendem Antisemitismus.

So bestehen in dieser Gruppe sehr unterschiedlich akzentuierte Interessen an Stabilität, positiver Entwicklung von Staatlichkeit und ruhiger wirtschaftlicher wie politischer Entwicklung.

V. Politische Perspektiven

Die 2009 niedergeschlagene grüne Revolution sowie die aktuellen Unruhen im Iran und die arabischen Umwälzungen seit 2011 – dazu zählt positiv die Vertreibung der Muslimbruderschaft von der Macht in Ägypten –, sind nicht nur politische Willensbekundungen. Parallel zu ihnen gibt es einen Wandel kultureller Orientierungen: Er betrifft Religion und Geschlechterverhältnisse, auch Internetkommunikation und Kunst. Empirisch schwer zu fassen, schlägt er sich bislang nicht politisch greifbar nieder. Verständlich wird dies, wenn man die große Zahl gut ausgebildeter junger Menschen ohne jede berufliche und wirtschaftliche Aussicht sieht: unter ausgeprägter Spaltung zwischen reich und arm, einer nahezu endemischer Korruption sowie dauernden Missbräuche staatlicher Gewalt. Ob und inwiefern dieser kulturelle und vielleicht in der langfristigen Folge auch politische Wandel ein positives Element der Zukunft bilden wird, lässt sich zurzeit nicht sagen.

Die Dynamik des Mobiles entspringt damit primär, aber nicht allein den ersten drei Gruppierungen. Sie wurzelt in religiös-politischen Ideologien, in Erhaltung und Erweiterung staatlicher Macht und in einer von Stammesidealen geprägten Kultur (Macht und Ehre auf Kosten des Gegners). Die Bewegungsgesetze des Mobiles beleuchten einen Kampf auf politischem, kulturellem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet. Allerdings geht es den Gruppierungen um sehr unterschiedliche Ziele: Während die ersten drei Vorherrschaft samt Sieg und Unterwerfung der Gegner anstreben, will die vierte Gruppe nur die Aggression eindämmen und einen möglichst friedlichen, teils entwicklungs-offenen, teils konservativen status quo erhalten. Das erklärt Bewegung und Dynamik: Geleitet von materiellen Interessen und unter Aufgabe einer revolutionär-umwälzenden Perspektive ist zum Beispiel der Sudan aus einem iranischen Parteigänger Mitglied der an Stabilität orientierten Gruppe geworden. Die Türkei hat in der Vergangenheit den Iran wirtschaftlich gefördert, indem sie die gegen ihn gerichteten Sanktionen unterließ. Für sie ist in Syrien der Iran der Gegner, aber er ist zugleich gewünschter Kooperationspartner für eine angestrebte Einflussweiterung.

Die Türkei hat in der Vergangenheit den Iran wirtschaftlich gefördert, indem sie die gegen ihn gerichteten Sanktionen unterließ. Für sie ist in Syrien der Iran der Gegner, aber er ist zugleich gewünschter Kooperationspartner für eine angestrebte Einflussweiterung.

Wesentliche Energiequelle für die Dynamik des Mobiles sind die religiösen, politischen und kulturellen Ideen, die jede der drei revolutionär-islamistischen Gruppierungen in verschiedener Ausformung für sich ins Feld führt. Die Ideologien gehen Kombinationen mit machtpolitischen Orientierungen unterschiedlichster Art ein, unter Einschluss von Kriminalität und wirtschaftlicher Bestätigung. Die religiösen Ideen können relativ konstant bleiben und dauerhaft richtungsgebend wirken. Sie können in ihrer Energieentfaltung zu- und abnehmen. Staatliche Machterhaltung und -erweiterung kann aber auch religiös-politische Orientierungen in den Hintergrund drängen. Solange auf den beiden Feldern der religiösen Ideologie und der politischen Kultur aggressiver staatlicher Machterhaltung und -erweiterung keine Änderung eintritt, besteht für die Ausbreitung rechtsstaatlicher, demokratischer oder der Aufklärung verpflichteter Ideen wenig Hoffnung.

Gibt es unter diesen Umständen Perspektiven für Freiheit und Sicherheit durch Recht? Die bestehende autoritäre Staatlichkeit der Furcht lässt große Teile der Bevölkerungen Stabilität verlangen, oft gepaart mit dem Wunsch nach starken Regierungen. Was kann und muss überwunden werden, um auf Recht gegründete Staatlichkeit zu ermöglichen? Ohne Akzeptanz und Realisierung eines grundsätzlich gleichen Rechtsstatus aller Bürger eines Staates („citizenship“) in einer durch Recht ermöglichten Gemeinschaft sowie der dadurch gewährleisteten gleichen Sicherheit grundlegender Rechte bleibt nur die Herrschaft von Stärke, Gewalt und religiös-politischen Ideologien.

VI. Sieben Prinzipien künftiger Politik des Westens

1. Trotz der schwierigen Lage sollte der Westen am Ziel gleicher Rechte und Freiheiten für jeden Einzelnen festhalten. Das sind grundlegende und universelle Werte. Staatlichkeit ist zu fördern, sofern sie Reformen im Sinne gleicher Rechte und Freiheiten der Einzelnen und den Aufbau einer auf Bürgerschaft („citizenship“) zielenden Rechtskultur und Rechtsordnung ermöglicht. Auch eine sich der Aufklärung öffnende Monarchie kann diese Kriterien erfüllen. Demokratie mag später folgen.
2. Ein Rückzug des Westens aus der MENA-Region führt zu einer Stärkung des politischen Islamismus und des Djihadismus. Nur eine politisch präzise zu definierende, alle Mittel in Betracht ziehende Zusammenarbeit mit den Kräften, die gegen diese Strömungen des Islamismus arbeiten, bietet Erfolgchancen. Engagiert sich der Westen nicht in der

MENA-Region so drohen die Menschen und mit ihnen die politische Kultur und die Konflikte der MENA-Region nach Europa zu kommen.

3. Politische Extremisten, Islamisten, Jihadisten und Terroristen sind zu bekämpfen, seien sie an der Regierung, in religiösen Organisationen oder auf der Straße – nicht nur mit Mitteln der Demokratie, sondern mit allen Instrumenten der Politik, also auch in den Bereichen der Wirtschaft, der Finanzen, der Kultur und der Wissenschaft: mit allen legalen Mitteln und gegebenenfalls mit militärischer Gewalt. Interventionen (Afghanistan, Flugkörperangriffe auf Syrien) sind nicht auszuschließen, sondern müssen – als letzter Ausweg – exakt, gezielt, begrenzt und effektiv sein. Die Kooperation von Polizei und Nachrichtendiensten ist auf gesetzliche Weise und erfolgreich zu organisieren – national und international.
4. Die Äußerungen von Islamisten und diesen Strömungen anhängender Politiker wie Regierungen sind beim Wort und ernst zu nehmen. Das gilt für den Iran ebenso wie für die Palästinenser oder den türkischen Präsidenten Erdogan. Islamisten dürfen nicht zu Freiheitskämpfern stilisiert werden.
5. Der Westen steht nicht in einem Kampf der Zivilisationen („clash of civilizations“), auch wenn Islamisten das selbst so sehen und auch beabsichtigen. Vielmehr steht der ideologische Bürgerkrieg zwischen Muslimen an erster Stelle. Die innerislamische Auseinandersetzung zwischen den umrissenen Kräften kann für sehr lange Zeit andauern. Grundlage ist die Aufrechterhaltung von Kulturen der Gewalt.
6. Gegner der westlich orientierten Kräfte ist nicht der Islam in seiner Gesamtheit. Aufgeklärte Muslime bewerten die Katastrophen in der MENA-Region in gleicher Weise wie westlich orientierte Intellektuelle oder Wissenschaftler. Muslime kämpften in Tunesien und in Ägypten gegen die Muslimbruderschaft sowie in Syrien und vor allem 2009 sowie aktuell 2018 im Iran für Fortschritt. Der Westen sollte Liberalen, freiheitlich orientierten Personen, Menschenrechtsaktivisten und aufgeklärten Muslimen helfen, die sich für kulturellen und politischen Wandel einsetzen. Über die Kooperation mit Tunesien hinaus sollte Regierungen wie in Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien eine langfristige politische und ökonomische Partnerschaft angeboten werden,

auch wenn in vielen Fällen nur kleine erste Schritte in der gebotenen Richtung erkennbar sind.

7. Die westlichen Regierungen sollten dem Beispiel der USA folgen: Die gegen Völkerrecht und internationales Strafrecht verstoßende Kriminalität der iranischen Theokraten und ihrer Handlanger, der Hezbollah, Assads und Erdogans sollte nicht zuletzt durch finanzbezogene Sanktionen, aber auch durch internationale Haftbefehle für Mörder und Mordgehilfen bekämpft werden. In Syrien hätten zum Beispiel der Einsatz von Chemiewaffen und die Massaker an der Zivilbevölkerung stärker geahndet werden müssen. Die strafrechtliche Verfolgung des nicht zuletzt palästinensischen Terrorismus, die Ermöglichung zivilrechtlicher Gegenansprüche der Opfer sowie die Unterbindung der Terrorismusförderung sind weitere Schritte.

Eine konsequentere Politik des Westens ermöglichte dem Nahen und Mittleren Osten, langfristig neue Perspektiven zu entwickeln. Der Westen kann bis zu einem gewissen Grad helfen. Jedoch müssen die Menschen ihre kulturelle, politische und wirtschaftliche Freiheit selbst erringen. Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman und der neue Generalsekretär der Muslim World League scheinen ungeachtet Erblasten der bestehenden politischen Kultur an neuen Wegen interessiert zu sein. Ohne westliche Unterstützung wird dieser historische Prozess schwerer, dauert länger und erzeugt in Kulturen der Gewalt mehr Opfer, Flüchtlinge und Tote.

Zum Autor: Prof. Dr. Wolfgang Bock, geboren 1952 in Hannover, wirkte als Richter am LG Frankfurt am Main sowie am Forschungsinstitut der evangelischen Kirchen in Heidelberg. Er ist Experte für Islam und Islamismus sowie für den Nahen und Mittleren Osten und war zwischen 2012 und 2017 an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik für diese Fachgebiete zuständig. Er lehrt Öffentliches Recht an der Juristischen Fakultät der Universität Gießen mit den Schwerpunkten Staatliches Religionsrecht, Rechtstheorie und Rechtsgeschichte. Veröffentlichungen u.a. zu Islam, Demokratie, islamischem Recht und zu kulturellen Voraussetzungen von Staatlichkeit. Der Autor ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Literaturhinweise:

Fouad Ajami, *The Dream Palace of the Arabs. A Generation's Odyssey*, New York 1998

Michael Cook, *Ancient Religions – Modern Politics. The Islamic Case in Comparative Perspective*, Princeton 2014

Michael Doran, *Ike's Gamble: America's Rise to Dominance in the Middle East*, New York 2016

Adam Garfinkle, *The Ironies of a Palestinian State*, *The National Interest*, 6.8.2014

Efraim Karsh, *The Tail Wags the Dog*, New York 2015

Elie Kedourie, *The Chatham House Version and other Middle-Eastern Studies*, London 1970,

Martin Kramer, *The War on Error*, New Brunswick 2016

Barry Rubin, *The Truth about Syria*, New York 2007

Eran Lerman, *The Game of Camps. Faultlines in the Wreckage of the Arab State System*, BESA-Center Security Paper No. 134, 2016

Ders., *The Keystone: Sisi, Egyptian Stability and the Future of the Eastern Mediterranean* (Jerusalem Institute for Strategic Studies, August 2018)

Tilman Nagel, *Was ist der Islam? Grundzüge einer Weltreligion*, Berlin 2018

Michael Totten, *The Road to Fatimah Gate*, New York 2011

Philip Carl Salzman, *Culture and Conflict in the Middle East*, New York 2008

Dan Schueftan, *Der Westen im Nahen Osten*, Sicherheitspolitisches Papier Nr. 25 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin 2016

Lee Smith, *The Strong Horse Principle*, New York 2010

Jonathan Spyer, *Days of the Fall. A Reporter's Journey in the Syria and Iraq Wars*, New York/London 2018

Panayiotis Jerasimof Vatikiotis, *Islam and the State*, London 1987

Chinas Seidenstraßeninitiative: Anatomie einer Leitstrategie

Oliver Corff

Einleitung

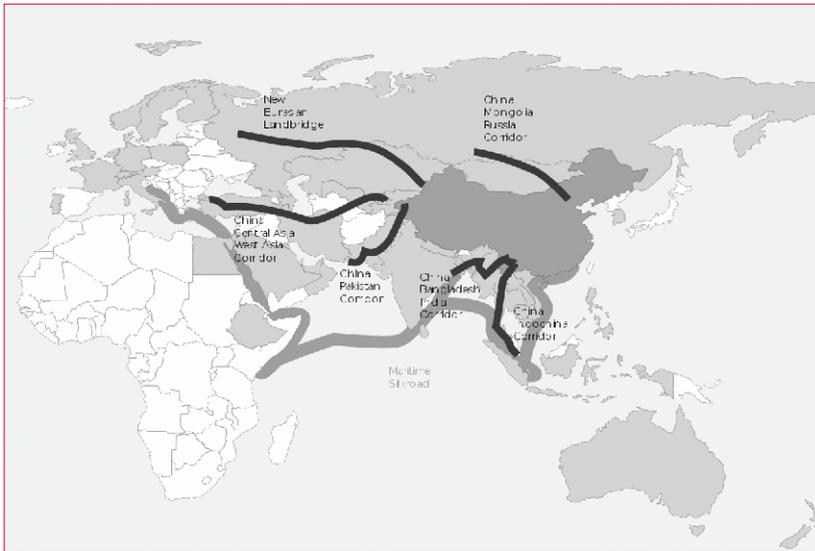
Vor wenigen Jahren hat China der Welt ein Konzept strategischer Expansion mit globaler Ambition vorgestellt: Die Seidenstraßeninitiative, so der offizielle Name, steht in der Darstellung Chinas für ein Modell friedlicher Entwicklung und friedlichen Aufstiegs sowie internationaler Kooperation, das in seiner jetzigen Konzeption große Teile der eurasiatischen Landmasse, Teile Afrikas und Südostasien umfasst. Vage formulierte politische Absichten verbinden sich mit klar artikulierten Interessen vor dem Hintergrund massiver Asymmetrien der regionalen wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse, wie das Beispiel des Seehafens Hambantota von Sri Lanka zeigt, den die dortige Regierung an China verpachtet hat. So sehr die fulminanten strategischen und geopolitischen Implikationen der Seidenstraßeninitiative Gegenstand einer breiten öffentlichen Diskussion sind, so wenig ist die chinesische Verflechtung nationaler Teilstrategien mit der Seidenstraßeninitiative transparent, die sogar die Arktis, den Weltraum und den Informationsraum einschließt.

In diesem Aufsatz wird daher der Frage nachgegangen, wie sich das strategische Denkgebäude der VR China hinter der Seidenstraßeninitiative darstellt, welcher Stellenwert der Seidenstraßeninitiative im Rahmen einer nationalen Sicherheitsstrategie zuzuschreiben ist und welche Herausforderungen diese „Initiative“ für die internationale Staatengemeinschaft in sich birgt.

Namensgebung und Anfänge

Am 7. September 2013 hielt der chinesische Präsident Xi Jinping in Kasachstan eine Rede, in der er zunächst die traditionelle chinesisch-kasachische Freundschaft rühmte, um dann vorzuschlagen, auf der Grundlage innovativer Kooperationsmodelle gemeinsam den „Wirtschaftsgürtel der Seidenstraße“ zu gründen.¹ Er führte den Anfang freundschaftlicher Beziehungen zwischen China und Zentralasien auf die Reisen des chinesischen Entdeckers und kaiserlichen Gesandten Zhang Qian (* 195 v. Chr., † 114 v. Chr.) zurück, der das große Tor der Freundschaft Chinas mit den Ländern Zentralasiens aufgestoßen und die Seidenstraße eröffnet habe, eine Ost-West-Verbindung, die Europa und Asien miteinander verbinde.² Einen Monat später hielt Xi Jinping in Indonesien eine

weitere Rede,³ in der er wiederum an die chinesische Geschichte anknüpfte. Er verwies auf jahrtausendealte Bande zwischen den Völkern Chinas und Indonesiens, bezog sich auf den Seefahrer Zheng He (* 1371, † 1433 oder 1435) und argumentierte außerdem mit der Bandung-Konferenz⁴ von 1955, auf der – unter Federführung Chinas – der Begriff der „Dritten Welt“ in die politische Diskussion eingeführt wurde .



Die Seidenstraßeninitiative steht in der Darstellung Chinas für ein Modell friedlicher Entwicklung und friedlichen Aufstiegs sowie internationaler Kooperation.

Aus dem in beiden Reden bemühten Narrativ historischer Völkerfreundschaften, die seit Jahrtausenden bestehen, wird dem Konzept regionaler Entwicklung unter chinesischer Führung eine nicht falsifizierbare historische Legitimation zugesprochen; gleichzeitig wird der Begriff der „Seidenstraße“, der in seiner modernen Deutung auf den deutschen Geographen Ferdinand von Richthofen⁵ zurückgeht, in einen scheinbar überzeitlichen, rein geographischen Kontext gestellt und damit eine weitere nicht falsifizierbare Legitimation konstruiert.

Die Denkfigur einer Seidenstraße in chinesischer Interpretation wird bereits im chinesischen „Weißbuch zur Friedlichen Entwicklung“ 2011 gewählt. Dort heißt es:

„The world-renowned Silk Road, for example, was a road of trade, cultural exchanges and peace, which testifies to the pursuit of friendship and mutually beneficial cooperation with other peoples by the ancient Chinese. The famous Ming Dynasty navigator Zheng He made seven voyages to the Western Seas, visiting over 30 countries and regions across Asia and Africa. He took along

Das heutige Konzept einer doppelten, nämlich kontinentalen wie auch maritimen Seidenstraße, erfuhr in den Jahren nach 2013 eine neue Interpretation. Aus dem „Wirtschaftsgürtel der Seidenstraße“ und der „Maritimen Seidenstraße des 21. Jahrhunderts“ entstand in mehreren begrifflichen Iterationen die Kurzbezeichnung „Belt and Road Initiative“.

with him the cream of the Chinese culture and technology as well as a message of peace and friendship.“⁶

Das heutige Konzept einer doppelten, nämlich kontinentalen wie auch maritimen Seidenstraße, erfuhr in den Jahren nach 2013 eine neue Interpretation. Aus dem „Wirtschaftsgürtel der Seidenstraße“

und der „Maritimen Seidenstraße des 21. Jahrhunderts“ entstand in mehreren begrifflichen Iterationen die Kurzbezeichnung „Belt and Road Initiative“.

Perzeptionsformung im Nebel der Deutungshoheit

Die Seidenstraßeninitiative wird in der offiziellen externen Kommunikation mit relativ unscharfen Termini verknüpft. Der Name „Initiative“ beinhaltet nach außen hin ein Angebot zum Mitmachen und soll keineswegs im Sinne einer stringenten Strategie oder Agenda verstanden werden. Nachdrücklich wird in der offiziellen Presse Chinas darauf hingewiesen, dass nur der englisch-

Durch Verwendung dieser Begrifflichkeit erfährt die Seidenstraßeninitiative zwei grundverschiedene Deutungen: Eine nationale Deutung, die die eigenen strategischen Interessen in den Vordergrund stellt, und eine für den internationalen Raum gedachte Deutung, die die Perception nationaler Interessen Chinas auszublenden versucht und stattdessen den unverbindlichen, aber vorteilhaften Angebotscharakter der Seidenstraßeninitiative betont.

sprachige Begriff *initiative*, und zwar nur im Singular, verwendet werden dürfe; insbesondere dürften die „Fehlübersetzungen“ *strategy, project, program, agenda* etc. nicht verwendet werden.⁷ Dies steht nicht nur im Kontrast zur Perception der Seidenstraßeninitiative als Strategie, sondern auch zur tatsächlichen chinesischen Einordnung als Strategie. Etliche chinesische offizielle Dokumente, Veranstaltungen sowie akademische Texte verwenden ohne Einschränkungen

den Begriff „Strategie“, während das chinesische Äquivalent für „Initiative“ so gut wie überhaupt nicht verwendet wird. Durch Verwendung dieser Begrifflichkeit erfährt die Seidenstraßeninitiative zwei grundverschiedene Deutungen: Eine nationale Deutung, die die eigenen strategischen Interessen in den

Vordergrund stellt, und eine für den internationalen Raum gedachte Deutung, die die Perzeption nationaler Interessen Chinas auszublenden versucht und stattdessen den unverbindlichen, aber vorteilhaften Angebotscharakter der Seidenstraßeninitiative betont. Es darf durchaus angenommen werden, dass hier ein gezieltes Framing im kommunikationswissenschaftlichen Sinne des Begriffes stattfindet.

Das Recht auf Entwicklung als Staatsziel und seine Umsetzung in der Außenpolitik

Die Ideologie der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ist grundsätzlich von einem marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnis geprägt: *„Marxism-Leninism brings to light the laws governing the development of the history of human society. Its basic tenets are correct and have tremendous vitality.“*⁸ Auf dieser Grundlage wird dem Begriff „Entwicklung“ in der Ideologie der KPCh unter dem Namen „Wissenschaftlicher Ausblick auf die Entwicklung“ eine Schlüsselstellung eingeräumt. In der Satzung der KPCh kommt der Name dieses Prinzips neun Mal vor, der Begriff „Entwicklung“ in verschiedener Verwendung über hundert Mal.⁹ Im Weißbuch *„The Right to Development: China’s Philosophy, Practice and Contribution“* (2016) wird das chinesische Verständnis von Entwicklung ausführlich historisch hergeleitet und als grundlegendes Menschenrecht eingeordnet. Gleichzeitig liegt nach dieser Darstellung die Gewährleistung des Rechts auf Entwicklung in der Verantwortung aller Länder und ist eine Pflicht der internationalen Gemeinschaft. Eine ganze Reihe bilateraler, multilateraler und regionaler Mechanismen wird zwecks Verwirklichung von Chinas Entwicklungszielen unter der Seidenstraßeninitiative subsumiert:

*„To realize common development the Chinese government endeavors to involve more countries and regions in the Belt and Road Initiative, relying on existing bilateral and multilateral mechanisms such as the Shanghai Cooperation Organization, ASEAN Plus China (10+1) Summit, ASEAN Plus China, Japan and the ROK (10+3) Summit, East Asia Summit, China-Japan-ROK Cooperation, APEC, Asia-Europe Meeting, Asia Cooperation Dialogue, Conference on Interaction and Confidence-Building Measures in Asia, China-Arab States Cooperation Forum, China-Gulf Cooperation Council Strategic Dialogue, Greater Mekong Subregion Economic Cooperation Program, and Central Asia Regional Economic Cooperation.“*¹⁰

Umfassende Nationale Sicherheit

In engem zeitlichen Zusammenhang mit der Verkündung der Seidenstraßeninitiative im Herbst 2013 wurde am 15. April 2014 das Konzept „Umfassender Nationaler Sicherheit“¹¹ vorgestellt und die Zentrale Nationale Sicherheitskommission der KPCh gegründet. Die Teilstrategien der Umfassenden Nationalen Sicherheit wurden in begleitenden Verlautbarungen¹² wie folgt definiert: Politische Sicherheit, territoriale Sicherheit, militärische Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit, kulturelle Sicherheit, gesellschaftliche Sicherheit, wissenschaftlich-technologische Sicherheit, Informationssicherheit, ökologische Sicherheit, Ressourcensicherheit und Nuklearsicherheit.

Strategische Verknüpfungen: Seidenstraßen im Informationsraum und in der Arktis

In einer Reihe von veröffentlichten Teilstrategien der VR China finden sich seit ca. 2016 etliche Hinweise auf die Seidenstraßeninitiative, die darauf hinweisen, dass es sich nicht nur um eine „Initiative“ handelt, sondern tatsächlich eine nationale Strategie vorliegt, selbst wenn der Terminus „Strategie“ gar nicht durchgehend verwendet wird. Stellvertretend seien die Bezüge zwischen der Seidenstraßeninitiative und Chinas Strategien für die Informatisierung, den Weltraum, die Arktis, die industrielle Fertigung („Made in China 2025“), die Kernkraft und die bilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Deutschland genannt.

- **Informatisierung:** In der Zusammenfassung der „Nationalen Strategie zur Entwicklung der Informatisierung“ von 2016 heißt es im Abschnitt „Strategische Ziele“, dass mit der Errichtung transnationaler Verbindungen ein „Informationsnetz China – ASEAN“ errichtet werden solle, das die Umsetzung der Seidenstraßeninitiative unterstützen und dem Aufbau einer „Seidenstraße des Internets“ dienen solle.¹³ Weiter heißt es im gleichen Dokument: „Wo auch immer die Interessen des Staates liegen, dorthin wird die Informatisierung voranschreiten, sie wird den Aufbau der Seidenstraßeninitiative begleiten, [...] aktive Partizipation an globaler Governance ist zu steigern, internationale Einflusskraft und [Mit]spracherecht sind anzuheben.“ In der „Bekanntmachung des Staatsrates zur Ausplanung der Informatisierung im Rahmen des 13. Fünfjahresplanes“ ist die Seidenstraße ebenfalls ein vielfach genannter Bezugspunkt.¹⁴

- **Weltraum.** Bereits in Chinas Weltraumstrategie von 2016¹⁵ wird als eines der Ziele chinesischer Weltraumaktivitäten die Bereitstellung von Basisdiensten des Satellitennavigationssystems Beidou für die kontinentalen und maritimen Teilnehmerstaaten der Seidenstraßeninitiative angekündigt. Politische Maßnahmen werden ergriffen, um diejenigen bi- und multilateralen Kooperationsvorhaben zu stärken, die der Seidenstraßeninitiative dienen. In einem separaten Weißbuch zum Beidou-Satellitennavigationssystem wird der globale Anspruch noch deutlicher hervorgehoben:

*„In line with the Belt and Road Initiative, China will jointly build satellite navigation augmentation systems with relevant nations, provide highly accurate satellite navigation, positioning and timing services, improve the overseas BDS service performances, and promote international applications of navigation technologies.“*¹⁶

- **Arktis.** China hat im Januar 2018 umfassend seine aktuellen und geplanten Aktivitäten mit Bezug zur Arktis vorgestellt.¹⁷ Darin wird das Entwicklungsmodell der Seidenstraßeninitiative auf den arktischen Raum übertragen:

„The Silk Road Economic Belt and the 21st-century Maritime Silk Road (Belt and Road Initiative), an important cooperation initiative of China, will bring opportunities for parties concerned to jointly build a ‚Polar Silk Road‘, and facilitate connectivity and sustainable economic and social development of the Arctic. [...] China, as a responsible major country, is ready to [...] advance Arctic-related cooperation under the Belt and Road Initiative, so as to build a community with a shared future for mankind and contribute to peace, stability and sustainable development in the Arctic.“

- **Made in China 2025.** Die Industriestrategie „Made in China 2025“ wird nicht nur, wie an anderer Stelle bereits gezeigt, als wesentlicher Baustein der nationalen Sicherheit der VR China bezeichnet,¹⁸ sondern wird auch mit der Seidenstraßeninitiative verknüpft. Die „Realisierung der strategischen Maßnahmen“ der Seidenstraßeninitiative ist aufs Engste mit einer „Gesamtstrategie für die Globalisierung der [chinesischen] Fertigungsindustrie“ verbunden, wie es in diesem Dokument heißt.¹⁹

- **Kernkraft.** Bereits im Jahr 2015 wurde die Seidenstraßeninitiative als Plattform für den Export chinesischer Nukleartechnologie gesehen, die entsprechende politische Kampagne lief unter der Überschrift „Boosting Nuclear Energy Development for the One Belt and One Road Initiative.“²⁰
- **Bilaterale Teilstrategien.** In der Deutschlandstrategie des Ministeriums für Wissenschaft und Technologie der VR China (MOST) aus dem Jahre 2015 finden sich mehrfache Bezüge zur Seidenstraßeninitiative,²¹ im deutschen Pendant, der „China-Strategie des BMBF 2015 – 2020“, finden sich jedoch keinerlei systematische Hinweise darauf, dass Chinas Entwicklungspläne über die im Dokument angeführten Wissenschafts- und Technologiepläne hinausreichen.²²

Die Seidenstraßeninitiative und ihre sicherheitspolitischen Aspekte

Innerhalb verschiedener offizieller Dokumente mit Bezug zur Seidenstraßeninitiative finden sich nur wenige Hinweise auf klassische Sicherheitspolitik. Eine Ausnahme ist die Erwähnung der Zusammenarbeit im Bereich maritimer Sicherheit mit ASEAN-Staaten.²³ Weitere Maßnahmen militärischer Absicherung werden nicht angesprochen. Der einzige offizielle Bezugspunkt hierfür ist

Auftrag der Streitkräfte ist es, die nationale Sicherheit und die Entwicklungsinteressen zu schützen; der Einsatz militärischer Mittel zum Schutz der Entwicklungsinteressen ist daher das militärische oder „harte“ Komplement zur Seidenstraßeninitiative.

das letzte, bereits 2015 erschienene Weißbuch „China’s Military Strategy“. In der Analyse der Sicherheitslage wird vermutet, dass zwar in der überschaubaren Zukunft ein Weltkrieg unwahrscheinlich sei, aber die internationale Konkurrenz um die Umverteilung von Macht, Rechten und Interessen

eher zunehmen wird.²⁴ Der Auftrag der Streitkräfte ist es, nationale Sicherheit und Entwicklungsinteressen zu schützen. Unter Betonung militärischer Mittel sollen die chinesischen Streitkräfte eine vorteilhafte strategische Haltung einnehmen [...] und eine solide Sicherheitsgarantie für die friedliche Entwicklung des Landes leisten.²⁵

Erst im Kontext der verschiedenen Strategiedokumente wird die sicherheitspolitische Dimension der Seidenstraßeninitiative verständlich: Unter dem Dach der Seidenstraßeninitiative sind zahlreiche nach außen orientierte Teilstrategien versammelt; sie thematisieren jeweils eine andere Dimension oder Domäne von Entwicklung; Entwicklung ist ein zentrales Staatsziel; Auftrag der Streitkräfte ist es, die nationale Sicherheit und die Entwicklungsinteressen zu schüt-

zen; der Einsatz militärischer Mittel zum Schutz der Entwicklungsinteressen ist daher das militärische oder „harte“ Komplement zur Seidenstraßeninitiative.

Schlußfolgerungen

Folgt man nur den angebotenen Narrativen zur Herleitung und Begründung der Seidenstraßeninitiative, so bleibt ihre strategische Struktur im Nebel verborgen. Die nicht unbedingt begrifflich naheliegende Bildung der Metaphern „Seidenstraße des Internets“ und „Polare Seidenstraße“, die jeden realgeographischen Bezug aufgibt und deren Bildungsmechanismus bereits im früheren Begriff „Maritime Seidenstraße des 21. Jahrhunderts“ zum ersten Mal anklingt, macht hingegen deutlich, dass mit der Seidenstraßeninitiative in all ihren einzelnen Facetten nicht einfach nur eine (über-)regionale Entwicklungs-, Handels-, Wirtschafts- und Infrastrukturinitiative gemeint sein kann. Erst eine querschnittliche Betrachtung der in verschiedenen Weißbüchern des Staatsrates der VR China dokumentierten Teilstrategien offenbart, dass es sich bei der Seidenstraßeninitiative um eine Bündelung aller internationalen nicht-militärischen Aktivitäten handelt, mit dem Zweck, ein für China in jeder Hinsicht vorteilhaftes Umfeld allseitiger Kooperation zu schaffen. Auftrag der nationalen Sicherheit ist es, ein stabiles Umfeld nicht nur im Inneren, sondern zunehmend auch in nicht-traditionellen und häufig mit klassischen Landesgrenzen nicht kongruenten Feldern zu gewährleisten. Nach der Militärstrategie der VR China besteht der Auftrag der Streitkräfte darin, sowohl die Sicherheits- als auch die Entwicklungsinteressen Chinas mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Es bietet sich daher an, die Seidenstraßeninitiative als die Bündelung staatlichen und gesellschaftlichen auf Entwicklung gerichteten Handelns zu verstehen, die gemeinsam mit der Umfassenden Nationalen Sicherheit und der Militärstrategie der VR China die eigentliche *grand strategy* des Landes bildet, womit eine klassische Relation von Zweck, Ziel und Mittel gegeben ist. Es dürfte kein Zufall sein, dass die Seidenstraßeninitiative (Oktober 2013), das Konzept der Umfassenden Nationalen Sicherheit (April 2014) und die aktuelle Militärstrategie Chinas (Mai 2015) in enger zeitlicher Nähe veröffentlicht worden sind.²⁶

Ein kritischer Punkt der Seidenstraßeninitiative ist das große Gefälle von Macht und Wirtschaftskraft zwischen China und zahlreichen Staaten im Einzugsbereich der Seidenstraßeninitiative. Viele Länder Zentralasiens zählen zu den Entwicklungsländern ohne Meereszugang (Landlocked Developing Countries, LLDC). Sie sind für ihre Entwicklung zwingend auf Zugang zu den

Weltmeeren angewiesen²⁷, haben meistens kleine bis sehr kleine Bevölkerungen und kaum industrielle Wertschöpfung.²⁸ Chinas Investitionsangebote für Infrastruktur etc. sind für diese Länder oft nur schwer zurückzuweisen, erodieren aber durch die Entstehung massiver finanzieller Abhängigkeiten mit direkten

Chinas Investitionsangebote für Infrastruktur etc. sind für diese Länder oft nur schwer zurückzuweisen, erodieren aber durch die Entstehung massiver finanzieller Abhängigkeiten mit direkten Auswirkungen auf staatliche Entscheidungen häufig unmittelbar die staatliche Souveränität.

Auswirkungen auf staatliche Entscheidungen häufig unmittelbar die staatliche Souveränität. In Verbindung mit dem grenzüberschreitenden Anspruch chinesischen Handelns (siehe die oben genannten Beispiele der Bereitstellung von Internet-Dienstleistungen nach chinesischer Vorgabe sowie die strategische Exportorientierung

der chinesischen Industrie) entstehen so neue chinesische Einflussphären, die nicht mehr unbedingt mit modernen Staatsgrenzen korrelieren, aber alte raumgreifende chinesische Staatsvorstellungen beschwören.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die fehlende verbindliche und idealerweise kollektive und konsensuale sicherheitspolitische Flankierung der Seidenstraßeninitiative. Zwar gibt es bereits einige regionale sicherheitspolitische Kooperationsmechanismen, aber weder besteht Übereinstimmung in den Mengen der Teilnehmerstaaten der Seidenstraßeninitiative, noch stimmen diese Staaten in ihren Sicherheitsbedürfnissen überein. China verfolgt konsequent eine elektive Militärpolitik und ist nicht bereit, militärische Verpflichtungen auf vertraglicher Basis in einem kollektiven Rahmen einzugehen. Militärischer Schutz ist, den vorliegenden Dokumenten nach zu urteilen, vorrangig für Chinas Interessen, aber nicht für die Teilnehmerstaaten der Seidenstraßeninitiative gegeben.²⁹ Damit bleibt das Sicherheitsparadoxon Ostasiens, dass intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht unbedingt mit einem Zuwachs an regionaler Sicherheit einhergeht, weiter bestehen. Im Einzelfall werden Einzelaspekte der Seidenstraßeninitiative, z.B. der China-Pakistan Economic Corridor, von Anrainern sogar als Sicherheitsrisiko wahrgenommen, weil die Straßenverbindung zwischen Pakistans Hafen Gwadar und China im Norden Pakistans durch Gebiete mit ungelösten Territorialkonflikten führt; darüber hinaus ist der anhaltende Kriegszustand in Afghanistan ebenfalls ein fulminanter Risikofaktor dieses Projekts.

Für etliche Länder Zentralasiens stellt sich die Attraktivität der Angebote der Seidenstraßeninitiative ohnehin ganz anders dar. Insbesondere für die turksprachigen Länder Zentralasiens ist die Diskrepanz zwischen Narrativen ural-

ter Völkerfreundschaft auf der einen Seite und den realen Interessen des modernen Chinas auf der anderen Seite durchaus präsent. Länder wie Kirgisien mit einer muslimischen, turksprachigen Bevölkerung sehen, bei aller Nähe zu China, die chinesischen Freundschaftsofferten angesichts des Umgangs der chinesischen Regierung mit der uighurischen Minderheit in Xinjiang überaus kritisch, wenn sie nicht sogar offen dagegen protestieren. Hinzu kommt, dass es für viele Länder Zentralasiens einen ganzen Strauß konkurrierender Kooperationsangebote in Form der verschiedensten regionalen Organisationen und Mechanismen gibt, so dass die Seidenstraßeninitiative nur als ein Angebot von mehreren möglichen wahrgenommen wird. Eines von mehreren „Gegenangeboten“ ist beispielsweise der Türkische Rat (Cooperation Council of Turkic-Speaking Countries), der Ländern wie Kirgisien oder Kasachstan einen sehr viel „natürlicheren“ Bezugsrahmen als die von chinesischen Interessen gesteuerte Seidenstraßeninitiative bietet.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass die Kombination aus „whole-of-government approach“, geballter Wirtschaftsmacht und Interessenorientierung, wie sie sich in Chinas Seidenstraßeninitiative artikuliert, mit hoher Wahrscheinlichkeit den vertrauten regionalen Ordnungsrahmen nachhaltig verschieben wird.

Zum Autor: Dr. Oliver Corff ist Sinologe, Politik- und Wirtschaftsberater. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

- 1 Zusammenfassung der Sprechpunkte (chinesisch): http://www.gov.cn/ldhd/2013-09/07/content_2483425.htm, (englisch): http://www.china.org.cn/business/2013-09/07/content_32632084.htm, beide zuletzt aufgerufen am 7. Februar 2019.
- 2 Die in der Rede vorgenommene Zuschreibung der Seidenstraße zu den Erkundungsreisen Zhang Qians fehlt in der offiziellen englischen Zusammenfassung der Rede, wird jedoch an anderer Stelle ausführlich paraphrasiert: http://www.china.org.cn/travel/revitalize_the_silk_road_in_Shaanxi/2013-11/01/content_30468580.htm, zuletzt aufgerufen am 7. Februar 2019.
- 3 Vollständiger Redetext (chinesisch): http://www.gov.cn/ldhd/2013-10/03/content_2500118.htm, zuletzt aufgerufen am 7. Februar 2019.
- 4 Auf der ersten Konferenz afro-asiatischer Staaten in Bandung (Indonesien; 18. – 24. April 1955) waren 23 asiatische und sechs afrikanische Länder versammelt, nicht jedoch (u. a.) die UdSSR.

- 5 Vgl. S. 489–500, Ferdinand von Richthofen: China. Ergebnisse eigener Reisen und darauf gegründeter Studien. 5 Bände mit Atlas. Band 1. Einleitender Teil. Dietrich Reimer, Berlin 1877.
- 6 The State Council Information Office of the People's Republic of China: „China's Peaceful Development“. 2011-09-06. <http://www.scio.gov.cn/zfbps/ndhf/2011/Document/1000031/1000031.htm>, zuletzt aufgerufen am 11. Februar 2019.
- 7 „Yidai yilu' guanfang yifa“ [Official Translation for ‚Belt and Road‘] 2015-09-24. http://language.chinadaily.com.cn/2015-09/24/content_21970378.htm, zuletzt aufgerufen am 11. 02. 2019.
- 8 Constitution of the Communist Party of China, General Program, 3. Absatz. http://www.xinhuanet.com/english/download/Constitution_of_the_Communist_Party_of_China.pdf, abgerufen am 11. Februar 2019.
- 9 A. a. O.
- 10 State Council Information Office: „The Right to Development: China's Philosophy, Practice and Contribution“, 2016-12-02. http://www.scio.gov.cn/zfbps/32832/Document/1534707/1534707_1.htm, zuletzt aufgerufen am 11. 02. 2019.
- 11 Trotz oberflächlich ähnlicher Namensgebung dürfen Chinas Umfassende Nationale Sicherheit und der Vernetzte Ansatz der Bundesrepublik Deutschland nicht miteinander verwechselt werden. Die gängige Verwendung des englischen Begriffs „comprehensive“ als Übersetzung des chinesischen wie auch des deutschen Begriffs legt Gemeinsamkeiten nahe, wo keine vorhanden sind. Siehe dazu Oliver Corff: „Reiches Land, starke Armee“. Arbeitspapier 17/2018 der BAKS. <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2018/reiches-land-starke-armee-chinas-umfassende-nationale-sicherheit>, zuletzt aufgerufen am 10. Februar 2019.
- 12 Yan Xiaofeng: „Zongti guojia anquan guan quelile guojia anquan zhili de jiazhi yinling“ [Das Konzept umfassender nationaler Sicherheit definiert den Wertehahmen für die Regierungsführung nationaler Sicherheit] 2014-04-17. <http://theory.people.com.cn/n/2014/0417/c40531-24906262.html>, zuletzt aufgerufen am 11. 02. 2019.
- 13 Übersetzung durch den Autor. Mehrfache Hinweise auf die „Seidenstraße des Internets“ (wangshang sichou zhi lu) in: Zhonggong zhongyang bangongting, guowuyuan bangongting yinfa „guojia xinxihua fazhan zhanlüe gangyao“ [Generalbüro des ZK der KPCh, Generalbüro des Staatsrates: Überblick über die nationale Entwicklungsstrategie der Informatisierung] http://www.gov.cn/xinwen/2016-07/27/content_5095336.htm, zuletzt aufgerufen am 09. 02. 2019.

- 14 „Guowuyuan guanyu yinfa „shisan wu“ guojia xinxihua guihua de tongzhi“ [Bekanntmachung des Staatsrates zur Ausplanung der Informatisierung im Rahmen des 13. Fünfjahresplanes] http://www.gov.cn/zhengce/content/2016-12/27/content_5153411.htm, zuletzt aufgerufen am 09. 02. 2019.
- 15 State Council Information Office: „China’s Space Activities in 2016“ <http://www.scio.gov.cn/zfbps/ndhf/34120/Document/1537022/1537022.htm>, zuletzt aufgerufen am 09. 02. 2019.
- 16 State Council Information Office: „China’s BeiDou Navigation Satellite System“. 2016-06-17. <http://www.scio.gov.cn/zfbps/ndhf/34120/Document/1480623/1480623.htm>, zuletzt aufgerufen am 10. Februar 2019.
- 17 State Council Information Office: „China’s Arctic Policy“. 2018-01-26. <http://www.scio.gov.cn/zfbps/ndhf/37884/Document/1618248/1618248.htm>, zuletzt aufgerufen am 10. Februar 2019.
- 18 Oliver Corff: „Reiches Land, starke Armee“. Arbeitspapier 17/2018 der BAKS. <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2018/reiches-land-starke-armee-chinas-umfassende-nationale-sicherheit>, zuletzt aufgerufen am 10. Februar 2019.
- 19 Übersetzung und Paraphrasierung durch den Verfasser. Aus: „Zhongguo zhi-zao 2025“ [Made in China 2025.] 2015-05-08. http://www.gov.cn/zhengce/content/2015-05/19/content_9784.htm, zuletzt aufgerufen am 11. Februar 2019. Formal ist „Made in China 2025“ kein strategisches Weißbuch der VR China, sondern ein „zehnjähriger Aktionsrahmen zur Umsetzung der Strategie einer Fertigungs-großmacht“ (siehe letzten Absatz der Einleitung des Dokuments sowie die Klassifikation des Dokuments als „zhengce“ (policy paper) und nicht als „baipishu“ (Weißbuch) im staatlichen Publikationssystem). Offiziell gibt es keine englischen oder deutschen Übersetzungen des Textes, daher sind die inoffiziellen Übersetzungen nicht zitierbar, zumal sie ohne Impressum oder Urheberangabe zirkulieren.
- 20 State Council Information Office: „China’s Nuclear Emergency Preparedness“. 2016-01-27. www.scio.gov.cn/zfbps/ndhf/34120/Document/1466529/1466529.htm, zuletzt aufgerufen am 11. Februar 2019.
- 21 Ministry of Science and Technology: „Keji chuangxin gong su weilai. Deguo zhan-lue.“ [Wissenschaftlich-technologische Innovation, gemeinsame Gestaltung der Zukunft. Deutschland-Strategie] <http://www.most.gov.cn/kjbgz/201611/W020161123395806713396.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09. Februar 2019.
- 22 Bundesministerium für Bildung und Forschung: „China-Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 2015 – 2020“: <https://www.bmbf.de/de/china-strategie-des-bundesministeriums-fuer-bildung-und-forschung-2015-2020-1882.html>, zuletzt aufgerufen am 10. Februar 2019.

- 23 State Council Information Office: „China’s Policies on Asia-Pacific Security Cooperation“. 2017-01-11. <http://www.scio.gov.cn/zfbps/32832/Document/1539908/1539908.htm>, zuletzt aufgerufen am 11. Februar 2019.
- 24 1. Abschnitt: „I. National Security Situation. State Council Information Office: „China’s Military Strategy“. 2015-05-26. <http://www.scio.gov.cn/zfbps/ndhf/2015/Document/1435159/1435159.htm>, zuletzt aufgerufen am 11. Februar 2019.
- 25 Ganzes Zitat: „In response to the new requirement of safeguarding national security and development interests, China’s armed forces will work harder to create a favorable strategic posture with more emphasis on the employment of military forces and means, and provide a solid security guarantee for the country’s peaceful development.“ 2. Abschnitt: „II. Missions and Strategic Tasks of China’s Armed Forces“, a.a.O.
- 26 In einer Grundsatzrede von Xi Jinping wurde dieser unmittelbare Zusammenhang ebenfalls nahegelegt. Dort werden als aktuelle Errungenschaften eine Strategie umfassender nationaler Sicherheit und die Seidenstraßeninitiative in einem Atemzug genannt. S. 372, „Develop Philosophy and Social Sciences with Chinese Features“, in: Xi Jinping, The Governance of China, II. Foreign Languages Press, Beijing: 2017.
- 27 Die wirtschaftliche Situation von Ländern ohne Meereszugang wie der Schweiz oder Österreich gilt als Ausnahme, zumal beide Staaten in einem prosperierenden, aufs Engste verflochtenen internationalen Umfeld existieren und der Meereszugang nur wenige 100 km entfernt liegt. Ein typischer Vertreter der LLDCs mit exemplarischen Defiziten ist beispielsweise Afghanistan.
- 28 Kirgisien als Anrainer Chinas beispielsweise hat mit nominell 6,2 Mio. Einwohnern (rund eine Million lebt im Zuge von Arbeitsmigration langfristig im Ausland) weniger als fünf Promille der Bevölkerung Chinas. Sein nominales BSP beträgt 7,061 Mia. US\$, pro Kopf 1139 US\$. Zum Vergleich: Chinas BSP liegt in der Größenordnung von ca. 14 Billionen US\$, sein Pro-Kopf-BSP bei 10.000 US\$.
- 29 Die SCO wiederum hat nur wenige Mitglieder, kann also nicht für alle Staaten sprechen, die sich an der Seidenstraßeninitiative beteiligen; auch ist der Fokus der SCO primär auf Terrorismusbekämpfung, nicht auf Bündnisverteidigung im klassischen Sinne, gelegt.

Trendwende Gesamtverteidigung? – Zu den Erfordernissen von nationaler Verteidigungsbereitschaft und Resilienz

Philipp Lange

1. Einleitung

Durch die Annexion der Krim im Jahr 2014 durch Russland und die anhaltende mehr oder weniger offene Verstrickung in den Ost-Ukraine-Konflikt erodiert nicht nur die europäische Sicherheitsarchitektur, es ist auch das Tabuethema der Kriegsgefahr in Europa wieder zurückgekehrt. Die angekündigte Aufkündigung des INF-Vertrages seitens Washington scheint die Lage nicht zu entspannen. Gerade für die Außen- und Sicherheitspolitik der selbstberufenen Zivilmacht Deutschland stellt dies eine paradigmatische Neuverortung der eigenen Lage im nicht mehr ganz so friedlichen Europa dar, das zudem auch im Inneren durch den BREXIT und durch unterschiedliche Positionen in der Migration- und Finanzpolitik nicht gerade von Geschlossenheit zeugt. Das Weißbuch der gesamten Bundesregierung aus dem Jahr 2016 hat diesen Entwicklungen Rechnung getragen, indem es zumindest die Analyse der sicherheitspolitischen Herausforderungen an den Anfang der Postulierung einer Aufgabenbeschreibung für die Bundeswehr stellt. Dabei zeigen die kurz skizzierten Entwicklungen, und das ist spätestens seit „9/11“ eine Binsenweisheit, dass eine Fokussierung der Verteidigungsbereitschaft, oder weiter gefasst von Resilienz, nicht allein auf militärische Bereiche zu begrenzen ist. Die potentiellen Gegner Europas, seien es terroristische Gruppierungen oder ein aggressives Russland, bedienen sich geradezu dieser sogenannten asymmetrischen und hybriden Mittel, die nur zum Teil den Einsatz klassischer militärischer Gewalt beinhalten, zur Durchsetzung politischer oder ideologischer Ziele. Erforderlich erscheinen eine gesamtheitliche Beurteilung der strategischen Lage, auf der eine Diagnose der Zwecke, Ziele und Mittel gesamtstaatlicher Verteidigungsbereitschaft folgt.

Die potentiellen Gegner Europas, seien es terroristische Gruppierungen oder ein aggressives Russland, bedienen sich geradezu dieser sogenannten asymmetrischen und hybriden Mittel, die nur zum Teil den Einsatz klassischer militärischer Gewalt beinhalten, zur Durchsetzung politischer oder ideologischer Ziele.

Seitens des Bundesministeriums der Verteidigung versucht man den Ereignissen seit 2014 folgend die unter de Maiziere initiierte Neuausrichtung der Bundeswehr auf eine Situation anzupassen, bei der die Landes- und Bündnisver-

teidigung erstmals nach zwei Dekaden der Fokussierung auf Auslandseinsätze wieder bestimmendes Strukturmerkmal der Streitkräfte wird. Eng verbunden mit der Adaption der Neuausrichtung der Bundeswehr, die die Antwort auf eine veränderte sicherheitspolitische Lage geben soll, sind die sogenannten Trendwenden für „Rüstung, den Finanzen und im Personal“⁴¹ als Maßnahmenpakete zur Steigerung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ins Leben gerufen worden. Diese waren notwendig geworden, nachdem Struktur und Ausstattung der Truppe nach jahrzehntelanger Reduktion und Sparen, Ausrichtung auf weniger intensive Auslandseinsätze nicht mehr den Erfordernissen einer Landes- und Bündnisverteidigung gerecht wurden.

So richtig und zukunftsweisend diese Maßnahmen auch sind, die Bundeswehr bewegt sich nicht im luftleeren Raum und kann ihre Aufgaben, vor allem die zur Abwehr einer existenziellen Bedrohung des Bündnisgebietes nicht ohne Abstützung und im Zusammenwirken im Gesamtstaat und mit der Gesamtgesellschaft erbringen. Daher ist eine holistisch angelegte Trendwende Gesamtverteidigung erforderlich, die die Resilienz und Verteidigungsfähigkeit des Landes auf den Prüfstand stellt und nach Maßstäben des Bestehens im Konfliktfall anhand eines möglichen, wenn auch nicht zwingend wahrscheinlichen Kriegsbildes ausrichtet. Als solch ein „Kriegsbild“ kann eine Grundvorstellung vom Wesen eines zukünftig möglichen militärischen Konflikts verstanden werden. Dies beinhaltet dessen Zwecke, Ziele und Mittel und die voraussichtlichen Erscheinungsformen². Als zukünftig möglich soll hier allerdings keine abstrakte weit entfernte Zukunft verstanden werden, sondern ein Gesamtszenar, das auch heute schon plausibel erscheint, selbst wenn eine konkrete Evidenz des Eintritts nicht vorliegt. Sicher wäre dabei allerdings für die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, dass der Eintritt solch einer Auseinandersetzung immer ein Worst-Case-Szenar darstellen würde. Ein mit militärischen Mitteln ausgetragener Konflikt bzw. ein Krieg mit einem ebenbürtigen Gegner unter Eintritt eines Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrages wäre ein solches Extremszenario. Doch was würde dies nach heutigen Vorstellungen für die Landes- und Bündnisverteidigung und die Rolle Deutschlands zur Verteidigung Europas bedeuten? Worauf könne man sich einstellen?

2. Geostrategische Lage und hybride Bedrohungen

Noch mitten in der Umstrukturierungsphase der Bundeswehr, die noch mit den Nachwehen der Wehrpflichtaussetzung und den Gefechtserfahrungen in Afghanistan zu kämpfen hatte, trafen die Annexion der Krim, die kriegeri-

sehen Aktivitäten Russlands in der Ostukraine und die russische Version der sogenannten hybriden Kriegsführung die NATO scheinbar völlig unvorbereitet. Für Europa und Deutschland haben Landes- und Bündnisverteidigung

seitdem wieder Konjunktur. Ein direkter militärischer Konflikt mit Russland ist zwar nicht wahrscheinlich, aber auch nicht unmöglich. Deutschland wäre dann durch die Mittel moderner Kriegsführung auch in der Mitte Europas unmittelbar betroffen. Durch die Ereignisse der letzten Jahre haben sich entsprechende Vorwarnzeiten wieder signifikant verkürzt. Die zuletzt angenommenen Vorwarnzeiten von 10 Jahren haben sich als nicht haltbar erwiesen. Russland simulierte in einer seiner jüngsten Militärübungen „Zapad 2017“ ein Szenario, das vermutlich die Einnahme des Baltikums und die Abwehr eines Gegenangriffs der NATO-Staaten simulieren sollte. Deutschland bildete in dem dafür zugrunde gelegten Szenario zwar einen Nebenkriegsschauplatz, aber bot als logistische Drehscheibe der NATO mit seinen See- und Flughäfen, militärischen Lagern und Kasernen, Kraftwerken und der IT-Infrastruktur zivile und militärische Ziele, deren Ausfall durch russische Angriffe eine effektive Reaktion der NATO deutlich hemmen würde. Klar ist, dass ein Szenario dieser Art nur in einer Situation vorstellbar ist, bei der vitalste Interessen des russischen Machtzirkels um Putin gefährdet wären, sodass dieser einen Krieg in Kauf nähme, den er langfristig gegen das strategische Potential des Westens nur verlieren könnte. NATO-Planer gehen daher allerdings eher davon aus, dass Maßnahmen gegen das westliche Militärbündnis zunächst nicht direkt konfrontativ, sondern verschleiert mit zivilen, militärischen und anderen staatlichen Mitteln erfolgen würden. Die Destabilisierung von Gesellschaften durch Cyber- und Informationskriege und das Auftauchen „grüner Männchen“ als getarnte Invasion wären denkbare Mittel, um einer direkten Auseinandersetzung so lang wie möglich aus dem Weg zu gehen, um eine entschlossene Reaktion des Westens zu hemmen, so wie es schon auf der Krim geschehen ist. Längst nicht nur in Fachkreisen ist dieses Vorgehen als „hybride Kriegsführung“ benannt worden. Dies stellt eine

Für Europa und Deutschland haben Landes- und Bündnisverteidigung seitdem wieder Konjunktur. Ein direkter militärischer Konflikt mit Russland ist zwar nicht wahrscheinlich, aber auch nicht unmöglich. Deutschland wäre dann durch die Mittel moderner Kriegsführung auch in der Mitte Europas unmittelbar betroffen.

NATO-Planer gehen daher allerdings eher davon aus, dass Maßnahmen gegen das westliche Militärbündnis zunächst nicht direkt konfrontativ, sondern verschleiert mit zivilen, militärischen und anderen staatlichen Mitteln erfolgen würden. Die Destabilisierung von Gesellschaften durch Cyber- und Informationskriege und das Auftauchen „grüner Männchen“ als getarnte Invasion wären denkbare Mittel, um einer direkten Auseinandersetzung so lang wie möglich aus dem Weg zu gehen.

scheinbar neuartige Methode der nicht zwingend militärischen Gewalt dar, dem politischen Gegner seinen Willen aufzuzwingen. Entsprechende Willenskraft, dem Westen zur Maximierung eigener Sicherheitsgewinne zu schaden und der kreative Ansatz gesamtstaatlicher Mittel dieses zu erzwingen kann Russland dabei durchaus unterstellt werden.

Aufgrund dieser facettenreichen Bedrohungen stellt sich die Frage, welche vorbeugenden Maßnahmen zu ergreifen sind, um zum einen zur Abschreckung beizutragen, aber auch um im Ernstfall tragfähig zu sein. Deutschland leistet zur Abschreckung bereits einen militärischen Beitrag zu Kampfverbänden und Manövern an der Ostflanke. Ergänzt wird dies durch immer komplexere Übungen der NATO u.a. mit der Befähigung zur Zusammenführung „larger formations“ zur simulierten Abwehr eines ernstzunehmenden militärischen Gegners. Jüngst erfolgte dies mit 50.000 Soldaten während der Großübung „Trident Juncture“ in Norwegen; dabei 8.000 deutsche Soldaten. Insgesamt eine deutliche Steigerung und Fokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung der NATO-Mitgliedsstaaten. Auch die Trendwenden des Verteidigungsministeriums, welche die Ausrüstung und den Zustand der Bundeswehr verbessern sollen, sind eingeleitet.

Im atlantischen Bündnis ist man sich einig, dass die Wirkung der Abschreckung nicht allein auf der Truppenstärke an den Grenzen der Allianz beruht, sondern auf der Überzeugung, dass hinter jedem potentiell angegriffenen Mitgliedsland das mächtigste Militärbündnis der Welt steht. Es handelt sich um ein Bündnis, dessen Kraftentfaltung vor allem auf der Mobilisierung seiner gesamten militärischen, technischen und wirtschaftlichen Ressourcen beruht. Die geographische Lage Deutschlands in der Mitte Europas führt dazu, dass die Bundesrepublik die zentrale strategische Drehscheibe für eine umfassende Bündnisverteidigung oder bereits für Vorstufen dazu wäre. Damit wird

Deutschland wird sich also darauf einstellen, als zentraler logistischer Knotenpunkt für Alliierte und Partnerstaaten zu agieren und im Falle einer umfassenden Bedrohung auch eine wesentliche Rolle für die Sicherheit des Bündnisses in Zentraleuropa übernehmen.

Deutschland aber auch in besonderem Maße zur Zielscheibe für einen Gegner – die nukleare Dimension nicht ausgeschlossen. Eine Unterschätzung der Fähigkeiten des Bündnisses durch Russland, oder aber die nicht glaubwürdige und nicht demonstrierte Fähigkeit der NATO zur Mobilisierung

und zur Projektion militärischer Stärke über die Drehscheibe Deutschland könnte die Wirkung der Abschreckung negativ beeinträchtigen. Für die Bundesrepublik ist es nahezu unumgänglich in der zukünftigen Organisation

gemeinsamer Übungen und Operationen der NATO eine herausgehobene Rolle zu spielen. Das Besondere liegt in der geostrategische Situation Deutschlands im Zentrum Europas. Aufgrund dieser Lage ist die Bundesrepublik nicht nur Transitland für Truppenverlegungen, sondern auch Aufnahmestaat und Gastnation für verbündete Streitkräfte im Rahmen von „Host Nation Support“ und bildet zudem auch einen Teil des rückwärtigen Operationsgebiets für Maßnahmen der Bündnisverteidigung. Aus dieser räumlichen Überschneidung der Bereitstellung von Leistungen für Truppenteile mit unterschiedlichen Aufträgen in verschiedensten Szenarien ergeben sich zahlreiche nationale aber auch multinationale Aufgaben und Koordinierungsleistungen, die nicht mehr durch jedes Bündnismitglied allein beziehungsweise auf dem eigenen Territorium gelöst werden können. Deutschland wird sich also darauf einstellen, als zentraler logistischer Knotenpunkt für Alliierte und Partnerstaaten zu agieren und im Falle einer umfassenden Bedrohung auch eine wesentliche Rolle für die Sicherheit des Bündnisses in Zentraleuropa übernehmen.

3. Gesamtverteidigung und Staatliche Sicherheitsvorsorge

Den Krieg, die Krise oder einen Konflikt zu denken, kann im 21. Jahrhundert nicht dazu führen, diesen allein aus rein ressort- und fachspezifischen Perspektiven zu betrachten. Um dem vorzubeugen bedarf es abgestimmter und präventiver, ziviler wie militärischer Verteidigungsanstrengungen gleichermaßen. Streitkräfte allein sind nur begrenzt handlungs- und durchhaltefähig. Hier ist der Gesamtstaat gefragt, der sich durch eine umfassende staatliche Sicherheitsvorsorge auch wieder für Szenarien wappnen muss, die man jahrelang für Relikte des Kalten Krieges hielt. Verantwortliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfordert, im Versagen der Abschreckung zumindest eine Möglichkeit zu sehen und sich konzeptionell, darauf vorzubereiten. Dies schließt eine große Bandbreite möglicher Maßnahmen ein, von der intensivierten Versorgung der Streitkräfte mit Treibstoff über den Schutz von Stromnetzen unter Bedingungen eines massiven Cyberangriffs bis hin zum Schutz der Bevölkerung vor Luftangriffen.

Zu Recht schlussfolgert die Bundesregierung im Weißbuch 2016 dazu: „Erfolgreiche Prävention gegen hybride Gefährdungen erfordert staatliche und gesamtgesellschaftliche Resilienz – und damit umfassende Verteidigungsfähigkeit.“ Dies bedeutet aber, dass eine solche Verteidigung nicht allein durch Streitkräfte geleistet werden kann, sondern eine gesamtstaatliche Präventionsleistung erfordert. Gefordert ist also nicht das alleinige Beseitigen materieller

Defizite der Truppe durch bundeswehreigene Trendwenden, sondern das effiziente Ausplanen und Einsetzen gesamtstaatlicher Potentiale. Über die Argumentationen des Weißbuchs hinaus besteht großer Gestaltungsraum in der tatsächlichen konzeptionellen Ausgestaltung angemessener Maßnahmen für die Verteidigung, die sich aus der bestehenden Rechtsordnung und den Vorgaben des Weißbuchs ableiten lassen. Die planerischen Vorgaben für die zivile und militärische Verteidigung Deutschlands wurden zuletzt 1989 durch die Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung (RGV) mit einem übergeordneten Dachdokument abgerundet, in dem Verantwortlichkeiten und Aufgaben für die Gesamtverteidigung Deutschlands festgelegt sind. Diese sind somit trotz aller sicherheitspolitischen Veränderungen und der Forderungen der gemeinsamen Beschlüsse der NATO-Mitglieder seit 2014 auf einem Bearbeitungsstand vor der Deutschen Einheit³.

Der Rahmen für die Weiterentwicklung der Gesamtverteidigung unterliegt zwar zwei wesentlichen Konstanten, aber auch zwei gravierenden Veränderungen. Zu den Konstanten gehört die Einsicht, dass die Verteidigung nicht rein militärisch durch die Bundeswehr erfolgen kann, was heißt, dass sie ressortgemeinsam mit allen Bundesministerien und Ländern durchdacht werden muss. Die zweite Konstante ist, dass die Verteidigung im Bündnis unter anderem mit alliierten Kräften auf deutschem Boden erfolgen würde, die sich dann allerdings zum Beispiel auf dem Durchmarsch befinden oder in der gemeinsamen Verteidigung von Deutschland aus eingesetzt werden könnten.

Doch hinzukommen – mal abgesehen von der Wiedervereinigung – zwei wesentliche Veränderungen, die eine Überarbeitung erforderlich machen. Zum einen wäre Deutschland in einem betreffenden Konflikt nicht mehr Frontstaat. Die NATO und die EU haben sich nach den Beitrittsgesuchen osteuropäischer



Kampfpanzer Leopard 2 bei einer Schießübung

Staaten bis zu den Grenzen Russlands, Weißrusslands und der Ukraine erweitert. Ein Existenzkampf, wie ihn Deutschland bis 1989 zu befürchten hatte, würde sich, sollte er heutzutage eintreten, für einzelne Mitglieder des Bündnisses an dessen Rändern wie in Polen, Rumänien und im Baltikum ergeben. Deutschland wäre eher in seiner Eigenschaft als Transit-

und Aufnahmeland für Kräfte der Alliierten gefragt, die schnell zu den Bündnisgrenzen verlegen müssen. Die Bundesrepublik wäre ein Nebenkriegsschauplatz, der keine Besetzung fremder Truppen fürchten muss, aber dennoch zum Ziel

von Angriffen insbesondere aus der Luft und von See werden könnte, die das öffentliche Leben massiv beeinträchtigen würden. Der zweite wesentliche Faktor der Veränderung ist das Kriegsbild. Gesamtstaatliche Mobilisierungsmaßnahmen, wie die Einberufung von Reservisten und die Sperrung von Verkehrswegen für den Zivilbereich, sind in den meisten europäischen Rechtsstaaten an die Feststellung einer äußeren Krise oder der Landesverteidigung gebunden, welche umfangreiche politische Konsultationen und vielerorts auch die Entscheidung des Parlaments voraussetzt. Ein „hybrid“ agierender Gegner könnte sich dies zunutze machen, indem er offene Kampfhandlungen solange hinauszögert oder deren Einsatz leugnet und zugleich niedrighelligere Mittel einsetzt, bis es für den Angegriffenen zu spät ist, geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Ein „hybrid“ agierender Gegner könnte sich dies zunutze machen, indem er offene Kampfhandlungen solange hinauszögert oder deren Einsatz leugnet und zugleich niedrighelligere Mittel einsetzt, bis es für den Angegriffenen zu spät ist, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Angriffsvorbereitungen sind daher deutlich schwerer zu identifizieren als zu der Zeit, als man noch über Jahrzehnte Panzerformationen des Warschauer Paktes an der innerdeutschen Grenze zählen konnte, eine Absicht des Gegners ableiten und entsprechende Möglichkeiten des Handelns durchdenken konnte.

Die Veränderungen der geographischen Lage Deutschlands im Bündnis und das wahrscheinliche Kriegsbild des 21. Jahrhunderts müssen daher durch die Bundesregierung konsequent in der Verteidigungsplanung umgesetzt werden. Um die verfassungsrechtlichen Handlungsmöglichkeiten des Verteidigungs-, Spannungs-, und Bündnisfalls mit Leistungen hinterlegen zu können, sollte ein Review der Prozesse und Strukturen erfolgen, die mit Stand von 1989 in den Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung beschrieben sind. Verantwortlichkeiten sind neu zu benennen, zum Beispiel für die Bundespolizei als Nachfolgeorganisation des nicht mehr existenten Bundesgrenzschutzes und für die Karrierecenter der Bundeswehr als Nachfolger der Kreiswehrrersatzämter. Entsprechende Mobilisierungsmaßnahmen sind mit der Bundeswehr sowie den betroffenen anderen Ministerien und Behörden zu üben. In diesem Zusammenhang muss auch der Selbstschutz der staatlichen Organe und Einrichtungen, der kritischen Infrastruktur, wie Kraftwerke und Flughäfen, sowie der zivilen und militärischen Stäbe und ihrer Ausweichsitze für den Spannungs- und Verteidigungsfall neu betrachtet werden. Diese Koordinationsaufgabe gilt ebenso für mögliche Ressourcenkonflikte zwischen militärischem Material und Versorgungsleistungen und -gütern für den Schutz der Zivilbevölkerung. Zur Deckung der zivilen und militärischen Bedarfe in Notstandsszenarien gilt

es, das logistische System und die Versorgung der Behörden und der Bundeswehr so auszurichten und weiterzuentwickeln, dass einsatzbereite Streitkräfte gewährleistet werden können, ohne dass es einen Konflikt mit der Versorgung der Bevölkerung gibt. Denkbar wäre etwa eine Situation der Bereitstellung von Treibstoff während eines massiven Cyberangriffs auf das Strom- und Energienetz, wenn zum Beispiel Tankstellen ausfallen, da diese elektronisch betrieben werden. Zudem muss es auch alliierten Kräften ermöglicht werden, durch Deutschland schnell zum Einsatzort zu kommen. Ein zusätzliches Rahmenabkommen mit den seit 1989 (teil-)privatisierten, ehemals staatlichen Dienstleistern wie der Deutschen Bahn oder der Post- und Telekommunikationsanbieter wäre eine geeignete Lösung zur zusätzlichen Vorbereitung.

Für ein glaubwürdiges Verteidigungspotenzial der NATO-Staaten und für die Garantie von Beistandsverpflichtungen innerhalb der EU muss auch Deutschland seine Grundvorstellungen zur Gesamtverteidigung ressortgemeinsam formulieren und an die neuen Bedrohungen angepasst grundlegend überarbeiten. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag zur gesamtstaatlichen Resilienz der Bundesrepublik und ihrer Gesellschaft für den abzuwendenden Ernstfall, sollte dieser tatsächlich eintreten. Diese Maßnahmen müssen, politische Kontinuität in Berlin gegeben, in einer Weise geschehen, dass sie Demographie, Finanzierung und vor allem

Für ein glaubwürdiges Verteidigungspotenzial der NATO-Staaten und für die Garantie von Beistandsverpflichtungen innerhalb der EU muss auch Deutschland seine Grundvorstellungen zur Gesamtverteidigung ressortgemeinsam formulieren und an die neuen Bedrohungen angepasst grundlegend überarbeiten.

gesellschaftlicher Akzeptanz gerecht werden. Dieses Ziel und die damit verbundenen Anstrengungen lassen sich jedoch weder kurzfristig noch zum Nulltarif bewältigen. Die Trendwenden des BMVg allein werden nicht ausreichen. Immerhin ergeben repräsentative Umfragen bereits

in Folge des Jahres 2014 erstmals fast eine Mehrheit von 50 Prozent der Deutschen für höhere Verteidigungsausgaben und das Verständnis für eine größere Truppenstärke der Bundeswehr, während rund ein Drittel immerhin der Meinung ist, die gegenwärtigen Finanzmittel und Soldaten reichten aus. Dieser Trend steigerte sich bis Ende 2017 so, dass in der deutschen Bevölkerung die Bündnisverteidigung im Allgemeinen und auch die Unterstützung Verbündeter von mindestens zwei Dritteln der Bürgerinnen und Bürger befürwortet werden.⁴ Die Bundesregierung könnte sich so zumindest sicher sein, mit einer Neukonzeption der Gesamtverteidigung ein zwar wenig populäres aber deutlich dem Wählerwillen entsprechendes Projekt anzugehen. Mit der Vorlage der neuen Konzeption der Bundeswehr 2018 und dem daraus abgeleiteten Fä-

higkeitsprofil ist seitens des BMVg ein wesentlicher Beitrag geliefert worden. Nun gilt es die militärische Dimension mit der zivilen Seite, die durch die Konzeption Zivilverteidigung erfasst wird, in ein Dachdokument zu überführen, das abgeleitet aus dem Weißbuch der Bundesregierung Vorgaben und Aufgaben der Gesamtverteidigung an die entsprechenden staatlichen Stellen formuliert. Die Federführung liegt dabei beim Bundesministerium des Innern, welches allein damit für 2019 bis zur nächsten Bundestagswahl eine Mammutaufgabe vor sich hat.

4. Deutschland als Drehscheibe der Verteidigung Europas

Fünf Jahre ist es her, seitdem Russland mit der Annektierung der Krim nicht nur internationales Recht verletzte, sondern die europäische Friedensordnung mit dem Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen dauerhaft in Frage stellte. Die bis heute anhaltende Intensivierung der russischen Militärmanöver, die aggressive und teils nukleare Drohrhetorik sowie kontinuierliche Kampagnen gegen den Westen im Informations- und Cyberraum haben an diesem Zustand wenig geändert. All dies verstetigt den Wandel, der sich im Bewusstsein und im Handeln der NATO-Bündnispartner eingestellt hat: Das Ziel ist, Russland abzuschrecken, und die Allianz ist wieder in der Welt der Bündnisverteidigung mit Manövern, Truppenbewegungen und gegenseitiger Rückversicherung in Europa angekommen. Damit hat sich der Anspruch an das Militär deutlich erhöht. Die Fähigkeiten zur kollektiven Verteidigung im Bündnis werden anhaltend gestärkt, ohne den Blick für die laufenden Einsätze in den Krisengebieten, wie z.B. Afghanistan und Irak, zu verlieren.

Trotz aller sichtbaren Erfolge der Maßnahmen, die militärische Einsatzbereitschaft der NATO zu signalisieren, waren die Jahre nach 2014 auch eine Lehrstunde in Defiziten. Es zeigte sich, dass zahlreiche seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr vorgehaltene Fähigkeiten und eingespielte Verfahren verlorengegangen sind. Besonders gravierend offenbart sich dieser Mangel, wenn es darum geht, schnell und unkompliziert große Truppenkörper durch Europa zu bewegen. Der Katalog offener Fragen ist lang und geht von der Tragfähigkeit von Brücken für schwere Panzer, der Nutzung von Schienenstrecken, Standards in der Beladungssicherheit von LKWs bis hin zur administrativen Verfahrensabwick-

Trotz aller sichtbaren Erfolge der Maßnahmen, die militärische Einsatzbereitschaft der NATO zu signalisieren, waren die Jahre nach 2014 auch eine Lehrstunde in Defiziten. Es zeigte sich, dass zahlreiche seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr vorgehaltene Fähigkeiten und eingespielte Verfahren verlorengegangen sind.

lung bei grenzüberschreitenden Bewegungen militärischer Truppen und Güter. Was bis Anfang der Neunzigerjahre mit den regelmäßigen „REFORGER“-Übungen (Return of Forces to Germany) gängige Praxis war, führt heute zu bürokratischen Hürdenläufen. Führende Politiker und Militärs beklagen daher nicht nur die materielle Verfügbarkeit von Panzern, Flugzeugen und Schiffen, sondern auch große Schwierigkeiten dabei, größere Einheiten über weite Strecken am richtigen Ort zum Einsatz zu bringen. „Trident Juncture“ 2018 war insofern ein wichtiger und lehrreicher Meilenstein.

Im Februar 2018 einigten sich die NATO-Verteidigungsminister bei ihrem Treffen in Brüssel auf eine Anpassung der NATO-Kommandostruktur. Neben den USA bot sich Deutschland an, eines von zwei neuen Hauptquartieren zukünftig zu beheimaten. Inzwischen hat sich das Angebot der Bundesrepublik konkretisiert: In Ulm wurde mittlerweile am Sitz eines bereits existierenden multinationalen Kommandos der Streitkräftebasis das neue Joint Support and Enabling Command (JSEC) aus der Taufe gehoben. Die Wahl Deutschlands als Standort erscheint logisch, allerdings sind mit neuen Strukturen allein noch nicht alle Probleme der NATO gelöst. Deutschland hat bereits seit dem Jahr 2000 mit der Streitkräftebasis (SKB) als „Joint Support Service“ der Bundeswehr Erfahrungen mit teilstreitkräfteübergreifenden Aufgaben über größere Räume auf nationaler Ebene gesammelt. Mit großer Skepsis wurde zu Beginn des Jahrtausends die Entscheidung des damaligen Verteidigungsministers Rudolf Scharping gesehen, Aufgaben wie ABC-Schutz, Militärpolizei oder querschnittliche Logistik aus den klassischen Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe und Marine herauszulösen und einem neugeschaffenen zentralen Organisationsbereich, der Streitkräftebasis, zuzuordnen. Hierbei stand damals nicht nur die Effizienzsteigerung im Vordergrund, sondern vor



Übung der Marine

allem die Absicht, die steigende Beteiligung an Auslandseinsätzen trotz Personal- und Haushaltskürzungen bewältigen zu können. Die damalige Kritik ist inzwischen im nationalen und internationalen Bereich der Anerkennung gewichen, das dieses vor 18 Jahren initiierte, zukunftsweisende Projekt sich nicht nur bei der Organisation der Rückverlegung des Großteils des Afghanistankontingents und der ersten Verlegungen deutscher Truppen zur Rückversicherung der östlichen NATO-Partner ins Baltikum bewährt hat. Vielmehr wird dieses Modell auch Vorbild für die Weiterentwicklung der gemeinsamen Unterstützungsdienstleistungen der atlantischen Allianz und in der Europäischen

Union sein. Dies dürfte neben dem Willen zum Einbringen eigenen Gewichts in der Allianz und der geostrategischen Lage ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass Deutschland die Bereitschaft zur Aufstellung des multinationalen NATO-Kommandos in Ulm angezeigt hat und dafür im Bündnis viel Zustimmung erntete.

Die Fähigkeiten und Kräfte der Bundeswehr gibt es nur in einem durchgängigen und einmal vorhandenen Kräftedispositiv. Spezielle Vorhalte für rein nationale Aufgaben, nur für die EU oder allein für die NATO sind dabei die Ausnahme und personell kaum zu stemmen. Eine Duplizierung von Truppenteilen, Kommandos oder Projekten kann daher nicht erfolgen. Dies ist auch bei der

Ausgestaltung des künftigen Unterstützungskommandos zu berücksichtigen. Für die Streitkräftebasis als Organisationsbereich wird es nun noch stärker als bisher darum gehen, mit internationalen Partnern Unterstützungsleistungen in allen Ausprägungen für multinationale Großverbände auf deutschem Territorium bereitzustellen. Auch dies wird sie nur meistern können, wenn sie sich dabei auf ein dafür gesamtstaatlich abgestimmtes Gefüge stützen kann. Die Befähigung zur Bündnisverteidigung wird gesamtstaatliche Daueraufgabe bleiben. In diesem Zusammen-

In diesem Zusammenhang wird unabhängig vom neu aufgestellten NATO-Kommando auch zu prüfen sein, inwieweit der gestiegene Bedarf an Unterstützungsleistungen die künftige Struktur der Bundeswehr bestimmen wird. Dies wird den Rückgriff auf zivile Ressourcen genauso umfassen müssen, wie die Frage, in welchem Umfang militärische Stand-by-Kräfte eigens für die Bandbreite der nötigen Unterstützungsszenarien vorgehalten werden müssen.

hang wird unabhängig vom neu aufgestellten NATO-Kommando auch zu prüfen sein, inwieweit der gestiegene Bedarf an Unterstützungsleistungen die künftige Struktur der Bundeswehr bestimmen wird. Dies wird den Rückgriff auf zivile Ressourcen genauso umfassen müssen, wie die Frage, in welchem Umfang militärische Stand-by-Kräfte eigens für die Bandbreite der nötigen Unterstützungsszenarien vorgehalten werden müssen. In Friedenszeiten wird man vermutlich mehr auf eigene militärische Instandsetzungs-, Versorgungs- und Aufnahmeeinheiten zurückgreifen können, als dies im Spannungs- oder Verteidigungsfall möglich sein wird, wo der Bedarf an vertraglich bereitgestellten Dienstleistungen von zivilen Partnern der Wirtschaft deutlich ansteigen wird. Dies gilt vergleichbar auch für die europäischen Partner, die die bisherigen militärischen Unterstützungsleistungen auf den Bedarf der eigenen Streitkräfte ausgerichtet haben. So wäre es zum Beispiel im Spannungsfall denkbar, dass ein britisches Panzerbataillon bei seiner Ankunft in Bremerhaven am Kai durch niederländische Soldaten gesichert, auf seinem Weg durch Deutschland

durch Kräfte der Bundeswehr begleitet und anschließend durch die polnischen Streitkräfte in seinen Operationsraum an der NATO-Ostgrenze eingewiesen wird – koordiniert durch das Kommando in Ulm und dies zwingend in Abstimmung mit Polizeikräften.

Damit die gemeinsame und effektive Ausplanung und Organisation von gemeinsamen Truppenbewegungen stattfinden kann, ist auch auf dem nicht-militärischen Sektor Anpassungsbedarf gefordert. Streitkräfte in Europa sehen sich zunehmend gleichen Aufgaben und Herausforderungen gegenüber, daher ist ein multinationaler Lösungsansatz mehr als zielführend. Dies wird daher Fragen der Standardisierung, des Bürokratieabbaus, der zivil-militärischen Zusammenarbeit, der rechtlichen Grundlagen und der Institutionalisierung multinationaler Zusammenarbeit nicht ausschließen können. Zudem wird das o.a. Kommando nicht aus eigener Kraft Brücken tragfähiger, Schienennetze leistungsfähiger und Häfen aufnahmefähiger machen. Investitionen in die Infrastruktur müssen in Verantwortung der Mitgliedsstaaten erfolgen. Gleiches gilt für die behördliche Zusammenarbeit bei der Absicherung und Begleitung von Konvois vom Atlantik bis nach Tallin, wie mit Blick auf einen vereinfachten Grenzübergangsverkehr. Im März 2018 hat die EU-Kommission einen „Action Plan on Military Mobility“ mit diversen Maßnahmenpaketen ins Leben gerufen, der bestehende Hürden schnellstmöglich abbauen und die europäische Verteidigungsunion stärken soll⁵. Entsprechende Maßnahmen sind aber nur für die EU-Mitglieder verbindlich. Daher ist einer Kooperation in dieser Frage mit der NATO unumgänglich, wenn man in Europa unterschiedliche Mobilitätsräume verhindern will.

Geht man diese Frage nicht an, würden sich mit der Gründung eines zentralen Kommandos die genannten Herausforderungen schließlich zunächst nur verlagern, ohne dass diese umfassend gelöst werden. Rahmenvereinbarungen auf nationaler und zwischenstaatlicher Ebene können die Grundlagen für gemeinsame Standardisierung, Informationsaustausch, Lagebild und Zugriff auf nationale Dienstleistungen liefern. Das neue NATO-Kommando kann hierfür die fachliche Zuarbeit leisten – die Abstimmung muss aber auf politischer Ebene erfolgen und vertraglich verankert sein. Dies setzt allerdings den politischen Willen bei den souveränen Nationalstaaten voraus, die sich aus den neuen Anforderungen ergebenden Maßnahmen auch mitzutragen und dies der Öffentlichkeit gegenüber zu erklären. Deutschland wird daher die Aufstellung des neuen Kommandos und die damit verbundene erhöhte Sichtbarkeit militärischer Verbände in Form von Großübungen in Europa durch deutsches

Territorium gegenüber der eigenen Bevölkerung als notwendig, effizient und vor allem sicherheitspolitisch begründet erklären müssen.

5. Verteidigungsfähigkeit und Wehrpflicht

Das Weißbuch der Bundesregierung von 2016 hat der Kurzfristigkeit, Volatilität und Unberechenbarkeit sicherheitspolitischer Gefährdungslagen Rechnung getragen. Die Debatte zur Genese des Weißbuchs war dabei breit angelegt, doch eine potentielle Wiedereinführung der Wehrpflicht kam darin allerdings nahezu nicht vor. Zwar begründet das Weißbuch eine Refokussierung auf die

Landes- und Bündnisverteidigung als gleichrangige Aufgabe neben den in den vergangenen Jahren im Schwerpunkt stehenden Auslandseinsätzen. Dennoch trifft es keine Aussagen – weder in die eine noch andere Richtung – was das nun für die Wehrform bedeutet. Da diese Frage allerdings nach wie vor nicht vom Tisch ist, lohnt sich ein Blick auf die militärstrategischen Rahmenbedingungen, die heute anders angelegt sind als 2011 oder 1989.

Neben den derzeitig gestellten Fragen eines „Wie?“ einer Wehr- oder Dienstpflicht ist zunächst die nach sicherheitspolitischen Kriterien zu stellende Frage des „Wozu?“ entscheidend. Das heißt, erst aus einer sicherheitspolitischen Lagefeststellung sollten sich in einer Zweck-Ziel-Mittel-Relation die entsprechenden militärischen Fähigkeiten ableiten, die sich dann in einer darauf optimierten Wehrform und Wehrstruktur abbilden. In der Rückschau lagen Prognosen, was Dauer, Charakter und Eintritt von Konflikten angeht, oft falsch. Stehende Heere, die permanent auf hohem Mobilisierungsniveau existieren einerseits, oder ein gänzlich Verlassen auf wenige aktive, aber schnell verfügbare Kräfte oder flexible Mobilmachungsstrukturen andererseits sind zumindest denkbare Optionen, um mögliche Szenarien abzudecken. Bei einer sicherheitspolitisch abgeleiteten deutlich verkürzten Vorwarnzeit für einen Konflikt, wie im Weißbuch 2016 festgestellt, ist daher entscheidend, in welchem größeren Umfang in Friedenszeiten eine Mobilmachung vorzubereiten ist und wie man das vorhandene Potential gemessen an moderne Bedrohungsformen effizient einsetzen kann.

Zwar begründet das Weißbuch eine Refokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung als gleichrangige Aufgabe neben den in den vergangenen Jahren im Schwerpunkt stehenden Auslandseinsätzen. Dennoch trifft es keine Aussagen – weder in die eine noch andere Richtung – was das nun für die Wehrform bedeutet.

Einen entscheidenden Hinweis auf den tatsächlich benötigten Bedarf geben die NATO-Planungsziele, denen sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, um ei-

nen umfassenden Beitrag zur Abschreckung zu leisten. Demnach soll die Bundeswehr zukünftig in der Lage sein, drei Divisionen der Landstreitkräfte einschließlich einer umfassenden See- und Luftkriegskomponente der NATO im Fall der Bündnisverteidigung zur Verfügung zu stellen. Insgesamt geht es um etwa 60.000 bis 70.000 Soldaten. Hinzu kommen die Kräfte einer schnell verlegbaren und hochtrainierten „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF)

Plakativ ausgedrückt, bringt der einsatz- und übungserfahrene Mannschaftssoldat mit zehn Jahren Dienstzeit mehr Vorteile als eine große Anzahl unausgebildeter Rekruten. Man muss sich daher von der Vorstellung des Kalten Krieges lösen, dass in kürzester Zeit im gesamten Bundesgebiet Bürger zu den Waffen gerufen werden.

in Brigadestärke seit Januar 2019. Der Fokus geht demnach weg von statischen Massenheeren und hin zu Schnelligkeit, Beweglichkeit und glaubwürdiger konventioneller Abschreckung. Plakativ ausgedrückt, bringt der einsatz- und übungserfahrene Mannschaftssoldat mit zehn Jahren Dienstzeit mehr Vorteile als eine große Anzahl unausgebildeter Rekruten.

Man muss sich daher von der Vorstellung des Kalten Krieges lösen, dass in kürzester Zeit im gesamten Bundesgebiet Bürger zu den Waffen gerufen werden.

Aufgrund der anzunehmend geringen Vorwarnzeit bei einer Krise an den unmittelbaren Rändern der NATO gäbe es zurzeit für die Reaktivierung eines „Kriegswehrdienstes“ auch nahezu keinen Vorlauf der Vorbereitung. Hinzu kommt, dass ein Konflikt erst über die Hürde des Spannungs- und Verteidigungsfalls kommen müsste, um „das System hochzufahren“. Ein klug agierender Gegner würde so unterschwellig und verdeckt handeln, dass diese Kriegsschwelle nicht überschritten wird. Sollten dennoch die Voraussetzungen gegeben sein, müsste mit der Reaktivierung der Wehrpflicht in der laufenden Verteidigungssituation, die alle aktiven Kräfte der Bundeswehr bereits binden würde, zusätzlich der gesamte Prozess von der Erfassung, über Musterung und Einplanung, bis zur tatsächlichen Einberufung und anschließender Ausbildung zeitnah zur Wirkung kommen, um auf das rechtlich zulässige Wehrpotential zugreifen zu können. Anschließen würde sich die Belastung der Truppe durch eine Ausbildungsorganisation verstärken, die vor allem dem Strom an (länger) Ungedienten gerecht werden müsste. Schließlich war es ein Argument der Wehrpflichtgegner gewesen, dass man mit der Aussetzung der Friedenswehrrpflicht bis zu ein Drittel des Bundeswehrpersonals für andere Aufgaben freisetzen könne, welches bisher mit Ausbildung der Rekruten gebunden war. Dies würde zunächst mehr Kräfte binden als generieren, in einer Phase in der es vor allem um den schnellen Einsatz vollausgerüsteter und –ausgebildeter Truppenteile geht.

Die jüngst veröffentlichte neue Konzeption der Bundeswehr von 2018, welche die Vorgaben des Weißbuches von 2016 planerisch für die zukünftig vorzuhaltenden Fähigkeiten der Bundeswehr herunterbricht, bestätigt die Landes- und Bündnisverteidigung nun als vorrangige Aufgabe der Bundeswehr. In ihr wird festgestellt, dass ausschließlich im Spannungs- und Verteidigungsfall auf Wehrpflichtige als Säule der Personalbedarfsdeckung zurückgegriffen werden kann. Weiterhin soll die Bundeswehr für die langfristige Sicherheitsvorsorge grundsätzlich zu einem Aufwuchs für derzeit nicht abschbar erforderliche Fähigkeiten und Umfänge fähig sein. Was zunächst danach klingt, die Wehrpflicht denkbar zu machen, spricht vielmehr auch für die fortzusetzende Binnoptimierung der Bundeswehr nach Kriterien der Verteidigungsfähigkeit. Allen Angehörigen der Bundeswehr einschließlich der Reserve könnten fortan Aufgaben zugewiesen werden, die entweder ständig oder im Spannungs- und Verteidigungsfall wahrzunehmen sind. Zu denken wäre hier zum Beispiel an Lehrpersonal an Akademien und Ausbildungseinrichtungen, welches dann eine verteidigungsrelevante Aufgabe zugewiesen bekommen würde. Das heißt, es gibt in der Bundeswehr einschließlich der Reserve ein Personalpotential, das bisher für Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung gering genutzt wird und ohne die Reaktivierung der Wehrpflicht gewonnen und ausgebildet werden kann, um eine umfassende militärische Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten. Würde man dies verfolgen, wäre also zu identifizieren, wie bereits aktive Inhaber von nicht verteidigungsrelevanten Dienstposten im Rahmen der Mobilmachung verwendet werden und wie neben einer Einplanung auf betreffende Dienstposten eine ergänzende Ausbildung und ansatzweise Inübunghaltung im Normalbetrieb sichergestellt werden kann. Eine stärkere systematische Einbindung der Reservisten in Aufgaben vorrangig zur Bündnisverteidigung kann dies sinnvoll ergänzen. Dies sollte sich natürlich nicht nur auf die Bundeswehr beschränken, sondern gilt im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsvorsorge für die Ressorts und Behörden, die zum Beispiel im Rahmen der Versorgung der Bevölkerung und Streitkräfte oder der Verkehrslenkung betroffen wären. Diese personellen Maßnahmen sind mit der Ermittlung eines Ergänzungsbedarfes, der Bevorratung von Material, der Planung und Vorhalten von Ausbildungskapazitäten und –infrastruktur zu verbinden. Eine weitere Optimierung könnte auch

Eine reaktivierte Musterung und Erfassung der wehrpflichtigen Bevölkerung könnte bestimmte Qualifikationen identifizieren, wie zum Beispiel Informatiker oder Logistikexperten, um zumindest eine Planungsgrundlage für den Bedarfsfall zu nutzen. Hierbei könnte in solch denkbaren Musterungszentren auch eine Werbung für den freiwilligen aktiven aber auch freiwilligen Reservedienst mit Erreichbarkeit der gesamten Jahrgangsguppe forciert werden.

durch die Reaktivierung derjenigen Bestimmungen des Wehrpflichtgesetzes erfolgen, die die Wehrrfassung und Wehrüberwachung regeln, ohne den Wehrdienst praktisch zu vollziehen. Hierzu wäre allerdings eine Änderung durch den Gesetzgeber erforderlich. Eine reaktivierte Musterung und Erfassung der wehrpflichtigen Bevölkerung könnte bestimmte Qualifikationen identifizieren, wie zum Beispiel Informatiker oder Logistikexperten, um zumindest eine Planungsgrundlage für den Bedarfsfall zu nutzen. Hierbei könnte in solch denkbaren Musterungszentren auch eine Werbung für den freiwilligen aktiven aber auch freiwilligen Reservendienst mit Erreichbarkeit der gesamten Jahrgangsguppe forciert werden.

Die Befähigung zum optimalen Aufwuchs nach militärstrategischen Gesichtspunkten begründet zurzeit nicht die Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht in Friedenszeiten. Das Argument, dass es die Wehrpflicht bräuchte, damit die Truppe nicht zum Staat im Staate verkommt, hat sich auch und gerade seit ihrer Aussetzung als unhaltbar erwiesen. Deutschland ist demokratisch und erwachsen genug, die Wehrform vorrangig an sicherheitspolitische Erwägungen zu koppeln. Die Bundeswehr wird ihre Aufgaben mit einer optimal finanzierten, ausgestatteten und ausgerüsteten Freiwilligenarmee erfüllen können. Gleichzeitig sind die hypothetischen Mobilmachungsgrundlagen im Falle einer Landes- und Bündnisverteidigung zu hinterfragen. Die Lösung kann in einer konsequent fortzuführenden Binnenoptimierung des Wehrpotentials der Bundeswehr liegen. Diese muss gekoppelt werden mit einem attraktiven und nach verteidigungspolitischen Aspekten ausgerichteten Konzept der Reserve. Grundsätzlich muss dies zwar in einer Weise geschehen, die der Demographie, Finanzierbarkeit und der gesellschaftlichen Akzeptanz im Frieden gerecht wird – gesellschaftspolitische oder volkserzieherische Argumente allein können allerdings noch keine ausreichende Begründung für die Wiedereinführung der Wehrpflicht darstellen.

Fazit

Um den gegenwärtig und zukünftig angenommenen sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden, sind gewaltige Anstrengungen notwendig. Alles dagegen zu tun, dass Krisen und Konflikte ausbrechen und sich Bedrohungen materialisieren, ist vorausschauend und klug. Jedoch hat die Vergangenheit gezeigt, dass trotz aller Präventionsmaßnahmen staatliche Handlungsfähigkeit gefragt ist, sollten vorbeugende Maßnahmen aus unterschiedlichsten Gründen nicht erfolgreich sein und sicherheitspolitische Entwicklungen ande-

ren Linien folgen als prognostiziert. Resilienz und Prävention sind unmittelbar aneinander gekoppelt. Sollten vorbeugende Maßnahmen scheitern, dann bedeutet Resilienz nicht eine Krise zu verhindern, sondern einen Systemschock mit einem größtmöglichen Grad an fortwährender eigener Handlungsfähigkeit zu überstehen. Eine Auseinandersetzung mit einem ebenbürtigen Gegner, der alle ihm zu Verfügung stehenden destruktiven und disruptiven Mittel nutzt, könnte solch einen Systemschock verursachen, der noch nicht mal der Besetzung des eigenen Territoriums durch fremde Truppen bedürfte. Es besteht daher genügend Anlass, das Kriegsbild des 21. Jahrhunderts zu durchdenken, Denkverbote zu durchbrechen und den Forderungen des Weißbuchs nach vorrausschauender Verteidigungsfähigkeit und Resilienz der Gesellschaft gerecht zu werden. Nach Durchdringung der strategischen Lage und der Festlegung der Zwecke, Ziele und Mittel sollte nun die Genese einer kohärenten und ressortgemeinsamen Strategie zur Gesamtverteidigung folgen, die denkbaren und mannigfaltigen vorhandenen fiktionalen Einflüssen standhält.

Alles dagegen zu tun, dass Krisen und Konflikte ausbrechen und sich Bedrohungen materialisieren, ist vorausschauend und klug. Jedoch hat die Vergangenheit gezeigt, dass trotz aller Präventionsmaßnahmen staatliche Handlungsfähigkeit gefragt ist, sollten vorbeugende Maßnahmen aus unterschiedlichsten Gründen nicht erfolgreich sein und sicherheitspolitische Entwicklungen anderen Linien folgen als prognostiziert.

Zum Autor: Major i.G. Philipp Lange ist zurzeit persönlicher Referent des Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Anmerkungen

- 1 BMVg, <https://www.bmvg.de/de/themen/personal/neuausrichtung-und-trendwenden-12494>
- 2 Reichenberger, Florian: Der gedachte Krieg – Vom Wandel der Kriegsbilder in der Bundeswehr, S. 50; ZMSBw 2018.
- 3 http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwv-bund_10011989_080102.htm
- 4 Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (2017): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland, http://www.zmsbw.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/1_171220kurzberichtbevoelkerungsumfragezmsbw2017aktualisiertn.eu.pdf, S.64–65.
- 5 http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-2521_en.htm

Abschreckung im Cyber- und Informationsraum?

Gedanken zu Möglichkeiten und Grenzen von Sicherheit und Verteidigung

Kurt Herrmann

Kaum ein anderes Thema hat den Diskurs zu Sicherheitspolitik und Strategie der letzten Jahre so stark beherrscht wie die Digitalisierung und der Einfluss moderner Informations- und Kommunikationstechnologien auf Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Streitkräfte. Das Spektrum der in diesem Kontext erörterten Maßnahmen zur Gewährleistung gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge ist enorm breit. Die nachfolgenden Betrachtungen fokussieren sich schwerpunktmäßig auf einige ausgewählte Aspekte und sollen Gedankenanstöße für weiterführende Überlegungen zur künftigen Sicherheit und Verteidigung liefern.

Aus der Digitalisierung erwachsende Risiken und Bedrohungen

Die Digitalisierung und damit der virtuelle Cyber- und Informationsraum (CIR)¹ durchdringen heute alle Lebensbereiche. Neben den bisweilen unglaublich positiven Möglichkeiten sind zugleich auch erhebliche Verwundbarkeiten und Gefahren entstanden. Kritische Infrastrukturen im CIR, die

Die spezifische Brisanz von Risiken und Bedrohungen im CIR liegt darin, dass die Gefährdungen in kürzester Zeit, unmittelbar, massiv und grenzüberschreitend auf Entscheidungs-, Führungs- und Steuerungsprozesse in allen Bereichen und auf allen Ebenen von Politik, Verwaltung, Sicherheitskräften und Unternehmen aller Branchen und Bereiche einwirken können. Damit kann bei CIR-Angriffen relativ leicht und schnell die Schwelle zu einer Bedrohung von wahrhaft strategischer Dimension überschritten werden.

Ziele potenzieller Cyber-Angriffe werden können, sind häufig in komplexer Weise vernetzt und hängen vielfältig voneinander ab. Der hohe Durchdringungsgrad verstärkt die Verwundbarkeiten bzw. Risiken und kann zu Kaskadeneffekten führen. Verwundbarkeiten im CIR bestehen einerseits vor allem durch unerlaubte Informationsweitergabe, Spionage, Manipulation, Verweigerung von Kommunikations- und Informationsdiensten oder sogar durch Sabotage und andererseits durch Propaganda, gezielte Verfälschung

oder Manipulation von Information zur Beeinflussung von Personen oder ganzen Bevölkerungsgruppen. Angriffe im CIR sind damit in erster Linie gegen die Nutzung von Systemen und Diensten in allen staatlichen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen und privaten Bereichen und letztlich

auch gegen transparente, demokratisch-rechtsstaatliche Informationsstrukturen und Kommunikationsprozesse gerichtet.

Angriffsfähigkeiten im CIR sind heute Realität. Ein CIR-Angriff kann definiert werden als bewusste Projektion von CIR-Fähigkeiten, um kinematische oder nicht-kinematische Wirkungen zu erzielen, die somit im Extremfall die Sicherheit von Nationen, Unionen und Allianzen bedrohen oder in spezifischer Weise destabilisieren, den wirtschaftlichen Interessen schaden, politische oder kulturelle Instabilität hervorrufen, Personen in negativer Weise beeinträchtigen, verletzen oder töten oder Objekte (Geräte/Systeme) beschädigen oder zerstören.

Die spezifische Brisanz von Risiken und Bedrohungen im CIR liegt darin, dass die Gefährdungen in kürzester Zeit, unmittelbar, massiv und grenzüberschreitend auf Entscheidungs-, Führungs- und Steuerungsprozesse in allen Bereichen und auf allen Ebenen von Politik, Verwaltung, Sicherheitskräften und Unternehmen aller Branchen und Bereiche einwirken können. Damit kann bei CIR-Angriffen relativ leicht und schnell die Schwelle zu einer Bedrohung von wahrhaft strategischer Dimension überschritten werden. Das immense Schadenspotential von CIR-Angriffen erreicht beispielsweise im Bereich der Wirtschaft bereits heute jährlich zwei bis dreistellige Milliardenbeträge. Und dabei ist wahrscheinlich nur die Spitze eines gewaltigen „Eisberges“ sichtbar geworden.

In Konflikten oder Kriegen ist normalerweise mit situationsbedingten Überraschung und hinderlichen Unwägbarkeiten („Friktionen“ im Clausewitz'schen Sinne) zu rechnen, sowohl hinsichtlich der Zeit als auch der Konzentration von Kräften und Mitteln. Angriffe im CIR haben hierzu völlig neue Dimensionen erschlossen. Sie können fast ohne Vorwarnzeit ausgeführt werden, mit Potenzial von globaler Projektionsfähigkeit und einer äußerst schnellen sowie unvorhersehbaren Schwerpunktbildung von Kräften und Fähigkeiten. Die Vielfältigkeit potenzieller Akteure² und ihrer Motive sowie komplexe Tarn- und Täuschungsmöglichkeiten erschweren die Erkennung, Identifizierung und Zuordnung, also die Attribution von CIR-Angriffen erheblich. Für das grundlegende Problem der Attribution im CIR existieren bisher noch keine hinreichend zufriedenstellenden Lösungen. Da Angreifer im CIR in der Regel eine mehrstufige, indirekte Vorgehensweise zur Anonymisierung oder Verschleierung wählen und stets versuchen Ihre Spuren zu verwischen, sind sie nur schwer zu fassen.

Bei der notwendigen Analyse von Angriffsversuchen oder tatsächlichen Angriffen im CIR spielt nicht zuletzt der Zeitfaktor eine erhebliche Rolle. Bisherige Analysefähigkeiten der Cyber-Forensik sind höchst komplex und benötigen immer noch relativ viel Zeit. Leistungsfähige, zuverlässige Forensik-Werkzeuge, die in Echtzeit (on-line) eingesetzt werden können und nahezu zeitverzugslos Ergebnisse liefern, stehen derzeit zwar (noch) nicht zur Verfügung, intensive Bemühungen sind jedoch im Gange. Ähnliche Herausforderungen bestehen bei der Erkennung und Identifizierung von gefährdenden Informationsoperationen³, z.B. auch sogenannten „Fake News“⁴. Hohe Erwartungen hinsichtlich

Als besondere Herausforderung erweist sich die Abschätzung des anzunehmenden Ausmaßes potentieller Gefährdungen im CIR. Ein grundsätzlich erheblicher Unsicherheitsfaktor besteht darin, dass sehr wahrscheinlich mit einer großen Vielfalt von verschiedenartigen und weitgefächerten Angriffstechniken und Angriffsmitteln gerechnet werden muss, die auch durch intensive Aufklärung nicht oder zumindest nicht frühzeitig erkennbar sind.

der notwendigen Analysefähigkeiten richten sich u.a. an den technischen Fortschritt bei der ehrgeizigen Entwicklung von „Supercomputern“ und „Künstlicher Intelligenz“ (KI).

Als besondere Herausforderung erweist sich die Abschätzung des anzunehmenden Ausmaßes potentieller Gefährdungen im CIR. Ein grundsätzlich erheblicher Unsicherheitsfaktor besteht darin, dass sehr

wahrscheinlich mit einer großen Vielfalt von verschiedenartigen und weitgefächerten Angriffstechniken und Angriffsmitteln gerechnet werden muss, die auch durch intensive Aufklärung nicht oder zumindest nicht frühzeitig erkennbar sind.

Grundlegende Herausforderungen an die Abwehr und Verteidigung im CIR

Die Gewährleistung von Sicherheit im CIR ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die alle Beteiligten vor große Herausforderungen stellt. Auf das gesamte breite Spektrum präventiver Maßnahmen zur Sicherheitsvorsorge im CIR einzugehen, würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen. Im Folgenden sollen deshalb nur einige ausgewählte, verteidigungspolitisch relevante Aspekte beispielhaft erörtert werden.

Vorrangiges Ziel von Abwehr oder Verteidigung⁵ im CIR ist es, das Eindringen von Schadsoftware in Netze, Systeme oder Anlagen zu verhindern. Eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Abwehr/Verteidigung besteht darin, eine hohe Widerstandsfähigkeit („Resilienz“) der zu schützenden kritischen

staatlichen Strukturen, Einrichtungen und Prozesse zu erreichen und nachhaltig zu gewährleisten. Auf der operationellen Ebene gilt es den Betrieb und eine zuverlässige Funktionsweise der potentiellen Angriffsziele, also der kritischen Systeme und Dienste im CIR, auch nach massiven Attacken oder Sicherheitsvorfällen aufrecht zu erhalten. Grundsätzlich ist im CIR eine gestaffelte Abwehr in der Tiefe, vergleichbar einer virtuellen Festungsanlage mit mehreren Verteidigungsringen, vorzusehen. Dabei sind geeignete Kombinationen aus Taktik, Technik und Verfahren zu wählen. Die virtuellen Verteidigungswälle im CIR sind demzufolge komplexe Systeme aus Organisationsstrukturen, Technologien und Prozessen.

Es ist anzunehmen, dass die Fähigkeiten potenzieller Gegner im CIR bis zu ihrem Einsatz verborgen bleiben. Da es sich bei der Informations-Technologie (IT) in weitem Umfang um eine Technologie mit doppeltem Verwendungszweck⁶ handelt, ist eine sich dynamisch entwickelnde Verbreitung von Fähigkeiten im CIR praktisch unvermeidlich. Daher stellt die Schaffung und Entwicklung einer angemessenen Reaktionsfähigkeit im CIR weiterhin eine besondere Herausforderung dar. Der Fokus muss insbesondere auf der schnellen Erkennung und Analyse von Fähigkeiten, Absichten und konkreten Auswirkungen potenzieller Gegner liegen. Gemeinsame Überwachung und Aufklärung mit vertrauenswürdigen Partnern sowie deutlich verbesserte forensische (Online-)Fähigkeiten gelten daher als vorrangige Aufgaben der Abwehr und Verteidigung im CIR.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass eine enge Zusammenarbeit mit Partnern als zwingend erforderlich anzusehen ist. Ein vorrangiges Ziel wird dabei sein, die

Anzahl der nutz- und verfügbaren Sensoren weltweit zu erhöhen und damit eine hinreichend umfassende Datenmenge für die Gefährdungsanalyse und vor allem für die frühzeitige Erkennung von Gefährdungsindikatoren zu gewinnen. Dies gilt zudem als eine Grundvoraussetzung für jedwede Art von verbesserter Frühwarnfähigkeit. In gleicher Weise bedeutend und wichtig sind Fähigkeiten zur schnellen Erfassung und Erkennung von Eindringversuchen. Hierzu wird es künftig verstärkt erforderlich sein, sehr leistungsfähige Systeme oder „Werkzeuge“ für online-Forensik zu implementieren. Letztendlich soll damit eine hinreichend schnelle und gezielt wirksame Reaktionsfähigkeit gewährleistet werden.

Von hoher Dringlichkeit wird es jeweils sein, im Falle erfolgter Angriffe sehr rasch eine angemessene, umfassende und hinreichend zuverlässige Schadenserfassung und -Bewertung zu erstellen und daraus resultierend geeignete Schutz-, Abwehr- und Verteidigungsmaßnahmen zu entwickeln und zu ergreifen. Diese Maßnahmen können von kinetischer, nicht-kinetischer oder gemischter Art sein.

Darüber hinaus bedarf es angemessener Fähigkeiten zur erweiterten, ganzheitlichen Erfassung, Fusion und Auswertung eines vollständigen und inhaltlich zuverlässigen Lagebildes im zu beobachtenden CIR. Von hoher Dringlichkeit wird es jeweils sein, im Falle erfolgter Angriffe sehr rasch eine angemessene, umfassende und hinreichend zuverlässige Schadenserfassung und -Bewertung zu erstellen und daraus resultierend geeignete Schutz-, Abwehr- und Verteidigungsmaßnahmen zu entwickeln und zu ergreifen. Diese Maßnahmen können von kinetischer, nicht-kinetischer oder gemischter Art sein.

Im Verhältnis der Kosten zu den Mitteln erweist sich der CIR mit seinen nahezu unbegrenzten Ressourcen als äußerst effektiv, strategisch relevant und besonders effizient, um politisch definierte Zwecke oder strategische Ziele zu erreichen. Folglich werden die operationellen Mittel des CIR - insbesondere als integrale Bestandteile von hybriden Bedrohungen - die Ziel-Mittel- oder Kosten-Nutzen-Berechnung in Konflikten erheblich verändern. Ergänzend sei vermerkt, dass sowohl die Erkennung und Bewertung von Schäden durch Angriffe im CIR als auch die Folgenabschätzung solcher Angriffe nach wie vor als äußerst schwierig einzustufen sind. Eine nicht geringe Anzahl solcher Angriffe wird überhaupt nicht oder möglicherweise erst zu einem sehr späten Zeitpunkt erkannt werden.

Auswirkungen des CIR auf die Sicherheitspolitik und Strategie

Der sich weiterhin dynamisch entwickelnde CIR hat die Anforderungen und Bedingungen moderner Sicherheitspolitik radikal verändert. Es ist anzunehmen, dass heute bereits mehr als 100 Nationen über militärische Organisations-

Inzwischen ist der CIR als die fünfte Domäne der Sicherheitspolitik und Kriegsführung etabliert, gleichberechtigt mit den Domänen Land, Luft, See und Weltraum. Da der CIR die vier anderen Bereiche stark durchdringt, können die Gefährdungen und potenziellen Bedrohungen, die durch Angriffe im CIR hervorgerufen werden, als explosiver Krisenschub wirken.

strukturen verfügen, die Angriffs- oder -Abwehrfähigkeiten im CIR besitzen. Außerdem ist zu vermuten, dass auch terroristische Gruppierungen und international agierende Organisierte Kriminalität über entsprechende Angriffsfähigkeiten im CIR verfügen. Zumindest dürften etliche von ihnen ausreichende finanzielle Mittel besitzen, um entsprechende Fähigkeiten ggf. auch kurzfristig erwerben und einsetzen zu

können. Zu beobachten ist jedenfalls ein zunehmender Trend zur offensiven Nutzung von einschlägigen Technologien im CIR. Es ist zu befürchten, dass Angriffsfähigkeiten im CIR sich immer mehr zu einem strategischen Instru-

ment zwischenstaatlicher Konfliktaustragung und ebenfalls zu wesentlichen, auch strategisch bedeutsamen Mitteln in asymmetrischen Konflikte zwischen staatlichen zivil-militärischen Sicherheits-Exekutivorganen und nicht-staatlichen gewaltbereiten terroristischen oder organisierten kriminellen Gruppierung entwickeln. Letzteres unterstreicht ebenfalls, dass sich die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit im CIR zunehmend auflösen. Vermutlich hat ein „Wettrüsten“ der Nationen, aber auch der nichtstaatlichen Akteure im CIR längst begonnen. Eine echte Bedrohung oder andererseits auch eine wirksame Abwehr/Verteidigung erwächst grundsätzlich dann, wenn vorhandene Fähigkeiten mit einer entsprechenden Absicht verwendet und eingesetzt oder glaubwürdig bereitgehalten werden.

Inzwischen ist der CIR als die fünfte Domäne der Sicherheitspolitik und Kriegsführung etabliert, gleichberechtigt mit den Domänen Land, Luft, See und Weltraum. Da der CIR die vier anderen Bereiche stark durchdringt, können die Gefährdungen und potenziellen Bedrohungen, die durch Angriffe im CIR hervorgerufen werden, als explosiver Krisenschub wirken. Fähigkeiten im CIR sind zudem als Katalysatoren für die Entwicklung und den Einsatz klassischer operativer Kapazitäten in gewaltsamen Konflikten/Kriegen einzustufen. Sie wirken wie Kraft- oder Leistungsverstärker.

Wenn der CIR künftig zum zentralen Raum für die Austragung politischer und wirtschaftlicher Konflikte werden sollte, stellt sich die Frage: Müssen wir uns dann, z.B. durch verschränkte virtuelle und physische Formen der Kriegsführung, auf einen latenten oder sogar offenen Zustand permanenten Krieges und einen weiter zunehmenden Rüstungswettlauf im CIR einstellen? Eingangs erwähnt wurde bereits, dass die mittlerweile sehr konkreten Risiken und potentiellen Bedrohungen im CIR überaus schnell auch strategische Dimensionen erreichen können. Insbesondere in hybriden Bedrohungsszenarien umfasst der Bereich der operationellen Abwehr und Verteidigung im CIR alle Merkmale eines umfassend vernetzten Sicherheits- und Verteidigungsansatzes. Um den Risiken und Bedrohungen aus dem CIR wirksam zu begegnen, sind folglich ganzheitliche sicherheitspolitische Ansätze erforderlich. Hieraus erwächst die Forderung, Sicherheit und Abwehr sowie Verteidigung im CIR in alle einschlägigen Prozesse zur Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit zu integrieren.

Bei Diskussionen zur Gewährleistung von Sicherheit im „Cyber-Zeitalter“ wird immer wieder die Frage gestellt, ob man grundlegende Ansätze und Erkenntnisse aus der Nuklearstrategie auf den CIR übertragen könne. Dabei steht auch häufig das Thema Abschreckung im Mittelpunkt.

Frei nach Clausewitz ist das ursprüngliche Wesensmerkmal eines Krieges oder eines gewaltsamen Konflikts die konkrete Gewaltanwendung zur Durchsetzung eigener Ziele. Gewaltanwendung kann heute sowohl durch den Einsatz kinetischer Waffen als auch mittels Angriffen im oder durch den CIR erfolgen. Der Angreifer will damit einem Gegner seinen Willen aufzwingen. Der Verteidiger seinerseits will den Angreifer durch Gewaltandrohung oder im äußersten Fall auch durch Gewaltanwendung von der Aussichtslosigkeit seiner aggressiven Bemühungen oder den zu erwartenden unverhältnismäßig hohen Kosten seines Vorhabens überzeugen.

Bei Diskussionen zur Gewährleistung von Sicherheit im „Cyber-Zeitalter“ wird immer wieder die Frage gestellt, ob man grundlegende Ansätze und Erkenntnisse aus der Nuklearstrategie auf den CIR übertragen könne. Dabei steht häufig das Thema Abschreckung im Mittelpunkt. Deshalb lohnt es sich, Möglichkeiten und Grenzen einer Abschreckungsfähigkeit im CIR etwas eingehender zu betrachten.

Kann Abschreckung im CIR wirken?

Abschreckung ist eine allgemeine Strategie, die einen (potentiellen) Gegner von einer aggressiven Aktion abhalten soll, die noch nicht begonnen hat. Insbesondere beinhaltet Abschreckung die Entschlossenheit, einen mutmaßlichen Angreifer in seiner Absicht zu entmutigen, indem bei ihm Zweifel oder Angst vor den Folgen geweckt werden. Die Abschreckungstheorie gewann während des Kalten Krieges als militärische Strategie hinsichtlich des Einsatzes von Nuklearwaffen eine herausragende Bedeutung. Eine wesentliche Grundvoraussetzung für eine glaubwürdige Abschreckung ist die Fähigkeit der sich ihrer bedienenden Verteidiger, ihre Streitkräfte bzw. ihr Verteidigungspotential vor Zerstörung zu schützen, die durch einen Überraschungsangriff ausgeführt werden könnte.

Etliche sicherheitspolitische Aspekte, wie z.B. Glaubwürdigkeit von Abschreckungsfähigkeiten, potentielle Eskalation durch Misstrauen sowie fehlende Verifikationsmaßnahmen, Risiken von Vergeltungsmaßnahmen etc. sind in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der nuklearen Bedrohung bzw. der Bedrohung durch weitreichende Raketen erörtert worden. Einige der dabei gewonnenen Erkenntnisse lassen sich durchaus auf den CIR und das aktuelle sicherheitspolitische Szenario übertragen. Das gilt insbesondere für die Forderung nach Frühwarnfähigkeit. Allerdings gibt es auch deutliche

Unterschiede und Besonderheiten im CIR, die sich eines einfachen Analogieschlusses entziehen.

Abschreckung im klassischen Sinne funktioniert zwischen klar erkennbaren (potentiellen) Gegnern, also im Regelfall zwischen Staaten (z.B. USA und Russland, früher Sowjetunion) oder Bündnissen (wie zu Zeiten des Kalten Krieges zwischen NATO und Warschauer Pakt). Mit Entstehung des CIR ist eine klare Erkennbarkeit oder Zuordnung von (potentiellen) Gegnern nicht mehr oder zumindest nicht mehr hinreichend vorhanden. Angesichts der ausgefeilten, komplexen Verschleierungs- und Tarnmöglichkeiten von Angriffen im CIR einerseits und der daraus resultierenden schwierigen Identifizierung bzw. Zuordenbarkeit (Attribution) von Angreifern andererseits dürfte letztlich eine wirksame Abschreckungsfähigkeit zwischen Staaten im CIR-Zeitalter grundsätzlich in Frage gestellt sein. Hinzu kommt, dass eine wirksame Abschreckung gegenüber „asymmetrischen Opponenten“ (z.B. Terrorgruppen oder Organisierte Kriminalität) nur schwer vorstellbar ist. Das gilt in besonderer Weise gegenüber Terroristen, die zu selbstmörderischen Einsätzen bereit sind.

Ein Konzept der „Abschreckung im erweiterten Sinne“ kann im modernen Hybriden- oder CIR-Umfeld sehr wahrscheinlich nur zwischen Staaten oder Bündnissen funktionieren, die als potentielle Opponenten eines möglichen Konflikts erkennbar sind. In diesen Fällen dürfte - entsprechend der obigen Feststellungen – eine Abschreckung durch glaubwürdige Demonstration umfassender Schutz-, Abwehr- und Verteidigungsfähigkeiten möglich sein. Hierzu müssten diese Fähigkeiten im wirksamen Verbund der integrierten Fähigkeiten aller Operationsbereiche, Land, Luft, See, Weltraum und CIR, glaubwürdig gestaltet und vermittelt werden.

Die Fähigkeiten zu hinreichend wirksamer Sicherheitsvorsorge, Abwehr und Verteidigung im CIR sind künftig auf jeden Fall als ein unverzichtbarer, voll integrierter Anteil des gesamtstaatlichen Sicherheits-Instrumentariums zu betrachten. Abschreckung in dem o.a. erweiterten Sinne kann nur gewährleistet sein, wenn die passiven Vorkehrungen und Maßnahmen für präventiven Schutz sowie für Abwehr und Verteidigung der eigenen kritischen Infrastrukturen und Potentiale hinreichend gewährleistet sind und darüber hinaus ausreichende Fähigkeiten zu aktiven oder offensiven Gegen-

Die Fähigkeiten zu hinreichend wirksamer Sicherheitsvorsorge, Abwehr und Verteidigung im CIR sind künftig auf jeden Fall als ein unverzichtbarer, voll integrierter Anteil des gesamtstaatlichen Sicherheits-Instrumentariums zu betrachten.

maßnahmen vorhanden sind, die geeignet wären, einen Gegner mit strategischer Wirkung zu treffen. Für den passiven Schutz oder die passive Verteidigung gilt es die eigenen kritischen Infrastrukturen mit entsprechender Härtung und Redundanz und letztlich hinreichender Resilienz auszustatten. Die Fortsetzung oder rasche Wiederherstellung von essentiellen Diensten oder vitalen Funktionalitäten nach tatsächlichen Angriffen im CIR ist dabei von herausragender Bedeutung. Die aktiven Verteidigungsfähigkeiten sollten insbesondere zielsicher einsetzbar und skalierbar sein, um unnötige Kollateralschäden oder unkontrollierte Eskalationen zu vermeiden. Angesichts weltweiter Vernetzung im Internet gilt es zugleich negative Aus- oder Rückwirkungen auf die eigenen Infrastrukturen oder Potentiale zu vermeiden.

Ein entscheidendes Merkmal beim CIR und ein markanter Unterschied zum bisherigen sicherheitspolitischen Umfeld ist die nahezu unübersehbare Breite an „dual-use“ Fähigkeiten der anwendbaren digitalen Technologien. Die sich weiterhin außerordentlich dynamisch entwickelnden Technologien und vor allem auch der häufig beobachtete dramatische Preisverfall der einschlägigen „dual-use“ Technologie-Produkte dürfte die Realisierung eines wirksamen „Nichtverbreitungs-, Eindämmungs- und Kontroll-Regimes“ außerordentlich schwierig gestalten. Dies auch vor allem dann, „wenn man nicht kennt, was man nicht kennt“; denn in solchen Fällen einer unzureichenden Daten- und Faktenlage über die Fähigkeiten eines potentiellen Gegners wird es kaum möglich sein, eine hinreichend zuverlässige Abwehr oder Verteidigung, geschweige denn eine glaubwürdige Abschreckung aufzubauen.

Angesichts des alle Lebensbereiche durchdringenden CIR muss eine erfolgreiche Sicherheits- und Verteidigungspolitik heute weit stärker als jemals zuvor das gesamte Spektrum der politischen, diplomatischen und militärischen Bedingungen berücksichtigen. Diese und ggf. auch eine Abschreckung im erweiterten, oben skizzierten Sinne setzen in letzter Konsequenz voraus, dass ein Land oder ein multilaterales Bündnis seine Vergeltungsfähigkeit behält, indem es entweder reagiert, bevor seine eigenen Fähigkeiten gelähmt oder zerstört werden, oder indem es eine gesicherte Zweitschlagfähigkeit gewährleistet. Dazu muss es möglich sein, die notwendigen Fähigkeiten zu einem aktiven „Gegenschlag“ sowohl aus den klassischen Operationsdomänen als auch aus dem CIR⁷ heranzuziehen.

Analog zum „Kampf der verbundenen Waffen“ in den traditionellen Bereichen der Kriegsführung gilt es Planung und Durchführung von Verteidigungsope-

rationen im CIR künftig als voll integrierte Anteile im Rahmen von „Gesamt-Operationen“ zum Krisenmanagement sowie zur Konfliktverhütung oder Konfliktlösung einzubinden. Zur Gewährleistung hinreichender operationeller und taktischer Potentiale, vor allem auch einer möglichst großen Flexibilität, sind sowohl passive als auch aktive bzw. offensive Fähigkeiten im CIR erforderlich. Da sich in hybriden Szenarien die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit weitgehend auflösen, treffen die o.a. Feststellungen grundsätzlich auch auf alle relevanten Bereiche und Fähigkeiten der Sicherheitsvorsorge, Abwehr und Verteidigung im CIR zu. Die der Operationsdomäne CIR zugeordneten Sicherheits-, Abwehr- und Verteidigungsfähigkeiten bestimmen demzufolge auch maßgeblich den Beitrag zu einer möglichen Abschreckungsfähigkeit im erweiterten Sinne.

Durch die Komplexität und ungebremste Dynamik der Entwicklung im CIR ist eine ausreichende Frühwarnfähigkeit wahrscheinlich nur mit einem umfassend vernetzten Ansatz aller technischen Sensoren und auch menschlichen Sinne zu bewältigen.

Leistungsfähige Frühwarnfunktionen sind für eine wirksame Abwehr und Verteidigung und somit auch für eine potentielle Abschreckungsfähigkeit im erweiterten Sinne äußerst wichtig. Die Entwicklung von effektiven Frühwarnfähigkeiten im CIR erweist sich allerdings als eine spezielle Herausforderung. Durch die Komplexität und ungebremste Dynamik der Entwicklung im CIR ist eine ausreichende Frühwarnfähigkeit wahrscheinlich nur mit einem umfassend vernetzten Ansatz aller technischen Sensoren und auch menschlichen Sinne zu bewältigen.

Um eine glaubwürdige Abschreckung im erweiterten Sinne zu gewährleisten, muss das Sicherheits-, Abwehr- und Verteidigungspotential einer Allianz, einer Koalition oder auch eines Staates insgesamt vollständig vorhanden, einsatzfähig und als funktionales Gesamtspektrum oder Kontinuum auch hinreichend konsistent und resilient sein. Einem potentiellen Gegner müssen die vorhandenen Fähigkeiten in angemessener Form glaubhaft vermittelt werden, damit er das Risiko eines möglichen Angriffs als „zu hoch“ erkennt. Eine effektive Abschreckung ist insbesondere auch eng mit psychologischen Elementen und der Bewertung von rationalem Verhalten verbunden. Demzufolge ist nicht nur die eigene Bewertung der Verteidigungs- oder Abschreckungsfähigkeiten wichtig, sondern vor allem die bei einem potentiellen Gegner erzeugte Perzeption der damit verbundenen Potentiale.

Die glaubwürdige Demonstration von Abwehr-/Verteidigungsfähigkeiten im CIR – auch als Beitrag zur Abschreckung im erweiterten Sinne - stellt zugegebener Maßen eine besonders schwierige Aufgabe dar. Der Grund dafür ist, dass jedwede Offenlegung aktiver oder passiver Abwehr-/Verteidigungs-Fähigkeiten im CIR diese Fähigkeiten schnell entwerten könnte, weil potentiellen Gegnern damit die Möglichkeit gegeben würde, ihre eigenen offensiven oder defensiven Fähigkeiten dementsprechend schnell anzupassen. Dieses hoch dynamische Wechselspiel war allerdings bereits zu Zeiten des Kalten Krieges für die Elektronische Kampfführung eine ständige Herausforderung. Im CIR, mit seinem deutlich breiteren operationellen Spektrum, haben sich allerdings neue und deutlich erweiterte Dimensionen entfaltet.

Da Abwehr-/Verteidigungs-Fähigkeiten und -Operationen im CIR vollständig in einen umfassenden Ansatz für präventive Sicherheitsmaßnahmen und Verteidigungsstrategien integriert werden sollten, muss dieser ganzheitliche Ansatz auch für die Abschreckung im oben beschriebenen, erweiterten Sinne gelten. Dies bedeutet, dass diese Form der Abschreckung künftig insgesamt eine komplexe Mischung aus Fähigkeiten bzw. Potentiale aller operativen Bereiche, Land, Luft, Meer, Weltraum und CIR, umfassen muss. Es gilt einen potenziellen staatlichen Gegner unter Ungewissheit zu halten, wie wir auf eine Aggression von seiner Seite reagieren würden. Und es sollte ihm ein starkes Signal gegeben werden, dass er einen Preis zahlen müsste, der den Wert jeglicher Gewinne einer aggressiven Handlung von seiner Seite weit übersteigt.

In asymmetrischen Konflikten, insbesondere in solchen mit nicht klar erkennbaren oder irrational handelnden oder sogar zur Selbsttötung entschlossenen Gegnern, dürfte sich allerdings der Versuch einer Abschreckung im o.a. Sinne als weitgehend wirkungslos erweisen.

In asymmetrischen Konflikten, insbesondere in solchen mit nicht klar erkennbaren oder irrational handelnden oder sogar zur Selbsttötung entschlossenen Gegnern, dürfte sich allerdings der Versuch einer Abschreckung im o.a. Sinne als weitgehend wirkungslos erweisen.

Eine Abschreckung im erweiterten Sinne gegenüber potentiellen staatlichen Gegnern kann h.E. am besten arrangiert und bereitgestellt werden, indem für den CIR-Anteil ein Ansatz von „Verteidigungsfähigkeit in der Tiefe“ (s.o.) gewählt wird. Hierbei handelt es sich um ein komplexes, gestaffeltes Geflecht von Strukturen, Systemen und Prozessen/Verfahren. Damit soll sichergestellt werden, dass bei Angriffen im CIR nicht sofort die gesamte kritische Infrastruktur betroffen, kompromittiert oder gelähmt wird und stets ausreichende Redundanzen oder Reserven für die Aufrechterhaltung der vitalen Dienste

oder Funktionen verfügbar sind. Die Implementierung dieses aufwendigen Ansatzes erfordert natürlich erhebliche Investitionen. Angesichts der potentiell strategischen Dimension der Risiken und Bedrohungen im CIR erscheint der Aufwand jedoch gerechtfertigt.

Mit Blick auf die dynamisch weiter wachsenden Risiken und Bedrohungen im CIR einerseits und begrenzter Ressourcen für Sicherheit und Verteidigung andererseits besteht die zunehmende Dringlichkeit einer umfassenden Zusammenarbeit zwischen allen betroffenen Partnern und Akteuren. Ein konsolidiertes Vorgehen aller relevanten Regierungsressorts und Exekutivorgane der Sicherheit sowie eine enge Zusammenarbeit mit den beteiligten internationalen Organisationen im CIR sind nahezu zwangsläufig geboten. Dies sollte künftig nicht nur für Sicherheit, Abwehr und Verteidigung im herkömmlichen Sinne, sondern auch auf eine mögliche Abschreckung im erweiterten Sinne ausgedehnt werden.

Eine anhaltend hohe Evolutionsgeschwindigkeit im CIR bewirkt, dass der dynamische Zyklus für Sicherheit im CIR, bestehend aus Prävention, Abwehr/Verteidigung, Restitution und Nachsorge, effizient und flexibel anpassbar ausgelegt und ausgestattet werden sollte. Höchstmögliche Ausfallsicherheit, extrem kurze Reaktionsfähigkeiten und rasche Wiederherstellbarkeit sind von zentraler Bedeutung, um die Unterdrückung oder Störung von Diensten („denial of services“) zu vermeiden und eine fortlaufende Führung, Steuerung und Kontrolle auf allen Ebenen aller wichtigen Bereiche zu gewährleisten. Die Schaffung derartiger solider oder resilienter Strukturen, die die oben genannten Merkmale widerspiegeln, ist ebenfalls wichtig für eine glaubwürdige Abschreckungsfähigkeit im erweiterten Sinne.

Nationale, ressortübergreifende und multilaterale, vertrauensvoll vereinbarte Kooperation im weitest möglichen Rahmen bietet insgesamt die beste Gewähr, wirksame Schutz-, Abwehr- und Gegenmaßnahmen genügend zuverlässig zu planen, zu entwickeln und effizient zur Anwendung zu bringen. Das gilt in gleicher Weise für die Bereitstellung einer glaubwürdigen Abschreckungsfähigkeit im erweiterten Sinne. Um hierfür eine tragfähige Basis zu schaffen, bedarf es u.a. auch der Entwicklung von entsprechenden funktionalen Eventualfallplänen. Diese sollten spezifisch notwendige Aspekte der passiven und aktiven Abwehr/Verteidigung im CIR und somit auch die Voraussetzungen für eine potentielle Abschreckung im erweiterten Sinne explizit beinhalten. Die entsprechenden Pläne sind ebenfalls erforderlich, weil die in der Regel höchst zeit-

kritischen Abläufe, die für die Abwehr/Verteidigung im CIR stets zu erwarten sind, jeweils unverzügliche, wirkungsvoll aufeinander abgestimmte und effizient koordinierte Reaktionen erfordern. Das betrifft im Grunde alle Führungs- und Durchführungsebenen. Ihre Funktionsfähigkeit und Effizienz bestimmen letztlich auch ganz wesentlich die erwünschte Abschreckungsfähigkeit im erweiterten Sinne.

Perspektiven der weiteren Entwicklung

Vor allem die Implementierung kooperativer Sicherheits-, Abwehr- und Verteidigungsstrukturen im CIR und die Umsetzung sowie erfolgreiche Anwendung der entsprechenden Operationspläne im Bedarfsfall gelten als Grundvoraussetzungen für künftig wirksame Sicherheitsvorsorge. Ihre glaubwürdige Bereitstellung liefert zugleich die Basis für eine eventuelle Abschreckung im erweiterten Sinne. Um dies zu realisieren, bedarf es insbesondere auch der Bereitschaft, sensitive Daten zwischen den Kooperationspartnern auszutauschen und kritische Fähigkeiten verlässlich in eine kollektive Sicherheitsvorsorge und Verteidigung einzubringen. Diesbezüglich sind noch schwierige politische, rechtliche, prozedurale und technische Fragen zu lösen. Die dabei zu erwartenden Widerstände dürften zwar erheblich, aber auch nicht unüberwindbar sein. Bereits in der Vergangenheit ist jedoch deutlich geworden, dass vielfach starke Vorbehalte bestehen, Schwachstellen eigener kritischer Infrastruktur offen zu legen und erlittene kompromittierende sowie sonstige schädigende Angriffe im

Zur Gewährleistung von ausreichender Cyber-Sicherheit durch hinreichende Fähigkeiten für Prävention, Abwehr und Verteidigung werden deshalb die Verteidiger auch künftig immer wieder erhebliche Investitionen für Hardware (z.B. auch „Supercomputer“) und Software (für moderne Schutz-/Abwehrsysteme, z.B. unter Nutzung von „Künstlicher Intelligenz“ und „Big Data“ für on-line Forensik und Attribution), aber auch für Personal und Ausbildung sowie für Weiterbildung aufwenden müssen.

CIR zu melden. Gleiches scheint ebenfalls zu gelten, wenn es darum geht sensitive, schützenswerte Fähigkeiten selbst entwickelter Werkzeuge für die Erkennung und Analyse maliziöser Signaturen gegenüber anderen zu offenbaren. Zumindest werden hierzu jeweils intensive Abstimmung und bindende Vereinbarungen für wechselseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit notwendig sein. Die dafür erforderlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen bedürfen in hohem Maße politischer Vorbereitung, Begleitung und Unterstützung.

Potentielle Angreifer dürften auch künftig alle Kräfte und Mittel aufwenden, um sich die für erfolgreiche Operationen erforderlichen Vorteile zu verschaffen. Sie verfügen in der Regel über entsprechende finanzielle und technische Ressourcen⁸ und werden weitgehend das Tempo des „Wettlaufs“ bestimmen. Zur Gewährleistung von ausreichender Cyber-Sicherheit durch hinreichende Fähigkeiten für Prävention, Abwehr und Verteidigung werden deshalb die Verteidiger auch künftig immer wieder erhebliche Investitionen für Hardware (z.B. auch „Supercomputer“) und Software (für moderne Schutz-/Abwehrsysteme, z.B. unter Nutzung von „Künstlicher Intelligenz“ und „Big Data“ für on-line Forensik und Attribution), aber auch für Personal und Ausbildung sowie für Weiterbildung aufwenden müssen.

Nicht zuletzt aufgrund des erforderlichen hohen Investitionsaufwands für die Bereitstellung entsprechender Schutz-, Abwehr- und Verteidigungsfähigkeiten im CIR bedarf es der gezielten und umfassenden Bündelung aller verfügbaren Kräfte und Mittel in geeigneter Form. Letztlich stärken all diese Maßnahmen natürlich auch das eigene Abschreckungspotenzial im erweiterten Sinne. Dabei gilt es nicht zuletzt Synergien zu erschließen und effizient zu nutzen. Insbesondere im Zusammenwirken mit Partnern können – sowohl national als auch multi- und international – die erhofften Synergien z.B. durch geeignete Kombination von Prozessen, Sensoren und Analysesystemen gewonnen und genutzt werden.

Als gesamtstaatliche oder gesamtpolitische Aufgabe erfordert die Gewährleistung von Sicherheit, Abwehr und Verteidigung, ggf. einschließlich einer daraus resultierenden glaubwürdigen Abschreckungsfähigkeit im erweiterten Sinne, vor allem im CIR eine intensive Zusammenarbeit aller relevanten staatlichen und nicht-staatlichen Stellen. Da Risiken und Gefahren im CIR ein transnationales Problem sind, wird man künftig verstärkt auf effiziente multinationale Kooperation setzen müssen. Weitreichende Kooperation in einem umfassend vernetzten Sicherheitsansatz gilt weiterhin und stärker als je zuvor als Grundvoraussetzung für Erfolg und Effizienz von Sicherheit, Abwehr und Verteidigung im CIR und damit auch für die glaubwürdige Demonstration von Abschreckungsfähigkeiten im Gesamtspektrum der operativen Domänen. Die Politik ist diesbezüglich gefordert, die notwendigen ressortübergreifenden und multinationalen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für diese gesamtstaatliche Aufgabe zu schaffen.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. Kurt Herrmann war von 2002 bis 2004 der erste Kommandeur des Kommandos Strategische Aufklärung der Bundeswehr und von 2009 bis 2012 Direktor der NATO Communication and Information Systems Services Agency (NCSA). In der letztgenannten Verwendung war er Mitglied des Cyber Defence Management Boards der NATO und ihm war u.a. die NATO Computer Incidence Response Capability (NCIRC) unterstellt.

Anmerkungen

- 1 Der Sammelbegriff Cyber-Raum bezeichnet heute allgemein die Gesamtheit aller Informationstechnischen (IT) Systeme, Komponenten oder Dienste zur Vernetzung, Steuerung und Anwendung von digitalisierten Kommunikations- und Informationssystemen. Dieser virtuelle Raum erstreckt sich weltweit und ist grenzenlos; seine Hauptbasis ist das Internet, sein wesentliches Trägermedium das elektromagnetische Spektrum.
In dem eng damit verknüpften Informationsraum werden Informationen erzeugt, gespeichert, verarbeitet – d.h. analysiert, fusioniert, verdichtet, verknüpft, interpretiert, zweckorientiert aufbereitet - und verbreitet bzw. verteilt, auch mit dem Ziel, Denken und Handeln zu beeinflussen (Quelle: Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik, BSI)
- 2 z.B. von Einzeltätern (Hackern), über ideologisch motivierte Aktivisten, terroristische Gruppen, Organisierte Kriminalität, staatlich geduldet/unterstützte Netzwerken bis zu staatlichen geheimdienstlichen oder militärischen Institutionen.
- 3 Der Kampf um „Informationsüberlegenheit“ stellt eines der wichtigsten Mittel politischer, wirtschaftlicher und militärischer Auseinandersetzungen dar.
- 4 Fake News sind Falsch- und Fehlinformationen. Algorithmen verschiedener Art und Social Bots (Bots sind Computerprogramme, die weitgehend automatisch sich wiederholende Aufgaben abarbeitet, ohne dabei auf eine Interaktion mit einem menschlichen Benutzer angewiesen zu sein; in sozialen Medien werden „soziale Bots“ eingesetzt, um automatische Antworten zu setzen) spielen eine zentrale Rolle bei der Verbreitung. Eine zunehmend wichtige Funktion haben auch „Posts“, „Likes“ und „Retweets“, die in den Sozialen Netzwerken üblich sind.
- 5 Cyberabwehr oder Cyberverteidigung sind Maßnahmen zum Schutz vor Cyberangriffen und Erhöhung der Cybersicherheit. Der Begriff Cyberabwehr betont eher den Anteil ziviler Sicherheitsinstitutionen/-kräfte, der Begriff Cyberverteidigung eher den militärisch relevanten Anteil; die Grenzen sind jedoch fließend.
- 6 Dual use Technologie; zivil/kommerziell und militärisch nutzbar
- 7 z.B. in Form eines sogenannten „Hack-Back“, einer aktiven Gegenmaßnahme im CIR

- 8 Zunehmend häufiger und im großen Stile auch durch Erpressung von Geld mittels Erpressungssoftware („ransom software“); mit Erpressungstrojanern oder Krypto(Verschlüsselungs-)trojanern (Schadprogramme) wird der Zugriff des Computerinhabers auf seine Daten oder auf das ganze Computersystem verhindert; für die Entschlüsselung oder Freigabe wird ein Lösegeld gefordert; bekanntes Beispiel ist „WannaCry“

Kapitel V

Mit der Ehrenmedaille und der Ehrenurkunde Carl von Clausewitz ausgezeichnete Lehrgangsarbeiten

Analyse der Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise auf die Streitkräfte in Europa

Lehrgangsarbeit (Auszug) Führungsakademie der Bundeswehr LGAN 2016

Jan Dinand

Abstract

„Die langfristig notwendige Austerität zur Erreichung einer Schuldentragfähigkeit gemäß Maastricht-Konvergenzkriterium lässt keine finanziellen Spielräume im Verteidigungsbudget der europäischen Kernländer zu, um neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen!“

In dieser Arbeit wird die Modellierung einer Schuldentragfähigkeitsberechnung auf Basis des DOMAR-Modells entwickelt, mit der die notwendigen Primärüberschüsse zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit berechnet werden können. Die zur mittelfristigen Einhaltung der Maastricht-Konvergenzkriterien notwendigen Primärüberschüsse werden berechnet, um Rückschlüsse auf zukünftige Verteidigungsausgaben und deren Streitkräfte ziehen zu können. Im Ergebnis bestätigt die Schuldentragfähigkeitsberechnung die Eingangsthese mit Ausnahme Deutschlands, sodass der Kampf um staatliche Ressourcen zukünftig maßgeblich auch zwischen der Erreichung der Schuldentragfähigkeit und der staatlichen Sicherheitsvorsorge ausgetragen werden wird.

*(Der hier abgedruckte Auszug aus der Lehrgangsarbeit wurde aus redaktionellen Gründen, insbesondere im Bereich der Schuldentragfähigkeitsberechnung und der europäischen Dimension, gekürzt. **Die vollständige Arbeit stellt der Autor interessierten Lesern gerne auf Anfrage (jandinand@bundeswehr.org) bereit.**)*

1. Einleitung

1.1 Problemstellung und Forschungsfrage

1.1.1 Finanzpolitische und volkswirtschaftliche Ausgangslage

Mit den Terroranschlägen am 9. September 2001 und der daraufhin eingeleiteten Niedrigzinspolitik des Federal Reserve System (Fed) wurde die Grundlage der US-Immobilienkrise geschaffen, die 2007/2008 zur globalen Finanzkrise führte. In der Folge wurden Banken in Europa mit Steuergeldern gestützt und verstaatlicht, die Schuldenquote der EU-Länder stieg durch die Rettungspakete in neue Höhen und an den Rand der Schuldentragfähigkeit. Europa traf zudem die größte Wirtschaftskrise seit dem Jahr 1945. Rezession und steigende Verschuldung stellte die Schuldentragfähigkeit in einigen Staaten in Frage. Im Jahr 2010 wurde Griechenlands Kreditwürdigkeit durch Ratingagenturen herabgestuft, so dass keine Finanzierung am Kapitalmarkt mehr möglich war und ein erstes Rettungspaket den Staatsbankrott verhindern musste. Andere europäische Länder folgten und eine gemeinschaftliche indirekte Haftung für die europäischen Staatsschulden wurde beschlossen. Staatsschulden und zunehmende Verschuldung treffen alle Euro(päischen)-Länder und ihre Staatshaushalte.

Andere europäische Länder folgten und eine gemeinschaftliche indirekte Haftung für die europäischen Staatsschulden wurde beschlossen. Staatsschulden und zunehmende Verschuldung treffen alle Euro(päischen)-Länder und ihre Staatshaushalte.

1.1.2 Sicherheits- und rüstungspolitische Ausgangslage und resultierende Problemstellung

Die Streitkräfte in Europa befanden sich 2007, vor Ausbruch der Finanzkrise, im Reformprozess zwischen dem Einfahren der Friedensdividende der 90er Jahre und der Anpassung an die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung und des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. Die Umstellung zu kleineren Berufarmeen, die Außerdienststellung von Großgerät aus der Ära des Kalten Krieges, die Anpassung militärischer Doktrinen und des Materials für Out-of-Area-Einsätze gingen einher mit einer zunehmenden Anzahl von Peacebuilding-Operationen.¹ Ein struktureller Anpassungsprozess durch Umbau der Wehrpflichtarmee in eine Berufarmee sowie eine materielle Anpassung der Streitkräfte an die neuen Aufgaben fallen in mehreren europäischen Ländern zusammen mit dem Beginn der Finanz- und Staatsschuldenkrise.

Problemstellung:

Die Problemstellung fasst der britische Verteidigungsminister Philip Hammond 2012 wie folgt zusammen: „The debt crisis should be considered one of the greatest strategic threats to the future security of Europe (...) military power and economic power are inseparable“.²

Wie ist es also zukünftig unter den sich fortsetzenden Altlasten und Belastungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise möglich, einerseits militärische Stärke zur Begegnung der sicherheitspolitischen Herausforderungen zurückzugewinnen und andererseits ökonomische Stärke, unter der Bedingung, dass zu hohe Verschuldungsquoten sich negativ auf die ökonomische Lage auswirken, zu erreichen?

1.1.3 Forschungsfrage

Ableitend aus der Problemstellung ist beabsichtigt, in dieser Arbeit die Forschungsfrage in Form der These

„Die langfristig notwendige Austerität zur Erreichung einer Schuldentragfähigkeit gemäß Maastricht-Konvergenzkriterium lässt keine finanziellen Spielräume im

Wie ist es also zukünftig unter den sich fortsetzenden Altlasten und Belastungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise möglich, einerseits militärische Stärke zur Begegnung der sicherheitspolitischen Herausforderungen zurückzugewinnen und andererseits ökonomische Stärke, unter der Bedingung, dass zu hohe Verschuldungsquoten sich negativ auf die ökonomische Lage auswirken, zu erreichen?

Verteidigungsbudget der europäischen Kernländer zu, um neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen!“

für verschiedene Kernländer zu untersuchen, zu verifizieren bzw. zu falsifizieren und Folgerungen in Bezug auf die Problemstellung abzuleiten. Die wesentliche eigene Leistung besteht dabei darin, Wege zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit

ausgewählter europäischer Länder zu untersuchen und im Schwerpunkt mit theoretisch hergeleiteten Annahmen und Eingangsgrößen eine Schuldentragfähigkeitsberechnung durchzuführen. Ziel ist es, über die zukünftig zu leistende Überschuss- bzw. Defizitquote Rückschlüsse auf finanzpolitische Spielräume für Verteidigungsausgaben abzuleiten und Rückschlüsse für die Streitkräfte in Europa zu ziehen.

1.2 Stand der Forschung

In der Volkswirtschaftslehre ist die Schuldentragfähigkeit ein schmales Forschungsfeld. Im kombinierten Forschungsfeld Sicherheitspolitik und Staatsverschuldung gibt es zahlreiche Veröffentlichungen in Bezug auf die Auswirkungen von Staatsverschuldung auf Verteidigungshaushalte und Verteidigungsökonomie. In der Recherche konnte allerdings keine Veröffentlichung identifiziert werden, die Schuldentragfähigkeitsforschung und Sicherheitspolitik dahingehend verknüpft hat, über eine Schuldentragfähigkeitsmodellierung Folgerungen für die Streitkräfte, Verteidigungsökonomie und Rüstungspolitik ableiten zu können.

1.2.1 Relevanz der Arbeit – Korrelation zwischen Staatsverschuldung und Verteidigungsausgaben

Unabhängig von der theoretischen Untersuchung in Kapitel 2 soll an dieser Stelle bereits anhand von mathematischen Methoden der Statistik ein Wirkungszusammenhang zwischen Staatsverschuldung und Verteidigungsausgaben bzw. Streitkräften nachgewiesen werden, um die Relevanz der Arbeit zu belegen.

Um den Nachweis eines negativen linearen Zusammenhangs zwischen der Verschuldung eines Landes und seinen Verteidigungsausgaben zu erbringen, müssen zunächst geeignete Variablen identifiziert werden. Die Verschuldungsquote und die Quote der Verteidigungsausgaben am BIP bieten sich dazu an, da beide Variablen relativ zum BIP und damit auf die Wirtschaftskraft des Landes bezogen sind. Zudem verfälscht die Inflation die Variablen nicht, da Zähler und Nenner der Quotienten der Inflation unterworfen sind.

Verteidigungsausgaben scheinen somit anfälliger für Ressourcenkürzungen bei steigender Verschuldung zu sein, als andere präventive Ausgaben.

Für die Jahre 2006 bis 2014 errechnet sich der Korrelationskoeffizient für die EU27 ³ aus $X = \text{Staatschulden/BIP}$ und $Y = \text{Verteidigungsausgaben/BIP}$ zu $\text{pxy} = -0,8945$.^{4, 5}

Die negative Korrelation zwischen Staatsverschuldung und Verteidigungsausgaben an diesen Beispielen indiziert, dass eine Untersuchung der zukünftigen Entwicklung der Staatsverschuldung mittels einer Modellierung Ergebnisse generiert, aus denen auf die Entwicklung der Verteidigungsausgaben geschlos-

sen werden kann. Bei Berechnung des Korrelationskoeffizienten zwischen der Staatsverschuldungsquote und der Ausgabenquote anderer präventiver Ausgaben des Staates konnte kein linearer Zusammenhang ermittelt werden.⁶ Verteidigungsausgaben scheinen somit anfälliger für Ressourcenkürzungen bei steigender Verschuldung zu sein, als andere präventive Ausgaben.

2. Europas Dilemma – die Ausgangslage

2.1 Megatrends und gemeinsame Herausforderungen der europäischen Gesellschaften

Die Problemstellung der Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit in Europa kann nicht völlig losgelöst von den gesellschaftlichen und politischen Trends und Herausforderungen betrachtet und muss in diesen Kontext eingeordnet werden. Europas Regierungen und Gesellschaften sind im Jahr 2018 mit Megatrends und gemeinsamen Herausforderungen konfrontiert, die im *Weißbuch 2016* der Bundesregierung umfänglicher, wenn auch hier nicht vollständig, abgebildet werden. In Bezug auf die Forschungsfrage stellt dieser ergänzte Auszug der Herausforderungen aus dem *Weißbuch 2016* die Punkte mit den größten potentiellen Auswirkungen dar:

- Demographie und implizite Verschuldung
- Schuldenkrise 2.0
- Desintegrationsbestrebungen in der EU/im EURO-Raum
- US-Strategiewechsel und die Trump-Administration
- Schwinden der westlichen Dominanz und Aufstieg Asiens
- Technologisierung
- Global Warming
- Internationaler Terrorismus
- Sicherheitspolitische Herausforderungen an den Grenzen Europas
- Beschlüsse des NATO Wales Summit 2014
- Sicherheits- und Verteidigungspolitische Auswirkungen der bereits in Folge der Finanzkrise durchgeführten Verteidigungsbudgetkürzungen⁷

Da das sicherheitspolitische Umfeld Europas nicht der Schwerpunkt dieser Arbeit ist, sollen an dieser Stelle nur die Punkte näher betrachtet bzw. ergänzt werden, die im Weißbuch 2016 nicht oder nur peripher betrachtet werden.

Demographie und implizite Verschuldung:

Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre wird in der EU 28 von 18,9% in 2015 auf 26,9% in 2040 steigen.⁸ Damit ist mit steigenden Kosten in den Gesundheits- und Alterssicherungssystemen sowie im Bereich der Pflege zu rechnen, die kaum durch die Beitragszahlungen in die sozialen Sicherungssysteme gedeckt werden können und zusätzlicher staatlicher Zuschüsse bedürfen. Allein die implizite Verschuldung aufgrund von Renten- und Pensionszusagen der EU 27 berechnete Hishow (2010) auf -211% des BIP.⁹

Schuldenkrise 2.0:

Neben der in dieser Arbeit umfänglich betrachteten Wiederherstellung der Tragfähigkeit der expliziten Staatsverschuldung bestehen zusätzliche Risiken in einer Neuauflage der Schuldenkrise durch Italiens Bankenkrise¹⁰, eines möglichen Rückzuges des IWF aus den griechischen Rettungspaketen¹¹ oder einer Destabilisierung des EURO durch Desintegrationsbestrebungen.¹²

US-Strategiewechsel und die Trump-Administration:

Mit der Aufgabe des unipolaren Anspruchs der USA¹³ und dem „Pivot to Asia“¹⁴ bereits unter Präsident Obama und der weitgehenden Übertragung der Verantwortung für die Krisen an den Grenzen Europas an die Europäer hat sich ein Wandel vollzogen, der sich mit der Infragestellung der amerikanischen Sicherheitsgarantie für Europa unter Präsident Trump fortsetzt.¹⁵ Bei einem zumindest eingetretenen Glaubwürdigkeitsverlust der Sicherheitsgarantie und der nuklearen Abschreckung, bei gleichzeitig steigendem Druck zur Umsetzung der Beschlüsse des NATO Wales Summits 2014, stellt sich die Frage, wie Europa seine Sicherheit in Zukunft garantieren will und welche Haushaltsmittel dafür aufgebracht werden müssen.

Bei einem zumindest eingetretenen Glaubwürdigkeitsverlust der Sicherheitsgarantie und der nuklearen Abschreckung, bei gleichzeitig steigendem Druck zur Umsetzung der Beschlüsse des NATO Wales Summits 2014, stellt sich die Frage, wie Europa seine Sicherheit in Zukunft garantieren will und welche Haushaltsmittel dafür aufgebracht werden müssen.

Internationaler Terrorismus:

Der Schutz der Zivilgesellschaft vor dem internationalen Terrorismus wird versucht einerseits durch Maßnahmen der Verstärkung der inneren Sicherheit zu erreichen und andererseits durch die gleichzeitige Bekämpfung der internationalen Terrororganisationen mit Mitteln der äußeren Sicherheit. Allein aus dem steigenden Schutzbedürfnis ergibt sich ein Bedarf an zusätzlichen finanziellen

Ressourcen für innere und äußere Sicherheit, die zudem im Ressourcenwettbewerb stehen.

Sicherheitspolitische Herausforderungen an den Grenzen Europas: Neben Deutschland, das allein mit einer Belastung von 115,6 Mrd € von 2016 bis 2020 für die Flüchtlingshilfe zu rechnen hat¹⁶, sind vor allem die von der Finanz- und Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Länder an der südlichen Peripherie die Träger dieser zusätzlichen Lasten.

Global Warming:

Neben den im *Weißbuch 2016* angeführten sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels, ist Europa auch mit fiskalischen und wirtschaftspolitischen Auswirkungen konfrontiert. Neben den direkten Auswirkungen auf die Wirtschaft durch die Kosten des Emissionshandels, von CO₂-Reduzierung, Verteuerung der Produktionskosten und Abwanderung energieintensiver Industrie wurden beim Klimagipfel 2009 in Kopenhagen von den Industrieländern Klimatransfers in Höhe von \$100 Mrd pro Jahr im Zeitraum 2020 bis 2025 in die Entwicklungsländer zugesagt. Die Finanzierung der Transfers, auch wenn diese aus öffentlichen und privaten Geldern bestehen, ist weitestgehend offen und stellt eine weitere Unbekannte in Bezug auf künftige öffentliche Haushalte dar.¹⁷

Sicherheits- und Verteidigungspolitische Auswirkungen der bereits in Folge der Finanzkrise durchgeführten Verteidigungsbudgetkürzungen:

Die in Folge der Finanzkrise durchgeführten Kürzungen in den Verteidigungsetats erfolgten ohne Absprache zwischen den europäischen Alliierten in

Die Wiederherstellung der Tragfähigkeit der Staatsverschuldung wird somit Voraussetzung zur Bewältigung der Herausforderungen sein und die Rahmenbedingungen für die politische Handlungsfähigkeit vorgeben.

Bezug auf einen europäischen Fähigkeits-erhalt, mit der Auswirkung, dass "Bonsai Armeen" entstanden, mit kleinen Truppenkörpern und beschränkten Fähigkeiten und selbst in den finanzkräftigeren Ländern zwar mit einer „full spectrum capabi-

lity“, aber beschränkter Durchhaltefähigkeit.¹⁸ Bei gleichzeitigem „Leben aus der Substanz“¹⁹ und einem Abbau von Kapazitäten und einer quasi De-Industrialisierung der europäischen Rüstungsindustrie²⁰ erfordert die Wiederherstellung der verlorenen Fähigkeiten einen überproportionalen Einsatz von Haushaltsmitteln.

Zusammenfassend haben alle betrachteten sicherheitspolitischen Herausforderungen trotz Differenziertheit und Komplexität eine Gemeinsamkeit: Alle genannten Trends und Herausforderungen stellen zusätzliche finanzielle Forderungen im Wettbewerb um staatliche Ressourcen. Die Wiederherstellung der Tragfähigkeit der Staatsverschuldung wird somit Voraussetzung zur Bewältigung der Herausforderungen sein und die Rahmenbedingungen für die politische Handlungsfähigkeit vorgeben.

2.2 Politische Prioritätenverschiebung als Lösungsansatz?

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Verschiebung der politischen Prioritäten hin zu höheren Verteidigungsausgaben auf Kosten anderer Ressorts unter Beibehaltung einer Austeritätspolitik ein Lösungsansatz sein kann.

Am Beispiel Deutschlands zeigt sich ausgedrückt im Art. 87a Abs. 1 des Grundgesetzes „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben“, dass die Fähigkeiten der Bundeswehr und der sicherheitspolitische Handlungsspielraum sich aus dem zugewiesenen Haushaltsmitteln ergeben.²¹ Im Klartext bedeutet dies eine „Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit nach Kassenlage“ bzw. nach politischer Prioritätensetzung. „Verteidigungsausgaben konkurrieren weltweit mit Ausgaben für Bildung, Soziales, Wirtschaft usw.. Staaten, die viel ins Militär investieren, können weniger für andere Kategorien [...] ausgeben. Verteidigungspolitik ist deshalb immer [...] Teil des nationalen Ressourcen-Verteilungswettbewerbs.“²² Dieser Ressourcenwettbewerb wird auch häufig als „guns and butter“ Wahlmöglichkeit dargestellt.²³

Die Forschungsfrage könnte theoretisch ohne Betrachtung des Gesamtkontextes an dieser Stelle bereits falsifiziert werden: Es ist durch den Primat der Politik immer möglich, eine Prioritätenverschiebung hin zu Erreichung der Schulden-tragfähigkeit bei gleichzeitiger Fokussierung auf die Verteidigung vorzunehmen und andere Politikbereiche weniger zu priorisieren, zumindest so lange der Schuldendienst ein Mindestmaß an staatlicher Handlungsfähigkeit zulässt. „Where nation survival is threatened, a nation will be willing to pay almost any price for defence, protection and survival. But during long periods of peace, nations will prefer to devote resources to social welfare spending”.²⁴

Am Bundeshaushalt zeigt sich, dass sich mit Ende des Kalten Krieges die Prioritäten der deutschen Politik massiv von Verteidigung hin zu Sozialem und Arbeit verschoben haben.

Am Bundeshaushalt zeigt sich, dass sich mit Ende des Kalten Krieges die Prioritäten der deutschen Politik massiv von Verteidigung hin zu Sozialem und Arbeit verschoben haben. Diese Entwicklung ist auch in anderen Ländern zu beobachten wird durch zwei Entwicklungen unterstützt:

1. Demokratien, die ein Verhältniswahlrecht haben, sind generell geneigt weniger für Verteidigung auszugeben, als andere Staaten.²⁵
2. In einem System kollektiver Sicherheit kann durch Einnahme einer „Freifahrerposition“ der eigene Minderbeitrag durch die Beiträge anderer ausgeglichen werden, solange nicht alle diese Position einnehmen.²⁶

Praktisch ist daher eine signifikante Veränderung der Mittelzuweisung innerhalb des nationalen Ressourcen-Verteilungswettbewerbs (insbesondere zu Gunsten des Verteidigungsetats) nur durch gravierende Veränderungen der Umwelt, also eine andere Gefahrenwahrnehmung der Politik (z.B. durch Migration, äußere Bedrohung, innere soziale Spannungen oder Unruhen, Terrorismus, möglichen Machtverlust usw.) möglich.²⁷ Die Erhaltung bzw. Wiedererlangung der Schuldenragfähigkeit begrenzt die zu verteilenden staatlichen Mittel durch vorgegebene Defizitquoten bzw. Überschussquoten und schränkt die Akteure zusätzlich ein. Durch die im vorherigen Absatz dargestellten Herausforderungen, die als Gemeinsamkeit zusätzliche Ausgaben der Staaten (in verschiedenen Ressorts) erfordern, wird deutlich, dass die zur Erreichung der Schuldenragfähigkeit notwendige Defizitquote zukünftig nachhaltig die Spielräume bei den Verteidigungsausgaben (wie auch den anderen Titeln) bestimmen wird.

2.3 Ausgangslage europäischer Kernländer und der europäischen Wirtschaftszone

Die vom ehemaligen britischen Verteidigungsminister *Philip Hammond* konstatierte „Untrennbarkeit von militärischer und wirtschaftlicher Stärke“²⁸ wird als Kriterium für die Auswahl der zu betrachtenden Kernländer angelegt.²⁹ Um die Auswirkungen auf europäische Verteidigung zu untersuchen, sind deshalb insbesondere die wirtschaftlich und militärisch starken Länder von Bedeutung. Eine Betrachtung von Griechenland, auch wenn die Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise dort besonders ausgeprägt sind, erfolgt aufgrund der genannten Kriterien explizit nicht. Um die wirtschaftlich und militärisch weniger bedeutenden Länder dennoch nicht zu vernachlässigen, erfolgt eine Untersuchung der EU 28 als Gesamtes.

2.3.1 EU 28

In der politischen Dimension hat die Staatsschuldenkrise die Fliehkräfte innerhalb der Eurozone und der EU signifikant erhöht. Die Einführung einer monetären Union ohne politische und fiskalische Union spaltet die europäischen Gesellschaften und wird von vielen Ökonomen und Politikern als „Konstruktionsfehler“ angesehen. Die Flüchtlingskrise 2015 zeigte neue Trennlinien in Europa auf und die BREXIT-Entscheidung Großbritanniens 2016 war der vorläufige Höhepunkt der Desintegrationsbestrebungen innerhalb Europas. Im Jahr 2017 stand Europa erneut am Scheideweg mit wichtigen Wahlen in vielen Mitgliedsländern und einer Zunahme von politischem Einfluss von europafeindlichen Parteien. Eine tiefere Integration und eine Abgabe von Souveränität scheinen politisch wenig opportun, obgleich diese aus fiskalischen und sicherheitspolitischen Gründen unter Umständen geboten wären.

Die Einführung einer monetären Union ohne politische und fiskalische Union spaltet die europäischen Gesellschaften und wird von vielen Ökonomen und Politikern als „Konstruktionsfehler“ angesehen. Die Flüchtlingskrise 2015 zeigte neue Trennlinien in Europa auf und die BREXIT-Entscheidung Großbritanniens 2016 war der vorläufige Höhepunkt der Desintegrationsbestrebungen innerhalb Europas.

Durch die Annahme, dass militärische Auseinandersetzungen in Europa nach Ende des Ost-West Konflikts der Vergangenheit angehören würden, hat „sich eine post-moderne Zone der Stabilität und Sicherheit, ein post-historisches Paradies aus Frieden und Prosperität in Europa gebildet.“³⁰ Die europäische Union ist somit relativ betrachtet mit Verteidigungsausgaben von 1,4% des BIP mit Ausnahme Lateinamerikas die Region mit den geringsten Verteidigungsausgaben der Welt.³¹ Von den absoluten Ausgaben hingegen sind die EU-Staaten zusammen die Nummer 2 der Welt hinter den USA.³² Dennoch waren die europäischen Staaten 2011 in Libyen weder alleine noch zusammen in der Lage, sicherheitspolitische Interessen mit militärischer Macht über eine Entfernung von nicht mal 1000 km durchzusetzen.³³ In Zusammenhang mit der Feststellung der EDA 2013, dass die einsatzbereiten Soldaten in Europa sich seit 2006 auf dem höchsten Stand befänden, bei Reduzierung der Truppenstärke von 25% im gleichen Zeitraum,³⁴ lässt dies den Schluss zu, dass sich die europäischen Streitkräfte in den Streitkräftereformen stark auf Out-of-Area-Einsätze mit Schwerpunkt Stabilisierungsoperationen konzentriert haben, unter Vernachlässigung einer

Die europäische Union ist somit relativ betrachtet mit Verteidigungsausgaben von 1,4% des BIP mit Ausnahme Lateinamerikas die Region mit den geringsten Verteidigungsausgaben der Welt.

„high intensive and full spectrum capability“. In der Folge der Finanzkrise erfolgten die Verteidigungsbudgetkürzungen zum Teil ohne jegliche europäische Koordination zum Erhalt von Fähigkeiten.³⁵ *Schilde* und *Wieluns* stellen dazu fest: „The decline in European military spending seems to be excessive on two accounts. Firstly, some cuts are deep enough to both undermine European states national security strategies and also draw down collective European resources in an era of increasing attempts towards collective European security“³⁶ Beginnend mit der Annektierung der Krim und der Erkenntnis, dass ein Nachbarstaat der EU mit militärischen Mitteln und hybrider Kriegsführung bereit ist, Grenzen in Europa zu verschieben, wurde Verteidigung wieder auf die Agenda gerufen.³⁷ „EU Member States initially responded by pledging defence spending increases, signaling a shift away from the trend of decline.“³⁸ Ein Verharren und kein weiteres Absinken der Verteidigungsausgaben ist abseits der Ankündigungen bereits in den Statistiken zu erkennen. Auch wenn die EU 28 und die NATO Staaten nicht deckungsgleich sind, so hat sich im Wales Summit 2014 doch die überwiegende Mehrzahl der EU Staaten zu einem Aufwuchs der Verteidigungsausgaben auf 2% bekannt.³⁹

Fiskalisch und ökonomisch sind die EU 28 sehr inhomogen. Weniger als die Hälfte der Mitgliedstaaten erfüllte 2016 das -60% Maastricht-Kriterium und eine konsolidierte Verschuldung von -83,5% des BIP in 2016 lässt eine Schulden-tragfähigkeit in Frage stehen.⁴⁰ Die EU 28 geben zudem in der letzten Dekade im Schnitt doppelt so viel für den Schuldendienst wie für Verteidigung aus. Wirtschaftliche Prosperität ist ungleich verteilt und eine vergleichsweise gute Gesamtentwicklung täuscht über die Herausforderungen in den Krisenländern der Staatsschuldenkrise hinweg.

Auf den Punkt gebracht lassen sich die EU 28 im Jahr 2018 wie folgt charakterisieren: Politisch zerrissen, militärisch nur bedingt handlungsfähig, fiskalisch überschuldet, ökonomisch inhomogen.

2.3.2 Deutschland

Fiskalisch und ökonomisch hat Deutschland die Staatsschuldenkrise abseits etwaiger Haftungsrisiken überstanden, fungiert wirtschaftlich als Motor Europas und hat nahezu Vollbeschäftigung. Haushaltsüberschüsse haben die Reduzierung der Schuldenquote um 13% von ihrem Höchststand möglich gemacht und die gesetzliche Schuldenbremse wurde bereits vor deren Inkrafttreten eingehalten. Dennoch steht Deutschland mit einer hohen impliziten Verschul-

derung durch Renten- und Pensionsansprüche, den eingegangenen Haftungsrisiken im Rahmen der Rettungspakete und des ESM, sowie den noch nicht absehbaren Kosten der Flüchtlingskrise vor hohen fiskalischen Risiken.

Militärisch unterliegt Deutschland der Besonderheit, dass gemäß Art. 87a des Grundgesetzes sich die Stärke und Organisation der Streitkräfte aus dem Haushalt ableiten. Prozentual hat Deutschland mit 1% mit die niedrigsten Verteidigungsausgaben in ganz Europa. Zwar hat Angela Merkel das 2%-Ziel der NATO für Deutschland als maßgeblich

unterstrichen,⁴¹ dennoch unterliegt die tatsächliche Realisierung der Umsetzung dem neuen Kabinett. Die Bundeswehr ist durch die Neuausrichtung der Bundeswehr ab 2010, die durch fiskalische Budgetkürzungen und Umbau der Streitkräfte in eine einsatzorientierte Freiwilligenarmee gekennzeichnet war, unter die Sollstärke geschrumpft und konnte aufgrund der Strukturen und Ressourcen, die an sie gestellten Zielsetzungen nicht erfüllen.⁴²

Die unter Verteidigungsministerin von der Leyen eingeleiteten Trendwenden (finanzielle Ausstattung, Personal und Material) stellen eine Zäsur in der post-Kalte Kriegs Ära dar und sollen einen personellen Aufwuchs der Streitkräfte, eine Annäherung an das 2% Ziel der NATO und die bestmögliche materielle Ausstattung der Streitkräfte sicherstellen.⁴³ In Bezug auf Verteidigungskooperationen und Fähigkeitsbündelung ist Deutschland als Initiator des Framework-Nation-Konzeptes, mit der deutsch-niederländischen Heeresintegration, dem EATC oder der deutsch-norwegischen Rüstungskooperation, um hier nur einige Projekte zu nennen, ein Unterstützer einer tieferen europäischen militärischen Integration, obgleich die Abgabe von Souveränität in Form des Parlamentsvorbehalts für den Einsatz von Streitkräften eine wenig wahrscheinliche Option für die Zukunft darstellt.

Dennoch steht Deutschland mit einer hohen impliziten Verschuldung durch Renten- und Pensionsansprüche, den eingegangenen Haftungsrisiken im Rahmen der Rettungspakete und des ESM, sowie den noch nicht absehbaren Kosten der Flüchtlingskrise vor hohen fiskalischen Risiken.

3. Modell zur Schuldentragfähigkeitsberechnung

3.1 Modellierung der Schuldentragfähigkeitsberechnung

3.1.1 Möglichkeiten zur Erreichung einer Schuldentragfähigkeit

Grundsätzlich ist es möglich, die Verschuldung eines Staates über verschiedene Maßnahmen zu reduzieren. Vom Zahlungsausfall, also dem Nichtbedienen der

Schulden, über einen nicht erwarteten Inflationsschub, finanzieller Repression, dem Herauswachsen aus der Verschuldung durch Wirtschaftswachstum, bis hin zu fiskalischer Austerität und der Erwirtschaftung von Primärüberschüssen.⁴⁴ Politisch oder ökonomisch sind die genannten Möglichkeiten aber häufig nicht durchführbar oder durchsetzbar.⁴⁵

Für die weitere Betrachtung wird unterstellt, dass die EZB den Spagat zwischen Wahrung der Geldwertstabilität und Stützung der Konjunktur durch expansive Geldpolitik auch in Zukunft mit Fokus auf die Krisenländer betreiben wird, aber ihren Zielen dennoch weiter folgt. Dass die ultraexpansive Geldpolitik der EZB einen signifikanten Einfluss auf die Staatsanleihenrenditen hat, ist unbestritten. Durch das Anleihenkaufprogramm SMP der EZB sanken die Renditen 10-jähriger Staatsanleihen um 30 bis 50 Basispunkte, wobei der Effekt auf Staatsanleihen mit einem schlechten Bonitätsrating doppelt so groß war.⁴⁶ Die quantitative Ausweitung drückt dabei die realen Zinsen in den negativen Bereich und ließ die Lasten des Schuldendienstes trotz einer zum Teil

Ohne Primärüberschüsse in den öffentlichen Haushalten kommt es auch bei historisch günstigen Finanzierungsbedingungen nicht zu einer dauerhaften Rückführung der Schuldenquote.

Verdreifachung der Schuldenquote nicht signifikant ansteigen. Die Gefahr, die von dieser Rettungspolitik der EZB ausgeht, der Hysterese aus Nullzinsen und hoher Staatsverschuldung aus politischem Druck nicht mehr zu entkommen, zeigt sich am Beispiel Japans, das seit 1989 eine Niedrigzinspolitik verfolgt: Wird von einem Realzins von 2% ausgegangen, müssten 20% des japanischen Staatshaushaltes für den Schuldendienst aufgebracht werden, was kaum tragfähig wäre.⁴⁷ Dies zeigt, dass die Niedrigzinspolitik der Zentralbank den europäischen Staaten zwar eine temporäre Entlastung beim Schuldendienst verschafft, die allerdings nicht die Schuldenquote nachhaltig zu reduzieren⁴⁸. „Ohne Primärüberschüsse in den öffentlichen Haushalten kommt es auch bei historisch günstigen Finanzierungsbedingungen nicht zu einer dauerhaften Rückführung der Schuldenquote.“⁴⁹ Diese notwendige Überschussquote zu quantifizieren, wird Aufgabe der Schuldentragfähigkeitsberechnung sein.

3.1.2 Anforderungen an ein Modell zur Schuldentragfähigkeitsberechnung

Zur Beantwortung der Forschungsfrage ist es notwendig, eine Schuldentragfähigkeitsberechnung durchzuführen, die die unter Vorgabe festzulegender Eingangsgrößen zukünftig zu leistenden Primärüberschüsse bzw. -defizite in

Form der Defizitquote berechnet. Dazu soll die zukünftig einzuhaltende und zu erreichende Staatsverschuldungsquote vorgegeben werden. Ebenso soll bei Vorgabe einer Defizitquote eine Aussage zur zeitlichen Dimension zur Erreichung einer Schuldenquote möglich sein.

3.2.3 Das klassische DOMAR-Modell zur Schuldentragfähigkeitsberechnung

Domar stellte mit seiner Veröffentlichung „The ‘Burden of Debt’ and the National Income“ 1944 erstmals Modellrechnungen zur langfristigen Entwicklung des Schuldenstandes und des zu erbringenden Schuldendienstes auf, die vor allem bei einer nominal grenzenlos steigenden Staatsverschuldung den zu erbringenden Steuersatz zur Zinszahlung bestimmen sollte.⁵⁰ Er konnte in seinen Berechnungen aufzeigen, dass je nach Modellierung die Schuldenquote nicht wie erwartet gegen 100%, sondern gegen einen festen Grenzwert strebt.⁵¹ Die vier von *Domar* aufgestellten Modelle betrachten dabei unterschiedliche Szenarien:

1. Nullwachstum der Volkseinkommens
2. Jährliches Wachstum des Volkseinkommens um einen absoluten Wert
3. Wachstum des Volkseinkommens um einen konstanten prozentualen Wert
4. Ein Kriegsmodell⁵²

Da der Fall 3 reale Volkswirtschaften am realistischsten abbildet, ist dieses Grundlage für die weitere Herleitung der Modellierung.⁵³

Das DOMAR-Modell lässt ohne eine weitere Anpassung unter der Annahme einer zukünftigen Beibehaltung eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums in der EU 28 wie in den letzten 15 Jahren in Höhe von 1,5%⁵⁴ die Aussage zu, dass zur Wiederherstellung der Einhaltung der Konvergenzkriterien eine langfristige dauerhafte Verschuldung von -0,9% des BIP möglich wäre.

Da *Domar* nichts über Zeithorizonte aussagt und die Wiedererlangung der Schuldentragfähigkeit in der europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise mittelfristig erreicht werden soll, wird das DOMAR-Modell im Folgenden angepasst und weiterentwickelt. Dabei wurde angenommen, dass die Zinszahlungen aus dem Haushalt und damit aus den Steuereinnahmen beglichen werden.

3.2 Parameter der Modellierung

3.2.1 Die Schuldenquote und die Schuldentragfähigkeit

In den Konvergenzkriterien des Vertrages von Maastricht wurde für Länder der Eurozone eine maximale Schuldenquote von -60% des BIP festgelegt.⁵⁵ Diese Schuldenquote ist politisch definiert und hat somit primär keine Aussagekraft bezüglich der Schuldentragfähigkeit einer so verschuldeten Volkswirtschaft.

Inwieweit Staatsschulden tragfähig sind, hängt wesentlich vom Vertrauen der Gläubiger gegenüber dem Schuldner ab. Wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass Schuldenquoten über 90% des BIP das Wachstum der Volkswirtschaft um durchschnittlich 1% verringern.⁵⁶ Ebenso verringert eine Auslandsverschuldung größer 60%, speziell bei „Emerging Markets“, das Wachstum signifikant.⁵⁷ So ist Japan mit einer inlandsorientierten Gläubigerstruktur, trotz einer Schuldenquote von -240%⁵⁸ nicht zahlungsunfähig, währenddessen Belize 2012 schon bei einer Staatsschuldenquote von -85% zahlungsunfähig war.⁵⁹ Da es sich bei den EU 28 um weitgehend stabile Volkswirtschaften handelt, kann die Staatsschuldenquote als hinreichender Indikator im Modell für die mittelfristige Schuldentragfähigkeit genutzt werden. Da die EU-Konvergenzkriterien nach wie vor bindend für alle Euroländer sind, wird die mittelfristige Einhaltung -60%-Staatsschuldenquote in die Modellierung als ein Referenzwert eingehen. Die durch *Rogoff* und *Reinhard* ermittelte Grenze von -90%, ab der das Wachstum der Volkswirtschaft nachhaltig beeinträchtigt wird, wird als zweiter Referenzwert eingehen.

3.2.2 Antizipiertes Wachstum im Modell

Wirtschaftswachstum wird in der wissenschaftlichen Wachstumstheorie nach den Theoriewellen der klassischen, neoklassischen und neuen Wachstumstheorie erklärt. Während die klassische Wachstumstheorie Wachstum alleine auf zunehmenden Einsatz von Kapital zurückführt (*Harrod* und *Domar*), postulierte *Solow* die neoklassische Wachstumstheorie mit fallenden Grenzerträgen des Kapitals und einem langfristigen Wachstumsgleichgewicht.⁶⁰ Nachdem das neoklassische Modell aufgrund empirischer Daten in den 1980er Jahren unter Druck geriet, wurden in der neuen Wachstumstheorie die Modelle um Komponenten des technischen Fortschritts und durch Forschung und Entwicklung generierten Wissens ergänzt, und auch der Einfluss politischer Variablen wurde näher untersucht.⁶¹ Aktuell sind der Einfluss demographischer Wandlungs-

prozesse, der Klimawandel und limitierte fossile Ressourcen Gegenstand der Forschung und noch nicht abschließend bewertet. Nachdem den beratenden Ökonomen bei der Formulierung der EU-Konvergenzkriterien Anfang der 1990er Jahre eine jährliche Wachstumserwartung von 5% unterstellt werden kann (ökonomisches Rational der Anwendung der Schuldenstandquote von -60% und Defizitquote von 3% nach *Domar*) haben die vergangenen 15 Jahre mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,5% gezeigt, dass ein solch hohes Wachstum unrealistisch ist.⁶²

Die Modellierung der Schuldentragfähigkeitsberechnung enthält als wesentliches Element das Wirtschaftswachstum, wodurch einer realistischen und wissenschaftlich fundierten Antizipation eines zukünftigen Wachstums eine hohe Bedeutung für die Aussagefähigkeit der Ergebnisse zukommt. Um diesem Kriterium sowie der Berücksichtigung der neuesten Forschung der Wachstumstheorie gerecht zu werden, wird im Modell auf die wissenschaftlich ermittelten Wachstumsvorhersagen der EU-Kommission zurückgegriffen.⁶³ Für die EU 28 wird durch die EU-Kommission bis 2060 im normalen Szenario ein relativ stabiles langfristiges Wachstum von 1,4% und im „risk scenario“ von 1,2% vorhergesagt.⁶⁴ Um zudem ein Wachstumsszenario zu betrachten, werden zur Wachstumsrate in diesem Szenario zu der im normalen Szenario 0,5% addiert. In der Modellierung werden daher auf Grundlage der Daten drei Szenarien für die betrachteten Länder individuell berechnet.

Die Szenarien betrachten dabei einen realistischen Zielkorridor und nicht die best- oder schlechtestmögliche denkbare Entwicklung im Sinne einer Worst oder Best Case Betrachtung unter Berücksichtigung von „wildcards“.

3.2.3 Inflation im Modell

Die Inflation wird im Modell mit dem Inflationsziel der EZB von 2% jährlich angenommen.⁶⁵ Inwieweit eine Abweichung von der Zielmarke einen Einfluss auf die Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsberechnung hat, wird in Kapitel 4.2.1 untersucht.

3.3 Vor- und Nachteile der Modellierung, sowie Unterschiede zum DOMAR- Modell

Bei der späteren Auswertung der Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsberechnung ist zu berücksichtigen, dass das Modell unabhängig vom Realzins ist. Der

Schuldendienst ist deshalb gesondert zu betrachten. Dies hat den Vorteil, dass der Zins nicht als Parameter festgelegt werden muss. Andererseits ist dadurch das Ergebnis der Schuldentragfähigkeitsberechnung bei Ableitung der Auswirkungen auf den Verteidigungsetat und auf die Streitkräfte nicht ohne Berücksichtigung des Schuldendienstes möglich, da dieser eine weitere Einflussgröße auf mögliche Spielräume im Ressourcenwettbewerb darstellt. Insbesondere durch die expansive Geldpolitik der EZB und durch plötzliche Veränderung der Inflationserwartung kommt es zur nicht vollständig antizipierten Inflation.

Das DOMAR-Modell unterscheidet sich zudem bei Rechnung mit Inflation von der Modellierung. In der Modellierung mit Inflation wird der Nominalzinsanteil nicht aus dem laufenden Haushalt beglichen, sondern nur der Realzinsanteil. Dadurch steigt die Verschuldungsquote stark an, obwohl die Defizitquote relativ niedrig ist. *Domar* hingegen lässt den Schuldendienst (Realzins und vollständig antizipierten Nominalzinsanteil) aus dem Haushalt begleichen. Es wird durch die hohe Defizitquote ein höherer Verschuldungsspielraum suggeriert. De facto ist der Verschuldungsspielraum gleich hoch, aber im Modell von *Domar* nicht gut abzulesen bzw. nicht mit einem Modell ohne Inflation vergleichbar. Dieser Umstand ist zu berücksichtigen, da die Modellierung auf die Beantwortung der Forschungsfrage ausgerichtet ist. So ergibt sich in der Modellierung bei steigender Inflation ein geringerer Verschuldungsspielraum (siehe 4.1).

4. Zinsrisiko, Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit und finanzielle Ausstattung der Streitkräfte

4.1 Zinsrisiko – Ende der historisch niedrigen Zinsen?

Wie bereits in Kapitel 3.1.1. beschrieben, hat die expansive Geldpolitik der EZB zu einer kurzfristigen Entlastung der Staatshaushalte geführt. So konnten einige Länder ihre Staatsverschuldung verdoppeln, ohne einen größeren Anteil des BIP für den Schuldendienst aufbringen zu müssen.⁶⁶

Die Entwicklung des Schuldendienstes stellt damit neben der Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit einen zweiten Faktor mit Einfluss auf die Staatshaushalte dar, der in einem direkten Zusammenhang mit der Finanz- und Staatsschuldenkrise steht. Berücksichtigt man, dass die Portfoliozinsen⁶⁷ von Staatsanleihen einem nachlaufenden Effekt unterliegen,⁶⁸ kann davon ausgegangen werden, dass bei durchschnittlichen Laufzeiten der Staatsanleihen

von 8 bis 12 Jahren das Minimum des Portfoliozinsens noch in der Zukunft liegt.⁶⁹ Während die durchschnittlichen Portfoliozinsen in Europa (aufgrund der hochverzinsten langlaufenden Altanleihen) noch zwischen 2,2 und 3,3% liegen⁷⁰, hat der Geldmarktzins⁷¹ und der Zins für Neuemission von Staatsanleihen die Schwelle von negativen Realzinsen erreicht.⁷²

Negative Realzinsen lassen sich mittelfristig jedoch nur durch finanzielle Repression durchhalten, die in Zeiten globaler Finanzmärkte schwierig durchzusetzen ist und mit negativen Effekten für die Volkswirtschaft (Ausfall der Lenkungsfunction des Kapitals durch das Risiko) einhergeht.⁷³ Daher ist davon

auszugehen, dass die Realzinsen mittelfristig wieder das historische Niveau von 2,2% für langlaufende deutsche Staatsanleihen erreichen werden⁷⁴ und die Signalfunktion des Zinses für das Zahlungsausfallrisiko durch den Aufschlag von Basispunkten bei vermeintlichen schlechteren Schuldnern zurückkehrt. Auch wenn die historische

Wie bereits in Kapitel 3.1.1. beschrieben, hat die expansive Geldpolitik der EZB zu einer kurzfristigen Entlastung der Staatshaushalte geführt. So konnten einige Länder ihre Staatsverschuldung verdoppeln, ohne einen größeren Anteil des BIP für den Schuldendienst aufbringen zu müssen.

Betrachtung nicht die aktuellen Staatsverschuldungsquoten widerspiegelt, zeigt diese Betrachtung dennoch das Zinsrisiko, das auf den europäischen Schuldnern lastet. Steigt das Wirtschaftswachstum, wie durch die Europäische Kommission prognostiziert⁷⁵, wird die Inflation im Euroraum ansteigen und die ultraexpansive Geldpolitik wäre durch das Mandat der EZB nicht länger gedeckt.⁷⁶ Bei der Modellierung der Schuldentragfähigkeitsberechnung wurde bereits erläutert, dass die Betrachtung des Schuldendienstes in den Nominal- und Realzinsanteil unterteilt werden muss und nur der Realzinsanteil aus dem laufenden Haushalt beglichen wird, da der Nominalzinsanteil in der Schuldenquote durch das steigende BIP nivelliert wird. Für den zu zahlenden Realzinsanteil des Schuldendienstes sind die Portfoliozinsen abzüglich der Inflation bestimmend, die für jeden einzelnen Staat, aufgrund des individuellen Zahlungsausfallrisikos, unterschiedlich ausfallen. Würden am Beispiel Großbritanniens die Portfoliozinsen abzüglich der Inflation auf den durchschnittlichen Wert der Jahre 2000-2007 ansteigen, hätte dies eine Steigerung des Schuldendienstes um 70% von 2,3% auf 3,9% des BIP zur Folge. Dieses Beispiel spiegelt allerdings nicht vollumfänglich die Komplexität des Problems wider. Die genauen Zinsrisiken sind für die einzelnen Länder aus folgenden Gründen schwer zu bestimmen:

1. Die Portfoliozinsen sind nominale Zinsen, die aufgrund einer historischen Inflations- und Ausfallrisikobewertung gebildet wurden.
2. Die Bereinigung des Portfoliozinses mit dem HVPI-Wert (im Sinne einer Realzinsberechnung) stellt eine vereinfachende Reduzierung dar, da historische Inflationserwartungen im Schuldenportfolio mit der aktuellen Inflation eines Jahres herausgerechnet werden sollen.

Unter der Annahme eines Endes der Niedrigzinspolitik wäre mit einem Absinken der Portfoliozinsen bis 2020 zu rechnen und daraufhin bis 2030 mit einem moderaten Anstieg auf ein Normalrealzinsniveau von 2,2% für Deutschland und entsprechenden Aufschlägen für weniger solvente Schuldner.⁷⁷ Das Ende

Es kann festgehalten werden, dass bei einer wirtschaftlichen Erholung gemäß Prognose, einem darauf folgenden, baldigen Ende der expansiven Geldpolitik und moderat steigender Inflation und Inflationserwartung die Zinsrisiken nicht besonders ausgeprägt sind und unter den Annahmen der Modellierung nicht separat betrachtet werden müssen.

negativer Realzinsen hätte somit kaum einen Effekt auf die Portfoliozinsen, da durch den nachlaufenden Effekt sich das Gesamtschuldenportfolio in den meisten Ländern dann gerade auf diesem Niveau befindet. Eine Fortsetzung der ultraexpansiven Geldpolitik der EZB würde die Portfoliozinsen zwar weiter sinken lassen, eine solche Annahme steht aber im Wider-

spruch zu den prognostizierten Wachstumswerten der Europäischen Kommission.⁷⁸ Die größere Gefahr besteht in einem sprunghaften Anstieg der Inflationserwartung, ohne dass der HVPI signifikant steigt. In diesem Fall würden sich die real aufzubringenden Portfoliozinsen schnell erhöhen, ohne dass dies durch signifikante nominale Steigerungen des BIP aufgrund von Inflation kompensiert werden könnte.⁷⁹

In diesem Kontext stellt sich die Frage, ob die hochverschuldeten Länder im Rahmen der Refinanzierung ihrer Staatsschulden in der jüngeren Vergangenheit Langläufer durch Kurzläufer abgelöst haben, um die Zinsausgaben kurzfristig noch weiter zu senken. Die Berechnung des Anteils der Langläufer an der Gesamtverschuldung konnte diese These nicht belegen.

Es kann festgehalten werden, dass bei einer wirtschaftlichen Erholung gemäß Prognose, einem darauf folgenden, baldigen Ende der expansiven Geldpolitik und moderat steigender Inflation und Inflationserwartung die Zinsrisiken nicht besonders ausgeprägt sind und unter den Annahmen der Modellierung nicht separat betrachtet werden müssen.

4.2 Schuldentragfähigkeitsberechnung und Ableitungen für die finanzielle Ausstattung der Streitkräfte

4.2.1 Einfluss der Inflation auf die Schuldentragfähigkeitsberechnung

Im erweiterten DOMAR-Modell für nominale Größen erhöht die Inflation sowohl die Schulden, als auch das BIP, da nur der Schuldendienst der auf den Realzinsanteil entfällt aus dem laufenden Haushalt beglichen wird. Es stellt sich daher die Frage, wie groß der Einfluss auf die Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsberechnung ist.

Der Einfluss der Inflation auf die berechneten zulässigen Defizitquoten ist in einer Bandbreite von 1,5% um das Inflationsziel der EZB von 2% eher gering.⁸⁰ Sollte zukünftig das Inflationsziel von der EZB nicht genau gehalten werden können, wäre der Einfluss auf die Schuldentragfähigkeitsberechnung im genannten Korridor marginal und zu vernachlässigen.

4.2.2 Schuldentragfähigkeitsberechnung EU 28⁸¹

In Bezug auf die Forschungsfrage ist die Interpretation der Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsberechnung nur im Kontext der Ausgangslage und hier insbesondere des Defizits und des Wirtschaftswachstums möglich. Ein strukturelles Defizit liegt vor, wenn bei Wachstumsraten im Bereich der Prognose kein ausgeglichener Haushalt erreicht wird, das Defizit also nicht durch die vom langjährigen Mittel abweichenden Konjunktur negativ beeinflusst wird. Die im Haushalt zu schließende Lücke besteht also zwingend aus dem vorhandenen strukturellen Defizit und der zu leistenden Überschuss-/Defizitquote, die durch zusätzliche Ausgabenforderungen, z.B. Erhöhung der Verteidigungsausgaben, weiter vergrößert werden kann.

Im Fall der EU 28 lag das Wirtschaftswachstum 2014-2016 0,6% über der angenommenen Prognose der EU-Kommission, dennoch lag das Defizit im Durchschnitt bei 2% des BIP.⁸²

Zur Erreichung der Überschussquote des „Maastricht 20J Szenarios“⁸³ wäre also ein strukturelles Defizit von über 2% zu schließen. Diese mehr als 2% des BIP durch Ausgabenreduzierung oder Steuererhöhungen auf einen ausgeglichenen Haushalt zu reduzieren, scheint aufgrund der in Kapitel 2.1 beschriebenen Herausforderungen ambitioniert. Vor dem Hintergrund, dass Deutsch-

land aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und im Vergleich „niedrigen“ Verschuldung die zukünftig zulässigen Defizitquoten der EU 28 positiv beeinflusst, ist für die meisten anderen Mitgliedsstaaten die Herausforderung höher als das Ergebnis der Schuldentragfähigkeitsberechnung vorgibt. Daher ist eine Erreichung der Schuldentragfähigkeit, bei gleichzeitiger Erhöhung der Verteidigungsausgaben und Bedienung und Berücksichtigung der Herausforderungen

Vor dem Hintergrund, dass Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und im Vergleich „niedrigen“ Verschuldung die zukünftig zulässigen Defizitquoten der EU 28 positiv beeinflusst, ist für die meisten anderen Mitgliedsstaaten die Herausforderung höher als das Ergebnis der Schuldentragfähigkeitsberechnung vorgibt. Daher ist eine Erreichung der Schuldentragfähigkeit, bei gleichzeitiger Erhöhung der Verteidigungsausgaben und Bedienung und Berücksichtigung der Herausforderungen des Kapitels 2.1, unter heutigen Rahmenbedingungen nicht denkbar.

des Kapitels 2.1, unter heutigen Rahmenbedingungen nicht denkbar.⁸⁴ Die Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsberechnung in Verbindung mit der ökonomischen und fiskalischen Ausgangslage der EU 28 stützt somit die These der Forschungsfrage. Eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um im Schnitt 0,6% des BIP auf 2% des BIP scheint im Wettbewerb um die staatlichen finanziellen Ressourcen, gerade unter den zusätzlichen Forderungen des Kapitel 2.1, nicht umsetzbar. Eine Stagnation der Verteidigungsausgaben der EU 28 auf dem bisherigen Niveau

von 1,4% des BIP stellt das realistischere Szenario dar. Sicherheitspolitisch ist daher eine Koordinierung und Bündelung der Fähigkeiten und Ressourcen von hoher Bedeutung, wenn bei stagnierenden Verteidigungsausgaben die in Kapitel 2.3.1 konstatierte „militärisch nur bedingt vorhandene Handlungsfähigkeit“ überwunden werden soll.

4.2.3 Schuldentragfähigkeitsberechnung Deutschland⁸⁵

Für Deutschland ergeben sich aus der Schuldentragfähigkeitsberechnung, selbst bei Annahme des pessimistischen Wachstumsszenarios, dauerhafte Verschuldungsspielräume. Vor dem Hintergrund einer durchschnittlichen Wachstumsrate in 2014-2016, die 0,9% über der Prognose der EU Kommission lag, und einem Haushaltsüberschuss von 0,6% des BIP, ergibt sich kein strukturelles Defizit.⁸⁶ So führten die Haushaltsüberschüsse in diesen Jahren bereits zu einer Reduzierung der Schuldenquote, die über die geforderten Defizitquoten der Berechnung hinausgeht. Für Deutschland ergibt sich daher die Aussicht, das Vorkrisenniveau bald zu erreichen und das Maastricht-Kriterium in naher Zukunft einhalten zu können. Doch auch wenn sich aus der expliziten Verschuldungsquote und dem nicht vorhandenen strukturellen Defizit mög-

liche Ausgabenspielräume ergeben, ist die Verschuldungsquote durch die im Rahmen der Finanzkrise eingegangenen Haftungsverpflichtungen erheblichen Risiken ausgesetzt.⁸⁷ Sollten aus Bürgschaften Zahlungsverpflichtungen entstehen, könnten diese kaum aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Dennoch muss die Forschungsfrage in Bezug auf Deutschland negiert werden: Ein Aufwuchs des Verteidigungsetats um 1% des BIP ist im Rahmen politischer Prioritätensetzungen, auch unter den Rahmenbedingungen der Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit, möglich und Deutschland könnte damit, den politischen Willen vorausgesetzt, Fähigkeiten aufbauen, um neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen. Die Aussage wird unter anderem auch dadurch untermauert, dass die Ausgaben der Flüchtlingskrise mit ca. 0,6% des BIP in 2016 zusätzlich finanziert wurden, ohne auf Steuererhöhungen zurückzugreifen oder ein Defizit zu verursachen.⁸⁸

5. Fazit und Ausblick

5.1 Schuldentragfähigkeit und Verteidigungsausgaben im Zielkonflikt

Zusammenfassend sind die meisten Staaten der EU 28, insbesondere der betrachteten wirtschaftlich und militärisch leistungsfähigen, mit Ausnahme Deutschlands kaum in der Lage perspektivisch mehr finanzielle Ressourcen für Verteidigung auszugeben, da hohe strukturelle Defizite in Verbindung mit benötigten Haushaltsüberschüssen zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit zu großen Fehlbeträgen in den Staatshaushalten führen. Im Gegenteil: „Verteidigungshaushalte werden zum strategischen Faktor europäischer Sicherheit. Nicht Interessen und Werte der Staaten bestimmen in erster Linie, welche militärischen Fähigkeiten sie vorhalten und welche sie abschaffen werden. Maßgeblich ist vielmehr, ob diese Fähigkeiten kurzfristig noch bezahlbar sind.“⁸⁹ Eine Einhaltung der Maastricht-Kriterien ist für viele Mitgliedsstaaten selbst im Zeithorizont bis 2047 kaum einzuhalten. Die zu leistenden Überschussquoten als Ergebnis der Schuldentragfähigkeitsberechnung wirken wie ein Schnürkorsett auf die fiskalische und staatliche Handlungsfähigkeit der Staaten. Eine flächendeckende Annäherung der Verteidigungsausgaben an 2% des BIP⁹⁰ in Europa stellt angesichts der Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsberechnung ein Lippenbekenntnis dar, das nur für Deutschland aufgrund der

Eine flächendeckende Annäherung der Verteidigungsausgaben an 2% des BIP in Europa stellt angesichts der Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsberechnung ein Lippenbekenntnis dar, das nur für Deutschland aufgrund der fiskalischen Voraussetzungen und für Frankreich und Großbritannien aufgrund des politischen Willens realisierbar erscheint.

fiskalischen Voraussetzungen und für Frankreich und Großbritannien aufgrund des politischen Willens realisierbar erscheint. Unter der Berücksichtigung, dass Frankreich und Großbritannien 0,2% bis 0,3% ihres Verteidigungsetats für die Nuklearstreitkräfte aufwenden⁹¹, sind deren Kapazitäten für konventionelle Verteidigung und Anpassung ihrer Streitkräfte an neue sicherheitspolitische Herausforderungen ebenfalls begrenzt.

5.2 Die Bedrohungsperzeption als Lösung des Zielkonflikts

Dass die Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit im diametralen Zielkonflikt zu anderen staatlichen Zielen und Ausgabenwünschen⁹² steht, wurde in der Arbeit hinreichend dargelegt. Die Einhaltung der Maastricht-Kriterien, als vertragliche Verpflichtung der EURO-Staaten, wurde dabei als Zielgröße angenommen und Grenzen der Schuldentragfähigkeit aufgezeigt, die auch für die Nicht-Eurostaaten eine Unterschreitung der Verschuldungsquote von -60% des BIP nicht empfiehlt. Im Rahmen der politischen Prioritätensetzung wurde allerdings auch aufgezeigt, dass Schuldentragfähigkeit und Erhöhung der Verteidigungsausgaben sich nicht ausschließen müssen, solange der politische Wille gegeben ist, beide Ziele auf Kosten anderer staatlicher Ausgaben zu priorisieren. Da diese Priorisierung in Demokratien Grenzen unterworfen ist, kommt der Bedrohungsperzeption der wählenden Bevölkerung eine entscheidende Rolle zu: Sieger des Zielkonfliktes wird unter den in der Modellierung gegebenen fiskalischen Rahmenbedingungen, bei einer zukünftig steigenden sicherheitspolitischen Bedrohungswahrnehmung, wahrscheinlich die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf Kosten der Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit sein. Die Folgen dessen könnten allerdings sicherheitspolitische und ökonomische Risiken in Europa sein, da Zahlungsausfälle, gemeinschaftliche Haftung und eine Desintegration von EURO und EU drohen.

Die Bedrohungsperzeption hat sich im Rahmen der Krim- und Ukraine-Krise in Europa verändert und zu einer Stabilisierung der Verteidigungsausgaben auf niedrigem Niveau geführt. Die unter indirekter Gefahrenwahrnehmung aufgezeigte nachrangige Priorisierung von Verteidigungsausgaben in Demokratien, aufgrund von Einschränkungen bei den Sozietats, als Folge von potentiell steigenden Rüstungsausgaben, treibt den gesellschaftlichen Diskurs besonders in Ländern an, die Überschussquoten zu erzielen haben. Dies wird die Verteidigung im Ressourcenwettbewerb voraussichtlich nicht begünstigen.

5.3 Auswirkungen auf die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Europas – nationale Souveränitätsbestrebungen als Nukleus

Bonsai-Armeen und unkoordinierte Verluste von Fähigkeiten aufgrund von Verteidigungsbudgetkürzung, wie im Rahmen der Finanzkrise, kann sich Europa aufgrund der sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht noch einmal leisten. Im Gegenteil: Eine Bündelung und Abstimmung der Fähigkeiten ist angesichts der finanziellen Restriktionen zur Wiedererlangung der Schulden-tragfähigkeit zwingend notwendig. Bisherige Widerstände gegen Verteidi-

gungskooperation, die unter anderem aus einem befürchteten Souveränitätsverlust durch eine nicht mehr vorhandene unilaterale Handlungsfähigkeit resultieren, werden durch die Realität, in der die meisten Staaten nur noch begrenzte „full spectrum capabilities“ haben und beschränkt durch-haltetfähig sind, eingeholt. *Sigmar Gabriel* stellte 2012 dazu fest: „Die Grenzen nationaler Möglichkeiten beim Vorhalten mili-tärischer Fähigkeiten und Ressourcen sind

Bonsai-Armeen und unkoordinierte Verluste von Fähigkeiten aufgrund von Verteidi-gungsbudgetkürzung, wie im Rahmen der Finanzkrise, kann sich Europa aufgrund der sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht noch einmal leisten. Im Gegenteil: Eine Bündelung und Abstimmung der Fähigkeiten ist angesichts der finanziellen Restriktionen zur Wiedererlangung der Schulden-tragfähigkeit zwingend notwendig.

deutlich überschritten. Diese Entwicklung kommt nicht überraschend. Die Folgen der Finanzkrise machen sie aber schlagartig sichtbar.“⁹³ Nationale Bestrebungen zum Erhalt der Souveränität laufen dadurch aber ins Leere, da die eigene unilaterale Nicht-Handlungsfähigkeit ein potentiell größeren Souveränitätsverlust darstellt, als die Bündelung der Fähigkeiten Europas in der EU und der NATO als souveräne und potente Player.⁹⁴ Die Abgabe nationaler Souveränität stellt politisch dabei den Nukleus dar, an dem die Bestrebungen bisher gescheitert sind. Historisch betrachtet waren die Bündnisverteidigung der NATO im Kalten Krieg und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl im weiteren Sinne auch eine Abgabe von Souveränität, die aufgrund der sicherheitspolitischen Bedrohungswahrnehmung und der Erfahrung zweier Weltkriege aber akzeptiert wurde. Die Wiederherstellung der Schulden-tragfähigkeit erzeugt damit unter Umständen den notwendigen fiskalischen und sicherheitspolitischen Druck, der für eine umfassende Verteidigungskooperation notwendig zu sein scheint. *Gallhöfer* nennt diesen Aufbau und Erhalt einer europäischen Souveränität und Handlungsfähigkeit „Pooling of sovereignty“ durch „pooling of capabilities“⁹⁵

5.4 Ausblick

Die durch die menschliche Vergänglichkeit und Unsicherheit der Zukunft vorgenommene Diskontierung führt zwangsläufig zu einer ‚Diktatur der Gegenwart gegenüber der Zukunft‘ in allen Lebensbereichen: Die Schulden-tragfähigkeit wird erst als eine Bedrohung wahrgenommen, wenn sie bereits überschritten ist und negative Folgen spürbar sind. Verteidigungsausgaben, als Zukunftsvorsorge, treten gegenüber Sozialausgaben als dem Konsum von heute zurück und politisches Handeln in der Demokratie erfolgt mit dem Horizont der Legislaturperiode, an deren Ende die elektorale Bestätigung oder die Abgabe jeglicher Verantwortung des vorhergehenden Handelnden steht.

Vor diesem Hintergrund sind Handlungen und Positionen in Zielkonflikten, wie Verschuldung vs. Austerität, kurzfristige Souveränitätsverluste vs. langfris-

Ein moderat verschuldetes, ökonomisch und militärisch leistungsfähiges, politisch geeintes Europa stellt dabei eine positivere Aussicht dar, als ein desintegriertes, überaltertes, überschuldetes und weltpolitisch unbedeutendes Europa mit wenig effizienten Strukturen.

tige Verteidigungsfähigkeit, Wiedererlangung der Schulden-tragfähigkeit vs. staatliche Konsumausgaben usw., zu erklären, dies zeichnet aber kein positives Bild für die Zukunft. „2030 werden wir wissen, ob die europäischen Staaten die jetzige Austeritätsperiode als Anstoß für mehr Koopera-

tion genutzt haben oder nicht. Wenn ja, dann könnte aus dem ‚größten Sicherheitsrisiko‘ die Rückgewinnung der militärischen Handlungsfähigkeit Europas werden.“⁹⁶

Auch wenn Austerität sich in der Diktatur der Gegenwart einer geringen Beliebtheit erfreut, bietet sie dennoch einen Weg durch Überwindung der Diktatur das Morgen zu gestalten. Ein moderat verschuldetes, ökonomisch und militärisch leistungsfähiges, politisch geeintes Europa stellt dabei eine positivere Aussicht dar, als ein desintegriertes, überaltertes, überschuldetes und weltpolitisch unbedeutendes Europa mit wenig effizienten Strukturen.

Zum Autor: Fregattenkapitän Dipl. Wi.-Ing. Jan Dinand war von 2016 – 2018 Teilnehmer am 13. Streitkräftegemeinsamen LGAN und ist zurzeit Lehrgruppenkommandeur an der Marinetechnikschule in Parow.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Missiroli, A. (2013) S. 5
- 2 Hammond, P. (2012)
- 3 EU 27 = EU 28 ohne Dänemark
- 4 Quelle: Eurostat (2018a); Berechnung für EU 27 ohne Dänemark
- 5 Quelle: European Defence Agency (2014)
- 6 Eigene Berechnung: $-0,4 < \rho_{XY} < 0,4$: für X = Staatsschuldenquote, Y = Ausgabenquote Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Polizei, Verkehr (für Deutschland und EU 28 2002 bis 2015); Quelle: Eurostat (2018a)
- 7 Vgl. Weißbuch 2016 (2016) S. 30 ff., S. 118
- 8 Vgl. Eurostat (2018b)
- 9 Vgl. Hishow (2010) S. 13
- 10 Vgl. Tarkorski (2016)
- 11 Vgl. Illing (2017) S. 170 ff.
- 12 Vgl. Lagarde (2017) und Wolff (2017)
- 13 Vgl. Acharya (2014)
- 14 Vgl. Clinton (2011)
- 15 Vgl. Rudolf (2017) S. 6
- 16 Vgl. IW Köln (2017)
- 17 Vgl. BMZ (2016) S. 1 f.
- 18 Vgl. Missiroli (2013) S. 12
- 19 Vgl. Weißbuch 2016 (2016) S. 137
- 20 Vgl. Missiroli (2013) S. 12
- 21 Vgl. Bayer/ Naunheim (2014) S. 191
- 22 Gallhöfer (2014) S. 81
- 23 Vgl. Gallhöfer (2014) S. 81
- 24 Hartley (2013) S. 267
- 25 Vgl. Schilde, K. (2017) S. 38
- 26 Vgl. Bayer/Naunheim (2014) S. 202
- 27 Vgl. Schilde (2017) S. 37
- 28 Vgl. Hammond (2012)
- 29 Dieser Auszug der Lehrgangsarbeit fokussiert hauptsächlich auf Deutschland und die EU28 unter Auslassung der Berechnungen und Ausführungen zu den anderen ausgewählten europäischen Ländern.
- 30 Schilde/Wieluns (2017) S. 3
- 31 Vgl. Rajedran (2014)
- 32 Vgl. SDSR 2015 (2015) S. 2
- 33 Vgl. Mölling (2013) S. 8
- 34 Vgl. European Defence Agency (2013) S. 26

- 35 Vgl. Missiroli (2013) S. 12
- 36 Schilde/Wieluns (2017) S. 2
- 37 Vgl. Andersson et al. (2016) S. 9
- 38 Schilde (2017) S. 38
- 39 Vgl. NATO Wales Summit (2014)
- 40 Vgl. Eurostat (2018a)
- 41 Vgl. Merkel (2017)
- 42 Vgl. BMVg (2012) und Weißbuch 2016 (2016) S. 117 ff.
- 43 Vgl. Weißbuch 2016 (2016) S. 117 ff.
- 44 Vgl. Zimmermann/Baier (2012) S. 599
- 45 Vgl. Belke/Keil (2013) S. 115
- 46 Vgl. Altavilla et al. (2015) S. 3
- 47 Vgl. Schnabel (2013) S. 10
- 48 Vg. Naumer (2015) S. 9
- 49 Naumer (2015) S. 9
- 50 Vgl. Scherf (2007) S. 32
- 51 Vgl. Hammer (2013) S. 51
- 52 Vgl. Domar (1944) S. 804 ff.
- 53 Die Herleitung des Modells wurde in diesem Auszug aus der Arbeit gekürzt.
- 54 Quelle: Eurostat (2018a)
- 55 Vgl. Vertrag von Maastricht (1993) Nr. C224/120
- 56 Vgl. Reinhard/Rogoff (2010) S. 2
- 57 Vgl. Reinhard/Rogoff (2010) S. 3
- 58 Statista (2018) Japan: Staatsverschuldung von 2006 bis 2017 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)
- 59 Vgl. Mohr (2012) S. 17
- 60 Vgl. Obinger, H. (2004) S. 21
- 61 Vgl. Obinger, H. (2004) S. 22 ff. und
- 62 Vgl. Eurostat (2018a) und Scherf (2007) S. 33
- 63 Vgl. European Commission (2015a) S.77 ff.
- 64 Vgl. European Commission (2015b) S.62
- 65 Vgl. EZB (2017) S. 69
- 66 Vgl. Schnabel (2013) S. 9 u. Abbildung 2
- 67 $\text{Portfoliozins} = \frac{\text{Schuldendienst/Staatsverschuldung}}{\text{Gesamtes Schuldenportfolio}}$ = durchschnittlicher Zins auf das gesamte Schuldenportfolio
- 68 Steigen die Renditen wieder, so kann der Portfoliozins des Schuldenportfolios dennoch weiter sinken, wenn hochverzinsten Altanleihen durch niedriger verzinsten Anleihen, wenn auch mit steigender Verzinsungstendenz, abgelöst werden.
- 69 Vgl. Naumer (2015) S. 614 f.

- 70 Vgl. Naumer (2015) S. 615
- 71 Vgl. Schnabel (2013) S. 5
- 72 Vgl. Die Presse (2017)
- 73 Vgl. Belke/Keil (2013) S. 122
- 74 Vgl. Naumer (2015) S. 616
- 75 Vgl. European Commission (2015a) S. 77 f.
- 76 Vgl. EZB (2017) S. 59 ff.
- 77 Vgl. Naumer S. 616
- 78 Vgl. European Commission (2015a) S. 77 f.
- 79 Der für eine heute emittierte Anleihe zu zahlende Nominalzins richtet sich nicht nach der heutigen Inflation, sondern der Inflationserwartung des Anlegers über die Laufzeit des Papiers.
- 80 Vgl. EZB (2017) S. 69
- 81 Die Darstellung der Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsberechnung wurden in diesem Auszug aus der Lehrgangsarbeit gekürzt.
- 82 Eigene Berechnung; Quelle: Eurostat (2018a)
- 83 „Maastricht 20J Szenarios“: Erreichung des Maastricht Konvergenzkriteriums innerhalb von 20 Jahren.
- 84 Eine gravierende Änderung der sicherheitspolitischen Lage kann gem. Kapitel 2.2 natürlich zu einer Verschiebung der politischen Prioritäten führen. In der Vergangenheit wurde in Zeiten sicherheitspolitischer Unsicherheit der Erreichung der Schuldentragfähigkeit aber eine eher untergeordnete Rolle beigemessen.
- 85 Die Darstellung der Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsberechnung wurden in diesem Auszug aus der Lehrgangsarbeit gekürzt.
- 86 Eigene Berechnung; Quelle: Eurostat (2018a)
- 87 z.B. durch einen möglichen Schuldenschnitt (Griechenlands)
- 88 Vgl. IW Köln (2017)
- 89 Mölling (2013) S. 5
- 90 Wie im NATO Wales Summit 2014 von den NATO-Mitgliedern zugesagt
- 91 Vgl. Ministère de la Défense (2016)
- 92 von Sozialausgaben als Folge des demographischen Wandels bis zu Entwicklungshilfe zur Minderung der Migrationsursachen
- 93 Gallhöfer (2013) S. 388
- 94 Die verschiedenen Ansätze dazu sollen hier nicht weiter ausgeführt werden, mit Pooling & Sharing, Gent Initiative, Framework Nation Concept, Smart Defence seien aber einige genannt.
- 95 Gallhöfer (2013) S. 387
- 96 Kaldrack (2013), S. 21

Die Stellvertreterkriege

Strategische und militärische Stichhaltigkeit eines Konzepts

Quentin Watrin

Einleitung

Als der Sicherheitsberater von Präsident Carter Zbigniew Brzezinski Ende der 70er Jahre den Begriff *by proxy* in die amerikanische Militärterminologie einführte, wollte er alle verdeckten oder geheimen amerikanischen Unterstützungsaktionen zugunsten von Bewegungen gegen die sowjetischen Interessen in der Welt in einen einheitlichen Rahmen fassen. Die Idee, die er entwickelte, ist die einer „Stellvertreterkonfrontation“ der beiden heutigen Supermächte, die eine kluge strategische Auseinandersetzung unterhalb der Atomschwelle ermöglicht; wenn man nicht in Erscheinung tritt, gibt man einem Gegner keinen Anlass zu einem nuklearen Gegenschlag.

Dieser neue Ausdruck, der auf intelligente und ansprechende Weise Aktionen beschreibt, von denen man dies manchmal nicht behaupten kann, erlebte eine Blütezeit, setzte sich durch und wurde zu einem eigenständigen Bereich der Konfliktforschung. Der Ausdruck *proxy warfare* wird heute benutzt, um zahlreichen Konfrontationen des Kalten Krieges, wobei der erste Afghanistankrieg (1979 – 1989), der Aufstand der UNITA in Angola oder der Libanon-Krieg die wichtigsten waren, eine konzeptionelle Grundlage zu geben; er dient aber auch als Bezugsschema für aktuelle Konflikte.

Was ist unter *proxy warfare* zu verstehen? Es handelt sich um einen Konflikt zwischen zwei Akteuren, bei dem diese nicht direkt miteinander konfrontiert sind, sondern über Stellvertreter. Man will damit generell Konflikte bezeichnen, bei denen eine auswärtige „Sponsormacht“ Gruppen oder „Klientstaaten“ nutzt, um die Interessen einer anderen Macht anzugreifen oder diesen zu schaden. Damit entsteht eine Beziehung gegenseitiger Interessen zwischen einem „Patron“ im Sinne des lateinischen Wortes „patronus“, dem auswärtigen Unterstützer, und einem „cliens“, dem lokalen Akteur: Ersterer sieht seine strategischen Interessen zu den geringsten politischen Kosten bedroht (auf diesen Begriff kommen wir später noch zu sprechen); Letzterer sieht seine Sache unterstützt und erhält Mittel zu deren Durchsetzung. Als Übersetzung dieses Anglizismus

wird im Französischen der Begriff *guerre par procuration* und im Deutschen der Begriff *Stellvertreterkrieg* verwendet.

Schaut man sich die Geschichte an, wird deutlich, dass diese Konfliktsituation, obwohl sie in letzter Zeit zu einer festen Einrichtung geworden ist, nicht neu ist. Der Peloponnesische Krieg zwischen Athen und Sparta beginnt als Stellvertreterkrieg und wird erst später zu einer direkten Auseinandersetzung. Im Hochmittelalter ist die Auseinandersetzung zwischen Welfen und Gibelinen in Italien ein Stellvertreterkrieg zwischen dem Papst und dem Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nationen. Die gesamte englische Europapolitik des Elisabethanischen bis zum Viktorianischen Zeitalter beruht auf der Ablehnung einer direkten Anwendung von Waffengewalt gegen die dominierende europäische Macht und verfolgt stattdessen eine Strategie der Unterstützung der Kriegsparteien und eine Bündnisstrategie, die im Laufe der Napoleonischen Kriege ihren Höhepunkt erreicht. Dabei ist London der ewige Financier und die Seele der verschiedenen europäischen Koalitionen, die über den „korsischen Wüterich“ triumphieren wollen.

Jedoch gewann er (der Stellvertreterkrieg) durch den Kalten Krieg eine neue Aktualität und neue Schärfe, und das Paradigma dieser Form des Konfliktes wurde sogar verworfen. Während der historische Stellvertreterkrieg zumeist Sache von Mittelmächten war, die diese Vorgehensweise nutzten, weil sie bei einer direkten Auseinandersetzung nicht hätten siegen können, griffen die Supermächte im Kalten Krieg darauf zurück, weil die Waffen, die sie besaßen, um erfolgreich zu sein, den Sieg sinnlos und zum Symbol totaler Zerstörung gemacht hätten. Während in der Geschichte die Mittelmächte gleichrangige bzw. überlegene Sieger unterstützten, griffen die Supermächte im Kalten Krieg auf irreguläre nicht staatliche und sehr viel schwächere Gruppierungen als sie selbst zurück und sorgten auf diese Weise für neue Verhältnisse gegenseitiger Hilfe. Wenn wir das Bild der Beziehung *patronus - cliens* wieder aufgreifen, erreicht die Supermacht auf der gesamten Ebene eine Schwächung ihres Gegners, der regionale Vertreter erringt den angestrebten lokalen Sieg.

Mit dem Ende des Kalten Krieges schien auch diese Art der Konfrontation verschwunden zu sein. Der Zusammenbruch der Sowjetunion ließ die Feindschaft zwischen den Mächten zum alleinigen Nutzen der Vereinigten Staaten verschwinden, die keinen Bedarf mehr hatten, Klientelgruppen zu unterstützen und die Konfliktherde ausmerzen wollten, um eine Weltordnungspolitik zu schaffen, die Stabilität und wirtschaftliches Wachstum bringt.

Es ist jedoch festzustellen, dass im vergangenen Jahrzehnt die Zahl der Stellvertreterkriege wieder zugenommen hat: Machtzunahme der Hisbollah, Konflikt gegen den IS in der Levante, Intervention des Westens in Libyen, somalischer Konflikt – die Stellvertreterkriege erleben eine neue Blüte, und die Begeisterung der Mächte für diese Art der Konfrontation wächst anstelle offener massiver Militärinterventionen wie im Irak und in Afghanistan. Wir erleben somit

*Stellvertreterkriege erleben eine neue Blüte,
und die Begeisterung der Mächte für diese
Art der Konfrontation wächst anstelle offener
massiver Militärinterventionen*

einen Paradigmenwechsel bei der Anwendung von Militärgewalt durch Interventionsmächte, den man sich genauer ansehen sollte, da dies auf problematische internationale Rahmenbedingungen hindeutet, bei

denen die strategische Auseinandersetzung wieder Einzug hält. Ebenso werden dadurch die Struktur und die Vorgehensweisen der – hauptsächlich westlichen – Länder indirekt oder direkt beeinflusst, die zunehmend von Konzepten geringer Wirkkraft und für den Einsatz von Spitzentechnologie als militärischem Patentrezept gegen die aktuellen Probleme, die begonnenen Kriege zu gewinnen, begeistert sind.

Ziel dieser Arbeit ist nicht, eine geschichtliche Studie über Stellvertreterkriege zu erstellen, sondern zu überlegen, welche Folgen der erneute Zulauf des Konzepts des *proxy warfare* für die Beziehungen der Interventionsmächte bei strategischen und Sicherheitsproblemen sowie der Anwendung von Waffengewalt auf internationaler Ebene hat. Es soll dargelegt werden, weshalb diese Form des Konfliktes seit 10 Jahren eine Neubelebung erfährt und wie er die Struktur unserer Streitkräfte beeinflusst. Ebenso soll die Relevanz des *proxy warfare* als Großstrategie untersucht werden.

Nach der Beschreibung des Arbeitsrahmens sollen zunächst das Wesen und die Zwecke des Stellvertreterkrieges betrachtet und untersucht werden, welche strategischen Rahmenbedingungen ihn wieder aufleben lassen; ferner soll die Auswirkung dieser Art des Konfliktgeschehens für die jeweiligen Streitkräfte untersucht und schließlich festgestellt werden, welchem Risiko sich ein Land aussetzt, das diese für seine internationale Interventionsstrategie nutzt.

1. Begriffsbestimmung: Vokabular, Konflikte und Konzepte

1.1 Begriffserläuterung

„Einen Gegenstand schlecht beschreiben heißt, zum Unglück dieser Welt beizutragen“, sagte Albert Camus.¹ Bevor wir uns näher mit dem Thema Stellvertreterkrieg beschäftigen, müssen daher zunächst die Begriffe erläutert werden.

Wie in der Einleitung erwähnt, ist ein Stellvertreterkrieg ein Konflikt, bei dem eine Macht A einem oder mehreren Akteuren C eines Konfliktes, der die Interessen oder die Integrität einer Macht B gefährdet, Unterstützung leistet. Das Prinzip besteht also für A darin, B zu schaden, ohne unmittelbar gegen diesen militärische Aktionen durchzuführen, sondern indem er diese Aktionen C überträgt.

Als unterstützende Macht ist A also der „Sponsor“ des Konflikts. Er leistet C, seinem Stellvertreter, dem *proxy*, Unterstützung, Feuerunterstützung und gibt ihm Ratschläge; dieser erbringt dafür eine Dienstleistung.

Hier lässt sich eine Parallele zum Sozialvertrag zur Regelung der Verhältnisse im alten Rom feststellen.² Ein *patronus*, ein einflussreicher Patrizier, unterhielt so ein Netz an *cliens* aus Schuldnern, seinen Freigelassenen oder Plebejern, die bei ihm verschiedene Vorteile suchten. Der „Patron“ ließ seinen „Klienten“ Schutz und bei Schwierigkeiten materielle Hilfe zukommen. Dafür verpflichtete sich der „Klient“, seinen Patron in bestimmten Situationen seines öffentlichen und politischen Lebens zu unterstützen und bei einem Rechtsstreit dessen Sache zu verteidigen. Dieses soziale Verhältnis Patron-Klient beruhte auf gegenseitigem Geben und Nehmen, wobei jeder frei war, diese Verpflichtung rückgängig zu machen und dabei die damit verbundenen Vorteile zu verlieren.

Ausgehend von diesen Verhältnissen der Gegenseitigkeit bezeichnen wir also Sponsor A als „Patron“ und den *Proxy* als „Klient“.

1.2 Welche Konflikte werden betrachtet?

Diese Arbeit, die nicht beabsichtigt, einen geschichtlichen Überblick über Stellvertreterkriege zu geben, sondern dessen heutige Formen zu untersuchen, konzentriert sich auf die Konflikte nach dem Kalten Krieg, vor allem auf die Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Es zeigt sich nämlich, dass heutz-

tage Stellvertreterkriege erneut auftreten, wobei die Kämpfe in der Levante, in Somalia und in Libyen die markantesten Beispiele sind. Diese drei Hauptkonflikte bieten also Gründe und Anlass zur Diskussion.

Zunächst Somalia: hier findet ein Stellvertreterkrieg statt, den man als klassisch bezeichnen kann. Seit dem Zusammenbruch des diktatorischen Regimes von Siad Barré 1991 weist Somalia die Eigenschaften eines gescheiterten Staates auf. Nach dem Sieg der islamistischen Milizen über die Koalition von Kriegsfürsten, die das Land 2006 regierten, und angesichts der Gefahr der Bildung einer neuen Front im Krieg gegen den Terror ebneten die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union einem Einsatz von Friedenstruppen in Somalia den Weg. Sie untersagten jedoch den Nachbarländern, sich an dieser Mission zu beteiligen und verwehrten damit Äthiopien, der einzigen Regionalmacht, die diese Mission hätte unterstützen wollen und können, die Handlungsbefugnis. Äthiopien, das nicht länger auf ein multinationales Handeln warten konnte, leistete also einer international nicht anerkannten Übergangsregierung in Baidoa Unterstützung.³ Mit dieser Übergangsregierung geht Äthiopien 2006 gegen die islamistischen Al-Shabab-Milizen, die die Subregion bedrohen, zunächst durch direkte militärische Unterstützung (Einsatz von äthiopischen Truppen unter Koordination der somalischen Regierung zur Vertreibung der Shabab aus Mogadischu) und dann in Form von Ausbildung, logistischer Hilfe und Waffenlieferungen an die somalischen Streitkräfte vor. Diese äthiopische Unterstützung der Übergangsregierung ist eine neue Etappe der jahrzehntelangen Beziehungen zwischen den beiden Staaten nach den somalischen Angriffen im Zeitraum 1970 – 1980, vor allem im Ogadenkrieg.⁴ Der Konflikt ist ein interessantes Beispiel eines durch eine Mittelmacht in konventionellem Rahmen geführten Stellvertreterkrieges. Insofern ist er ein Musterbeispiel, das die historischen Muster des Kalten Krieges übernimmt.

Libyen bietet ein weiteres Beispiel einer indirekten Intervention gegen einen Feind mit Hilfe von Stellvertretern. Nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahre 2011 im Zuge des „Arabischen Frühlings“ beschließen Frankreich und Großbritannien, denen sich später weitere NATO-Länder anschließen, im Rahmen der Schutzpflicht eine Flugverbotszone zum Schutz der Stadt Bengasi einzurichten und damit das Regime von Oberst Gaddafi daran zu hindern, die Luftwaffe zur Niederschlagung eines Volksaufstandes, der bald von einem nationalen Übergangsrat koordiniert wurde, einzusetzen.⁵ Die westlichen Länder beschlossen daher aus ethischen Gründen, ein Lager des libyschen Bürgerkrieges zu unterstützen und ermöglichten ihm den Sieg. Die Unterstützung der

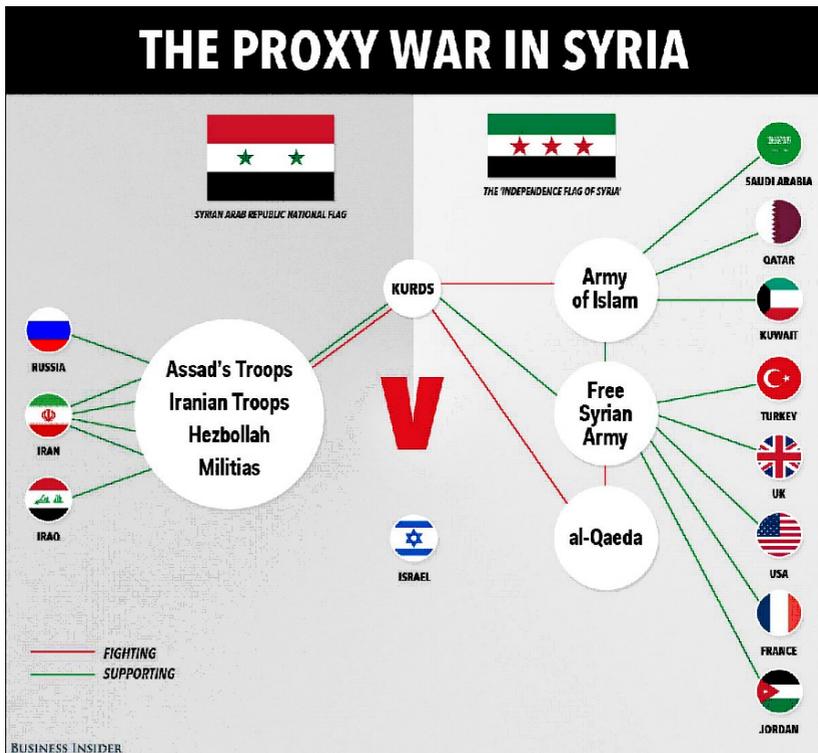
Bodenoperationen bestand in massiven Luftangriffen (mehr als 27.000 Flugstunden und 1500 Stück Munition allein durch Frankreich abgegeben) und in der Beratung der lokalen Kräfte; diese erfolgte durch zivilen Einsatz von Spezialkräften, die die Rebellen berieten und die Luftangriffe koordinierten.⁶ Die westlichen Länder warfen außerdem Waffen und Medikamente für die Aufständischen ab⁷, ein Vorgehen, dessen Legalität vor dem Hintergrund eines internationalen Embargos angezweifelt wurde. Diese von der westlichen Koalition auf nationaler Ebene, dann von Frankreich und Großbritannien mit Absegnung der NATO durchgeführte Intervention kennzeichnet eine erste Veränderung bei den Stellvertreterkonflikten: zwar werden die traditionellen Muster der Unterstützung der Aufstände übernommen, aber gleichzeitig wird eine offene und identifizierbare Feuerunterstützung durchgeführt. Diese Kombination aus massiver Luftunterstützung lokaler Bodentruppen und schnellem militärischen Erfolg zu gemäßigten politischen und personellen Kosten scheint verlockend und könnte für eine allgemeine Verbreitung der Stellvertretereinsätze sprechen. Ihre tatsächliche Sachdienlichkeit zu hinterfragen ist notwendig, um die Angemessenheit der Strategie eines Einsatzes von Stellvertretern beurteilen zu können.

Schließlich sei als letztes Beispiel für einen Stellvertreterkrieg, das zudem das komplexeste und am weitesten entwickelte ist, das Vorgehen der westlichen Koalition gegen den IS in Syrien und im Irak erwähnt. Auch hier unterstützt die gleiche Koalition offen eine legitime Regierung im Irak, aber auch mehr oder weniger offen Milizen und paramilitärische Gruppierungen in Syrien und in Nordirak, um den IS zu bekämpfen. Dies veranschaulicht deutlich die heutige Wandlung des Stellvertreterkrieges in einen „Kooperationskrieg“, bei dem eine ausländische Macht und staatliche oder nicht staatliche lokale Partner beteiligt sind. Die herbe Enttäuschung aufgrund der Lähmung der Amerikaner im Irak zwischen 2003 und 2011 hielt die ausländischen Staaten zunächst davon ab, unmittelbar zu handeln und Truppen in diesen beiden Ländern, in denen der Bürgerkrieg wütete, einzusetzen. Es musste erst zu den Terroranschlägen von 2014 und der Einnahme von Mossul und Rakka durch den IS kommen, damit die internationale Öffentlichkeit reagierte, zunächst in ungeordneter Weise, dann unter Federführung der Rahmennationen. Der irakisch-syrische Schauplatz bietet zudem vielfältige Möglichkeiten, denn hier sind zahlreiche bewaffnete Gruppierungen und ausländische Mächte, die durch diese Gruppierungen handeln, präsent.



Ein Beispiel für einen Stellvertreterkrieg ist das Vorgehen der westlichen Koalition gegen den IS in Syrien - im Bild: Landung eines Bombers B2

Russland und die Vereinigten Staaten agieren hier auf mehreren Ebenen, ein Spiel, das offiziell auf die Auslöschung des IS konzentriert ist, faktisch aber mit den Interessenkämpfen in der Region in Zusammenhang steht. Die regionalen Mächte schüren dieses Spiel durch Waffenlieferung, finanzielle Hilfe, Einsatz von Klienten, wie der Irak, der über die libanesisische Hisbollah das alawitische Regime unterstützt. Nachstehende Graphik erläutert die gegenseitigen Interessen und Unterstützungsformen der verschiedenen am syrischen Konflikt beteiligten Gruppierungen



Quelle: Michael Kelley, *The Madness Of The Syria Proxy War In One Chart*, business insider, 16. Oktober 2013

Interessanterweise ist ein Machtkampf entbrannt um die Kontrolle über die erfolgreichsten Gruppierungen und die, die am ehesten in der Lage sind, die Ziele ihrer „Patronen“ zum Tragen zu bringen, wie z.B. der Kampf zwischen Russland und der Türkei um gewisse kurdische Milizen.⁸

Neben diesen drei wichtigsten Einsatzgebieten sei auf die Beziehungen des Iran zur Hisbollah, den jemenitischen Konflikt oder die NATO-Operationen 1999 im Kosovo hingewiesen.

1.3 Eigenheiten des Stellvertreterkrieges

Nachdem die Ausdrücke geklärt sind und der Arbeitsrahmen abgesteckt ist, beschäftigen wir uns nun wieder mit dem besonderen Wesen von Stellvertreterkriegen. Wie vorab beschrieben, lassen sie sich als Austausch von Dienstleistungen zwischen zwei Akteuren definieren. Drei Kriterien müssen auf jeden Fall erfüllt sein, damit ein derartiges Verhältnis entstehen kann:

- eine direkte Verbindung zwischen den Parteien, die von praktischer Ausbildung bis zur vollständigen Kontrolle des Handelns des Klienten durch den Patron gehen kann;
- das Vorhandensein eines gemeinsamen Feindes, den es zu schlagen bzw. zu schwächen gilt, worin das gemeinsame Interesse besteht, d.h. die Notwendigkeit, gemeinsam auf seine Schwächung hinzuwirken;
- Aufbau einer dauerhaften und erweiterbaren Unterstützung zwischen Patron und Klient.

Jedoch unterscheidet sich das Verhältnis Klient – Patron von Anfang an von einem Bündnis, und das in mehrfacher Hinsicht:

- Ein Bündnis wird nur zwischen staatlichen Akteuren geschlossen, ein Verhältnis Sponsor – Stellvertreter wird hingegen meistens mit einem oder mehreren nicht staatlichen Akteuren aufgebaut.
- Ein Bündnis ist Gegenstand eines Vertrages, der die Partner verpflichtet. Dieser Vertrag ist ein für die Vertragsparteien bindender Akt des internationalen Rechts. Ein Verhältnis zu einem proxy beruht ausschließlich auf informellen verbalen oder nicht von den nationalen Vertretungen oder den Regierungen und beteiligten Behörden ratifizierten Absprachen. Das Verhältnis Sponsor – proxy ist lediglich durch ein gemeinsames Interesse an der Schwächung eines gemeinsamen Gegners gekennzeichnet.

- Ein Bündnis wird irgendwann im Laufe seines Bestehens öffentlich gemacht. Bei einem Verhältnis Sponsor – proxy bekennt sich der Sponsor nicht zu seiner Unterstützung seines Klienten, er tut dies erst, wenn er sich vor einer Vergeltung oder einem Gegenschlag durch seinen Hauptgegner sicher fühlt oder wenn sein Klient den erhofften Erfolg erzielt hat.
- Ein Bündnis setzt Zusammenarbeit voraus, gemeinsames abgestimmtes Arbeiten im Hinblick auf Koordinierung der Kräfte und Erreichung eines gesteckten Zieles. In einer Sponsor-proxy-Beziehung können die Wahrnehmungen und Methoden der beiden Partner sehr unterschiedlich sein, da der Klient sich stark verselbständigen und Methoden anwenden kann, die sein Patron ablehnen würde.

Im Übrigen sind diese Faktoren für den Patron verlockend, denn dieser kann seine Beteiligung am Konflikt leugnen und seine Unterstützung geheim halten oder sogar das Handeln seines Klienten öffentlich verurteilen. Nur das politische Interesse zwingt ihn, sich zur geleisteten Unterstützung zu bekennen.

Dieses Nicht-Bekennen und diese Möglichkeit der Nicht-Zuweisung machen zudem eine Dokumentenrecherche schwierig, da die meisten Dokumente verschlüsselt sind. Die Parlamentsausschüsse der westlichen Demokratien haben die Freigabe einiger geheimer Akten zugelassen, während die Bestände anderer Länder, vor allem der Länder, in denen Klienten operierten, nicht zugänglich sind.

2. Gründe für das erneute Auftreten von Stellvertreterkriegen im 21. Jahrhundert

Wenn es in den vergangenen 10 Jahren mehr Beispiele für Stellvertreterkriege als in den letzten zehn Jahren des 20. Jahrhunderts gab, hat dies politische, diplomatische und militärische Gründe. Wir erleben in der Tat einen Kampf um die Auslegung des Rechts, wieder aufflammende internationale Gegensätze mit Schwerpunkt Russland sowie eine Ausschöpfung der militärischen Macht Amerikas.

2.1 Unterschiedliche Rechtsauffassungen

Das erneute Auftreten von Stellvertreterkonflikten hat seine Ursache zuallererst in zwei konträren Auffassungen des internationalen Rechts: dem westfälischen Prinzip und der Pflicht der Einmischung.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es eine allmähliche Normalisierung der internationalen Beziehungen und der Anwendung von Waffengewalt als Lösungsmöglichkeit bei Konflikten. Die Einführung der Organisation der Vereinten Nationen und einer De-facto-Weltordnungspolitik hat die hoheitliche Einflussnahme stark reduziert und stattdessen zu einer internationalen Regelung von Konflikten geführt, die nur auf dem Recht beruht. Somit ist die Fähigkeit, zu sagen, was Recht ist und was nicht und dieses Recht durchzusetzen, für die Machtentfaltung eines Staates zu einer wesentlichen Voraussetzung geworden. Die unerlässliche Legitimierung von Interventionen wurde zu einer Grundvoraussetzung und kann zum Prinzip des modernen Krieges erklärt werden, was einige französische Autoren auch taten.⁹

Seitdem hat die UNO eine zentrale Stellung im internationalen System inne und bestimmt durch ihre Entscheidungen die Annehmbarkeit und Zulässigkeit von internationalen Eingriffen in einem fremden Hoheitsgebiet. Eine Blankovollmacht der UNO wie in Korea 1951¹⁰ lässt eine offene bewaffnete Intervention zu; eine Ablehnung oder ein Veto zwingen dazu, andere Mittel zu ergreifen, wie z. B. den Stellvertreterkrieg. In der Tat hatte das bis 1991 im UN-Sicherheitsrat bestehende Gleichgewicht zwischen den beiden Blöcken zu einer solchen Veto-Situation geführt und eine Intervention, die die Interessen eines der beiden Akteure gefährden konnte, verhindert.

Die unerlässliche Legitimierung von Interventionen wurde zu einer Grundvoraussetzung und kann zum Prinzip des modernen Krieges erklärt werden.

Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich diese festgefahrene Situation gewandelt. Die Auflösung des Ostblocks hatte der Diplomatie und dem amerikanischen Alleingang in den 90er Jahren Tür und Tor geöffnet. Die Vereinigten Staaten genossen tatsächlich völlige Handlungsfreiheit, die ihnen eine Monopolstellung hinsichtlich Macht und Militärinterventionen bescherte. Sie konnten von einer für die UNO in dreifacher Hinsicht positiven politisch-diplomatischen Situation profitieren: der Unterstützung ihrer traditionellen Bündnispartner Großbritannien und Frankreich, die die schwelenden Konflikte des Kalten Krieges in ihren jeweiligen Einflussbereichen beilegen wollten, der Zurückhaltung des postsowjetischen Russlands, das mit seinen internen Strukturreformen beschäftigt war und seinen Platz in diesem amerikanischen Dunstkreis finden wollte, von dem es hoffte, zu einem Partner zu werden, der seine Geschichte und seine Ziele respektiert, sowie einem abwartenden China, das das amerikanische Verhalten aufmerksam beobachtete und dabei versuchte, Anschluss an die weltweiten Wirtschaftskreisläufe und Handelswege zu finden.

Dabei handelt es sich also um eine Phase der Neupositionierung der ehemals gegnerischen Mächte und der Kraftentfaltung der Bündnispartner.

Auch wenn diese Zeit der Friedensdividende wirklich durch eine allgemeine Umschichtung der Rüstungshaushaltsmittel in die Wirtschaft gekennzeichnet war, war sie auch eine aktive Phase des militärischen Interventionismus unter der Ägide Amerikas. Die Einsätze 1993 auf dem Balkan, 1995 in Serbien und 1999 im Kosovo, die Militärinterventionen 1991 in Somalia und 1994 in Ruanda, der Golfkrieg von 1991 sind nur einige der prominentesten Beispiele. Das messianische Ziel war, einen Beitrag zur Stabilität der südlichen und der Entwicklungsländer zu leisten, um hier die Grundsätze einer verantwortungsvollen Staatsführung zu verbreiten und sie zu Wirtschafts- und politischen Partnern zu machen, die fähig sind, das Netz friedlicher internationaler Beziehungen auszubauen.

Selbst in seinen historischen Einflussgebieten des Balkan hat Russland es unterlassen, die amerikanischen Initiativen zu blockieren und hat sie nur begleitet, um ihre Tragweite zu beschränken, wie bei der Intervention im Kosovo, wo es unter dem Deckmantel der Blauhelme unerwartet den Flughafen von Pristina besetzte.¹¹ Gleichzeitig gewann der Internationale Strafgerichtshof an Bedeutung und trat unter der Autorität der UNO als internationaler Gerichtshof auf, der die Führungspersonen, die gegen die geltende internationale Ordnung verstoßen hatten, verurteilte.

Angesichts dieses militärischen Aktionismus stellte sich rasch die Frage nach dem Recht. Ein bewaffneter Eingriff auf dem Boden eines fremden Staatsgebiets, das nicht um Hilfe ersucht hat, ist nach internationalem Recht ein kriegerischer Akt, ebenso wie ein einseitiges Einmischen in die inneren Angelegenheiten eines Landes das Hoheitsprinzip der Staaten verletzt, wie es im Westfälischen Friedensvertrag von 1648¹² festgelegt ist: Jeder Staat ist Herr innerhalb seiner Grenzen, und jeder fremde Staat hat es zu unterlassen, sich in die hoheitlichen Entscheidungen des betreffenden Staates einzumischen¹³.

Ein bewaffneter Eingriff auf dem Boden eines fremden Staatsgebiets, das nicht um Hilfe ersucht hat, ist nach internationalem Recht ein kriegerischer Akt, ebenso wie ein einseitiges Einmischen in die inneren Angelegenheiten eines Landes das Hoheitsprinzip der Staaten verletzt.

Wenn die Normenhierarchie es einer UN-Resolution auch ermöglicht, in den Ländern, die die UN-Charta unterzeichnet haben, über den Grundsätzen des Völkerrechts zu stehen, so legitimiert dieser Mechanismus jedoch nicht eine einseitige Militäraktion, wie sie von einigen Interventions-

mächten durchgeführt wurde. Nun kommt ein weiterer Grundsatz, nämlich die Pflicht zur humanitären Einmischung, hinzu¹⁴. Dieses Konzept geht unmittelbar aus dem von dem französischen Philosophen Jean-Francois Revel 1979 aufgestellten Grundsatz des Einmischungsrechts hervor; dieses rechtfertigt die Verletzung der Souveränität eines Landes durch ein Drittland im Namen humanitärer Prinzipien und mit dem Segen einer supranationalen Autorität, die die Intervention rückwirkend begründen kann. Der Begriff Pflicht zur Einmischung, der daraufhin im Laufe der 80er Jahre durch Mario Bellatti und Bernard Kouchner populär gemacht wurde, ist trotz seines offenkundigen Widerspruchs zu Artikel 2.7 der UN-Charta seit 1998 im Völkerrecht schriftlich verankert. Er ist sowohl bei Juristen wie bei Diplomaten sehr umstritten, denn er lässt eine moralische und selektive Interpretation des Rechts zu, erscheint also als aggressives Legitimierungsmittel für Interventionen im Ausland, wo ihn die Realpolitik der humanitären Pflicht streitig macht.

Diese unterschiedlichen Rechtsauffassungen Einmischungspflicht und Wahrung der Souveränität haben seit Beginn des 21. Jahrhunderts an Schärfe zugenommen und sind der wichtigste Hemmschuh für eine offene einseitige militärische Interventionspolitik. Die westlichen Länder, die bezüglich ihrer militärischen Entscheidungen sowohl innerhalb der UNO selbst als auch in den anderen internationalen Organisationen immer stärker angefochten werden, sind nicht mehr in der Lage, ihre Militärinterventionen juristisch zu begründen. Dieser Hemmschuh für offene Militäraktionen spricht also für die Wiedereinführung des Stellvertreterkrieges als Mittel zur Durchsetzung der Macht und zur indirekten Erreichung der festgelegten strategischer Ziele.

2.2 Rückkehr der gegnerischen Mächte

Wenn diese Unsicherheit im Rechtssystem wieder aufflammt, so deshalb, weil die amerikanische unipolare Phase vom Ende des 20. Jahrhunderts als beendet betrachtet werden kann: Enttäuscht von ihrer Stellung in der internationalen Ordnung nach dem Kalten Krieg und gestützt auf ihre neuen Ziele, kehren die ehemals gegnerischen Mächte offensiv auf die internationale Bühne zurück und posieren als Verfechter des westphälischen Völkerrechts. An vorderster Front dieser Mächte befinden sich Russland und China, deren internationale Politik offene militärische Interventionen hemmt.

Zunächst entwickelt Russland in der Putin-Ära sowohl in seinem nahen Ausland¹⁵ als auch in Nahost erneut eine Politik der Macht. Bei der Erreichung

seiner Ziele legt es eine große Selektivität bei der Auslegung des Rechts an den Tag, indem es seine Entscheidungen nicht auf die unantastbare Beachtung unverrückbarer Grundsätze, sondern allein auf sein nationales Interesse gründet. Aufgrund seines Handelns und seiner Praktiken wird es zum ersten Initiator von Stellvertreterkriegen.

Als Land und Kontinent, der durch Invasionen und die endemische Instabilität seiner Märkte gekennzeichnet ist, hat Russland in seiner Großstrategie starke Konstanten aufgestellt, die noch heute seine Außenpolitik bestimmen: Zugang zu einem Warmwassermeer und Absicherung seiner unmittelbaren Nachbarschaft. Diese beiden Ziele sind noch immer ein sachdienliches Bewertungsrasiermesser seines militärischen und außenpolitischen Handelns. Um sie zu erreichen, wendet Russland heute eine selektive Auslegung des Völkerrechts an. Einerseits tritt es in der UNO entschlossen als Meister der Achtung der Souveränität der Länder auf^{f6}, andererseits unterlässt das Land es jedoch nicht, das Prinzip der Pflicht zur humanitären Einmischung umzusetzen, sobald seine Interessen dies gebieten. Offiziell vertritt es jedoch die Position, dass die Verantwortung zu schützen nicht als Vorwand für einen Umsturz von legitimen Behörden in einem souveränen Land dienen darf^{f7}. Diese beiden Facetten des Rechts dienen ihm jeweils als Grundlage für sein defensives und offensives Handeln.

In seinem nahen Ausland will Russland jeden internationalen Einfluss unterbinden, um eine Einflusszone zu behalten, die seine Interessen wahren kann. Es tritt also mit Virulenz als Meister der nationalen Souveränität auf und spricht anderen Mächten jegliches Recht auf Einmischung ab. So hat Russland stets jede UNO-Resolution in der Tschetschenien-Frage abgeblockt, obwohl diese Bevölkerung humanitär nicht weniger bedroht war als die Kosovaren 1998, wie auch in der Ukraine-Frage nach der Krise von 2014 und bewahrte so seinen Einflussbereich. Gleichzeitig konnte es die Floskel von der Pflicht zur humanitären Einmischung anwenden, um 2015 den ostukrainischen Separatisten offiziell Hilfe zukommen zu lassen, was völlig im Gegensatz zu den Prinzipien steht, die es verfechten will.

Mit seiner Politik des Zugangs zu Warmwassermeeren, die sowohl in seinem Engagement, mit dem es den Hafen und Marinestützpunkt Sewastopol erhalten will, als auch in seiner bedingungslosen Verteidigung des Regimes von Baschar el Assad zum Ausdruck kommt, legt Russland die Grundlagen für eine internationale Auseinandersetzung über die rechtlichen Fragen sowie die Frage nach dem außenpolitischen Vorgehen der internationalen Gemeinschaft. Die

Aufstellung seiner einseitigen Strategie schränkt die Durchführung unmittelbarer bewaffneter Aktionen, wie sie während der amerikanischen Unipolarität Ende des 20. Jahrhunderts an der Tagesordnung waren, stark ein. Durch den Aufbau eines spezifischen Bündnisnetzes und durch sein Auftreten als Gegner oder zumindest als Anfechter der herrschenden Weltordnung schränkt Russland massive Militärinterventionen ein und zwingt zu einem Wechsel zu eher illegalen Vorgehensweisen, was zur Wiederkehr der Stellvertreterkonflikte führt, die man 1991 beendet glaubte. Westliche Einsätze müssen also entweder heimlich erfolgen, da es kein UNO-Mandat gibt, oder mit Einverständnis des Gastlandes, wofür ein regionaler Konsens und die Aufstellung von Truppenstatuten erforderlich sind. In beiden Fällen ist die Möglichkeit, seiner Militärmacht Ausdruck zu verleihen, eingeschränkt, ja fast unmöglich.

Anzumerken ist, dass dieser Wechsel zum Krieg niedrigerer Intensität und geringeren Umfangs auch eine bevorzugte Art des Einsatzes der russischen Macht ist, die sie theoretisch untermauert und unmittelbar umsetzt. Der Einsatz von beurlaubten Soldaten im Ostukraine-Konflikt oder ehemaligen Soldaten, die in patriotischen Verbänden oder in NRO organisiert waren, im Syrien-Konflikt¹⁸ ist eine Art der direkten Unterstützung von Klienten in den Konfliktgebieten. Somit wird Russland der erste Akteur auf dem Gebiet der Stellvertreterkriege der heutigen Zeit.

Somit wird Russland der erste Akteur auf dem Gebiet der Stellvertreterkriege der heutigen Zeit.

China wiederum entwickelt seine – ebenfalls machiavellistische – eigene Anschauung von internationalen Beziehungen, die darauf abzielt, das Prinzip der völkerrechtlichen Gleichberechtigung der Länder und gleichzeitig die Berechtigung des Rechtssystems supranationaler Organisationen, abzustreiten. In seiner unmittelbaren Nachbarschaft, sprich im Chinesischen Meer, beansprucht das Reich der Mitte die alleinige bilaterale Lösung der Konflikte mit seinen Nachbarn und spricht der UNO oder jeder nicht regionalen Macht das Recht ab, sich in diese Diskussionen einzumischen, In Erweiterung dieses Prinzips stellt es sich in der UNO als Anwalt der Handlungsfreiheit der Länder dar und schließt sich häufig Russlands nicht interventionistischen Positionen an. China, eine Macht der Zurückhaltung, steht de facto im Widerspruch zu den Interventionsmächten, die eine militärische Machtprojektion als Konfliktlösung befürworten. Die Haltung Chinas beinhaltet auch eine Anzweiflung der völkerrechtlichen Gleichberechtigung der Länder, die unmittelbar aus der konfuzianischen kaiserlichen Philosophie und ihren Weiterentwicklungen hervorgeht, die das Kaiserreich als Mittelpunkt der Welt und die Nachbarn als Vasal-

len betrachtet, die es nach und nach zu Vereinnahmungen gilt. Diese Polarisierung des chinesischen Interesses zulasten des Einverständnisses der westlichen Länder führt zu einem rechtlichen und diplomatischen System, das dem internationalen System Konkurrenz macht und dessen Berechtigung, über Recht und Unrecht zu entscheiden und die Richtigkeit militärischer Interventionen zu erklären, in Frage stellt. Die Legitimierung direkter bewaffneter Interventionen wird daher schwierig, da sie bei der Umsetzung der nationalen Strategie die Lösung weniger wahrnehmbarer, heimlicher Eingriffe oder – auch hier wiederum – von Interventionsabkommen mit den Gastländern beinhaltet.

Somit führt die jeweilige Haltung Russlands und Chinas, obwohl sie unterschiedlich ist, zum gleichen Resultat, nämlich zu einer verstärkten militärischen Handlungsfreiheit und der Notwendigkeit indirekter Vorgehensweisen, die ein Nährboden für neue Stellvertreterkriege sind.

2.3 Ausschöpfung der Macht

Ein dritter Punkt begünstigt das Wiederaufkommen von Stellvertreterkriegen, nämlich die Einsatzmüdigkeit der großen Interventionsmächte.

Unilateralismus nährt sich aus dem Willen einer in einem Einsatzgebiet vorherrschenden Macht, entschlossen einzugreifen, um die Entscheidung herbeizuführen und ihre Einsatzziele zu erreichen. Sie muss sich auf eine Berechtigung zur Intervention – dies wurde bereits angesprochen –, auf eine Fähigkeit, die Bevölkerung für den Zweck des Krieges zu gewinnen, sowie auf eine Fähigkeit zur Unterstützung der Bemühungen bis hin zum Sieg stützen.

Im Falle der Vereinigten Staaten waren all diese Bedingungen erfüllt und erreichten zwischen 2001 und 2009 ihren Höhepunkt, zu einer Zeit, die der Gipfel der direkten Militärinterventionen am Ende des Kalten Krieges und wahrscheinlich auch ihr Untergang war. Die massiven Operationen im Irak und in Afghanistan wurden anfänglich unterstützt und finanziert und basierten im Falle Afghanistans auf legitimen und international nicht nachlassenden, im Falle Iraks auf ideologischen, aber vom Volk anerkannten Grundlagen. Der Wille, zwei Regimen, die die Menschenrechte nicht beachten, ein Ende zu bereiten und die wirtschaftliche, soziale und demokratische Weiterentwicklung dieser Länder zu fördern, deckte sich mit dem westlichen Messianismus der Zeit nach dem Kalten Krieg, der bereits zahlreiche unmittelbare Eingriffe in den 90er Jahren gerechtfertigt hatte. Allerdings hat die unmittelbare Militärintervention

in diesen Ländern nicht die erhofften Früchte eingebracht¹⁹. Trotz der 162 000 Soldaten, die für eine durchschnittliche Dauer von jeweils 16 Monaten eingesetzt waren, und der jährlichen Kosten von 137 Mia. \$ ist es der führenden Weltmacht und ihren Bündnispartnern nicht gelungen, ihre politischen und militärischen Ziele zu erreichen. Der hohe Tribut an Menschenleben, die hohe Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und die hohen Kosten haben nur Chaos angerichtet, was die Unterstützung dieser Interventionen durch die Bevölkerung stark gemindert und ein generelles Überdenken der angewandten Strategie notwendig gemacht hat. Daher hat sich die amerikanische Wahlkampagne zur Präsidentschaftswahl 2008 in Fragen der Außenpolitik hauptsächlich auf den Abzug der amerikanischen Truppen aus den Einsatzgebieten im Ausland konzentriert. Angesichts der militärpolitischen Sackgasse aufgrund einer konventionellen Militärintervention hoher Intensität ist es dringend geboten, den Umfang und die Strategie anzupassen, um die Verwundbarkeit des Landes gegenüber den Schlägen des Gegners und den Folgen des Einsatzes zu verringern.



Der hohe Tribut an Menschenleben, die hohe Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und die hohen Kosten haben ein generelles Überdenken der angewandten Strategie notwendig gemacht.

Die britischen Streitkräfte, die eine unhaltbare Zahl an Einsätzen im Ausland zu bewältigen hatten, gepaart mit einem Rückgang der Finanzmittel, standen vor einer materiellen und personellen Erschöpfung, was ihren Rückzug aus allen größeren Operationen seit nunmehr über 8 Jahren und eine Phase des Aufwuchses, dessen Wirkungen noch immer nicht zu spüren sind, erforderlich machte. Ihre Lage macht einen weiteren Aspekt der militärischen Schwierigkeiten der westlichen Länder deutlich, nämlich die Wirkung der militärischen Auslandseinsätze im Verhältnis zu ihrem Umfang. Der Anstieg der Kosten des eingesetzten modernen Geräts, der Versorgungsströme und die notwendige Finanzierung der eingesetzten Truppen waren angesichts der Auswirkungen der Finanzkrise von 2007 und der innenpolitischen Herausforderungen und der Konsolidierung des Banken- und Immobilienwesens auf Dauer nicht mehr zu tragen. Daher musste eine fundierte Wirtschaftsanalyse durchgeführt werden, um ein zufriedenstellendes Einsatzresultat zu möglichst geringen Kosten zu erhalten.

Neben den Aspekten der politischen, personellen und finanziellen Tragbarkeit der Militärinterventionen großen Stils hat das strategische und kriegswissenschaftliche Nachdenken auch die Notwendigkeit einer Änderung des Einsatzstils und einer Anpassung der Vorgehensweise in der gewählten Kriegsgattung aufgezeigt. Die westlichen Länder und Russland haben sich in den vergange-

nen zwanzig Jahren hauptsächlich an Operationen der Aufstandsbekämpfung beteiligt, mit dem Ziel, den Einfluss bewaffneter Gruppen oder militärischer Kräfte, die innerhalb der lokalen Bevölkerung mit illegalen asymmetrischen Methoden agierten, zu zunichte zu machen. Nach der grundlegenden Theorie von David Gallula²⁰ muss jeder Akteur, der gegen Aufständische vorgeht und erfolgreich sein will, Einsätze roher Gewalt und gleichzeitig eine gut strukturierte Unterstützung der Bevölkerung durch lokale Kräfte und Vermittler in ihrer Mitte durchführen und dabei den Rückhalt seiner eigenen Öffentlichkeit behalten. Dabei geht es für die Interventionsmacht nicht wirklich darum, brutal vorzugehen. Die beiden Irakkriege von 1991 und 2003 haben die fürchterliche Schlagkraft der westlichen konventionellen Kräfte gegenüber einem unterlegenen Feind gezeigt. Die Schwierigkeit liegt in der Fähigkeit, die Bevölkerung zu unterstützen und lokale Kräfte aus dem Nichts zu mobilisieren und dabei seine eigene Öffentlichkeit vor den Schlägen des Feindes durch seinen Einfluss, militärische Verluste und das Gefühl des Stockens der Operationen zu bewahren. Wie also soll man eine lokale Streitmacht aufstellen, die den Kampf aufnimmt, also die Verluste der Interventionsmacht begrenzt und die von der Bevölkerung eher unterstützt wird als fremde Streitkräfte, das ist hier die Frage.

Wenn die Parameter Kosten, Einsatzbereitschaft und Wirkungsgrad geklärt sind, wird der Anreiz, auf einen lokalen Klienten zurückzugreifen, um seine strategischen Ziele zu verwirklichen, größer und unverkennbar. Unterstützt man einen Klienten und bringt diesen zum Handeln, verringert man die Zahl der vor Ort eingesetzten Kräfte und ihre Gefährdung, reduziert somit seine eigenen Einsatzkosten und schützt seinen Schwerpunkt vor feindlichen Angriffen, ohne darüber hinaus kostspielige und schwierige Verhandlungen in den supranationalen Organisationen führen zu müssen, um eine rechtlich anfechtbare Interventionsentscheidung zu erhalten. Die schmerzliche Erfahrung des Westens im Irak und in Afghanistan, gepaart mit den wieder auftretenden feindlichen Mächten erklärt damit die erneut aufkommenden Stellvertreterkriege im 21. Jahrhundert. Nun geht es darum, die Zusammenhänge und Mechanismen bei dieser Form des Konflikts zu untersuchen.

3. Den Begriff hinterfragen: von den Stellvertreterkriegen zu den „Kooperationskriegen“

Wenn es erneut zu Stellvertreterkriegen kommt, ändern sie ihr Profil sehr unter dem Einfluss neuer strategischer Gegebenheiten, die zur Neugestaltung der

Beziehung Patron-Klient und zur Verschmelzung mit bestimmten Koalitionskriegen führen. Sie werden zu „Kooperationskriegen“.

3.1 Logik und strategische Gründe des Stellvertreterkrieges

Der Einsatz von Partnern in einem asymmetrischen Krieg erfolgt gemäß strategischen Überlegungen sowohl seitens des Patrons als auch des Klienten, die auf der jeweiligen Interessenlage beruhen.

Nach der Beschreibung von J. W. Taylor²¹ beabsichtigt eine Strategie, durch unmittelbare oder mittelbare Maßnahmen bei einem Gegner Zwangs-, Störungs- oder Änderungswirkungen zu erzielen. Es geht also darum, dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen, ihn von seinen Bemühungen abzubringen, indem man in seinem Lager verstärkt für Friktionen sorgt, oder durch unmittelbare bzw. mittelbare Maßnahmen die Auflösung einer seiner Schwerpunkte voranzutreiben.

Der Stellvertreterkrieg folgt grundsätzlich einer durch indirekte Maßnahmen herbeigeführten Störung. Beiden Partnern – Patron und Klienten – verschafft er jeweils spezielle Vorteile.

Für den Patron bedeutet die Nutzung eines Klienten, ohne Kriegserklärung eine Strategie verfolgen zu können. So kann eine militärisch aktive Operationslinie entwickelt werden, ohne die anderen strategischen Operationslinien wie Diplomatie, Einflussnahme oder kulturelles Vorgehen gegen den Gegner unterbrechen zu müssen. Auf diese Weise maximiert der Patron sein Handlungsfeld.

Er setzt auch keine Bodentruppen ein, meistens sind es nur Spezialkräfte oder kleine Beratergruppen; oder er lagert Ausbildungsprojekte seines Klienten in ein Drittland aus, wie es im afghanisch-sowjetischen Konflikt bei Pakistan der Fall war. Dadurch schützt er sich direkt vor Verlusten und deren Folgen auf die Moral der Bevölkerung seines Landes. So vermeidet er eine öffentliche bzw. offene Debatte über die Bedingungen und die Gründe eines Auslandseinsatzes und schützt unmittelbar den Kern moderner demokratischer Regierungen: die Unterstützung durch die öffentliche Meinung.

Außerdem sichert sich der Patron so gewisse Vorteile oder strategische Gewinne gegenüber seinen Gegnern. Indem er stellvertretend Akteure agieren lässt, vermeidet er eine Eskalation des Konfliktes mit seinem Hauptgegner und be-

schränkt das Konfrontationsgeschehen auf die lokale Ebene. Außerdem lässt er sich die Möglichkeit eines Sieges offen, indem er dort asymmetrische Methoden anwendet, wo früher größere Konflikte gescheitert sind. Als Beispiel kann man die syrische Hilfe für die Hisbollah und die Amal als Stellvertreter bei der Konfrontation mit Israel anführen. Der Patron kann außerdem eine Zerstreungswirkung im gegnerischen Lager erzielen, indem er den Gegner zu einer Zersplitterung seiner Anstrengungen und Mittel zwingt, damit er auf von seinen Klienten geführte Konflikte an der Peripherie reagiert. Stellvertreterkriege können für ihn auch ein Mittel sein, Rache für eine frühere Niederlage zu üben. So ist die Eritrea-Hilfe für die Islamischen Milizen des Puntlandes, die Äthio-



Kurdische Kräfte profitieren von westlichen Ausrüstungs- und Ausbildungsprogrammen

prien angegriffen hatten, ein Beispiel für Rache nach der militärischen Niederlage von 1998. Die Einstellung dieser Hilfe nach 2009 zeigt jedoch, wie wenig Wert Eritrea auf diese strategische Wirkung gelegt hat und wie größer das Bedürfnis war, ihr Vorgehen wieder auf eine direktere Bekämpfung zu konzentrieren²². Nicht zuletzt hat der Patron die Möglichkeit, den eigenen Machtbereich durch einen stellvertretenden Klienten zu erhalten. So kann man die Hilfe Russlands für die Republiken Abchasien und Ossetien interpretieren, wo der Aufstand die Integrität, die Stabilität sowie den regionalen Einfluss des prowestlichen und den eindeutig USA-nahen Georgiens untergräbt.

Seitens des Klienten besteht das offenkundige Interesse, ein Unterordnungsverhältnis mit einem Patron einzugehen, im Erhalt eines größeren Vorteils im Konflikt gegen die gegnerischen lokalen Kräfte, gleichgültig, ob es sich bei diesem Vorteil um Ausrüstungs-, Ausbildungs- oder außenpolitische Unterstützung handelt. Sich auf einen Patron einzulassen bedeutet, dass der Klient entweder seine Handlungsfreiheit vergrößern möchte, indem er sich vor einer internationalen Verurteilung schützt oder den Einfluss eines Drittlandes neutralisiert, oder sich die Mittel verschaffen will, um ein entscheidendes Ziel zu erreichen, die Niederlage einer gegnerischen Gruppe herbeizuführen oder einen entscheidenden Einfluss zu gewinnen. So konnte die Hisbollah von einem iranischen ballistischen Technologietransfer profitieren, den sie geschickt in ihren Rüstungsbestand integrierte, so dass sie den Konflikt gegen Israel aufrechterhalten und *schließlich* einen Sieg erringen konnte, der ihrem Patron 2006 im Südlibanon zugute kam und den er benutzte, um die führende libanesische politische Kraft zu werden²³. Die kurdischen Kräfte profitierten von Ausrüstungs- und Ausbildungsprogrammen westlicher Berater, um ihre Kampfkraft gegen

den IS zu erhöhen und zahlreiche militärische Stellungen zurückzuerobern, die sie heute als Druckmittel gegen die irakische Macht einsetzen, um ihre Autonomie in den von ihnen kontrollierten Gebieten zu vergrößern .

Um erfolgreich zu sein, muss die Wahl eines Klienten und eines Patrons daher auf rationalen Faktoren beruhen. Einen zu schwachen Klienten für einen erfolgreichen Ausgang zu wählen, bedeutet einen Verlust an Personal und kann eventuell internationale Ärgernisse hervorrufen, wenn die ineffiziente Hilfe des Patrons öffentlich wird. Sich dagegen für einen in einem Konflikt überlegenen Klienten zu entscheiden, ist eine riskante Lösung, denn da seine Bedürfnisse bescheidener sind, könnte er sich als wenig umgänglich erweisen und versuchen, sich schnellstmöglich von seinem Patron zu emanzipieren.

3.2 Formen der Beziehungen zwischen Patron und Klient

Um seinen Klienten zu unterstützen, verfügt der Patron über eine Vielzahl von Fähigkeiten und Mitteln, die mit zunehmendem Strategiespektrum noch zahlreicher werden.

Es kann sich um eine politisch-diplomatische Unterstützung handeln. Da der Patron auf internationaler Bühne agiert, kann er internationale Initiativen blockieren oder fördern, die dem verfolgten Ziel seines Klienten dienen. Dafür ist es zur Entwicklung solcher Operationen zweifellos nützlich, bei internationalen Institutionen eine zentrale Stellung einzunehmen. Russland ist auf diesem Gebiet sehr aktiv. Stets hat Russland bei den Sezessionskonflikten im Kaukasus Resolutionen des UN-Sicherheitsrats blockiert und damit seinen Klienten in den benachbarten Ländern ein diplomatisches Schutzschild geboten, sodass auswärtige Mächte nicht eingreifen konnten. Das letzte Beispiel war die Blockierung der UN-Aktion im Georgien-Krieg 2008. Dieses diplomatische Verhalten ist eine Konstante der russischen Außenpolitik, das sich auch regelmäßig in der Syrienkrise zeigt, bei der Russland die Assad-Regierung schützt und jede internationale Resolution verhindert, die für seine Interessen nachteilig wäre.

Jedoch bietet der Patron hauptsächlich Militärhilfe, z. B. im Bereich Material in Form von Lieferung moderner Ausrüstung an, die seinem Klienten noch fehlte. Das Beispiel der Stinger-Raketen im afghanisch-russischen Konflikt ist bekannt, aber diese Art von Politik wird beispielweise auch im Irak verfolgt, wo die internationalen Koalitionsstreitkräfte – allen voran Deutschlands und

Frankreichs – den kurdischen Peschmerga Milan-Flugkörper lieferten, damit sie gegen die Panzer des IS und gegen die gepanzerten Selbstmordfahrzeuge kämpfen konnten.²⁴ Durch die Lieferung militärischer Ausrüstung kann man sich einen militärischen Vorteil verschaffen oder gleiche Kampfvoraussetzungen schaffen, die die Stabilisierung einer Front oder die Entwicklung alternativer Offensiven.

Ferner kann sich die Militärhilfe auf das Gebiet der Information beziehen. Der Patron macht seinem Klienten einen Teil seiner militärischen Nachrichten zugänglich, damit dieser seine Operationen führen kann. So gibt es Zellen für Informationsaustausch im Irak zwischen der internationalen Koalition und den irakischen Verbündeten. Es geht um eine bessere Zielausrichtung und Orientierung der Aktionen des Klienten: Er plant auf der Grundlage der erhaltenen Informationen seine Operationen, die ihm ermöglichen, die militärischen Ziele des Patrons zu verwirklichen.

Militärhilfe kann auch in der Bereitstellung von spezifischen Kampfmitteln bestehen, die der Klient noch nicht hat, meistens in Form von Luftunterstützung oder Marschflugkörpern. Auch hier denkt man zunächst an den Irak-Syrien-Konflikt, wenn von dieser Art Unterstützung die Rede ist. So hat die internationale Koalition 2017 zwischen 1800 und 2600 Fliegerbomben pro Monat auf das IS-Gebiet als unmittelbare Unterstützung der Operationen seiner Klienten im Irak und in Syrien abgeworfen²⁵. Diese Bombenangriffe sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der lokalen Bodentruppen.

Nicht zuletzt kann Militärhilfe auf dem Gebiet der praktischen Ausbildung geleistet werden: Die Kriegsteilnehmer des Klienten erhalten eine militärische Grundausbildung zur Steigerung ihres Kampfwertes. Dies ist der Kern der Ausbildungsaufgaben, die die westlichen Streitkräfte zurzeit durchführen – z. B. bei der Mission EUTM in Somalia oder auch die jordanisch-amerikanischen Maßnahmen für die syrischen und irakischen Streitkräfte²⁶.

Als Gegenleistung erweist der Klient dem Patron einen wichtigen Dienst, nämlich Präsenz auf dem Kriegsschauplatz und konkrete Umsetzung seiner Ziele. Somit übernimmt er allein die mit dem Konflikt verbundenen Risiken, bietet ihm Deckung und ist der bewaffnete Arm seines Gönners. Er geht das Risiko ein, Verluste an Menschenleben zu verzeichnen (in den demokratischen Gesellschaften besonders spürbar), das Risiko von Kollateralschäden sowie das Risiko einer militärischen Niederlage. Indem er anstelle seines Patrons handelt, sichert

er somit dessen strategischen Schwerpunkt, nämlich die Unterstützung seiner öffentlichen Meinung und die Akzeptanz des Konfliktes durch die eigene Bevölkerung. Durch das Handeln eines Stellvertreters kann der Patron diesem die Misserfolge zuschreiben, aber auch die eigenen Verluste, d. h. das Ausmaß der demokratischen Diskussion innerhalb seiner Gesellschaft begrenzen. Der Klient ist also Effektmultiplikator und gleichzeitig Schutzschild für seinen Patron.

3.3 Zuweisung oder Nicht-Zuweisung: Wandel der Stellvertreterkriege zu „Kooperationskriegen“

Sowohl die wichtigste Frage als auch der spürbarste Vorteil von Stellvertreterkriegen ist – wie schon erwähnt – die Fähigkeit, die Unterstützung des Klienten durch einen Patron nicht zu erkennen zu geben. Zur Zeit des Kalten Krieges war diese Nicht-Zuweisung etwas Natürlicheres und hing eng mit dem Konzept des Stellvertreterkrieges zusammen, damit das Clausewitz-Prinzip – die Gefahr der Eskalation zum Äußersten und zum allgemeinen Krieg – nicht eintrat. Der „typische“ Klient war also meistens ein nichtstaatlicher Akteur, der gegen einen erklärten Gegner kämpfte. Dieses einseitige Muster ist aber mit Ende der Rahmenbedingungen, die es entstehen ließen, ungültig geworden. Heutzutage führt die Identifizierung der Klienten dazu, die Grenze zwischen dem Stellvertreterkrieg und dem Koalitionskrieg zu verwischen. Während die Anerkennung der Legitimität des Klienten und die formelle Kontaktaufnahme zu ihm früher erst nach dem Konflikt bekannt wurden, erfolgen sie nun vor bzw. während der Auseinandersetzung. Die westlichen Einsatzkräfte, die lokale Klienten unterstützen, möchten diese legale Rückendeckung und die zwischen ihnen entstandenen Beziehungen zur Norm werden lassen. Darin spiegelt sich das Bedürfnis nach internationaler Legitimation, die zu einem eigenständigen Prinzip des modernen Krieges wird. Die Anonymität ist nicht mehr automatisch erwünscht, aber der Einsatz, zu dem man sich bekennt, soll mehr oder weniger künstlich auf geltenden Rechtsgrundlagen, wie den Truppenstatuten²⁷, beispielsweise im Irak, beruhen, oder – wie in Libyen – auf offiziellen Hilfsersuchen durch Gruppen, die als legitime Partner anerkannt sind.

Dies führt zu einem Umschwung, den man einen „Kooperationskrieg“ nennen könnte: Eine beteiligte Macht bietet staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren offiziell ihre militärische und diplomatische Unterstützung an und verschafft sich somit eine für sie günstige Lage. Militärisch haben wir es hier mit einer Situation des Wettbewerbsvorsprungs, wie es die Wirtschaftstheorie von Adam Smith²⁸ erklärt. Im Unterschied zum klassischen Bündnis, bei welchem die

Partner in einer Art gleichmäßigen Verteilung der Opfer versuchen, die Einsätze gemeinsam durchzuführen und die Risiken gemeinsam zu tragen, stellt jeder der Partner in einem „Kooperationskrieg“ dem Bündnis Streitkräfte oder Fähigkeiten bereit, bei denen er einen eindeutigen Vorteil besitzt und übernimmt ausschließlich die Risiken, die aus der Nutzung von ihm eingesetzten Fähigkeiten resultieren.

In dem Fall leistet der Patron – zumeist die auswärtige Macht – einen spezifischen Beitrag von Spitzentechnologie – vor allem im Luftraum und durch die Bereitstellung hochmoderner Ausrüstung –, während der lokale Partner dem Bündnis zahlreiche Bodentruppen zur Verfügung stellt, die an der Erreichung eines für sie günstigen Endzustandes interessiert sind und deren Anfälligkeit für Verluste weniger ausgeprägt als bei der anderen beteiligten Macht ist. Hierin besteht die wichtigste Änderung der modernen Stellvertreterkriege und der Art und Weise, wie sie den Begriff Bündniskrieg ändern. Anstatt die Kosten und Risiken gerecht zu teilen, „*share the burdens*“²⁹, stellt jeder Partner eines „Kooperationskrieges“ dem Bündnis ausschließlich die Fähigkeiten zur Verfügung, die seine Stärke ausmachen. Das Ergebnis ist keine gesteigerte Gesamtsilenz und Effizienz des Bündnisses, sondern eine Verteilung der Verluste und Risiken zum großen Nachteil des Klienten.

Der Krieg im Mittleren Osten gegen den IS im Irak ist ein gutes Beispiel für diesen Paradigmenwechsel. Die Anti-IS-Koalition stützt sich bei ihren Aktionen auf die irakischen Streitkräfte und gleichzeitig auf die kurdischen Peschmerga-Kräfte. Die Beziehungen zu den irakischen Sicherheitskräften³⁰ basieren auf einem klassischen Stationierungsabkommen zwischen souveränen und international anerkannten Staaten. Die Peschmerga-Kräfte – unabhängige regionale Milizen – sind dagegen irreguläre, nichtstaatliche Kräfte. Die Unterstützung solcher Kräfte ist also ein Merkmal von Stellvertreterkriegen. Auf einem Kriegsschauplatz werden symmetrisch reguläre und irreguläre Streitkräfte unterstützt, die in einem einzigen Staat und gegen denselben Feind agieren. Auch wenn die irakische Regierung ihre Zusage der Unterstützung der Kurden ausdrücklich davon abhängig gemacht hat, dass sich die Peschmerga in den nationalen Sicherheitsapparat integrieren, so bleiben diese Kräfte unter der Führung eines unabhängigen Stabes und sind einer anderen politischen Führung als der offiziellen Regierung unterstellt. Schon allein im Irak haben wir es mit einem Konflikt gegen den IS zu tun, der von einem „Bündnis“ mit einem westlichen Patron geführt wird. Dieser stellt eine massive Luftunterstützung, ein Ausbildungsprogramm und die logistische Unterstützung bereit. Vor Ort agieren ein

staatlicher Klient, der die Aktion auf internationaler Ebene legitimiert und Kampftruppen und Leistungen eines Gastgeberstaates (Stützpunkte, Versorgungsgüter, lokale Stationierung) bereitstellt sowie ein nichtstaatlicher Partner, der Bodentruppen zur Verfügung stellt und durch seine Stellung an der Flanke des Feindes einen geostrategischen Vorteil bietet. Jeder Partner gewinnt einen bedeutenden strategischen Vorteil und erbringt eine spezielle Dienstleistung, die Teil eines globalen Ansatzes der modernen Krisenbewältigung ist. Diese Vorteile können jedoch erst richtig ausgenutzt werden, wenn sich der Patron mit wesentlichen Strukturänderungen seiner Streitkräfte einverstanden erklärt, damit sie dem Unterstützungsbedarf seines Klienten entsprechen.

4. Umstellung der Einsatzstreitkräfte auf Stellvertreterkriege

Denn in Stellvertreterkriegen sind die Wirkungen, die die Streitkräfte des Patrons zusätzlich oder als Unterstützung der Wirkungen seines Klienten vor Ort erzielen sollen, anderer Natur. Aufgrund dieser Aufgabenspezialisierung sind die Bedürfnisse der westlichen Streitkräfte auf die gezielte Bereitstellung spezieller Leistungen mit hohem Mehrwert und einem geringen Umfang an sehr qualifiziertem Personal orientiert. Stellvertreterkriege fördern daher den Übergang von Quantität zu Qualität, von einer schwer bewaffneten Massenarmee zu einer begrenzten, hoch technisierten Armee. Dabei liegen die Bedürfnisse in den Bereichen Überwachung, Luftunterstützung, Ausbildung, Kampfunterstützung sowie Waffenlieferung.

Stellvertreterkriege fördern den Übergang von Quantität zu Qualität, von einer schwer bewaffneten Massenarmee zu einer begrenzten, hoch technisierten Armee.

4.1 Beobachten und überwachen

Oberste Notwendigkeit für einen Patron ist die Fähigkeit zur Informationsgewinnung über die allgemeine Lage sowie über das Vorgehen seines Klienten.

Diese beiden Aspekte sind wesentlich, der erste, weil die Fähigkeit, Informationen zu erhalten und bereitzustellen, direkt zur Entscheidungsüberlegenheit des Klienten gegenüber dem lokalen Gegner beiträgt; durch Überwachung kann man ihn in der Tiefe und an verwundbaren Punkten seines Netzes angreifen.

Der zweite ist aus militärischen wie aus politischen Gründen ebenso entscheidend. Den Klienten beobachten und ihn aufklären ermöglicht, sein Vorgehen mit den Wirkungen des Patrons zu koordinieren, ob es sich dabei um Luftun-

terstützung oder taktische Ratschläge handelt. Kombiniert man ein Beobachtungsmittel und ein Feuermittel, kann man bei Bereitstellung von Luftkampfmitteln praktisch ohne Bodentruppen auskommen. Dank der Beobachtung ist auch eine bessere taktische Beratung der lokalen Kräfte möglich; dank der Beobachtung ihrer Methoden, Vorgehensweisen und Fehler kann die Ausbildung der Truppen des Klienten optimiert werden.

Der politische Aspekt ist bei weitem nicht unwesentlich für einen Patron, der die Kontrolle über seinen Einsatz bei seinem Klienten behalten will. Durch Observieren kann der Patron prüfen, inwieweit seine Empfehlungen befolgt werden, oder auch beurteilen und feststellen, inwieweit der Klient gegen das Recht des bewaffneten Konflikts oder der Zerstörung geschützter Güter verstößt. Auf diese Weise kann er eventuelle künftigen politische Auswirkungen und Medienwirkungen abschätzen und sich darauf vorbereiten. Auch bannt er so die Gefahr einer Eskalation des Konflikts.

Für den Patron ist es also unerlässlich, über zahlreiche Sensoren zu verfügen, mit deren Hilfe er Informationen über das Einsatzgebiet gewinnen kann. Menschliche Sensoren sind eine mögliche Lösung, die allerdings kaum mit der Absicht zu vereinbaren ist, möglichst unerkannt zu bleiben; satellitengestützte Sensoren decken nicht den gesamten Kriegsschauplatz ab und können nur bedingt jeweils aktuelle Bilder liefern, bleiben also die Luftsensoren, vor allem die Drohnen. Angefangen von der taktischen Drohne bis zum HALE-Luftfahrzeug ermöglichen Drohnen eine zusätzliche Beobachtung des Gefechtsfeldes und des militärischen Eingreifens des Klienten; da einige Plattformen für extreme Höhen ausgelegt sind, bieten sie gleichzeitig die Möglichkeit, dass die Unterstützung des Klienten nicht zugeordnet werden kann. Werden keine riesigen Flotten eingesetzt, muss dennoch ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen der Aufklärung in der Tiefe zur taktischen Planung und der Unterstützung des Klienten im Gefecht zur unmittelbaren Steigerung seiner militärischen Leistungsfähigkeit. Dieses Gleichgewicht ergibt sich aus dem Tempo der Landoperation des Klienten sowie aus seinem Bedarf an direkter Unterstützung bei Feindberührung. Da der Erfolg der irakischen Streitkräfte gegenüber dem IS hauptsächlich auf der Kontrolle des Luftraumes durch die internationale Koalition beruhte, waren im Rahmen der Unterstützung der irakischen Streitkräfte durch die Koalition umfangreiche Mittel für die direkte Kampfunterstützung der Kräfte vorgesehen, mit der Folge, dass keine neuen Ziele festgelegt werden konnten.

4.2 Luftunterstützung

Als unmittelbare Folge der vorgenannten Fähigkeit ist die Gewährleistung von Luftunterstützung der zweite wichtige Faktor der Unterstützung des Klienten durch den Patron. In „Kooperationskriegen“ steht sie sogar im Zentrum der militärischen Operationen und ist für einen Sieg des Klienten die entscheidendste Form der Unterstützung. So bestanden die Operationen in Libyen überwiegend in einer massiven Luftunterstützung der demokratischen Kräfte Libyens (27 000 Flugstunden durch französische Flugzeuge und 1100 Stunden durch Hubschrauber). Auch die Schläge der NATO sicherten das Überleben in entscheidendem Maße, ferner der Einsatz der Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) im Kosovo 1998/1999.

Dieser Bedarf an massiver Luftunterstützung wirkt sich sehr auf den Typ und die Zusammenstellung der Flugzeuge der Luftstreitkräfte der Patronatsländer aus. Anstatt eines Jagdflugzeugs mit Hyperschall-Luftüberlegenheit mit Signaturverringering und Spitzentechnologie benötigt man für die Unterstützung der lokalen Kräfte dagegen einen wendigen Jagdbomber mit großer *play time*³¹

- Fähigkeit, der in eine Flugabwehr eindringen und mit den Bodentruppen kommunizieren kann. Diese Auffassung widerspricht ein wenig den Verfechtern der Luftmacht und der Luftstreitkräfte der 5. Generation, die auf Hyper-Anschlussfähigkeit und Spitzentechnologie bei der Erringung der Luftherrschaft setzen. Angesichts dieser Herausforderungen musste die amerikanische Luftwaffe die Ausmusterung ihrer Jagdbomber A10 Warthog verschieben und schließlich aufgeben, da dies das einzige Flugzeug ihrer Flotte war, das den Bodentruppen eine nachhaltige und massive Feuerunterstützung bieten konnte und musste damit die Entwicklungsprogramme JF 22 und JF 35 zurückstellen. Sie plädiert sogar für die Wiedereinführung von Propellerflugzeugen mit hoher Nutzlast und langer Stehzeit in ihre Flotte und die ihrer Partner. Daher haben mehrere Länder, vor allem in Südamerika, den Super-Tucano oder die Cessna Dragonfly für die Bekämpfung von bewaffneten Aufständen beschafft. Auch der Irak profitierte von geförderten Verträgen zur Beschaffung dieses Flugzeugtyps .



In „Kooperationskriegen“ steht die Luftunterstützung im Zentrum der militärischen Operationen.

Um sich zu entfalten, muss diese Luftunterstützung auf eine engmaschige solide logistische Unterstützung zählen können, und zwar auf ein Netz von Luftwaffenstützpunkten in der Nähe des Einsatzgebietes des Klienten. Punktuelle

Angriffe mit großer Reichweite wie im Februar 2013 in Mali von Nordfrankreich aus sind mit Hilfe einer Flotte von Tankerflugzeugen zwar möglich, aber nicht auf Dauer, und sie ermöglichen lediglich Schläge von begrenztem Umfang und begrenzter Tragweite, sind also militärisch und wirtschaftlich nicht für die nachhaltige Unterstützung des Klienten in einem Stellvertreterkrieg geeignet. Daher muss sich der Patron auf ein Partnerland in der Umgebung des Schauplatzes des Stellvertreterkrieges verlassen können oder im Rahmen eines „Kooperationskrieges“, in dem man sich zu seiner Unterstützung bekennt, die Luftmacht über das Gebiet seines Klienten haben. Obwohl die Luftoperationen in Libyen in der Nachbarschaft Europas stattfanden, wurden sie überwiegend von Trägerverbänden der NATO, die auf hoher See vor der nordafrikanischen Küste kreuzten, durchgeführt, wohingegen die Schläge und Operationen in Syrien von jordanischen und türkischen Stützpunkten aus, d.h. von Partnerländern des amerikanischen Patrons der syrisch-kurdischen Kräfte der YPG aus, durchgeführt wurden.

4.3 Ausbildungsmaßnahmen

Ausbildung ist der größte Nutzen für Bodentruppen, den die Streitkräfte des Patrons einem Klienten zukommen lassen können. Wie bereits erwähnt, gilt die taktische Leistungsfähigkeit der westlichen Streitkräfte als beträchtlich und wird wertgeschätzt. Es wird daher für den Patron wichtig, einen Teil dieser Leistungsfähigkeit durch Ausbildungseinrichtungen, aber auch durch Kampf-

Ausbildung ist der größte Nutzen für Bodentruppen, den die Streitkräfte des Patrons einem Klienten zukommen lassen können.

unterstützung, auf die wir später eingehen, seinem Klienten zukommen zu lassen. Die Ausbildung beruht auf dreierlei Zielen. Der Patron muss seine Expertise und seine Tak-

tiken an den Klienten weitergeben, damit er diesem im Erdkampf gegen den gemeinsamen Feind einen militärischen Vorteil verschaffen kann. Außerdem geht es darum, eine Fähigkeit zur Interaktion und zum gemeinsamen Handeln zu entwickeln, um die Wirkungen der Unterstützung durch den Patron, insbesondere aus der Luft, zu maximieren. Schließlich ist es für einen Patron, der sich in einen „Kooperationskrieg“ einlässt, erforderlich, lokale Sicherheitskräfte zur Verfügung zu haben, die seine Stützpunkte schützen und die im Rahmen der Aufstandsbekämpfung notwendigen Hilfs- und Kontrollmaßnahmen für die Bevölkerung durchführen können.

Nach diesen drei Erfordernissen bemisst sich die Art der zu erteilenden Ausbildung. Zunächst kann der Patron eine militärische Grundausbildung zur Steige-

rung des Militärpotenzials des Klienten vorsehen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Einzelausbildung des Kämpfers und der Beherrschung von Grundkenntnissen im Umgang mit Waffen, und zwar mit den vom Patron gelieferten Waffen, ferner im Stellungswechsel, in Erster Hilfe und im Bereich Kommunikationsmittel. Auf dieser Ausbildungsart liegt zurzeit das Hauptaugenmerk der äthiopischen Ausbildungsmaßnahmen für die somalischen Sicherheitskräfte. Eine Schwierigkeit tritt hierbei jedoch auf: mit Hilfe der Ausbildung die militärischen Schwächen des Klienten auszugleichen, ohne seine Streitkräfte zu unterminieren, d.h., ohne seinen taktischen Stil zu verändern, der häufig anders als der Kampfstil des Patrons, aber meistens an die lokalen Rahmenbedingungen (Kultur, geografische Gegebenheiten, militärisches Umfeld usw.) angepasst ist. So ist z.B. die Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte im Panzerkampf nicht sinnvoll angesichts der Verhältnisse im urbanen Umfeld, in dem diese Kräfte den Löwenanteil ihrer Operationen durchführen und angesichts des Feindes, mit dem sie zu tun haben, der VBIED, Fallen und Hindernisse benutzt, die das Tempo der Operationsführung beträchtlich mindern. Die Ausbildung kann auch auf den Erwerb von speziellen Fachkenntnissen konzentriert sein, beispielsweise im Pionierwesen: Handhabung und Entschärfung von Sprengstoffen und Sprengfallen oder Fähigkeit zum Gewässerübergang, was für die Durchführung des Einsatzes unumgänglich ist, wie im Irak, der durch zwei große Flüsse unterteilt ist. Neben dieser auf die militärische Leistungsfähigkeit des Klienten ausgerichteten Ausbildung kann der Patron ein auf die Optimierung seiner eigenen Unterstützungsfähigkeiten ausgerichtetes Ausbildungsprogramm durchführen, d.h. die Streitkräfte seines Klienten so ausbilden, dass sie Maßnahmen der Feuerunterstützung besser koordinieren und anfordern können. Dabei geht es vor allem darum, eine kleinere Zahl von Spezialisten auszubilden, die mit den Streitkräften des Patrons zusammenwirken können. Dazu gehört auch die Ausbildung von Funkern, wie nach dem Zweiten Weltkrieg bei den geheimen Widerstandsbewegungen auf dem ehemaligen Gebiet des Warschauer Paktes oder in Fernost. In heutiger Zeit, in der die militärische Leistungsfähigkeit des Patrons zumeist in seiner Fähigkeit der Bereitstellung von Feuer aus der Luft oder indirektem Bodenfeuer besteht, ist es erforderlich, Artilleriebeobachter und Feuerkoordinatoren auszubilden. Daher hat Frankreich einen Artilleriesverband in der Stärke von drei Kompanien im Irak eingesetzt³² und im Hinblick auf einen besseren Einsatz seiner Unterstützungsmittel gleichzeitig in die Ausbildung der irakischen Artillerieschützen investiert. Die Vereinigten Staaten stellten mehrere parallele Ausbildungsprogramme für Offiziere für die Koordinierung des Feuers aus der Luft auf, um ohne Einsatz von Truppen am Boden, aber unter den erforderlichen Sicherheitsbedingungen, bei

der Berührung mit den irakischen Streitkräften, die innerhalb der Zivilbevölkerung operierten, eine Unterstützung durchführen zu können.³³

Auf beiden Gebieten ist es für den Patron entscheidend, das richtige Maß an Beteiligung an der Ausbildung zu wahren und den Einfallsreichtum und die taktische Anpassungsfähigkeit des Klienten, der seine eigenen Erfahrungen macht und seine eigenen Taktiken bei der Nutzung des erhaltenen oder eingesetzten Geräts entwickelt, nicht zu bremsen.

Für diese Ausbildung benötigt der Patron spezielles Personal und Material.

Zunächst muss er über eine Gruppe von Ausbildern verfügen, die in der Lage sind, die gewünschte Ausbildung zu erteilen, d.h. Führungskräfte, die individuell bei den auszubildenden Truppen eingesetzt werden können, also nicht in ihrer eigentlichen Funktion der Truppenführung; aufgrund strenger finanzieller und verwaltungsmäßiger Auflagen gibt es bei den Streitkräften keine Führungskräfte ohne Verwendung: Eine Entsendung von Ausbildern bedeutet also eine zeitweilige Vakanz in der Truppenführung. Angesichts dieses Dilemmas reagieren die Patronatsländer mit unterschiedlichen Maßnahmen. Die USA stellen derzeit Brigaden zur Unterstützung der Sicherheitskräfte (SFAB) auf³⁴. Bei diesen keiner Division angehörenden Brigaden, die bei der regionalen Einsatzstreitkraft eingesetzt werden (die erste wird CENTCOM unterstellt), wird die Zahl des Führungspersonals verdoppelt mit dem Ziel, in ein- und derselben Brigade leichte Kräfte zu haben, die Militäroperationen durchführen können, und in derselben Organisationseinheit und unter einem Führungskommando einen Pool an Führungskräften zu haben, die im Kampf Partnerkräfte betreuen sowie ein Ausbildungsprogramm durchführen können, mit dem diese Kräfte auf einen eigenständigen Einsatz vorbereitet werden können. Frankreich richtet ein Kommando für militärische Einsatzhilfe ein³⁵, das mit mehr Führungskräften ausgestattet werden soll, um materielle Militärhilfe und gleichzeitig Ausbildungs- und Betreuungsmaßnahmen im Kampf koordinieren zu können, ohne den konventionellen Brigaden Ressourcen wegzunehmen. Bei beiden Lösungen gehen die strukturellen Entscheidungen mit einer notwendigen interkulturellen Ausbildung einher, die die Eingliederung der eingesetzten Führungskräfte in die Partnerstreitkräfte des Klienten erleichtern soll. Daher wird ein Schwerpunkt auf Kenntnisse über das Einsatzgebiet sowie auf sprachliche und pädagogische Fähigkeiten gelegt, aber auch Empathie und Aufgeschlossenheit gegenüber anderen sind Auswahlkriterien.

Weiterer Bedarf besteht beim Material: Patron und Klient müssen sich über die Ausbildungsstrukturen für die Wissensvermittlung verständigen. Standort und Art hängen einmal mehr davon ab, inwieweit sich der Patron dazu bekennt, sowie davon, inwiefern der Klient die lokale Kontrolle hat. Was z. B. das syrische Einsatzgebiet betrifft, rekrutierten und bildeten die Vereinigten Staaten, die ihre Beteiligung nicht offiziell machen wollten, Angehörige der freien syrischen Streitkräfte auf türkischem Boden aus, bevor sie ihre Rückkehr nach Syrien und ihren Einsatz bei Operationen auf syrischem Boden ermöglichten. Das Gleiche gilt für Somalia, wo die von den Streitkräften des Klienten den äthiopischen Kräften gewährleistete Sicherheit keinen Einsatz von Beratern und Ausbildern zulässt. Daher wurde auch hier die Ausbildung in das Nachbarland Uganda verlegt. Diese Lösung setzt also ebenso wie die Luftunterstützung aus der Nähe die Nachbarschaft eines befreundeten Landes voraus, das als Gastland nicht wahrnehmbare Dienstleistungen zur Durchführung der zu leistenden Hilfe erbringt. Die Unterbringung von Ausbildungseinrichtungen in einem vom Klienten kontrollierten Gebiet ist ebenfalls eine Option. Für diese hat sich die internationale Koalition gegen den IS zur Beratung und Ausbildung der Peschmerga in Nordinak an den von Sicherheitskräften geschützten nationalen Stützpunkten entschieden, von wo aus der Einsatz von Ausbildungskräften so nah wie möglich an den Kampfzonen möglich ist. Vorteil dieser Lösungsmöglichkeit ist ein schnellerer Zugang zu dem auszubildenden Personal mit umfangreicheren Ausbildungsmöglichkeiten, aber auch ein schnelleres Feedback, das es dem Patron erlaubt, Art und Umfang der erteilten Ausbildung bestmöglich abzustimmen .



Angehörige der Bundeswehr bilden Peschmerga-Kämpfer im Nordinak aus

Die Reduzierung der Streitkräfte des Patrons in einem Konflikt ausschließlich auf Ausbildungstätigkeiten bringt jedoch ein Problem mit sich, nämlich die militärische Kompetenz. Die Kompetenz und die Akzeptanz des Ausbilders durch die lokalen Streitkräfte beruhen nicht nur auf seinen interkulturellen Fähigkeiten, sondern auch auf seiner Erfahrung und seiner Kenntnis der Kampfgegebenheiten. Nur über Waffenspezialisten zu verfügen, schränkt die Möglichkeiten, die dem Patron für seine Unterstützungsaktionen zugunsten der Streitkräfte seines Klienten zur Verfügung stehen, de facto ein.

Die Kompetenz und die Akzeptanz des Ausbilders durch die lokalen Streitkräfte beruhen nicht nur auf seinen interkulturellen Fähigkeiten, sondern auch auf seiner Erfahrung und seiner Kenntnis der Kampfgegebenheiten.

Entscheidet sich der Patron für einen Stellvertreterkrieg, wird er somit einen höheren Bedarf an Führungskräften haben, die für die Ausbildung ausgebildet und spezialisiert sind, anstatt einer schweren kämpfenden Truppe, die traditionsgemäß pyramidenförmig aufgebaut und für Operationen hoher Intensität geeignet ist. Diese Umstellung auf nicht am Kampf beteiligte leichtere Kräfte ist für politische Führungen, die kurzfristige Haushaltsoptimierungen anstreben, ein sehr verlockendes Angebot.

4.4 Begleitung im Gefecht und die Spezialkräfte

Der Patron kann sich auch für einen Einsatz verdeckter Kräfte im Kampf an der Seite oder als Ergänzung der Kräfte des Klienten entscheiden. Dies fällt in den Bereich besondere Aufgaben der Spezialkräfte, deren Beitrag zur Unterstützung von Aufständen einer der Kernaufträge ist, die durch die Erfahrungen aus der Kolonialzeit der ehemaligen Kolonialmächte und die Aufstandsunterstützung im Zweiten Weltkrieg durch Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Russland geprägt sind.

Der Einsatz von Spezialkräften beim Klienten kann mehrere Ziele verfolgen: Dank ihrer großen Professionalität und ihrer Fähigkeit, in unsicherer Umgebung zu operieren, sind Spezialkräfte besonders für unauffälliges Eingreifen

Dank ihrer großen Professionalität und ihrer Fähigkeit, in unsicherer Umgebung zu operieren, sind Spezialkräfte besonders für unauffälliges Eingreifen zugunsten des Klienten geeignet.

zugunsten des Klienten geeignet. Sie waren und sind der bewaffnete Arm des Patrons und der Hauptakteur in Stellvertreterkriegen, zu denen sich keiner bekennt. In der Tiefe eingesetzt, können sie beraten, ausbilden, Nachrichten beschaffen und vor allem

auswärtige Unterstützungsmaßnahmen des Patrons koordinieren. So hatte die NATO bei der libyschen Militäraktion als Unterstützung der Rebellenkräfte am Boden Spezialkräfte in jeder Phase des Prozesses von Luftangriffen eingesetzt, angefangen von der Zielerfassung über die Durchführung der Angriffe bis hin zur Bewertung ihrer Wirkungen.³⁶ So dienen sie dem Klienten als Wirkungsmultiplikator und tragen zur Verbesserung der Unterstützungsmaßnahmen des Patrons bei. Ferner können sie direkt vor Ort eingreifen, um besondere Ziele zu bekämpfen, die der Klient nicht bekämpfen will oder kann.

Jedoch waren das Einsatzniveau und die Einsatzbereitschaft dieses begrenzten Kräfte-reservoirs bei den Militäraktionen zur Aufstandsbekämpfung zu Beginn des 21. Jahrhunderts sehr eingeschränkt; dies machte immer häufiger den Ein-

satz von konventionellen Kräften erforderlich, um einen Teil der Aufgaben der Begleitung der Partnerstreitkräfte im Gefecht zu übernehmen und die Feuerunterstützung der Partnermacht zu ihren Gunsten einzusetzen. So wurden im Irak und in Afghanistan OMLT, Langzeitbeobachter, Flugabwehrbrigaden usw. aufgestellt.

Die Weiterführung eines derartigen Einsatzsystems von konventionellen Streitkräften im Rahmen eines Stellvertreterkrieges wurde geprüft, aber noch nicht umgesetzt. Es wäre problematisch, hätte erhebliche pragmatische Folgen für den Patron und würde sehr von seiner Bereitschaft, sich zur Unterstützung des Klienten zu bekennen, abhängen; im klassischen Rahmen ist dieses System ausgeschlossen: Die Gefangennahme oder Identifizierung konventioneller Streitkräfte im Kampf gegen einen Feind, der zum Gegenschlag fähig ist, ist ein *Casus belli*, der dem Zweck eines Stellvertreterkrieges zuwiderläuft. Nur im Rahmen eines „Kooperationskrieges“ ist die teilweise Einführung eines solchen Systems möglich. In jedem Fall ist diese Einführung kompliziert. Denn der Einsatz regulärer Kräfte, auch wenn sie zum Teil entsprechend ausgebildet sind, auf dem Schauplatz eines Stellvertreterkrieges setzt umfangreiche Strukturen für die logistische und medizinische Versorgung sowie eine Überprüfung des Geheimhaltungsgrades der durchgeführten Operationen voraus. Auch wenn die Begleitung im Gefecht auf lokaler Ebene nur eine informierende und politische Wirkung hat, ist sie auf strategischer Ebene eine eindeutige Standortbestimmung der Unterstützung des Klienten; für den Patron bedeutet sie einen Bedarf an Sicherheit für die eingesetzten Streitkräfte sowie einen Bedarf an erzieherischer Arbeit bei seiner Öffentlichkeit. Der Einsatz eines Begleitemams im Gefecht bringt die Dislozierung einer logistischen Unterstützungsversorgungskette von einem sicheren Startpunkt aus, einer Befehls- und Übertragungskette zumindest über Satellit, einer Versorgungskette für Abschub und medizinische Behandlung sowie von Kampfunterstützungsgruppen mit sich. Diese Elemente machen sehr mobile Truppen erforderlich, die meistens per Hubschrauber transportiert werden oder den Luftstreitkräften angehören, die eigene logistische und sicherheitsrelevante Bedürfnisse haben. Dies führt rasch zu einer kritischen Masse, die die Einrichtung einer für den Auftrag unabdingbaren vorgeschobenen Einsatzbasis rechtfertigt, jedoch indirekt deren Mobilität einschränkt.

Die Entscheidung für eine solche Begleitstruktur im Gefecht zwingt also den Patron zu einer Strukturierung von ausgebildeten Interventions- und Begleitkräften mit einer hubschrauberbeförderten beweglichen logistischen und Feu-

erunterstützung entsprechend der Beherrschung des Luftraums, um operieren zu können. Sie rechtfertigt die Einrichtung einer Struktur aus leichten und sehr beweglichen Streitkräften wie den luftbeweglichen Brigaden, auch hier wieder anstelle einer kämpfenden Truppe, die für Operationen hoher Intensität geeignet ist.

4.5 Lieferung von Material und Waffen

Die Lieferung von militärischem Gerät ist der letzte, aber nicht der unbedeutendste Aspekt der Unterstützung des Patrons für seinen Klienten. Sie stellt eine schnelle, oft nicht wahrnehmbare und leicht abzustreitende Art der Unterstützung eines lokalen Partners dar. Die Lieferung von Waffen ist allerdings mit Problemen verbunden.

Das erste ist logistischer Art: Es geht darum, eine Materialschleuse und ein logistisches Netzwerk für die Waffenlieferung zu haben. Hier gilt das Gleiche wie für die Ausbildung und die Luftunterstützung: Man muss vom Klienten gesicherte Stützpunkte für die Einfuhr der anzuliefernden Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung oder befreundete Nachbarländer an der Hand haben, die die vorgesehenen Lieferungen auf ihrem Boden in Empfang nehmen und für deren Verteilung sorgen. Dieser unterschiedliche Bedarf macht somit die Entscheidung des Patrons, sich auf einen Stellvertreterkrieg einzulassen, von der Existenz eines Netzes an lokalen staatlichen Partnern abhängig, die ein Interesse am Sieg des Klienten haben. Der Verlauf der irakischen Militäraktion gegen den IS, bei der schiitische Milizen ihren Schwerpunkt in den Südwesten des Sunnitischen Dreiecks von Anbar verlegten, wie z.B. bei der Einnahme der Stadt Ar Rutba³⁷, steht in direktem Zusammenhang mit dem Bedarf ihres iranischen „Sponsors“, Verbindungslinien am Boden zu den alawitischen Kräften sowie zur Hisbollah herzustellen. Aufgrund dieser logistischen Erfordernisse sind daher die Militäroperationen des Klienten auf die Einnahme logistischer Punkte oder von Stützpunkten ausgerichtet, die die Dislozierung der Unterstützungsgruppen des Patrons ermöglichen. Der Klient kann dies bewusst oder auf Druck seines „Sponsors“ tun, der damit ein Instrument an der Hand hat, mit dem er das Vorgehen seines Stellvertreters lenken kann.

Das zweite Problem besteht darin, festzulegen, welche Art von Material bereitgestellt wird. Der Patron hat dabei mehrere Möglichkeiten. Er kann sich entscheiden, eine weitverbreitete Waffe von niedrigem technischem Niveau und einfacher Handhabung, wenn möglich nicht aus eigener Produktion, zu

liefern. In diesem Fall stellt er seinem Klienten in kurzer Zeit eine Fähigkeit zur Bewaffnung einer kritischen Masse von Kämpfern bereit; Ziel dabei ist, eine Asymmetrie der Kräfte zum Vorteil des Klienten gegenüber seinem Gegner herzustellen. Diese Entscheidung schränkt den Ausbildungsbedarf ein, erfordert jedoch vom Klienten die Bereitstellung zahlreicher Anhänger, die ausgerüstet werden können. Sie setzt also voraus, dass man sich auf einen vor Ort bereits gut eingerichteten Akteur stützen kann, der in kurzer Zeit Massen mobilisieren kann. Es besteht dabei jedoch der Nachteil, dass der Patron dabei kaum die Möglichkeit hat, die Nutzung seiner Waffen zu kontrollieren, da sich der Klient auf dem Markt umgehend mit Munition versorgen kann und somit unabhängig in seinen politischen Entscheidungen ist.

Der Patron kann sich auch dafür entscheiden, eine Abhängigkeit seines Klienten hinsichtlich der gelieferten Waffen zu schaffen. In diesem Fall beschließt er, hoch technisierte Systeme zu liefern oder solche, die für ihre Beschaffung und ihren Betrieb Teile und Munition benötigen, die er als Einziger anbietet. Wenn die Rüstung außerdem entscheidend für den Sieg des Klienten ist, schafft und pflegt er ein je nach den Siegen der Klienten immer größer werdendes Abhängigkeitsverhältnis gegenüber den gelieferten Waffen. Für derartige Abhängigkeitsverhältnisse eignet sich Flugkörpertechnologie besonders. So zeigte sich die kurdische Provinzregierung zu politischen Konzessionen bereit, um sich bei Frankreich und Deutschland die weitere Lieferung von MILAN-Flugkörpern zu sichern, von der die Leistungen ihrer Streitkräfte abhingen.

Schließlich kann der Patron Waffen und Gerät liefern, die eine bessere Koordination zwischen seinen Unterstützungstruppen und den Streitkräften seines Klienten ermöglichen, nämlich mit Hilfe von Systemen zur Koordinierung und Zielanweisung für die Luftschläge, von Funksystemen, die mit denen der Luftstreitkräfte des Patrons interoperabel sind oder von Systemen zur automatischen Standortmeldung, die der Patron beobachten kann. In diesem Fall wird die Zusammenarbeit zwischen Patron und Klient verbessert, wodurch wiederum ein Teil der taktischen Leistungsfähigkeit des Klienten auf der Bereitstellung von Unterstützungstruppen des Patrons basiert. Auch in diesem Fall entsteht eine Form der Abhängigkeit gegenüber dem Patron, wodurch dieser eine direktere Kontrollmöglichkeit des Vorgehens seines Klienten hat.

Letztendlich erfordert eine umfassende militärische Unterstützung eines Klienten eine strukturelle Anpassung der Streitkräfte des Patrons hin zu einem Modell der Spitzentechnologie, das Spezialkräfte und leichte Landstreitkräf-

te zur Unterstützung des Klienten, eine starke Fähigkeit der logistischen Unterstützung und die Beherrschung des Luftraums mit Hilfe einer übergroßen Luftwaffe umfasst. Durch diese Überspezialisierung der Streitkräfte sind sie kaum für Operationen hoher Intensität geeignet und zwingt damit den Patron entweder zur kompletten Aufgabe konventioneller militärischer Ziele oder zum Aufbau weiterer – kostspieliger – konventioneller Kampfgruppen; dies steht im Widerspruch zu den angedachten Einsparungen durch Stellvertreterkriege und zum Ansatz des einheitlichen Kräftedispositivs der NATO-Doktrin. Infolgedessen muss man sich fragen, ob der Stellvertreterkrieg die Basis einer für die heutigen Weltmächte akzeptablen Strategie sein kann.

5. Soll man sich auf Stellvertreterkriege einlassen?

Stellvertreterkriege, die aufgrund ihres niedrigeren militärischen, finanziellen und vor allem politischen Einsatzes attraktiv scheinen, bergen jedoch etliche Risiken für den Patron und können nicht die einzige strategische Option einer heutigen Macht darstellen.

5.1 Bieten Stellvertreterkriege ökonomische oder personelle Vorteile?

In einer von wirtschaftlichen Überlegungen geprägten Welt sind die Kosten eines Militäreinsatzes ein entscheidender Faktor. Sie bestimmen nämlich die Auswirkung des Konflikts auf die Volkswirtschaft und damit ihre finanzielle Durchhaltefähigkeit über Jahre, und sie bestimmen ebenso seine Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit. Daher strebt jeder vernünftig denkende politische und militärische Verantwortungsträger danach, seine Ziele zum bestmöglichen Preis zu erreichen.

Ein Vergleich der Kosten eines konventionellen Krieges und eines Stellvertreterkrieges ist nicht einfach, da man kaum ein Einsatzgebiet findet, wo zwei Gegner zunächst eine Auseinandersetzung konventioneller Art, dann über zwischengeschaltete Klienten führten. Objektive Wirtschaftszahlen zu erhalten ist somit schwierig. Was die Art der Konflikte betrifft, so gibt es mehr Beispiele des Übergangs einer Kriegsart zu einer anderen als einer klaren Trennung zwischen zwei Konfliktarten; so kennt man Stellvertreterkriege, die in konventionelle Kriege übergingen, wie 1977 der Ogadenkrieg, oder konventionelle Kriege, bei denen sich die Streitkräfte des Patrons im Hinblick auf eine Normalisierung und Stabilisierung zurückziehen und die Verantwortung auf die lokalen Streitkräfte des Klienten übertragen, um die letzten gegnerischen Widerstände zu

beseitigen; dies erleben wir heute in Afghanistan zwischen der westlichen Koalition und den afghanischen Sicherheitskräften.

Jedoch kann man – mit Vorbehalt – den irakischen Fall als Kostenvergleich zwischen konventionellen und Stellvertreterkriegen betrachten. In der Tat gab es im Irak zwischen 2003 und 2011 eine von den USA dominierte internationale Koalition, die einen Konflikt zur Aufstandsbekämpfung hoher Intensität gegen die irakische Regierung, dann gegen die zahlreichen aufständischen Gruppierungen führte, ein Konflikt, der von einem hohen amerikanischen Engagement im gesamten Fähigkeitsspektrum geprägt war. Nach einer Phase relativer Stabilisierung zogen sich die westlichen Streitkräfte ab 2010 massiv zurück, um Irak die endgültige Realisierung der Stabilisierung in den noch unruhigen Regionen zu überlassen. Angesichts der Unfähigkeit des irakischen Sicherheitsapparates, der wiederaufkommenden islamistischen Gefahr entgegenzutreten, die nicht mehr so sehr durch Al Qaida als durch den IS verkörpert wurde, griff 2014 erneut eine von den USA angeführte internationale Koalition in der Subregion ein, diesmal jedoch ausschließlich indirekt und ohne massive Dislozierung am Boden. Denn sie leistete der irakischen Regierung sowie regionalen Selbstverteidigungsgruppen wie den Peschmerga Luftunterstützung, Beratung, Ausbildung und logistische Hilfe. All dies sind Maßnahmen, die für einen Stellvertreterkrieg kennzeichnend sind.

Die Kosten der Intervention Amerikas im Irak waren die höchsten Militärausgaben nach dem Kalten Krieg. Laut einer Studie der Universität Brown hat der Krieg in den acht Jahren 1100 Mia. \$ gekostet, wogegen Joseph Stiglitz von einer Belastung der amerikanischen Wirtschaft von 3000 Mia. \$ spricht.³⁸ Bei günstigster Annahme sprechen wir damit von einer Gesamtsumme von 138 Mia. \$ pro Jahr, einschließlich der Kosten für die Militäroperationen, für die gewährleistete Unterstützung der Streitkräfte und die Unterstützungsmaßnahmen für die irakische Regierung.

Gleichzeitig betrug die personellen Verluste des Einsatzes für die Vereinigten Staaten 4.424 Tote³⁹ und 31.952 Verwundete; hinzu kommt der Tod von 245 amerikanischen⁴⁰ *contractors*. Die USA sollen jährlich im Schnitt 21.000 *contractors* und 162.000 Soldaten bei Einsätzen disloziert haben.⁴¹

Zum Vergleich: Im Zeitraum 2014 bis 2017 unterhielten die Vereinigten Staaten bei der Bekämpfung des Islamischen Staates ein Kontingent von 5.200 Mann im Irak und in Syrien und hatten 25 Verluste im Einsatz zu beklagen. Im

gleichen Zeitraum gaben sie pro Tag 13,6 Mio. \$ für diese Militäraktion aus, d.h. eine jährliche Summe von 4,9 Mia. \$ bei Einsätzen. Damit kommt man zu folgendem Vergleich:

	Operation Iraqi Freedom 2003 - 2011 konventioneller Krieg	Operation Inherent Resolve 2014 - 2017 Stellvertreterkrieg	Verhältnis
Einsatzkräfte	162.000	5.200	3,2:100
Jährliche Verluste	553	8,3	1,5:100
Kosten pro Tag	376,7 M \$	13,6 M \$	3,6:100
Kosten pro Tag und Mann	2325 \$	2615 \$	1,12:1

Es ist also ein enormes makroskopisches Wirtschaftsverhältnis zwischen dem konventionellen und dem Stellvertreterkrieg, jedoch einheitliche Fixkosten für den Einsatz eines Soldaten festzustellen. Bei diesem Einzelbeispiel ist es demnach die Zahl der eingesetzten Soldaten und nicht die Art des Konflikts, die direkte Einsparungen bringt. Es ist jedoch offenkundig, dass die Zahl der Verluste pro Jahr bei einem Stellvertreterkrieg viel niedriger ist als bei einem konventionellen Konflikt. Der Vorteil eines Stellvertreterkrieges liegt also in menschlichen und nicht in rein wirtschaftlichen Faktoren.

5.2 Mit politischen und strategischen Risiken verbundene Kriege

So verlockend ein günstigerer und leicht abzustreitender Stellvertreterkrieg auch sein mag, diese Art des Konfliktes ist dennoch riskant für den Patron. Bei der Auswahl und dem Einsatz eines Klienten sind Fragen des Vertrauens, der Moral und der Zuverlässigkeit wesentlich.

Am wichtigsten ist das Vertrauen, das man einem Klienten entgegenbringt. Auch wenn ein Klient durch taktische und militärische Interessen an den Patron gebunden ist, hat er auch seinen eigenen Zeitplan und seine eigenen Ziele, die sich auf lange Sicht von den Zielen seines Patrons unterscheiden können. Die Schwierigkeit besteht demnach für den Patron darin, die gegenläufigen

Ziele des Klienten zu erkennen, zu kontrollieren und zu verhindern, dass er sie erreicht, solange seine eigenen Ziele nicht erreicht sind. Er muss sich auch bewusst sein, dass, je ehrgeiziger seine eigenen Ziele sind, er umso eher gezwungen ist, entweder unmittelbar in den Konflikt einzugreifen, um sie durchzusetzen, oder eine zunehmende Verselbständigung seines Klienten hinzunehmen, je mehr dieser daran interessiert ist, seine eigenen Ziele zu verfolgen als weiterhin Unterstützung von seinem Patron zu erhalten. Diese Tendenz ist derzeit bei den kurdischen Streitkräften festzustellen, die mit dem klassischen militärischen Zusammenbruch des Islamischen Staates beginnen, ihre eigenen politischen Strategien für die Unabhängigkeit des irakischen Kurdistan zu entwickeln. Die Kämpfe gegen die irakischen Regierungstruppen im September um die Erdölregion Kirkuk waren die ersten Anzeichen dafür, und die derzeitigen Bemühungen um den Abschluss eines Rüstungsvertrags mit den Vereinigten Staaten kennzeichnen eine weitere Etappe einer allmählichen staatlichen Normalisierung der Beziehungen, wobei man von einem Status als Klient-Patron zu einem Status als internationale Partner übergeht, die ihr Zusammenwirken durch Rechtsakte regeln. Zu diesem Zeitpunkt muss der Patron mit weniger absehbarem und überraschenderem Vorgehen seines Klienten rechnen, für den zunehmend seine egoistischen Interessen wichtiger sind als die Beibehaltung der Klient-Patron-Beziehung mit allen Risiken eines zusätzlichen Konflikts, die eine solche Haltung mit sich bringen kann. Der Klient kann auch entsprechend seinen Bedürfnissen und Interessen das Lager wechseln. Das amerikanische Scheitern in Tora Bora im Jahr 2001, bei dem die Einschließung der Al Qaida-Kräfte am Boden lokalen Gruppen mit Unterstützung amerikanischer Spezialtruppen übertragen worden war, erklärt sich zum großen Teil durch die Wankelmütigkeit und Käuflichkeit dieser Gruppen, die gekauft worden waren, um die islamistischen Kämpfer aus dem kontrollierten Gebiet entkommen zu lassen.

Das zweite Risiko ist moralischer und indirekt diplomatischer Natur. Klient und Patron können nicht dieselben moralischen Bezugsgrößen haben und auch nicht nach denselben taktischen Vorgehensweisen handeln. Jedes Fehlverhalten des Klienten kann sich folglich zu Ungunsten des Patrons auswirken und seinem Image in der internationalen wie in der nationalen Gemeinschaft schaden. Es kann sein, dass der irreguläre Krieg in einem nicht europäischen Kontinent barbarisch und brutal für die Bevölkerung ist, da einige Gruppen nicht davor zurückschrecken, Zivilgesellschaften, die sie ablehnen, anzugreifen oder diesen nicht zu helfen oder Kampfmethoden anzuwenden, die das Recht im Krieg verurteilt. So standen die Vereinigten Staaten 2001 sehr in der

Kritik wegen ihrer Unterstützung des afghanischen Warlords Abdul Rachid Dostum, der allgemein für seine Kontakte zu kriminellen Unternehmen und für seine brutalen Methoden bekannt war. In unserem näheren Umfeld hat die Aufdeckung von Anschlägen kurdischer Truppen auf jesidische Milizen mit Hilfe von Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland zur Einstellung der Ausbildungsmaßnahmen der Peschmerga und zu einer großen nationalen Debatte über den Nutzen des deutschen Einsatzes im Irak geführt. Wenn sich ein Patron eines Klienten bedient, verliert er damit die Kontrolle eines Teils der militärischen Handlungsmöglichkeiten und setzt sich einer internationalen Ausgrenzung aus, die seine – wesentliche – Fähigkeit zur Legitimierung seines Eingreifens oder seiner Unterstützung im Hinblick auf die Förderung demokratischer oder humanistischer Werte in Frage stellen kann.

Das dritte Risiko ist die militärische Ineffizienz. Die Fähigkeit des Klienten, überlegen zu sein, ist nach Richard Armitage eines der Schlüsselkriterien für die Wahl eines zu unterstützenden Klienten. 1994 hatte Russland versucht, die schwierige tschetschenische Lage mit Hilfe russlandfreundlicher Milizen zu regeln, deren Scheitern zur Eskalation des Konflikts in einen für die russischen Streitkräfte katastrophalen konventionellen Krieg führte. Ein anderes bitteres Beispiel, das militärische Ineffizienz, fehlende Zuverlässigkeit und zugleich diplomatische Folgen enthielt, war die amerikanische Unterstützung der neuen syrischen Armee⁴², einer Gruppe von Kämpfern, die für über 500 Mio. \$ von den Vereinigten Staaten finanziert und ausgerüstet, in der Türkei ausgebildet und in Syrien zur Bekämpfung des IS eingeschleust worden waren. Diese Kräfte lösten sich bei der ersten Militäraktion gegen den IS auf, dann schlossen sie sich mit ihren Waffen den Milizen von Dschabhat An-Nusra, der Al Qaida angehörigen islamischen Widerstandsfront, an. Dieser Wechsel eines Klienten ins gegnerische Lager oder zumindest von inakzeptablen Kräften führt zu einer Verbreitung von durch den Patron gestellten hochentwickelten Waffensystemen und von Fachwissen, die dem Klienten einen Vorteil bringen sollten, deren Verbreitung an alle Gruppierungen jedoch die erhoffte Wirkung zunichte macht.

5.3 Handelt es sich also um eine zulässige Strategie?

Der Patron, der sich auf einen Klienten einlässt, setzt damit großes Vertrauen in ihn, das zugegebenermaßen von einer notwendigen rationalen Beurteilung der Vor- und Nachteile geleitet ist, aber zu einer bewussten oder zwangsweisen Aufgabe eines Teils seiner Entscheidungsfähigkeit und seiner Einflussmöglichkeiten in einem Konflikt führt. Kann diese Entscheidung für einen Stellver-

treterkrieg als Hauptvorgehensweise gegen einen Gegner also als eine zulässige Strategie betrachtet werden?

Nach den Vorstellungen von General Beaufre definiert sich Strategie als „die Kunst der Dialektik der Willen, die Gewalt anwenden, um Konflikte zu lösen“⁴³. Es handelt sich also um einen Dialog zwischen zwei Akteuren durch den Einsatz ihrer Machtinstrumente u.a. auf politischem, wirtschaftlichem, militärischem Gebiet. Dieser Dialog, diese Dialektik ist Ausdruck eines Willensaktes; dafür muss ein Konzept erarbeitet werden, und er muss zum Ausdruck gebracht und umgesetzt werden, wenn er Wirkung zeigen soll.

Die Einführung eines anderen Elements in diesen Dialog als vollwertigen Akteur verändert die Dialektik an sich, denn sie unterbricht die Verbindung zwischen der Äußerung des Willens und seiner Umsetzung, indem sie einen unsicheren Faktor mit eigenen Konfliktzielen und -gründen zulässt. Der Klient ist somit ein Störfaktor der strategischen Interaktion zwischen Gegnern, denn er kann nicht vollends dem Willen und der Kontrolle des Patrons unterworfen werden. Das Umschwenken des Patrons im Schutz des Handelns seines Klienten, die Bereitstellung dieser strategischen Dialektik bedeutet also die Aufgabe dieser Dialektik.

Folglich kann der Klient nur ein Teil, eines von vielen Mitteln des Patrons sein, seiner Strategie Ausdruck zu verleihen; es kann zeitweilig eingesetzt und in einigen Fällen priorisiert werden, sollte aber nie allein angewandt werden und andere Konfrontationsarten nicht ausschließen.

Wenn sich der Patron nur auf seinen Klienten verlässt, um gegen seinen Gegner vorzugehen, wird er lediglich zu einem Hilfsmittel der Strategie seines Klienten und nicht der wichtigste strategische Akteur, der von einem lokalen Akteur unterstützt wird. Insofern ist es nicht sachdienlich, Stellvertreterkriege als unabhängige praktikable und zweckmäßige Strategie zu verstehen oder zu konzipieren. Der Patron kann den Klienten nicht ganz und gar kontrollieren, und er kann nicht das gesamte Spektrum strategischer Handlungsmöglichkeiten durch seinen Klienten ausführen lassen.

Folglich kann der Klient nur ein Teil, eines von vielen Mitteln des Patrons sein, seiner Strategie Ausdruck zu verleihen; es kann zeitweilig eingesetzt und in einigen Fällen priorisiert werden, sollte aber nie allein angewandt werden und andere Konfrontationsarten nicht ausschließen.

Die Folgerung aus diesen Überlegungen ist einfach: Der Stellvertreterkrieg kann nicht die einzige militärische Option für eine Patronatsmacht sein, ihrer

Strategie Ausdruck zu verleihen. Sie kann folglich nicht bewusst und vorsätzlich die Entscheidung treffen, ihre Streitkräfte allein für die Durchführung dieser Konfliktart vorzubereiten, d.h. eine völlige Umgestaltung ihrer kämpfenden Truppe in ein Agglomerat von leichten Kräften zur Unterstützung lokaler Aufstände vornehmen. Wenn wirtschaftliche und gesellschaftliche Argumente vielleicht auch für einen Rückzug aus größeren Konflikten sprechen, führt eine derartige Entscheidung aufgrund der Abhängigkeit von den Interessen zwar kleinerer, jedoch in ihren Entscheidungen und ihrem strategischen Willen genauso souveräner Klienten langfristig unwiderruflich zu einem völligen strategischen Scheitern. Eine verantwortungsvolle Macht kann durchaus zeitweilig auf Stellvertreterkriege entsprechend ihren Interessen zurückgreifen, sollte aber die Vielseitigkeit ihrer Streitkräfte nicht kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen opfern.

Schluss

Dank günstiger politisch-strategischer Rahmenbedingungen nimmt das Phänomen Stellvertreterkriege seit mehr als zehn Jahren zu und stößt bei den Mächten, die in ihren peripheren Interessensphären eingreifen, auf wachsendes Interesse. Die Zunahme politischer Antagonismen, das Auftreten bzw. erneute Auftreten mittlerer Mächte mit unterschiedlicher Auffassung von internationalen Beziehungen sowie die Ausschöpfung des Willens der Vereinigten Staaten, eine Form der Weltordnungspolitik zu betreiben, eröffnen der Verbreitung dieser strategischen Vorgehensweise mit Hilfe eines Dritten neue Möglichkeiten. Der Stellvertreterkrieg ermöglicht ein weniger augenfälliges und kostengünstigeres Vorgehen, aus dem ein Rückzug viel einfacher ist. Er entspricht daher dem Bedarf an wirtschaftlicher Rationalität und Schnelligkeit, die von einer politischen Klasse angestrebt wird, die schnelle militärische Ergebnisse ohne politische Risiken anstrebt. Diese Form des Krieges bietet heute im Rahmen der Aufstandsbekämpfung Vorteile, da sie einen Einsatz von militärischen Fähigkeiten, in denen die heutigen Militärmächte hervorragend sind, in großer Entfernung ermöglicht, ohne dabei verwundbarere und häufig bei der örtlichen Bevölkerung kaum akzeptierte Landstreitkräfte den Schlägen eines irregulären Gegners aussetzen zu müssen. Im Zusammenhang mit den asymmetrischen Kriegen können Interventionen in Stellvertreterkriegen und allgemeiner in „Kooperationskriegen“ als westliche Antwort auf asymmetrische terroristische Aktionen angesehen werden. Indem man die Öffentlichkeit vor Verlusten am Boden bewahrt, sichert man sich umso eher ihre Unterstützung und damit sein Zentrum der Kraftentfaltung.

Außerdem sind Stellvertreterkriege und der Einsatz von Klienten ein neuer Machtverstärker für Länder mit begrenzten Mitteln, aber wachsenden Ambitionen, allen voran Russland. Zu dessen Palette der Vorgehensweisen gehören Cyberaktionen, die von Natur aus schwer jemandem zuzuschreiben sind, Netzwerke ehemaliger Kämpfer und von in Milizen organisierten Pseudo-Nichtregierungsorganisationen sowie Informationsoperationen zur Stabilisierung seines nahen Auslands und zur Unterstützung der Länder in seinem Einflussbereich. Diese neue Machtpolitik wird auch von anderen mittleren Mächten fortgesetzt und nachgeahmt, wie der Türkei, dem Iran, Äthiopien, Saudi-Arabien, um ihre Militäraktionen außerhalb des UN-Spektrums durchzuführen und so ein politisches Engagement zu vermeiden, das ihnen eine Art Scherbenegericht oder internationale Sanktionen einbringen könnte. Bei den Kämpfen um Einfluss, die sich beispielsweise im Nahen und Mittleren Osten zwischen der Türkei, Saudi-Arabien, dem Iran und in geringerem Maße Ägypten ausbreiten, werden die Nutzung und die Zahl irregulärer Gruppen als Klienten, die der einen oder anderen Macht ergeben sind, wahrscheinlich zunehmen.

Um diese Art der Kriegführung auszubauen und sich ihr anzupassen, müssen sich die Streitkräfte der Patrone einigen Änderungen unterziehen, nicht, damit sie in der Lage sind, mit gleichwertigen Mächten zusammenzuarbeiten, sondern um indirekt und auf die Entfernung die Schwächen ihrer Klienten auszugleichen. Diese Änderung besteht im Ausbau der Beobachtungs- und Überwachungsfähigkeiten, in der Fähigkeit, über große Entfernung Feuerunterstützung zu leisten, aber auch in Ausbildung und Begleitung im Gefecht. Dieses auf Spitzentechnologie basierende leichte und gut zu dislozierende Kräftenmodell scheint besonders verlockend, denn es vermittelt Entscheidungsträgern ein modernes, wirtschaftliches und attraktives Bild; deren strategische Kultur und vor allem die Bedeutung der Langfristigkeit und der Vielfalt sind seit Ende des Kalten Krieges stark zurückgegangen. Die für Beratung und Ausbildungsunterstützung vorgesehenen Kräfte, die Spezialkräftetrupps und die Lufttransportmittel profitieren von diesem Tatendrang ohne Risiko und ohne Kosten, ebenso die militärischen Privatunternehmen.

Es wäre jedoch illusorisch, in diesen Stellvertreterkriegen und im Einsatz von Klienten ein Patentrezept für die Anwendung einer nationalen Strategie zu sehen. Denn einen Klienten zu unterstützen ist nur unter der Voraussetzung möglich, dass man ein Netz solider internationaler Partner zur Verfügung hat, die eher als der Patron gewillt sind, offen zu agieren, und die in der Nähe der Konfliktgebiete liegen. Dieses Netzwerk gibt es heute lediglich dank der

amerikanischen Allmacht, und es tendiert dazu, sich entsprechend dem amerikanischen Rückzug und den räumlichen Ambitionen neuer mittlerer Mächte aufzulösen. Dieses Netzwerk besteht außerdem aufgrund der Macht des dominierenden Landes weiter. Wenn dieses auf seine wichtigen militärischen Fähigkeiten zugunsten eines Streitkräfteumfangs, der nur auf die Unterstüt-

Es wäre illusorisch, in Stellvertreterkriegen und im Einsatz von Klienten ein Patentrezept für die Anwendung einer nationalen Strategie zu sehen.

zung irregulärer Kämpfer oder von Klientestaaten zugeschnitten ist, verzichtet, ist davon auszugehen, dass sein Image und seine diplomatische Attraktivität stark darunter zu leiden haben. Eine weitere Voraussetzung für die Unterstützung eines Klienten ist, bereit zu sein,

einigen Teil seiner Entscheidungsfreiheit zu leugnen und sich auf einen Dritten zu verlassen, um seine Ziele zu erreichen, ein Dritter, der besiegt und unglaubwürdig gemacht werden kann oder der schlichtweg seinen eigenen strategischen Zielen mehr Interesse entgegenbringt als den strategischen Ambitionen seines Patrons.

Nicht zuletzt überdeckt die Begeisterung für irreguläre Kriege und für *fire and forget*-Einsätze den entscheidenden Aspekt, nämlich die Stabilisierung und den Beitrag zur Befriedung und zur Normalisierung der am Krieg beteiligten Länder. Es wird dabei vergessen, dass jeder Krieg mit der Unterstützung von Bodentruppen und nichtmilitärischen Akteuren, die man begleiten, führen und schützen muss, am Boden beginnt und endet. Ohne diese entscheidende Phase der Hilfe beim Aufbau des Staates und der Stabilisierung werden alle Vorteile eines Stellvertreterkrieges zunichte gemacht und enden im Chaos. Das klägliche französisch-britische Scheitern in Libyen, ihren Klienten nachhaltige Hilfe zu leisten, zeigt, dass ein Stellvertreterkrieg, so erfolgreich seine militärische Anfangsphase auch sein mag, keine positiven strategischen Resultate bringen

Die Entscheidung für ein Armeemodell, das lediglich auf die Unterstützung von Klienten zugeschnitten ist, ist als Verrat an den nationalen Grundsätzen der Verteidigung und als strategischer Unsinn zu verwerfen.

kann. Die Entscheidung für ein Armeemodell, das lediglich auf die Unterstützung von Klienten zugeschnitten ist, ist somit als Verrat an den nationalen Grundsätzen der Verteidigung und als strategischer Unsinn zu verwerfen. Wenn die militärischen

Führer jedweder Ebene fähig bleiben sollen, Unterstützungsoperationen für ihre lokalen Bündnispartner durchzuführen, sollten sie auf keinen Fall die Durchführung von Militäraktionen großen Stils mit dem gesamten Spektrum moderner Fähigkeiten vergessen oder unterlassen.

Zum Autor: Der französische Major Quentin Watrin war Teilnehmer des 13. streitkräftegemeinsamen Lehrgangs für den General- und Admiralstabslehrgang National (LGAN) an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg. Der Beitrag ist die am 20. September 2018 mit der „Ehrenurkunde General Carl von Clausewitz 2018“ ausgezeichnete Lehrgangsarbeit des Autors. Betreuer der Arbeit war Oberst Sven Lange, Führungsakademie der Bundeswehr.

Literaturverzeichnis

Livres:

Andrew Mumford, Proxy Warfare and the future of conflict (Cambridge: Polity, 2013)

Nick Turse, Tomorrow's battlefield: US proxy wars and secret ops in Africa (Chicago: Dispatch Books, 2015)

Geraint Hughes My enemy's enemy: proxy warfare in international politics (Brighton: Sussex academic press, 2014)

Albert Camus, l'homme révolté, (Paris : NRF, 1951)

Bernard Lugano, les guerres d'Afrique, (Paris: éditions du rocher, 2013)

Emmanuel Germain, Nicolas Le Nen et Hervé de Courrèges, Principes de contre-insurrection, (Paris : Economica, 2010)

Joseph Rovin, Histoire de l'Allemagne des origines à nos jours, (Paris : Points Histoire, 1999)

Joseph Stiglitz & Barbara Bilmes, The Three Trillion Dollar War (New York: W.W.Norton, 2008)

André Beaufre, Introduction à la stratégie (Paris : Hachette, 1963)

Michel Goya, Irak, les armées du chaos (Paris : Economica, 2009)

David Gallula, Contre-insurrection, théorie et pratique, (Paris : Economica, 2008)

John W. Taylor, Strategic military employment options: Theory and application, Comparative Strategy, (1991)

Michel Goya, Marc-Antoine Brillant, *Israël contre le Hezbollah*, (Paris : éditions du rocher, 2013)

David Ricardo, *on the principles of political economy and taxation*, (London : John Murray, 1817)

Artikel und Zeitschriften:

Vladimir Rauta, Proxy agents, auxiliary forces and sovereign defection: assessing the outcomes of using non-state actors in civil conflicts, in *Southeast european and black sea studies* n°16, 2016

Tracey German and Emmanuel Karagiannis, The ukrainian crisis : substate and non-state actors, in *Southeast european and black sea studies* n°16, 2016

Dustin Dehez, Stellvertreterkrieg in Somalia, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* n°52, 2007

Jean Guisnel, Libye : des militaires français dans l'état-major rebelle de Zuwaytinah, *Le Point*, 25 août 2011

Colum Lynch, U.N. sanctions panel investigates reports of French/Qatari arms transfers to Libya's rebels, in *Foreign Policy*, 15 mars 2012

Gökhan Bacik, Turkey and Russia's proxy war and the kurds, in German Marschall Fund publication, Janvier 2016

Camp. A. Rougier, La théorie de l'intervention d'humanité, in *Revue générale de droit international public*, t. XVII, 2010

Anne de Tinguy, Les Nations-Unies, un multiplicateur d'influence pour la Russie, in *Revue de la défense nationale* n°802, été 2017, p17

Eugène Berg, L'intervention de la Russie dans le conflit syrien, in *Revue de la défense nationale* n°802, été 2017

C Todd Lopez, SFAB to free BCTs from advice and assist missions, in *Infantry news*, avril 2017

Ghassan Adnan & Asa Fitch, Iraqi Forces Recapture Strategic Town From Islamic State, in *The wall street journal*, 19 mai 2016

Jürgen Pöppelmann, Too soon to tell? : Air power over Syria faced with proxy war risks, in *Naval forces' international forum for maritime power* n°37, 2016

Stig Jarle Hansen, Ethiopia's deployment to Somalia risks proxy war, in *Jane's intelligence review* n°18, 2006

Sargon Hadaya, A proxy war in Syria, in *International affairs* n°59, 2013.

Stefan Büttner, A Russian proxy war in Syria : Moscow's military intervention in the middle east, in *Combat aircraft monthly* n°16, 2015

Erica D Borghard, Friends with Benefits? Power and Influence in Proxy Warfare, Columbia university 2014.

Muriel Asseburg und Heiko Wimmen, Der Bürgerkrieg in Syrien und die Ohnmacht der internationalen Politik, in *Friedensgutachten publications*, 2013

Kenneth M. Pollack, An army to defeat Assad : how to turn Syria's opposition into a real fighting force, in *Foreign affairs* n°93, 2014

Jonas J. Driedger, Geopolitics and transnational threats : Russia, Central Asia, the Caucasus and the Syrian civil war, in *Per concordiam : journal of European security and defense issues* n°5, 2014

Arne Perras, Stellvertreterkrieg im Horn von Afrika, in *Süddeutsche Zeitung*, 2006

Jürgen Hübschen, Neuer Waffenstillstand - Indiz für Stellvertreterkrieg in Syrien, in *ASMZ* n°182, 2016

Markus Bickel, Zögerliche Interventionisten: das Eingreifen der Hisbollah in Syrien erhöht den Handlungsdruck des Westens, in *Internationale Politik* n°68, 2013

Samuel Lissner, The indeterminate scenario problem: structural constraints while implementing the responsibility to protect, in *Humanitäres Völkerrecht Informationsschriften* n°29, 2016

Danaë C. Panissié, Nicht immun durch Krieg : warum Antworten auf den IS, in regionaler Politik scheitern, nicht am Militär, Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung n°5, 2016

Wolfgang Günter Lerch, Der Stellvertreterkrieg, in Loyal n°10, 2010

Jonathan Spyer, Ground control : SDF plays central role in Syria civil war, in Jane's intelligence review, n°28, 2016

Barak Barfi, Ascent of the PYD and the SDF, in Research notes of the Washington Institute for Near East Policy, 32, avril 2016

C. Todd Lopez, SFABs to Free BCTs from Advise, Assist Mission, in Infantry review, April 2017

Chuck Vinch, Train, Advise, Assist' Brigades, in Journal of the Army, December 2016

Websites

Académie russe d'Histoire: la descente de Pristina, in wikipédia <https://fr.wikipedia.org/wiki/Prise_de_1%27a%C3%A9roport_de_Pristina_du_12_juin_1999>

L'Allemagne fournit davantage d'armes aux peshmerga kurdes dans la lutte contre l'Etat islamique, in RT-France, 18 déc. 2015

<<https://francais.rt.com/international/12347-allemande-fournit-davantage-darmes-peshmergas>>

Ahmed Hussein, US to resume training ISF in Jordan, Iraqi news, 8 mai 2014 <<https://www.iraqinews.com/baghdad-politics/u-s-to-resume-training-isf-in-jordan-says-official/>>

Nabih Bulos, For Iraqi soldiers coordinating coalition strikes on Islamic State, it's a different kind of war, Los Angeles Times, 7 juillet 2017

<<http://www.latimes.com/world/middleeast/la-fg-iraq-mosul-airstrikes-2017-story.html>>

Etat-major des armées

<<http://www.defense.gouv.fr/terre/actu-terre/l-assistance-militaire-operationnelle>>

Jean-Dominique Merchet, « Exclusif : ce que le COS a vraiment fait en Libye... et ce qu'il n'a pas fait » blog Secret Défense, 20 novembre 2012

<<http://rpdefense.over-blog.com/article-secretdefense-exclusif-ce-que-le-cos-a-vraiment-fait-en-libye-et-ce-qu-il-n-a-pas-fait-112662962.html>>

Pertes américaines pendant les guerres d'Irak,

<https://www.globalsecurity.org/military/ops/iraq_casualties.htm>

<https://www.huffingtonpost.com/2008/04/07/a-timeline-of-iraq-war-tr_n_95534.html>

New syrian army :

<https://en.wikipedia.org/wiki/Revolutionary_Commando_Army>

Anmerkungen

- 1 Albert Camus, l'homme révolté, NRF, Paris 1951
- 2 Cf Hésiode, les travaux et les jours, v 219-221
- 3 Dustin Dehez, Stellvertreterkrieg in Somalia, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 52, 2007, S. 228
- 4 Bernard Lugan, les guerres d'Afrique, Vlg. du rocher, 2013, S. 269-275
- 5 Bernard Lugan, les guerres d'Afrique, Vlg. du rocher, 2013, S. 226-230
- 6 Jean Guisnel, « Libye : des militaires français dans l'état-major rebelle de Zuwaytinah » Le Point, 25. August 2011
- 7 Colum Lynch, « U.N. sanctions panel investigates reports of French/Qatari arms transfers to Libya's rebels » in Foreign Policy, 15. März 2012
- 8 Gökhan Bacik, Turkey and Russia's proxy war and the kurds, German Marschall Fund publication, Januar 2016
- 9 Germain, Le Nen, Courrèges, Principes de contre-insurrection, Economica, 2010
- 10 Resolution 84 des VN-Sicherheitsrats, 7. Juli 1950
- 11 Russische Akademie für Geschichte: la descente de Pristina, in wikipédia https://fr.wikipedia.org/wiki/Prise_de_l%27a%C3%A9roport_de_Pristina_du_12_juin_1999
- 12 Joseph Rovin, Histoire de l'Allemagne des origines à nos jours, Paris, 1999, S. 84
- 13 S. Artikel 2.1 der Charta der Vereinten Nationen, San Francisco, 24. Oktober 1945

- 14 Camp. A. Rougier, « La théorie de l'intervention d'humanité », Revue générale de droit international public, Bd. XVII (1910), S. 468 ff.
- 15 Mit diesem Ausdruck werden die ehemaligen kommunistischen nichtrussischen Republiken der Sowjetunion bezeichnet, die heute unabhängig sind.
- 16 Anne de Tinguy, Les Nations-Unies, un multiplicateur d'influence pour la Russie, in Revue de la défense nationale Nr.802, Sommer 2017, S. 17; siehe auch das Interview von Serguei Lavrov über die BBC vom 7. März 2013
- 17 Außenpolitisches Konzept der Russischen Föderation vom 12. Februar 2013
- 18 Eugène Berg, L'intervention de la Russie dans le conflit syrien, in Revue de la défense nationale Nr.802, Sommer 2017
- 19 Michel Goya, Irak, les armées du chaos, Economica, 2009
- 20 David Gallula, Contre-insurrection, théorie et pratique, Economica, 2008
- 21 John W. Taylor (1991) Strategic military employment options: Theory and application, Comparative Strategy, 10:2, 155-164,
- 22 Bernard Lugan, Ebenda, S. 266
- 23 Michel Goya, Marc-Antoine Brillant, Israel contre le Hezbollah, éd du rocher, 2013
- 24 L'Allemagne fournit davantage d'armes aux peshmerga kurdes dans la lutte contre l'Etat islamique, in RT-France, 18. Dez. 2015, <https://francais.rt.com/international/12347-allemande-fournit-davantage-darmes-peshmergas>
- 25 Quelle: französischer Führungsstab der Streitkräfte, Einsatzplanungs- und Führungszentrum (CPCO)
- 26 Ahmed Hussein, US to resume training ISF in Jordan, Iraqi news, 8. Mai 2014; <https://www.iraqinews.com/baghdad-politics/u-s-to-resume-training-isf-in-jordan-says-official/>
- 27 Status of forces' agreement
- 28 Adam Smith, the wealth of nations, Strahan & Cadell, 1776
- 29 Die Bürde aufteilen heißt, dass die Partner den jeweiligen Anteil an den mitgebrachten Risiken und Einsätze übernehmen.
- 30 Irakische Sicherheitskräfte
- 31 Dauer der physischen Anwesenheit eines Flugzeugs über einem Ziel
- 32 La task force Wagram; référence: <http://fna.artillerie.asso.fr/la-task-force-wagram-111>
- 33 Nabih Bulos, For Iraqi soldiers coordinating coalition strikes on Islamic State, it's a different kind of war, Los Angeles Times, 7. Juli 2017, <http://www.latimes.com/world/middleeast/la-fg-iraq-mosul-airstrikes-2017-story.html>
- 34 C Todd Lopez, SFAB to free BCTs from advice and assist missions, Infantry news, April 2017

- 35 Führungsstab der Streitkräfte, <http://www.defense.gouv.fr/terre/actu-terre/l-assistance-militaire-operationnelle>
- 36 Jean-Dominique Merchet, « Exclusif : ce que le COS a vraiment fait en Libye... et ce qu'il n'a pas fait » auf blog Secret Défense, 20. November 2012
- 37 Ghassan Adnan & Asa Fitch, Iraqi Forces Recapture Strategic Town From Islamic State, The wall street journal, 19. Mai 2016
- 38 In Stiglitz Joseph & Bilmes Barbara, The Three Trillion Dollar War, W.W.Norton, 2008
- 39 https://www.globalsecurity.org/military/ops/iraq_casualties.htm
- 40 https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_private_contractor_deaths_in_Iraq
- 41 192 000 während des Einmarschs 2003, zwischen 2004 und 2009 jährlich 176 000, dann 2010 und 2011 während des Rückzugs 112 000 Zahlenangaben: https://www.huffingtonpost.com/2008/04/07/a-timeline-of-iraq-war-tr_n_95534.html
- 42 https://en.wikipedia.org/wiki/Revolutionary_Commando_Army
- 43 André Beaufre Introduction à la stratégie, Hachette, 1963

Kapitel VI

Berichte von den zentralen Veranstaltungen

Berliner Colloquium 2018 der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Die koreanische Halbinsel im Kräftefeld regionaler und globaler Machtinteressen

Werner Baach

*„Selten ist in Europa überall Frieden,
und nie geht der Krieg in den anderen Weltteilen aus.“*
(Clausewitz, Vom Kriege)

Die koreanische Halbinsel ist 2018 in den Brennpunkt der Weltpolitik gerückt – seit dem Treffen der Staatschefs Nord- und Südkoreas am 27. April 2018 und dem amerikanisch-nordkoreanischen Gipfeltreffen am 12. Juni in Singapur mehr denn je. Die Hoffnungen auf Frieden und Entspannung, die durch diese Treffen weltweit geweckt worden sind, sind groß. Trotz deutlicher Entspan-



Der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Kurt Herrmann, bei der Begrüßung der Teilnehmer.

nungssignale bleibt dennoch Skepsis geboten, wie die seitdem durchgeführten Folgetreffen und -sondierungen zeigen. Das gilt vor allem für die unterschiedlichen, ja teils gegensätzlichen Interpretationen und Vorstellungen in der Schlüsselfrage der Verhandlungen, der Denuklearisierung Nordkoreas.

Ohne die sich erst kurz vor dem Berliner Colloquium 2018 abzeichnenden Entwicklungen in Korea vorhersehen zu können, hatten sich die Clausewitz-Gesellschaft e.V. und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik in der gemeinsam geplanten und durchgeführten Veranstaltung vom 21. bis 23. März 2018 die Analyse und Beurteilung der geopolitisch wie regionalpolitisch brisanten Lage im asiatisch-pazifischen Raum zum Ziel gesetzt. Unter dem Oberthema *„Sicherheitspolitische Optionen der koreanischen Halbinsel im Kräftefeld regionaler und globaler Machtinteressen – Welche Konsequenzen sind für die globale Sicherheitsordnung zu erwarten?“* suchten die Teilnehmer der hochrangig besetzten Veranstaltung Erkenntnisse zu der komplexen Gemein-

gelage in der Region, dabei insbesondere zum Ringen um die Machtverteilung zwischen China, den USA und Russland.

Langfristig komplexe strategische Lage

Die Erkenntnisse des Colloquiums können im Wesentlichen wie folgt zusammengefasst werden: Die strategische Lage im asiatisch-pazifischen Raum ist komplex und wird es für lange Zeit bleiben. Eine Sicherheitsarchitektur für die Region existiert bisher nicht, und das Spannungsfeld der Machtinteressen der beteiligten Akteure ist geprägt durch höchst unterschiedliche Positionen und Ansprüche. Unverändert treffen die Interessen von China, den USA, Russland und

Die strategische Lage im asiatisch-pazifischen Raum ist komplex und wird es für lange Zeit bleiben.

Japan hier aufeinander, und nach wie vor bedroht das Atom- und Raketenprogramm Nordkoreas die gesamte Region, und trotz der beim Gipfeltreffen von US-Präsident Trump und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un gemachten Absichtserklärungen bleibt die Zukunft der daraus folgenden Verantwortungen (noch) ungewiss. So dürften, unbeschadet einer möglichen Entschärfung des Konflikts auf der koreanischen Halbinsel, die Interessen, Rollen und Politiken der wichtigsten Akteure im asiatisch-pazifischen Raum die Region auch in Zukunft vor große Herausforderungen stellen. Diese ergeben sich insbesondere durch

- das vielschichtige Spannungsfeld der Machtinteressen der Akteure, das für die koreanische Halbinsel auch einen brisanten Stellvertreter-Konflikt markiert;
- die historisch belastete Situation in der Region, insbesondere die Machtansprüche im Südchinesischen Meer, die viele der Konflikte nach wie vor negativ beeinflusst;
- die ungelösten Territorialprobleme sowie die dabei u.a. auch fehlende Anerkennung internationaler Gerichtsbarkeit durch beteiligte Staaten;
- die fehlende Institutionalisierung bzw. die (noch) nicht vorhandenen Strukturen für Prozesse, die Frieden und Stabilität in Südostasien fördern könnten;

- die Unberechenbarkeit einiger der politischen Akteure;
- die weiter existierenden komplexen Nuklearwaffen-, Raketen- und Proliferationsproblematiken, und nicht zuletzt
- die (wachsenden) Macht- und Hegemonialansprüche Chinas gegenüber der gesamten Region.

Kompromissbereitschaft aller beteiligten Nationen, ein weitreichendes, kontrollierbares Verifikationsregime beim angestrebten Abbau des nordkoreanischen Nuklearpotentials und, im Gegenzug, entsprechende gegenseitige Sicherheitsgarantien dürften letztlich der Schlüssel zu Vertrauensbildung und Stabilität in der Region sein.

Gegensätzliche strategische Interessen

Der Schwerpunkt der Untersuchungen während des Colloquiums lag darauf, die strategischen Interessen der beteiligten Nationen herauszuarbeiten, die ihr Verhalten bei den Entwicklungen der nächsten Zeit auf der koreanischen Halbinsel, vor allem aber ihr langfristiges Handeln im gesamten asiatisch-pazifischen Raum bestimmen dürften. Die teilweise gegensätzlichen Interessenlagen wurden in dem Colloquium im Wechsel hochrangiger Vorträge und Panels und im Dialog mit den übrigen Teilnehmern wie nachfolgend dargestellt herausgearbeitet.

China, der schlafende Riese, ist aufgewacht

Längst ein wirtschaftlicher Riese, ist China inzwischen auch auf dem Weg zur militärischen (Welt)-Macht. Das Land beteiligt sich zwar an den VN-Sanktionen gegen Nordkorea, andererseits braucht und nutzt es das von ihm weitge-

Chinas strategisches Ziel für das 21. Jahrhundert – auf dem Nationalen Volkskongress im März 2018 klar formuliert – ist die Veränderung der Machtordnung in der asiatisch-pazifischen Region und global.

hend abhängige Land aber auch als Puffer zu Südkorea und den dort engagierten Amerikanern.

Chinas strategisches Ziel für das 21. Jahrhundert – auf dem Nationalen Volkskongress im März 2018 klar formuliert – ist die Veränderung der Machtordnung in der asiatisch-pazifischen Region und global. Das Nahziel für die nächsten Jahre (bis 2020) sei es, die geostrategischen Handlungsmöglichkeiten auszu-

bauen, das Fernziel aber sei die Verwirklichung des „Chinesischen Traums“: Der Demütigung durch den Westen im 19. Jahrhundert soll der Wiederaufstieg Chinas zu alter Größe folgen, „die Wiedergeburt der chinesischen Nation soll zu einem emotionalen und nationalen Ziel werden“, wie es eine hochrangige Diplomatin formulierte. Dieses von Präsident Xi Jinping proklamierte Ziel ist klar strategisch ausgerichtet und dürfte konsequent umgesetzt werden. China, der wichtigste Verbündete Nordkoreas, beobachtet die Annäherung der beiden Koreas deshalb auch „mit gemischten Gefühlen“, denn die Furcht der chinesischen Politik, bei einer Annäherung der beiden Staaten oder einem Zerfall Nordkoreas die Kontrolle in dieser Region zu verlieren, ist groß.

Mit Blick auf Korea und die dort noch bestehenden Konflikte wird China in jedem Fall als Partner für eine dauerhafte Lösung gebraucht. Doch muss man sich auch der Tatsache bewusst sein, dass dieser Partner schwierig ist und seine Interessen zielstrebig verfolgen wird. Deshalb bedarf es eines selbstbewussten und geschlossenen Auftretens des „Westens“ gegenüber dieser nach Hegemonie strebenden asiatisch-pazifischen Macht.

USA wollen „asiatische Macht“ bleiben

Mit dem drohenden Handelskrieg mit China, den irritierenden Äußerungen von Präsident Trump zu Sicherheitszusagen gegenüber bisherigen Verbündeten, seinen unverantwortlichen Äußerungen über Nuklearwaffen und dem inzwischen verkündeten Ausstieg aus dem Nuklearpakt mit dem Iran haben die USA eine nicht für möglich gehaltene Verunsicherung und Destabilisierung gerade auch in der Asien-Pazifik-Region verursacht.

Nach der im Januar 2018 durch die Trump-Administration neu formulierten „Nationalen Verteidigungsstrategie“ sehen die USA die zentrale Herausforderung für ihre Sicherheitsinteressen in der Region im Wiedererstarben des langfristigen strategischen Wettbewerbs durch die „revisionistischen Mächte“ China und Russland. Beide hätten zum Ziel, so das Strategiepapier, die Präsenz der USA in der Asien-Pazifik-Region zurückzudrängen.

Die USA werden ein bestimmender Faktor in der Region bleiben, militärisch wie wirtschaftlich, auch durch ihre Schutzfunktion gegenüber Japan und Südkorea

Insbesondere China wird darin als strategischer Wettbewerber genannt, der mit einem „räuberischen Wirtschaftsgebaren“ seine Nachbarn einschüchtere und eine Militarisierung im Südchinesischen Meer betreibe mit dem Ziel, eine Neuordnung im gesamten Raum durchzusetzen.

Angesichts dieser Fokussierung auf die beiden strategischen Hauptgegner dürfen die USA auch in Zukunft strategische militärische Ressourcen im asiatisch-pazifischen Raum konzentrieren. Denn es stehe fest, dass sich Amerika auch in Zukunft als „asiatische“ Macht sehe und diese Position behaupten wolle: „Die USA werden ein bestimmender Faktor in der Region bleiben, militärisch wie wirtschaftlich, auch durch ihre Schutzfunktion gegenüber Japan und Südkorea“, so ein Konferenzteilnehmer.

Russland sucht Schulterchluss mit China

Nach der erneuten Wiederwahl von Präsident Putin wird eine grundlegende Änderung der inzwischen deutlich anti-westlichen Politik Russlands nicht zu erwarten sein. Im Gegenteil, es sucht verstärkt einen engeren Schulterchluss mit China. Deshalb bestehe bei realistischer Betrachtung keine wirkliche Chance, dass Russland als Mittler im Korea-Konflikt agieren könnte. Angesichts der nicht-konstruktiven – ja eher destruktiven – Haltung Russlands in den Vereinten Nationen, dem gemeinsamen Bemühen Russlands und Chinas, den Einfluss und die Präsenz der USA aus der Asien-Pazifik-Region zu verdrängen, bestehe die Gefahr, dass auf der koreanischen Halbinsel – selbst nach einer Annäherung Süd- und Nordkoreas – auch in Zukunft ein Stellvertreter-Konflikt ausgetragen werden könnte.

Japan sieht sich durch China bedroht

Japans Rolle als zweite starke Macht in der Region ist durch die unbefriedigende Aufarbeitung seiner historischen Lasten gegenüber China, Korea und Russland beeinträchtigt; das Land genießt weiterhin wenig Sympathie in der Asien-Pazifik-Region. Die größte sicherheitspolitische Herausforderung sieht

China wird in der japanischen Wahrnehmung als Hauptgegner und zentrale Bedrohung gesehen: „China steht vor der Tür.“

das Land in der atomaren Bedrohung durch Nordkorea und dem schwelenden Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer. China wird in der japanischen Wahrnehmung als Hauptgegner und zentrale Bedrohung gesehen: „China steht vor der Tür.“ Gleichzeitig mehren sich seit der Präsidentschaft Donald Trumps in Japan Zweifel an der Verlässlichkeit des Hauptverbündeten USA im Falle eines Konflikts. Sollte die USA die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die „Erweiterte Nukleare Abschreckung“ – also den nuklearen Schutzschirm der USA über Japan – weiter beeinträchtigen, dann dürfte auch das bisherige Tabu einer nuklearen Bewaffnung Japans Gefahr laufen, gebro-

chen zu werden. Das wiederum könnte eine vergleichbare Reaktion in Südkorea bewirken.

Die Sicherheitsstrategie Japans zielt, so die Experten, vor allem darauf ab, die Partnerschaften in der Region auszubauen, die eigenen Verteidigungskapazitäten zu verbessern und seine sicherheitspolitischen Optionen zu verbreitern. Diese Maßnahmen dürften allerdings Widerstände und Spannungen in den pazifistischen Teilen der japanischen Gesellschaft auslösen.

Südkorea braucht auch in Zukunft den militärischen Schutzschirm der USA

Südkoreas Lage gleicht einer „Sandwich-Position“: Das Land fühlt sich einerseits durch Nordkorea bedroht, insbesondere durch dessen Nuklearwaffen. Andererseits sieht es seine Souveränität durch die USA bedrängt, doch braucht es zugleich deren militärischen Schutzschirm und Beistand. Angesichts der unstenen Politik von Präsident Trump können sich weder Südkorea noch Japan in Zukunft der bedingungslosen Unterstützung durch die USA sicher sein. Mit Blick auf die jüngste „Charme-Offensive“ Nordkoreas hat sich die Regierung von Präsident Moon Jae-in bisher geschickt verhalten, indem sie die Denuklearisierung Nordkoreas eher als langfristiges Ziel beschreibt und nicht apodiktisch die Beseitigung des Kim Jong-un Regimes fordert.

Das strategische sicherheitspolitische Ziel des Landes, das sich als weltoffene, wirtschaftlich starke Mittelmacht begreift, ist ein atomwaffenfreies Korea mit möglichst viel Entspannung und Vorsorge zur Kriegsverhütung. Dieses Kerninteresse dürfte es bei den weiteren Verhandlungen diplomatisch geschickt und zielstrebig vertreten und dafür zu Kompromissen bereit sein.

Regime in Nordkorea wird an diktatorischer Ideologie festhalten

Nordkorea hält – nicht zuletzt aufgrund der geschichtlichen Erfahrung der Besetzung durch Japan – Nuklearwaffen und Trägerraketen zum Schutz der eigenen Souveränität für unabdingbar. Diese steigerten, so einige Experten des Colloquiums, das Selbstwertgefühl der Menschen in der „militaristischsten Nation der Welt“. Zugleich wurde vor einer Unterschätzung der Fähigkeiten Nordkoreas gewarnt: Obwohl große Teil der Bevölkerung in bitterer Armut lebten, überrasche das Land immer wieder durch

Selbst im Falle einer Annäherung der beiden koreanischen Staaten dürfte das Regime in Nordkorea an seiner diktatorischen Ideologie festhalten

technologische Höchstleistungen. Seine skrupellose und geschickt getarnte Weitergabe von Rüstungsexpertise und Rüstungsgütern steigere außerdem die eh brisante Proliferationsproblematik. Und so bleiben, trotz der jüngsten Entspannungssignale, viele offene Fragen und Zweifel, ob der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un wirklich zu Abrüstungsschritten bereit ist oder ob er nur auf Zeit spielt und einseitige politische Vorteile einfahren will.

Aber selbst im Falle einer Annäherung der beiden koreanischen Staaten dürfte das Regime in Nordkorea an seiner diktatorischen Ideologie festhalten. „Die Führungselite wird die Macht nicht teilen oder aus den Händen geben wollen.“ Deshalb werde sie, wenn überhaupt, einen „hohen Preis“ mit entsprechenden Sicherheitsgarantien für das Einfrieren oder gar die Aufgabe seines Nuklearwaffen- und Raketenprogramms fordern.

Koreas schwieriger Annäherungsprozess und die möglichen Auswirkungen auf die Sicherheitsordnung in der Region

Der sich anbahnende Annäherungsprozess auf der koreanischen Halbinsel war zum Zeitpunkt des Colloquiums Ende März 2018 in seiner Dimension noch nicht absehbar. So werden erst konkretere Folgeschritte zeigen, welche sicherheitspolitischen Optionen möglich werden.

Bei einem Erfolg des Gipfeltreffens dürfte US-Präsident Trump sich als Wegbereiter der Annäherung im Korea-Konflikt und einer Entspannung in der gesamten Region und darüber hinaus sehen (Anmerkung der Redaktion: wie dies inzwischen auch geschehen ist). Ein Kernpunkt und mögliches Hindernis zugleich werde aber sein, dass die USA von ihrer (totalen) Verzichtsforderung auf Nuklear- und Raketenwaffen Nordkoreas wohl in keinem Fall abrücken. Bis dahin würden sie vermutlich gegenüber Pjöngjang auf einem harten Kurs bleiben. Andererseits werde Nordkorea für einen Verzicht wahrscheinlich weitgehende Garantien für seine Sicherheit fordern, möglicherweise bis hin zu einem (kompletten) Truppenabzug der USA aus der Region. Doch dürfte es zweifelhaft sein, ob Präsident Trump sich auf einen so weitreichenden „Deal“ einlassen werde, allein schon mit Blick auf das immer mächtiger werdende China. Aus diesem Grund dürften die USA im Sinne ihrer neuen Sicherheitsstrategie weiter danach streben, ihre Machtposition im asiatisch-pazifischen Raum als Gegengewicht gegen China zu festigen – unbeschadet aller durch Trump immer wieder bekundeter isolationistischer Rhetorik.

Umgekehrt scheint aber auch unzweifelhaft zu sein, dass Kim Jong-un seine Nuklear- und Raketenwaffen als „Überlebensversicherung“ seines Regimes betrachtet und keineswegs gewillt ist, dieses Faustpfand schnell und ohne glaubwürdige Gegenleistung aus der Hand zu geben. Deshalb sind strategische Geduld und diplomatische Hartnäckigkeit notwendig, will man das Ziel, das nordkoreanische Nuklearpotential zu begrenzen und zu kontrollieren, erreichen. Der dafür zu zahlende Preis dürfte nicht billig sein. Auf der anderen Seite könnte Kim Jong-un mit einem Abkommen seinem Volk beweisen, dass seine Strategie aufgegangen ist: dass die Sanktionen, die sein Land allmählich strangulieren, aufgehoben werden und Nordkorea in den „normalen“ Kreis der Völkergemeinschaft aufgenommen wird. Das bedeutet aber auch, „dass er liefern muss“, so eine Teilnehmerin des Colloquium, wolle er Frieden und Wohlstand für sein Land gewinnen und im Amt bleiben.

China wird, unbeschadet einer auf der koreanischen Halbinsel möglich werdenden Entspannung, seine hegemonialen Bestrebungen konsequent weiter verfolgen und jede Möglichkeit nutzen, das durch die isolationistische, protektionistische und nationalistische Politik des US-Präsidenten Trump entstehende Vakuum zu füllen. Gegenüber seinem Verbündeten Nordkorea dürfte es bestrebt bleiben, seinen Status als „Schutzmacht“ zu erhalten.

Südkorea schließlich dürfte all sein diplomatisches Bemühen darauf richten, sein Hauptziel zu erreichen: ein verlässliches Abkommen mit weitreichenden Sicherheitsgarantien für die Halbinsel erreichen. Gleiches wird für Japan gelten, das zudem versuchen dürfte, im Sinne seiner Sicherheitsstrategie die belasteten Beziehungen zu einigen seiner Nachbarstaaten zu verbessern und seine Partnerschaften in der Region zu festigen und auszubauen.

Fazit: Bis zu einem wirklichen Frieden auf der koreanischen Halbinsel und einer stabilen Sicherheitsordnung für die gesamte asiatisch-pazifische Region wird noch ein langer, schwieriger Weg zurückzulegen sein, darin waren sich die Teilnehmer des Berliner Colloquiums 2018 weitgehend einig.

Zum Autor: Werner Baach, Oberst a.D. und Journalist, ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

52. Sicherheitspolitische Informationstagung Hamburg 2018

Stehen wir vor einer neuen technologischen Revolution im Sicherheitsbereich?

Strategie im 21. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung moderner technologischer Entwicklungen: Welche Herausforderungen stellen künstliche Intelligenz und autonome Systeme an Politik, Gesellschaft und Streitkräfte?

Werner Baach
Wolfgang Fett

Die Diskussion über den Einsatz bewaffneter Drohnen und „autonomer Systeme“ hat den Blick auf die modernen technologischen Entwicklungen, die für die Ausrüstung der Streitkräfte relevant sind, gelenkt. Moderne Werkstoffe, Nanotechnologie, hochauflösende Sensorik und allgegenwärtige Digitalisierung haben die Herstellung leistungsfähiger automatisierter Systeme mit zu-

Die Technologien des Cyber- und Informationsraums durchdringen heute alle Lebensbereiche. Umfassende Vernetzung, superschnelle Übertragungskanäle, komplexe Speicher- und Prozessortechnologien für „Big Data“ und „Künstliche Intelligenz“ (KI) haben die potentiellen Fähigkeiten moderner Systeme in ungeahnter Weise gesteigert.

nehmend auch autonomen Fähigkeiten ermöglicht. Die Technologien des Cyber- und Informationsraums durchdringen heute alle Lebensbereiche. Umfassende Vernetzung, superschnelle Übertragungskanäle, komplexe Speicher- und Prozessortechnologien für „Big Data“ und „Künstliche Intelligenz“ (KI) haben die potentiellen Fähigkeiten moderner Systeme in ungeahnter

Weise gesteigert. Die sich aus diesen Entwicklungen ergebenden vielschichtigen Herausforderungen untersuchte die 52. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft vom 22. bis 24. August 2018 in Hamburg. Zu der gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr durchgeführten Tagung begrüßten der Präsident der Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann, und der Kommandeur der Führungsakademie, Brigadegeneral Oliver Kohl, über 200 Mitglieder und Gäste.

Nach Clausewitz wird der Kern einer Strategie durch die gegebenen Handlungsmöglichkeiten bestimmt, stellte General Herrmann einfürend fest. Die sich abzeichnenden „disruptiven“ technologischen Entwicklungen eröffneten den Streitkräften solche neuen Möglichkeiten, sowohl auf strategischem als

auch auf operativem und taktischem Gebiet. Dies stelle die deutsche Sicherheitspolitik in nächster Zeit vor teilweise höchst komplizierte Fragen. In die Suche nach Antworten darauf müsse eine zeitgemäße Interpretation der obigen Clausewitz'schen Erkenntnis einfließen, und, wenn erforderlich, müsse dies auch in entsprechendes politisches Handeln einmünden.

Künstliche Intelligenz verlangt hohe menschliche Verantwortung

Den inhaltlichen Einstieg in die Thematik KI setzten sehr treffsicher der investigative Journalist und Buchautor Jay Tuck sowie Professor Dr. Dr. Michael Lauster, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen. Für ihn sei KI nach dem Buchdruck die wichtigste Erfindung in der bisherigen Menschheitsgeschichte, stellte Tuck einfürend fest. Noch stehe sie am Anfang ihrer Entwicklung, aber bald schon könnte sie „wie ein Tsunami über die Menschheit rollen“. Ihr Entwicklungspotential sei ungeheuer und werde der Menschheit voraussichtlich große Chancen und Innovationsmöglichkeiten eröffnen; zugleich aber würden bei vielen Menschen Ängste hinsichtlich eines möglichen Kontrollverlusts über die weitere Entwicklung geweckt. Schon jetzt dringe intelligente Software immer tiefer in Aufgabengebiete ein, die früher menschlichen Spitzenkräften vorbehalten waren. In wenigen Jahren könne KI weite Bereiche unseres Lebens kontrollieren, und irgendwann entstehe die Gefahr, dass sie sich verselbstständige und in eine „Evolution ohne uns“ einmünde.

Schon jetzt dringe intelligente Software immer tiefer in Aufgabengebiete ein, die früher menschlichen Spitzenkräften vorbehalten waren. In wenigen Jahren könne KI weite Bereiche unseres Lebens kontrollieren, und irgendwann entstehe die Gefahr, dass sie sich verselbstständige und in eine „Evolution ohne uns“ einmünde.

Professor Dr. Dr. Lauster stellte in seinem Vortrag eindrucksvoll die voraussichtliche Relevanz künftiger Technologien für Sicherheitspolitik und Strategie am Beispiel eines fiktiven Einsatzszenarios des Jahres 2040 dar. Noch mehr als jetzt werde dann die schon von Clausewitz für seine Zeit formulierte Maxime gelten, dass nicht unbedingt der, der die beste Ausrüstung besitze, gewinne, sondern der, der sie am besten einsetze. Insbesondere überlegene Nutzung von Information und Kommunikation werde dann zum Schlüsselement (strategischen) militärischen Erfolgs werden. Aber auch auf das (taktische) Geschehen auf dem Gefechtsfeld werde die sich abzeichnende Technologie sich direkt auswirken: So könne sie u.a. die Fähigkeit zur direkten Kommunikation zwischen Mensch und Maschine schaffen, z.B. durch Implantation von Sonden in das

Gehirn, oder sie könne durch Gen-Veränderung menschliche Verhaltensweisen im Gefecht beeinflussen – bislang ein Tabu, das aber drohe, irgendwann gebrochen zu werden. Am Schluss zeichnete Lauster ein Zukunftsbild, in dem die Menschen das Zusammenwachsen und Kombinieren unterschiedlicher Technologien möglich machen könnten: Genetik, Nanotechnologie, künstliche Intelligenz, Elektronik. „Und es kommen Dinge heraus, von denen sie nicht geträumt haben, von denen man manchmal auch gar nicht träumen mag“, fügte er mahnend hinzu.

In der anschließenden hochkarätigen Gesprächsrunde mit Professor Dr. Holger M. Mey wurde die Thematik weiter vertieft. Kernpunkte der Diskussion waren u.a. die Herausforderungen durch neuartige Risiken und Gefährdungen, Sicherstellung menschlicher Kontrolle über künftige Systeme, Fragen zur ethischen Dimension von Waffensystemen mit autonomen Fähigkeiten, zur Proliferation von sensitiven Technologien, zu völkerrechtlichen Konsequenzen, zu Möglichkeiten von Rüstungsbegrenzung, Abrüstung und Vertrauensbildung, aber auch zur Gewährleistung hinreichender Resilienz von gesellschaftlichen, politischen und staatlichen Strukturen.

Die ethische Problematik, die sich aus der Entwicklung autonomer Systeme ergibt, rückte nach Einbeziehung des Plenums in den Mittelpunkt der Diskussion. „Jeden Tag geht mehr Verantwortung vom Menschen auf die Maschine über“, so Professor Dr. Dr. Lauster; „Tötungsentscheidungen“ lägen, zumindest graduell, schon jetzt bei der Maschine, und die weitere Entwicklung in diese Richtung sei kaum aufzuhalten. Das sich dadurch abzeichnende Dilemma sei nur schwer lösbar, weil „die Gehirne, welche die Systeme entwickeln, nur schwer kontrollierbar sind“. Hinzu komme, dass längst nicht alle, die die Entwicklung vorantrieben, die westlichen Wertevorstellungen teilten und die Ethikfragen

Aber gerade deswegen müsse die Politik alles daran setzen, Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Ziel müsse es sein, einen „Code of Conduct“ zu formulieren und dessen Einhaltung weltweit durchzusetzen.

andere gewichteten; das dürfte insbesondere für autoritäre Staaten gelten. Auch seien bei der Entwicklung von KI weltweit „sehr große wirtschaftliche Interessen und damit „viel Geld im Spiel“. All das erschwere das Zustandekommen ethischer Verhaltensregeln. Aber gerade deswegen müsse die Politik alles daran setzen, Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Ziel müsse es sein, einen „Code of Conduct“ zu formulieren und dessen Einhaltung weltweit durchzusetzen. Das setze voraus, dass sich die Menschen ihrer uneingeschränkten Verantwortung für die Entwicklung von KI bewusst würden, ins-

besondere diejenigen, die für die Entwicklung der Systeme in Führungspositionen Verantwortung tragen: „Allein der Mensch entscheidet – noch haben wir es in der Hand.“

Ein von Teilnehmern des Lehrgangs Generalstabs-/Admiralstabsdienst National (LGAN) 2017 durchgeführtes „Spezial-Panel“ untersuchte die Auswirkungen von KI und autonomen Waffensystemen auf die Militärstrategie. Weitgehend unbestritten bei den Panellisten waren die Erwartungen an moderne Technologien, soweit sie zu einer Stärkung der menschlichen Leistungsfähigkeit (Human Performance Enhancement, HPE) beitragen können. Hinsichtlich erwartbarer autonomer Fähigkeiten wurde auch hier, wie schon in der vorangegangenen Diskussionsrunde, die Forderung nach Einhaltung ethischer Normen unterstrichen und die Notwendigkeit zur Festlegung und Beachtung völkerrechtskonformer Einsatzmodalitäten und Verhaltensregeln begründet .



Der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft bedankt sich bei den Mitgliedern des „Spezial-Panels“.

Die möglichen Auswirkungen von KI auf die Entwicklung der Militärstrategie könnten, so die Panelteilnehmer, noch nicht verlässlich abgeschätzt werden. Sicher werde sie Szenario-Analysen verbessern, zu schnelleren Führungsentscheidungen und höheren Reaktionsgeschwindigkeiten bei deren Durchführung führen. Aber auch hier müsse bei aller Weiterentwicklung gelten: „Der Mensch muss den Rahmen und die Grenzen bestimmen.“

Der Cyber- und Informationsraum als operative Domäne

Das zweite Panel widmete sich dem Thema „Welche Rolle werden künftig passive und aktive Cyber-Verteidigungs-Fähigkeiten als integrierte Anteile von Operationen in der Militärstrategie einnehmen?“ Neben Professor Dr. Peter Martini, dem Leiter des Fraunhofer-Instituts für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie (FKIE), und Generalmajor Jürgen Setzer, dem Stellvertretenden Inspekteur des Kommandos Cyber- und Informationsraum, kamen auch der Cyber-Sicherheits-Koordinator im Israelischen Außenministerium, Herr Iddo Moed, und die Direktorin des „NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence (CCDoE)“ in Tallinn/Estland, M.A. Merle Maigre, zu Wort. Einvernehmlich unterstrichen wurde die Bedeutung umfassender, vor allem auch zivil-militärischer Kooperation für eine wirksame Cyber-Verteidigung. Sie ist inzwischen ein integraler Bestandteil der kollektiven

Verteidigung der NATO, und der Cyber- und Informationsraum wird heute als fünfte operative Domäne, neben Land, Luft, See und Weltraum, anerkannt. Neben eigenen Fähigkeiten zur passiven Cyber-Verteidigung setzt das Nordatlantische Bündnis hinsichtlich offensiver Cyber-Verteidigungsfähigkeiten auf vorhandene Fähigkeiten in einzelnen Mitgliedsstaaten. Ähnlich wie die NATO betrachtet auch die Bundeswehr Cyber-Verteidigung als integralen Bestandteil der Gesamtverteidigung. Deutlich wurde, dass eine zuverlässige „Attribution“ von Angreifern und ein umfassendes Lagebild weitere unverzichtbare Voraussetzungen für wirksame Cyber-Verteidigung sind.

Hybriden Bedrohungen kann nur durch gesamtstaatliches Vorgehen begegnet werden

Das dritte Panel unter Leitung von Dr. Martin C. Wolff fokussierte sich auf die Frage: „Wie sollten künftige Militärstrategien den sich dynamisch ändernden Herausforderungen im Cyber- und Informationsraum im Rahmen hybrider Kriegführung begegnen?“ Die Gefahren hybrider Bedrohungen liegen darin,

Hybriden Bedrohungen, die durch die sozialen Netzwerke auch eine psychologische Komponente erhielten, könne nur durch ein gesamtstaatliches zivil-militärisches Vorgehen begegnet werden.

dass sie die Schwelle zwischen den binären völkerrechtlichen Zuständen Krieg und Frieden verwischen. Potentielle Ziele von Angriffen aus dem Cyberraum könnten alle Lebens- und Politikbereiche sein. Die Selbstbehauptung von Staat und Gesellschaft

werde nicht nur durch technologische Faktoren bestimmt, sondern erhalte zunehmend auch eine psychologische Dimension, z.B. durch die sozialen Netzwerke. Hybriden Bedrohungen, die durch die sozialen Netzwerke auch eine psychologische Komponente erhielten, könne nur durch ein gesamtstaatliches zivil-militärisches Vorgehen begegnet werden.

Systeme mit autonomen Fähigkeiten als neue Herausforderung

Das nachfolgende Panel 4 beleuchtete dann „Chancen und Möglichkeiten von Maßnahmen zur Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung hinsichtlich militärischer Fähigkeiten in Verbindung mit künstlicher Intelligenz und Autonomen Waffensystemen“. Der Moderator, Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser, wies einleitend auf die derzeit krisenhafte Lage von Rüstungskontrolle hin und fokussierte das Gespräch auf zwei Schwerpunkte: Waffensysteme mit autonomen Fähigkeiten und die Anwendung Künstlicher Intelligenz in Planungs- und Führungsprozessen. Botschafter a.D. Michael Biontino, der

ehemalige Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz in Genf, gab einen umfassenden Überblick zum aktuellen Stand der Gespräche der „Group of Governmental Experts (GGE) on Lethal Autonomous Weapons (LAWS)“. Dabei wurde die z.T. geringe Bereitschaft von Staaten zu verbindlichen Rüstungskontroll-Regelungen deutlich. Auch die Äußerungen des Referatsleiters für Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in der Abteilung Politik des BMVg, Ministerialrat Dr. Ernst-Christoph Meier, unterstrichen die eher skeptische Einschätzung der Erfolgsaussichten bei den Genfer Gesprächen.

Professor Dr. Götz Neuneck, Stellvertretender Wissenschaftliche Direktor am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, ging näher auf die Dual-Use Technologie der „Künstlichen Intelligenz (KI)“ sowie auf die Komplexität „Autonomer Fähigkeiten“ ein. Letztere würden bereits militärisch genutzt. Zugleich unterstrich er, dass Rüstungskontrolle als wesentliches Ziel haben müsse, (politisches) Vertrauen zwischen Vertragspartnern herzustellen

Das breite Spektrum neuer Möglichkeiten verlangt ganzheitliche Strategien und Investitionen

Das fünfte, vom Geschäftsführer unserer Clausewitz-Gesellschaft, Brigadegeneral a.D. Hans-Herbert Schulz, geleitete Panel stand unter dem Thema „Ist ein sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel angesichts der zu erwartenden neuen militärischen Fähigkeiten und Strategien erforderlich?“. Die Politikberaterin Sabine Gilleßen, beleuchtete zunächst wesentliche Aspekte der Digitalisierung und forderte eine verstärkte Ausrichtung auf prozessorientierte Strukturen sowie eine signifikant verbesserte Sicherheit und höhere Benutzerfreundlichkeit .



Panel 5 unter Leitung von BG a.D. Schulz (3. von links)

MdB Alexander Müller, FDP, Mitglied im Verteidigungsausschuss, verdeutlichte die Notwendigkeit zu raschen Verbesserungen der nationalen Verteidigungsfähigkeit im Cyber- und Informationsraum. Dabei unterstrich er auch die dazu erforderlichen Investitionen.

Dr. Olaf Theiler, Referatsleiter „Zukunftsanalyse“ im Planungsamt der Bundeswehr, präsentierte zunächst seine Sicht zu einem dreifachen Paradigmen-

wechsel mit Thesen zum Ende des „langen Friedens“, der „linearen Planung“ und der „zentralisierten Führung“.

Generalleutnant a.D. Friedrich-Wilhelm Ploeger, ehemaliger Stellvertretender Befehlshaber Allied Air Command Ramstein, plädierte hinsichtlich der künftigen militärischen Fähigkeiten für eine konsequente Beachtung und Umsetzung der sicherheitspolitischen Vorgaben. Dazu zählte er u.a. die Einbindung deutscher Sicherheit in den multilateralen Rahmen. Zur besseren Nutzung von Synergieeffekten empfahl er eine stärkere Vernetzung sowie die Anlehnung an eine Führungsnation. Ebenso forderte er eine angemessene Gewichtung der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche der Bundeswehr im Verbund der Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten und die Wahrung des komplementären Doppelansatzes von Abschreckung bzw. Verteidigungsfähigkeit einerseits sowie Dialogbereitschaft mit Opponenten andererseits.

Der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Brigadegeneral Oliver Kohl, und der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann, zogen am Ende ein positives Resümee der Veranstaltung. Der Diskurs zu den sich dynamisch weiter entwickelnden Technologien und notwendigen Konsequenzen solle und müsse fortgesetzt werden.

Gemeinsames Forum 2018 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und des Freundeskreises der BAKS e.V.

„Strategie fördern und ausbauen – Akteure im vernetzten Ansatz in Deutschland

Kurt Herrmann

„Sicherheit im 21. Jahrhundert kann nur im Verbund aller sicherheitspolitischen Akteure und Instrumente gewährleistet werden.“ Mit diesem Zitat aus dem Weißbuch 2016 der Bundesregierung hatten die Clausewitz-Gesellschaft (CG) und der Freundeskreis der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) zu dem gemeinsamen Forum 2018 nach Wiesbaden eingeladen.

Strategiefähigkeit in der Sicherheitspolitik erfordert in Zeiten komplexer Herausforderungen, in denen innere und äußere Sicherheit nicht mehr trennscharf voneinander abzugrenzen sind, umfassende, vernetzte Ansätze. Das unterstrich der Vorsitzende des Freundeskreises der BAKS, Brigadegeneral a.D. Armin Staigis in seiner Begrüßung und Einleitung im Vortragssaal des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden. Vor über einhundert Teilnehmern stellte Staigis fest, dass es mit Blick auf die Bedrohungen und Risiken unserer Zeit, in der Sicherheitsvorsorge und Gefahrenabwehr keine singulären Lösungen mehr mit nur einem Akteur geben könne. Vor allem die Risiken und Gefährdungen, die von dem alle Lebensbereiche durchdringenden Cyber- und Informationsraum, dem international agierenden Terrorismus und der global vernetzten Organisierten Kriminalität ausgehen, verlangen ein ressortübergreifendes, gemeinsames Verständnis von Strategien, Strukturen und Verfahren als wesentliche Voraussetzung für die wirksame Kooperation aller Beteiligten.

Der Vizepräsident des BKA, Michael Kretschmer, ging in seinen einleitenden Worten auf die aktuellen Herausforderungen der inneren Sicherheit ein. Er erwähnte rapide wachsende Gefährderzahlen und dementsprechend auch ansteigende Ermittlungsverfahren. Dabei unterstrich er die bereits von Staigis aufgezeigten „Megatrends“ und wies darauf hin, dass bei aller Digitalisierung der analoge Handlungsbedarf nicht zu vernachlässigen sei. Außerdem richtete er den Fokus auf die notwendigen Funktionsmechanismen zur Bekämpfung moderner Kriminalität. Neben dem seiner Auffassung nach zwingend erforderlichen und bereits eingeleiteten Aufwuchs beim Personal und bei der Infrastruktur erwähnte er vor allem auch die Weiterentwicklung ressortüber-

reifender Strategien und dementsprechender gemeinsamer Standards auf der Basis angemessener Lastenteilung im föderalen System. Breiten Raum nahm in seinen Ausführungen ebenfalls der Aufbau und Betrieb zeitgemäßer Informationsarchitekturen ein. Abschließend erwähnte er Clausewitz' Feststellung „Strategie ist Ökonomie der Kräfte“ und ergänzte dies mit Hinweisen zur notwendigen nationalen Vernetzung sowie zur unverzichtbaren europäischen Zusammenarbeit.

Der erste Veranstaltungsteil (Panel 1) wurde dann von Vertretern des BKA bestritten. Nach Vorträgen zur „Bekämpfung von Cybercrime“ und zum Themenkomplex „Terrorismus und Internet“ wurde eine Gesprächsrunde vom Präsidenten der CG e.V., Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann moderiert. Dabei

Die Risiken und Gefährdungen durch „Cybercrime“ können alle Lebensbereiche und jedes Individuum ohne erkennbare Vorwarnung, sehr unmittelbar und massiv treffen. Kombinierte Cyber- und Informations-Operationen können zudem große Bevölkerungsgruppen in kürzester Zeit gezielt mit Manipulation, Propaganda oder Desinformation beeinflussen.

zeigte sich u.a., dass gerade in der operativen Domäne Cyber- und Informationsraum gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge das Gebot der Stunde ist. Die Risiken und Gefährdungen durch „Cybercrime“ können alle Lebensbereiche und jedes Individuum ohne erkennbare Vorwarnung, sehr unmittelbar und massiv treffen. Kombinierte Cyber- und Informations-Operationen

können zudem große Bevölkerungsgruppen in kürzester Zeit gezielt mit Manipulation, Propaganda oder Desinformation beeinflussen. Wie aus konkreten Beispielen der jüngsten Zeit erkennbar geworden ist, lassen sich mit solchen Operationen letztlich innen- und sicherheitspolitisch relevante Wirkungen erzielen. Demzufolge wurde die Notwendigkeit enger Kooperation zwischen allen zuständigen Sicherheitskräften nachdrücklich unterstrichen.

Der Vertreter des BKA nannte Schätzungen zu Schäden durch Cybercrime, die mit Milliardenbeträgen ganz erheblich die in der Polizeistatistik erfassten Daten übersteigen. Im Rahmen einer zusammenfassenden Lagedarstellung des breiten Spektrums krimineller wirtschaftlich relevanter Cyberaktivitäten („Crime as a Service“) wurden u.a. die Bedeutung des „Darknet“, die Verhinderung der Nutzung von Dienstleistungen im Internet („Denial of Service“), digitale Erpressung (durch „Ransomware“), Cyber Spionage, Datendiebstahl und Cyberangriffe über vernetzte Maschinen und Geräte (Internet of Things, IoT) angesprochen. Hierbei wurde ebenfalls auf die enge Verbindung von Cybercrime-Bekämpfung und Terrorismus-Abwehr hingewiesen. Terroristen wollen Unsicherheit und Schrecken verbreiten, um ihre politisch, religiös oder

ideologisch bestimmten Ziele zu erreichen. Die heute kostengünstig verfügbaren digitalen Mittel- und Möglichkeiten bieten Terroristen geradezu leistungssteigernde oder katalytische Fähigkeiten für ihre schändlichen Vorhaben.

Bei der Darstellung von Cyber-spezifischen Schutz- und Abwehrmaßnahmen gegen Terrorismus ging der Vertreter des BKA u.a. auf das Gemeinsame Inter-netzentrum der Sicherheitsdienste und der Generalbundesanwaltschaft ein und erwähnte die Arbeitsgruppen für OSINT (Open Source Intelligence), ONI (Offene Nutzung Internet) sowie Technik. Außerdem wies er auf die nationale IRU (Internet Referral Unit) zur Veranlassung der systematischen Löschung islamistischer/jihadistischer Internetpropaganda hin.

In der lebhaft geführten Diskussion kamen vor allem Kernpunkte künftiger Si-cherheitsstrategien, die Gewinnung und Qualifizierung von Personal, konkrete Ansätze der Vernetzung, die Sicherung kritischer Infrastrukturen, Möglichkei-ten und Grenzen forensischer Analysen sowie der Attribution von Cyberangriffen, Anpassung oder Ergänzung des rechtlichen Rahmens für Bekämpfung von Cybercrime und konkrete Ansätze zur Kooperation - sowohl im nationalen als auch im internationalen Umfeld - zur Sprache.

Im zweiten Abschnitt (Panel 2), der vom Leiter der neu eingerichteten Rhein-Main-Runde des Freundeskreises der BAKS, Herrn Michael Müller, moderiert wurde, stellten Joachim von Bonin, Programmleiter bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), und Oberstarzt Dr. Roman Wölfel, Leiter Task Force Medizinischer ABC-Schutz an der Sanitätsakademie der Bundeswehr, das gemeinsame Projekt „Bio-Sicherheit“ von Bundeswehr und GIZ gegen biologische Bedrohung in MALI als ein konkretes Beispiel für den vernetzten Ansatz in der Praxis vor. Das dabei gezeigte Video verdeutlichte eindrucksvoll den realisierten ganzheitlichen Ansatz von „Gesundheit – Sicher-heit – Entwicklung“. An der anschließenden Diskussionsrunde nahm zusätz-lich Michael Summerer, Key Account Manager der GIZ für das Auswärtige Amt und Bundesministerium der Verteidigung teil. Es zeigte sich, dass in der praktischen Zusammenarbeit zwischen den Organisationen vor Ort erkennba-re Fortschritte erzielt werden können wenn:

- Es ein klar definiertes gemeinsames Interesse gibt
- Wenn die Ressorts an einem Strang ziehen
- Wenn sich fähigkeits- und/oder leistungsverstärkende Synergien erschließen lassen

- Wenn vernetzt geplant wird und
- Wenn die Zusammenarbeit auf Augenhöhe stattfindet.

Die vorgestellten Ergebnisse wurden von etlichen Diskussionsteilnehmern als hoffungsvolle Signale für die angestrebte stärker vernetzte Sicherheitsvorsorge bewertet.

Das dritte Panel war dann den Themen „Radikalisierung und politischer Extremismus, Terrorismus“ sowie „Cyberkriminalität und Cybersicherheit“ gewidmet. Vertreter des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport, des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV Hessen) und der regionalen Beratungsstelle des „Violence Prevention Networks“ (VPN) erörterten die gestellten Themen unter der Leitung von Brigadegeneral a.D. Staigis. Die Diskussion konzentrierte sich sehr stark auf die vielfältigen Aspekte von Gewalt-Prävention, auf die Betrachtung von effizienten Organisationsstrukturen angesichts der alle Bereiche durchdringenden Digitalisierung und auf Personalgewinnung sowie Ausbildung.

Seitens des LfV Hessen wurden insbesondere die Prävention als gesetzliche Aufgabe herausgestellt und Formen der Zusammenarbeit mit der Polizei – unter Beachtung des Trennungsgebots – sowie mit der Justiz, zivil-gesellschaftlichen Akteuren und den Medien der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit erläutert.

Der Vertreter des Innenministeriums ging vor allem auf das Kompetenzzentrum gegen Extremismus ein und stellte diverse Vernetzungen mit Institutionen/Organisationen zur Stärkung der inneren Sicherheit vor.

Mit großem Interesse verfolgte das Auditorium die lebhaften und spannenden Schilderungen des VPN-Vertreters zu Rahmenbedingungen, Grundlagen, und Erkenntnissen seiner Tätigkeit, die sich schwerpunktmäßig auf die „Deradikalisierung“ konzentriert.

In seinen abschließenden Bemerkungen drückte Präsident Herrmann die Hoffnung aus, dass insbesondere die vorgestellten konkreten Beispiele zumindest in Ansätzen deutlich gezeigt haben, welche Potentiale in der umfassenden Vernetzung von Sicherheitsstrukturen existieren und welche Synergien genutzt werden könnten. Dies unterstrich er zugleich mit einem Hinweis auf nach wie vor gültige Erkenntnisse von Clausewitz zur Notwendigkeit guter Beziehungen

zwischen der obersten zivilen oder politischen Instanz und den Exekutivorganen, die mit dem zivilen oder militärischen Gewaltmonopol ausgestattet sind. Außerdem wies er auf die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Bevölkerung, Politik und Sicherheitsorganen, zivil und militärisch, hin. Diese seien in Zeiten allgegenwärtiger digitaler Informationssysteme und durchdringender Forderungen nach umfassender Transparenz von herausragender Bedeutung.

Das Gemeinsame Forum wurde mit Dank an alle Akteure und die zahlreich erschienenen, diskussionsfreudigen Teilnehmer beendet.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. Kurt Herrmann ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

SCHWERPUNKTE DER CLAUSEWITZ-GESELLSCHAFT FÜR DAS JAHR 2019

Angesichts der unverändert dichten Fülle aufwühlender Nachrichten wird vermutlich auch das Jahr 2019 wiederum mit zahlreichen sicherheitspolitischen Herausforderungen aufwarten. Dabei ist noch kaum hinreichend absehbar, welches konkrete Ausmaß und welche Umwälzungen die tiefgehenden Verwerfungen im globalen Kräfte- und Mächtenspiel letztlich auf die Staaten Europas hervorrufen werden. Auf jeden Fall wollen wir uns als Clausewitz-Gesellschaft weiterhin mit den einschlägigen Entwicklungen und ihren Konsequenzen befassen und auseinandersetzen.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, dass vor allem die Übernahme erweiterter Verantwortung durch die EU für die eigene Sicherheit, konkret und glaubwürdig unterlegt durch hinreichende Fähigkeiten, weiterhin im Fokus stehen wird. Die vorhandenen oder absehbaren Hindernisse, die einem zügigen (Wieder-)Aufbau von notwendigen Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten in der EU entgegenstehen, sind gewaltig. Hinzu kommt die Furcht vor einem weltweiten wirtschaftlichen Stillstand oder sogar Abschwung, u.a. erzeugt durch einen unregulierten BREXIT, ausufernde Handelskonflikte zwischen den USA und China sowie evtl. auch der EU, zunehmende nationale Abschottungen infolge massiv erstarkender Globalisierungsgegner und schwindender Akzeptanz multinationaler Organisationen, Strukturen oder Prozesse, durch anschwellende Rivalitäten zwischen den etablierten westlichen Industrie- und Handelsmächten einerseits und der neuen, rapide aufwachsenden Macht China andererseits und nicht zuletzt durch zunehmende Furcht vor militärischen Konflikten sowie ggf. erneuter nuklearer Aufrüstung. Vor diesem Hintergrund ist allerdings bislang nur eine eher gering ausgeprägte Bereitschaft etlicher EU-Staaten erkennbar, die tatsächlich erforderlichen Ressourcen für eine angemessene Sicherheitsvorsorge zu bewilligen bzw. bereitzustellen.

Neben den möglichen Konsequenzen aus den globalen und regionalen geopolitischen Entwicklungen werden auch weiterhin die sicherheits- und verteidigungspolitischen sowie strategischen Konsequenzen aus Risiken, Gefährdungen und Bedrohungen durch den Cyber- und Informationsraum, den internationalen Terrorismus und die Organisierte Kriminalität, durch Verknappung von Rohstoffen und Energieträgern sowie durch Klimawandel und illegale Migration zu betrachten sein. Bei unseren Aktivitäten setzten wir auch 2019 auf fortgesetzte, bewährte Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für

Sicherheitspolitik (BAKS) sowie dem Freundeskreis der BAKS, der Führungsakademie der Bundeswehr FüAkBw), der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V., der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V., der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. und ggf. weiteren kooperationsbereiten Institutionen, Organisationen oder Vereinen. Dabei wollen wir auch künftig das breite Interessenspektrum unserer Mitglieder, Freunde und Gäste berücksichtigen, eine tragfähige thematische Brücke zwischen den Generationen und Interessengruppen bilden und das zeitlose Erbe unseres Namensgebers durch sachgerechte Transformation seiner Erkenntnisse in die Jetztzeit und die Zukunft bewahren.

Die Konzeption der Bundeswehr und das entsprechende Fähigkeitsprofil konkretisieren die notwendigen Schritte, die sich aus der eingeleiteten Neuorientierung der NATO, der angestrebten Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU und dem Weißbuch 2016 der Bundesregierung ableiten. Besonderes Gewicht hat im Jahre 2018 vor allem die wiederbelebte „Ständige strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) der EU erlangt; sie wird auch im Jahr 2019 ganz wesentlich die sicherheitspolitische Agenda der EU mitbestimmen. Seitens der NATO und der US-Regierung besteht unvermindert die Erwartung zur Einlösung der Zusage, bis 2014 2% des Brutto-Inland-Produkts (BIP) für Verteidigung einzuplanen. Angesichts der eingangs genannten Herausforderungen werden insgesamt die Erhaltung und Stärkung des Nordatlantischen Bündnisses sowie konkrete Schritte zur Realisierung einer wahrhaft Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und einer darauf aufbauenden GSVP besondere Schwerpunkte des Diskurses zu Sicherheitspolitik und Strategie im nächsten und den folgenden Jahren bilden müssen.

Auch seitens der Clausewitz-Gesellschaft wollen wir alles in unserer Kraft stehende tun, um dem in den letzten Jahren erkennbar gewordenen und außerordentlich zu bedauernden Ansehensverlust der Bundeswehr in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken. Und, wir werden auch künftig versuchen, im Rahmen unserer Möglichkeiten mit unseren zentralen und regionalen Veranstaltungen einen Beitrag zur Entwicklung und Durchsetzung wirksamer vernetzter Sicherheitsvorsorge zu leisten. Hierzu einige Hinweise auf konkrete Beispiele:

Das Berliner Colloquium 2019 wird vom 3. bis 5. April 2019 wieder gemeinsam mit der BAKS veranstaltet und zwar zum Thema „Vereint stark? Europa unter Druck – Die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegen den Angriff auf eine liberale Weltordnung“.

Das 14. Clausewitz-Strategiegespräch in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin wird am 15. Mai 2019 stattfinden unter dem Thema „Wie stabil ist die transatlantische Brücke? - Sicherheitspolitische und militärstrategische Herausforderungen im Verhältnis USA - Europa?“.

Die 53. Sicherheitspolitische Informationstagung, vom 04. bis 06. September 2019, erneut eine Kooperationsveranstaltung mit der FüAkBw in Hamburg, soll sich mit dem Thema „Stärkung von Resilienz und nationaler Führungsfähigkeit im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung“ befassen.

Für das 15. Clausewitz-Strategiegespräch werden als potentielle Themen ins Auge gefasst: „Sicherheitspolitik und internationale Wirtschaftsordnung: Welche sicherheitspolitische Rolle haben große, global aufgestellte Unternehmen?“, „Multilateralismus in der Krise? – Welche Zukunftsperspektiven haben VN, WTO, NATO und EU in Zeiten von internationaler Fragmentierung und wachsendem Nationalismus?“ oder „Rüstungsexportpolitik und Rüstungsexporte – Wie sieht die Zukunft aus und welche militärstrategischen Auswirkungen sind zu erwarten?“.

Die Absicht besteht, auch 2019 wieder ein „Clausewitz-Forum“ bei einer Organisation, Institution oder Einrichtung durchzuführen, die sich mit Themen des vernetzten Sicherheitsansatzes befasst.

Die Sektion Schweiz und die deutschen Regionalkreisen unserer Gesellschaft werden sich bei ihren Veranstaltungen im Jahr 2019 schwerpunktmäßig mit politisch-strategischen Ansätzen und Entwicklungsperspektiven für künftig nachhaltige Sicherheit und Stabilität in Europa im transatlantischen und globalen Kontext auseinandersetzen. Für die Wahl von weiteren Themen bieten sich u.a. auch die nachfolgend genannten Anlässe an:

- Die sicherheitspolitische und militärstrategische Bedeutung der internationalen Seewege 150 Jahr nach Eröffnung des Suezkanals
- Bedeutung der Genfer Konvention zum Schutz der Kriegsgefangenen, 90 Jahre nach der Unterzeichnung
- Der Friedensvertrag von Versailles 1919 und seine Folgen für Europa
- Nuklearstrategie 80 Jahre nach Entdeckung der Kernspaltung

- 80. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkriegs
- Politische und militärische Bewertung der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 (D-Day)
- Bedeutung der Weißbücher der Bundesregierung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 50 Jahre nach Herausgabe des ersten Weißbuchs
- Sicherheitspolitische und militärstrategische Bedeutung des Weltraums 50 Jahre nach Betreten des Mondes durch einen Menschen
- Die Bedeutung des vor 40 Jahren unterzeichneten NATO-Doppelbeschlusses im Lichte der aktuellen Diskussion zum INF-Vertrag
- Auslandseinsätze der Bundeswehr 25 Jahre nach Billigung durch das Bundesverfassungsgericht.

Der Beirat, der Präsident der Sektion Schweiz, die Leiter der Regionalkreise in Deutschland, aber auch zahlreiche Mitglieder sowie externe Freunde und Förderer unserer Clausewitz-Gesellschaft haben sich in den zurückliegenden Jahren immer wieder mit kreativen Initiativen, hohem persönlichen Engagement und organisatorischem Geschick eingebracht und damit ansprechende sowie inhaltlich wertvolle Veranstaltungen ermöglicht. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass die erwünschte Breitenwirkung des Diskurses zu den von uns behandelten Themen erzielt werden konnte. Dafür gebührt ihnen besonderer Dank und Anerkennung. Ich bin zugleich sehr zuversichtlich, dass es uns auch weiterhin gelingen wird, eine erfolgreiche Fortsetzung unserer Arbeit auf qualitativ hohem Niveau zu gewährleisten. Das gilt ebenfalls für die notwendige innovative Weiterentwicklung unserer Clausewitz-Gesellschaft. Diese soll auch künftig derart unterstützt werden, dass die Identität bzw. der Wesenskern unserer Gesellschaft durch zeitgemäße Auslegung sowie zukunftsorientierte Umsetzung Clausewitzscher Erkenntnisse gestärkt werden. Wir wollen die in unserer Gesellschaft vorhandene Kompetenz im Bereich von sicherheits-/verteidigungspolitischen und strategischen Themen auch künftig wirksam zur Geltung bringen. Die erforderliche Kontinuität unserer erfolgreichen Arbeit als Verein verlangt nicht zuletzt eine aktive, diskussionsfreudige Teilnahme von Mitgliedern in hinreichender Zahl an unseren zentralen und regionalen Veranstaltungen. Das engagierte Eintreten aller Mitglieder für die gemeinsamen Ziele im Sinne unserer Satzung und ihre bereitwillige Mitwirkung bei den

anstehenden Vorhaben und Aufgaben sind schließlich entscheidende Grundvoraussetzungen für ein lebendiges, attraktiv geformtes, förderliches und zukunftsorientiertes Vereinsleben.

Allen Mitgliedern, Mitwirkenden, Freunden und Unterstützern unserer Clausewitz-Gesellschaft wünsche ich für ihre Arbeit im Jahre 2019 und auch in der weiteren Zukunft den erhofften und verdienten Erfolg, eine breite positive Resonanz und immer wieder ein hohes Maß an motivierender Ermutigung bei ihren jeweiligen Projekten, Vorhaben und Unternehmungen.

Ihr
Kurt Herrmann

Bildnachweis

Seite	Quelle/Urheber
49	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Jomini Antoine-Henri.jpg; Portrait von George Dawe (um 1824); Antoine-Henri Jomini (1779–1869) russian general
53	Wikimedia Commons/gemeinfrei; von Charles Gleyre - P. de Vallière: Treue und Ehre. Geschichte der Schweizer in Fremden Diensten. Deutsch von Walter Sandoz. Lausanne o. J. [1940]
58	Wikimedia Commons/gemeinfrei; File: Hendrik ter Brugghen - Heraclitus.jpg; Hendrick ter Brugghen - www.rijksmuseum.nl
59	Wikimedia Commons/gemeinfrei; V; File: Thucydides pushkin01.jpg; File: user:shakko - Eigenes Werk
60	Wikimedia Commons/gemeinfrei; File: Portrait of Niccolò Machiavelli by Santi di Tito.jpg; Von Santi di Tito - Cropped and enhanced from a book cover found on Google Images
65	Friedrich der Große vor der Schlacht bei Leuthen 1757; Fritz Roeber (um 1882); Zentralinstitut für Kunstgeschichte - Photothek
70	Bundesarchiv, Bild 183-R41125, Fotograf o.Ang.
83	BArch N 43/107; © Faksimile: Bundesarchiv (BArch) 2010; Generalfeldmarschall Alfred Graf von Schlieffen. Denkschrift "Krieg gegen Frankreich", Dezember 1905, Abschrift des verloren gegangenen Originals im Nachlass Friedrich von Boetticher
87	Bundesarchiv, Bild 183-S41856, Fotograf o.Ang.
99	Wikipedia Commons/gemeinfrei; CC BY-SA 3.0; Schlieffen_Plan_fr_1905.svg; Lvcvlyv derivative work: Furfur - Diese Datei wurde von diesem Werk abgeleitet
101	Bundesarchiv, Bild 146-1994-022-19A, Fotograf Oscar Tellgmann
102	Bundesarchiv, Bild 183-R18084, Fotograf o.Ang.
115	Bundesarchiv, Bild 1011-489-3259-21A, Fotograf Güntzel
122	Bundesarchiv, Bild 183-J30798, Fotograf Ernst Schwahn
123	picture alliance/dpa / Fotograf: dpa
165	Wikimedia Commons/gemeinfrei; CC BY-SA 4.0; File: One-belt-one-road.svg; Lommès - Own work
182	Bundeswehr/Zedler
186	Bundeswehr/Christian Thiel

Seite Quelle/Urheber

- 243 Photo by Senior Airman Kenny Holston;
Wikimedia commons/gemeinfrei; U.S. federal government;
File: B-2 Landing after bomb run over Libya.jpg
- 244 Michael Kelley, The Madness Of The Syria Proxy War In One Chart,
business insider, 16. Oktober 2013
- 253 Photo by Staff Sgt. Michael L. Casteel, U.S. Army. - Flickr,
Wikimedia commons/gemeinfrei; File: Afghanistante.jpg
- 256 Photo von Boris Niehaus - eigenes Werk; CC BY-SA 3.0; Wikimedia
commons/gemeinfrei
- 263 Photo by Staff Sgt. Colton Elliott, Air National Guard, ViRIN:
180202-Z-FF470-014C.JPG; MOD U.S.A.
- 267 Bundeswehr/Sebastian Wilke
- 288 Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Wolfgang Fett
- 299 Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Wolfgang Fett
- 301 Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Wolfgang Fett

